REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 466 · 18.10.2002

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 43 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Herrschaft der Clementinen
2. Von Vietnam bis Genua - Was bleibt vom Internationalismus? Veranstaltungsreihe von ak und Redaktion Fantômas mit Moe Hierlmeier
3. Vergesst Annika. Zehn Jahre nach dem Aufbruch der riot grrrls ist die Bewegung nicht tot - Nicole Vrenegor
4. Bayern-Phobie ermöglicht Spielverlängerung. Rot-Grün bleibt am Ball, PDS steigt ab - mb.
5. Neuanfang oder Ende. Die PDS muss sich als Teil eines gesellschaftlichen Projekts begreifen - Uwe Hiksch
6. Eine Chance, keine Niederlage - Martin Salina
7. Der Anfang vom Ende - Knut Mellenthin
8. Kein Lichtlein aufgegangen. BGH fällt Revisionsurteil im Guben-Prozess - Friedrich C. Burschel
9. Hanseatische "Völkerverständigung". Koloniales Askari-Relief aus der Nazi-Zeit ist Kernstück des Tansania-Parks in Hamburg - Anke Schwarzer
10. "Eine humanitäre Katastrophe". Interview mit Dzoni Sichelschmidt, Sprecher der Roma-Protest-Karawane - Interview: Tom Binger
11. Proletarischer Drehbuchschreiber. Das Skript für den neuen Ken-Loach-Film hat ein Eisenbahngewerkschafter geschrieben - Peter Nowak
12. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
13. Der rehabilitierte Faschismus. Der "Marsch auf Rom" und die Aktualität der Vergangenheit - Js.
14. Persilschein für einen Neofaschisten? Gianfranco Fini will unbedingt nach Israel - Js.
15. Faschismen im Vergleich - Js.
16. "Saddam muss weg." USA führen Krieg mit oder ohne UNO - Jürgen Wagner
17. Öl und F-16. Zur Politischen Ökonomie der US-Kriegspläne gegen den Irak - Peter Custers
18. "Weißer Elefant" und "Schwarzes Gold". USA setzen sich durch: Ölpipeline von Aserbeidschan in die Türkei - Karin Leukefeld
19. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich. Der Imperialismus, der Krieg gegen den Irak und Frankreichs "Sonderpolitik" - Bernhard Schmid
20. Konstruktion des Bösen. Zu Strategie und Methoden medialer Kriegführung - Boris Kanzleiter
21. Kriegsverbrechen im Medienblackout. JugoslawInnen verklagen Deutschland - Boris Kanzleiter
22. Pläne für den Hinterhof. Die Strategie der USA zur Vorherrschaft in Lateinamerika - Ximena Zuniga
23. Genua in Quito. Soziale Bewegungen protestieren gegen amerikanische Freihandelszone - yz
24. Agrarischer Gendertrouble. Frauen und Männer ringen um Landrechte in Guatemala - Stefanie Kron
25. Sozialismus kommt später. Brasiliens PT-Kandidat "Lula" vor dem Wahlerfolg - Gerhard Dilger
26. Friedensprozess im Sudan gescheitert. Die SPLA erobert Torit und die islamistische Regierung setzt erneut auf Krieg - Thomas Schmidinger
27. Dear Mr. President ... - Übersetzung des Briefs vom 20. September 2001
28. Strategiefreies Handeln. Israel/Palästina: Von Generälen, die auszogen, das Fürchten zu lernen - Achim Rohde
29. Diskussion und Vernetzung. Europäisches Sozialform in Florenz in Vorbereitung - Boris Kanzleiter
30. Fast ein Nachruf. Die DKP kämpft ums Überleben ihres Zentralorgans - Henning Böke
31. "Eine Kontaminierung des Andenkens". Ein Gespräch mit Moshe Zuckermann zu den Holocaust-Debatten in Israel und Deutschland - Interview: Tom Binger
32. Our CD is always PC. Das neue Album von Chumbawamba sorgt für Irritationen - DSe
33. How do you call it? Patrice spielt Reggae-Soul-Blues für's Herz - DSe
34. Das Mobbing-Seminar. Nicht verpassen: Ebermann und Trampert auf Tour - Rainer Trampert
35. Hundert Jahre Einsamkeit. Linke und soziale Bewegung in der "Berliner Republik" - Th.S., ef., gw (Redaktion Fantomas)

36. Revolution ohne Showdown. John Holloway zu Klassenkampf, Operaismus und den Fallstricken von "Empire" - John Holloway
37. Der Erniedrigung und Entrechtung entgegentreten. Rassistischer Alltag in Thüringen und die Arbeit der Opferberatungsstelle ABAD - Fritz Burschel
38. Poesie kennt keine CDU-Kulis. Der Meister des Trivialen, Funny van Dannen, wieder auf Tour - DSe
39. AUFGEBLÄTTERT
40. LESERBRIEF
41. KALENDER
42. EDITORIAL
43. Krieg für Öl

1. Herrschaft der Clementinen

Rubrik: Wahlen; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/titel466.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:titel466

Das war's. Die Bundestagswahl ist gelaufen. Und wie! Statt Ariel nun Ariel ultra, porentief rot-grün und modern: ein "moderner Kanzler für ein modernes Land!", ein "moderner Koalitionspartner" und nun auch eine "moderne Opposition".

Das rot-grüne Politik- und Hegemoniemodell aus Neoliberalismus und sozialpolitischer Zwangsintegration ist nicht nur bestätigt worden, sondern wird inzwischen auch von der CDU adaptiert. Das derzeitige Stoiber-Bashing in der Union läuft auf die eine Botschaft hinaus: Die CDU will noch sozialdemokratischer werden. Sie sucht nach einem Schröder.

Oder nach einem Clement. Denn noch deutlicher als der Kanzler repräsentiert der "entschlossene Modernisierer" aus NRW den "aktivierenden Staat" von New Labour: Wirtschaftspolitische Orientierung auf Standort Deutschland und Großindustrie unter Verzicht auf jegliches ökologisches Brimborium. Dazu Abschaffung sozialpolitischer Rechtspositionen und rigorose Zwangsmaßnahmen gegen Erwerbslose. Als Superminister für Wirtschaft und Arbeit darf und soll Clement die Vorschläge der Hartz-Kommission um- und das Primat von "Sozialpflichten" vor "Sozialrechten" durchsetzen. Die Bundesregierung will die Kürzung von Sozialleistungen, die Ausweitung des Niedriglohnsektors und verschärfte Zwangsmaßnahmen gegen Erwerbslose zwar mit den Gewerkschaften besprechen, sich aber von deren möglichen Bedenken nicht beirren lassen. Da wird Clement mehr Härte zugetraut als dem Gewerkschafter Walter Riester.

Und in dieser Hinsicht ist Clement grüner als die Grünen. Denn in Sachen Wirtschafts- und Sozialpolitik sind die Grünliberalen der Motor für Sozialabbau, Deregulierung und Zwang. So setzen sich die Grünen lautstark für die Senkung der Lohnnebenkosten ein, und die grüne Steuerexpertin Christine Scheel würde den Niedriglohnsektor gern flächendeckend ausbauen.

Es waren ebenfalls die Grünen, die als erste den zaghaften Versuch einiger LänderministerpräsidentInnen gedeckelt haben, doch mal wieder über Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer und Unternehmensbesteuerung nachzudenken. Wen wundertÆs bei einer Partei, die im Grunde von der gleichen sozialen Basis wie die FDP getragen wird.

Ansonsten bleibt alles wie gehabt: ein bisschen ökologische Symbolik, soweit es die Industrie- , Atom- und Agrarlobbies zulassen; ein bisschen Symbolik bei Minderheitenrechten, sofern Schilys Law-and-Order-Linie erhalten bleibt; ein bisschen Frieden, wenn die Staatsräson nicht gerade wieder Krieg erfordert.

Das Wahlvolk hat sich für Ariel ultra statt für Stoiber-Persil entschieden. Doch die Farben der neuen rot-grün-scharz-gelben Einheitsfront bleichen allesamt aus; was bleibt, ist das unansehnliche Gewebe des neuen Modell Deutschlands. Die Opfer und GegnerInnen einer Herrschaft der Clementinen haben nur einen Trost: Dieses Produkt ist 100% abbaubar!

2. Von Vietnam bis Genua - Was bleibt vom Internationalismus? Veranstaltungsreihe von ak und Redaktion Fantômas mit Moe Hierlmeier

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:40

Die Zeichen verdichten sich. Eine neue internationale Bewegung ist im Entstehen und gewinnt an Bedeutung. "Seattle" und "Genua" sind Kristallisationspunkte dieser Bewegung, die den Neoliberalismus unter Druck setzt. Die gesellschaftliche Marginalisierung emanzipatorischer Politik scheint aufgebrochen zu sein. Herrschaftskritische Positionen gewinnen an Boden. Da die neue Bewegung im Kontext der alten steht, wird viel davon abhängen, Erfahrungen internationalistischer Bewegungen kritisch zu beleuchten und produktiv zu wenden: den proletarischen Internationalismus der alten Arbeiterbewegung, den Internationalismus der APO, die Machtvergessenheit der NGOs.

Der Referent Moe Hierlmeier, Aktivist des Lateinamerikakomitee Nürnberg und Mitarbeiter des Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft des BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) hat soeben im Schmetterling-Verlag ein Buch veröffentlicht, das sich mit der Ideengeschichte des Internationalismus und damit mit der Entwicklung und den Irrtümern der Linken in Deutschland beschäftigt.

Veranstalter: ak - analyse & kritik und Redaktion Fantômas in Zusammenarbeit mit örtlichen Kooperationspartnern

28.10. Berlin, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Beginn 19:30, Mitveranstalter Buchladen Schwarze Risse

29.10. Hamburg, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, Beginn 19:30

30.10. Münster, Institut für Theologie und Politik (ITP), Friedrich-Ebert-Str. 7, Beginn 19:30, Mitveranstalter ITP

31.10. Bochum, Café Madrid, Nordring 57, Beginn 19:00, Mitveranstalter Der Notstand, Labournet Germany

01.11. Hannover, Pavillon am Raschplatz, Lister Meile 4, Beginn 19:30, Mitveranstalterin Anti-Expo-AG

04.11. Frankfurt/Main, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, Beginn 19:30, Mitveranstalter Club Voltaire

3. Vergesst Annika. Zehn Jahre nach dem Aufbruch der riot grrrls ist die Bewegung nicht tot

Autor: Nicole Vrenegor · Rubrik: Medien; Kultur; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:32

Sie heißen nicht Tina, Laura, Brigitte oder Young Miss, sondern sabotage, nextgenderation, notjustboysfun und geekgirl. Sie kümmern sich einen Dreck um die neuesten Diäten, und was die Herbstmode so bringt, ist ihnen auch egal. Sie sind verschnörkelt und grell, manchmal aber auch pastell. Sie machen sich über Tamponwerbung lustig, meckern über Macker, schwärmen von tollen Frauen, tauschen Platten- und Konzerttipps aus. Sie haben keinen großen Verlag im Rücken und die Werbebranche schlägt sich auch nicht unbedingt um sie. Trotzdem veröffentlichen sie: billig, unkompliziert und unzensiert. Die Rede ist von "Femzines", feministisch inspirierte, in der Tradition der riot grrrls stehende Magazines und Websites im Internet.

Die Vorteile von E-zines gegenüber gedruckten Zeitschriften liegen auf der Hand: Die Druckkosten entfallen, der Vertrieb ebenfalls und damit auch die bedrohliche Frage: Kann sich das Projekt in der kapitalistischen Medienwelt tragen? Ein funktionierender, internetfähiger Computer, ein wenig Know-how und viel Engagement reichen aus, um ein One-woman-zine zu starten - und wenn sich noch einige Freundinnen einklinken, macht die ganze Sache noch mehr Spaß. Und genau darum geht es den Mädchen und Frauen, die im Internet publizieren. Seit Anfang der 90er Jahre sprießen "Femzines" wie Pilze aus dem Boden. Wichtigster Schauplatz der "girl zine revolution" sind die USA. Viele der zine-MacherInnen sehen sich in der Tradition der riot-grrrl-Bewegung, einer Bewegung, die 1991 ihren Anfang nahm. Damals trafen sich erst in Washington, dann in New York und anderen amerikanischen Städten Punkrock-Musikerinnen wie Kathleen Hanna (Bikini-Kill) und Jean Smith (Mecca Normal & 2 Foot Flame), um über Bands und Musik, Gewalt gegen Frauen und sexuellen Missbrauch zu diskutieren. Gemeinsam organisierten sie Konzerte, Festivals, Podiumsdiskussionen und Fanzines. Der Legende nach geht der Begriff riot grrrl auf zwei Quellen zurück: In einem Brief an eine DJ-Freundin schrieb Jean Smith damals: "We need a girl riot", dabei soll sie die Begriffe "riot" und "girl" vertauscht haben. Aus "girl" wurde dann in Anlehnung an das Buch "Angry Grrrl" von Tobi Vail "grrrl" und fertig war das Bewegungslabel.

So wütend und laut wie die Punkmusik der Mädchen war auch die Botschaft der quirligen Bewegung. Riot grrrl heißt, dass "wir es nicht zulassen, dass unsere echte und berechtigte wut verpufft und über die internalisierung von sexismus, wie wir sie in der rivalisierung von mädchen oder in ihrem selbstzerstörerischen verhalten sehen, gegen uns gerichtet wird", heißt es im 1992 entstandenen riot-grrrl-Manifest. Aus der Wut auf das Patriarchat wuchs der Elan, sich auf die eigenen Stärken zu konzentrieren und sich nicht länger gängeln zu lassen. Dem Do-it-yourself-Prinzip folgend gründeten in den 90ern viele Frauen und Mädchen Bands, schrieben Texte, die sie als kopierte Fanzines unter Freundinnen verteilten, bastelten Websites, kreierten punkige Mode, schufen Frauen-Netzwerke und fingen an, Kunst- und Videoprojekte zu machen. "Don't dream it, be it!" lautete die einfache und pragmatische Losung. Und während in den US-amerikanischen Medien wie der Times das Ende des Feminismus deklariert wurde, erblühte gleichzeitig eine Subkultur, in der Frauen laut und trotzig verkündeten: "Feminismus ist cool". Ihr Forum fanden diese jungen Frauen vor allem auf der Bühne, wo sie ihre eigene Interpretation von Feminismus rausschrien. So thematisieren die Songtexte von Tribe-8, Bikini-Kill, L7 oder Bratmobile weibliches Begehren, Alltagserfahrungen im Patriarchat, Freundinnensolidarität, aber auch Sexismus und Gewalt.

Die girl-Bewegung, die von Anfang an heterogen und widersprüchlich war, geriet - schneller noch als andere subkulturelle Bewegungen vor ihr - in den Sog der kapitalistischen Marktökonomie, passten doch der "toughe, sexy girl style" optimal in die wunderbare weichgespülte MTV-Welt. Die Wut, die die frühen grrrls charakterisierte, wurde kanalisiert, übrig blieb das "zickige" girl. In dem nun zum Stereotyp gewordenen girl-label reduzierte sich die ursprüngliche Power auf einen schmollmundigen, konsumorientierten Kleinmädchen-Schick, der in Deutschland vielleicht noch am besten durch die damalige Viva-Moderatorin Heike Makatsch repräsentiert wurde. "Die Bewegung stieß dort auf ihre Grenzen, wo der feministische Kontext fehlte, der den nunmehr aus dem Zusammenhang gerissenen, originalen Slogans ihre subversive Kraft

bestätigt hätte", schreiben Anette Baldauf und Katharina Weingartner in der Einleitung zu dem von ihnen herausgegebenen Buch "Lips. Tits. Hits. Power? Popkultur und Feminismus".

So ist es auch kein Wunder, dass die "grrrl-olution" gerade auch von akademischen Feministinnen kritisiert bzw. ignoriert wurde. Für die sich eher dem postmodernen, feministischem Diskurs zuordnenden Frauen scheint die Kluft zwischen ihrer eigenen sehr abstrakten Theoriebildung und dem eher handlungsorientierten "Spiel-doch-mal-Schlagzeug"-Ansatz der riot grrrls zu groß zu sein. Und die eher in den 70er Jahren politisierten Feministinnen, die Müttergeneration der girls sozusagen, stimmen zwar in ihrem politischen Anspruch, frauenidentifizierte Projekte zu machen, mit dem grrrls-Konzept überein, jedoch macht sich hier die generationsbedingte Distanz bemerkbar. Melissa-Etheridge-Fans kriegen eben bei Punk-Musik die Krise, genauso wie junge Frauen eine angeborene Lila-Latzhosen-Phobie haben, um einmal in die Klischee-Kiste "Best of feminist" zu greifen.

Und dann gibt es ja auch noch das generelle Problem mit der Identität: Wer oder was sind überhaupt girls? Von wem sprechen wir, wenn wir "wir" sagen? Dass die Protagonistinnen der grrrl-Bewegung sich in ihren Songs, Artikeln und in ihrer Kunst mit dem Konstruktionscharakter von Geschlecht auseinander setzen, und damit die Lehre aus der Ignoranz der 2. Frauenbewegung ziehen, ändert nichts an der Tatsache, dass auch diese subkulturelle Szene von weißen, westlichen Mittelstandsfrauen geprägt ist. Dies ist sicherlich das prinzipielle Dilemma aller Feminismen, das den meisten Feministinnen seit Beginn der 90er Jahre auch hinreichend bekannt sein dürfte. Es gibt heutzutage einerseits das nach wie vor wirkungsmächtige Patriarchat, das den als Frauen identifizierten Menschen das Leben schwer macht. Und andererseits: Wo steckt dieser "Feind", und vor allem, wer sind die "Freundinnen", mit denen ich mich solidarisieren kann? Das feministische Kunststück besteht darin, identitäre Zuschreibungen abzulehnen und sich gleichzeitig gegen die patriarchale Zurichtung zu wehren, die nun einmal auf das lebende Konstrukt "Frau" zielt.

In diesem Spannungsverhältnis zwischen Aneignung von Macht und Infragestellen derselben stehen auch die riot grrrls. In einer Art nachholender feministischer Punk-Revolution ging es den Frauen und Mädchen zunächst einmal darum, selbst aktiv zu werden und den Mut zum Dilettantismus zum Konzept zu machen: Jede Frau ist eine Künstlerin. Was so einfach klingt, ist dennoch so schwer. Wie ungewöhnlich selbstbewusste, feministische Frauen auf der Bühne sind, zeigt die Rezeption der Band Parole Trixie, die in Deutschland wohl am ehesten in der Tradition der riot grrrls steht. Vor allem männliche Musikjournalisten hatten Probleme, die Band rund um die Sängerin Sandra Grether einzuordnen. Die Kritiken reichten von "Was soll der Krach?", wobei vor allem die ungewöhnlich schrille und laute Stimme der Sängerin bemängelt wurde, bis hin zu einem wohlwollenden bis hilflosen "Aber die Texte sind ganz gut, oder?"

Nicht nur in der traditionell männlich geprägten Musikszene muss mensch lange nach "Frauenpower" suchen: Ein Blick in deutschsprachige, linke Zeitungen zeigt, wie wenig Frauen überhaupt Artikel schreiben. Noch seltener lassen sich explizit feministische Themen und Texte finden. Eine Ausnahme bildet die alaska, die sich kontinuierlich und konsequent feministisch positioniert. Inhaltlich lässt sich sicherlich über den einen oder anderen Artikel streiten, auffällig ist jedoch die generelle Tendenz innerhalb der Linken, feministische Analysen, wie sie von der alaska beispielsweise zum 11. September angestoßen wurden, komplett zu übergehen. Diejenigen, die in gemischtgeschlechtlichen Projekten immer wieder die Kraft finden, sich feministisch zu äußern, verdienen allein schon deswegen den größten Respekt. Und das Durchhalten geht nur mit viel Humor. Oder was soll frau beispielsweise erwidern, wenn der Chefredakteur eines mittlerweile eingestellten Hamburger Stadtmagazins auf ein Artikelangebot zur Frauen-Multimedia-Messe, sagt: "Nee, wir machen keine Zeitung für Randgruppen."?

"Ich bin Feministin und das ist gut so"

Besonders in Deutschland wurde die Forderung des "Just do it", die die grrrl-ProtagonistInnen in den USA vorgelebt haben, noch lange nicht eingelöst. Die systematischen Zwänge, die Frauen daran hindern ihre Stimme zu erheben, sind nach wie vor massiv. So ist es beispielsweise enorm schwierig, Frauen zu motivieren, Artikel zu schreiben. "Das kann ich nicht" oder: "Da weiß ich nicht genug" sind die häufigsten Einwände. Sehr schön werden diese typischen weiblichen Bedenken in dem Manifest "Wir wollten immer alle Pippi sein" des deutschsprachigen "Femzines" annikafish (www.annika-fish. port5.com) beschrieben: "Wir wollten immer alle Pippi sein, doch was wir waren, war Annika. Wir waren brav, folgten unseren Eltern, machten den Abwasch, brachten gute Noten nach Hause und wollten später etwas Sinnvolles werden, Ärztin

oder Lehrerin. Wir bewunderten jene, die rauchten, die auf alle Partys gingen, die sich einen Freund nach dem anderen schnappten. Doch wir waren immer pünktlich im Bett. In unseren Träumen waren wir Pippi, selbstständig, fähig unsere Ideen durchzusetzen und das Leben so zu leben, wie wir wollen."

Neben diesen Zweifeln bildet die unglaubliche Ignoranz der linken Subkultur gegenüber feministischen Stimmen und Analysen die andere Seite der Medaille. Natürlich fehlt heutzutage in keinem linken Flugblatt der obligatorische Verweis auf den "Kampf gegen patriarchale Strukturen". Für eine Auseinandersetzung mit der eigenen Verwobenheit in diese Struktur ist aber keine Zeit, da mann sich ja um die wirklich wichtigen Themen kümmern muss. Macht ist eben da am wirkungsvollsten, wo sie unsichtbar ist. Traurig, aber wahr: An dieser männlichen Ignoranz haben sich schon Generationen von Feministinnen abgearbeitet.

Zwar gibt es auch in Deutschland einige Lichtblicke in der linken Bewegung, so zum Beispiel der cross-over-Kongress in Bremen im Januar diesen Jahres, wo über 600 Menschen über die Verflechtung von Patriarchat, Kapitalismus, Rassismus und Antisemitismus diskutierten. Jedoch bleiben solche Diskussionen in der Regel auf die queer, transgender-FrauenLesben-Szene beschränkt. An der hegemonialen male-stream-Identität der Linken ändert das wenig.

Trotz und gerade wegen der postmodernen feministischen Erkenntnistheorie, die die Kategorie Geschlecht kritisch hinterfragt, ist es höchste Zeit, dass Mädchen und Frauen wütend werden. Eine spielerische Naivität und das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten kennzeichneten die riot grrrls der ersten Stunde. Schluss mit Jammern - Bewegung kommt von bewegen. In diesem Sinne: Schnappt euch die Gitarre, schreibt Artikel, macht Kunst, erfindet euch selbst, solidarisiert euch mit anderen Frauen, startet Riots. Kurz: Seid Pippi, und vergesst Annika.

Nicole Vrenegor

Baldauf, Anette/Weingartner, Katharina (Hg.): Lips. Tits. Hits. Power? Popkultur und Feminismus. Folio: Vienna/Bozen, 1998.

Eine ausführliche Link-Liste zu verschiedenen grrrlzines findet sich unter www.grrrlzines.net.

4. Bayern-Phobie ermöglicht Spielverlängerung. Rot-Grün bleibt am Ball, PDS steigt ab

Autor: mb. · Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:35

22. September, gegen 20.10 Uhr, Berlin-Kreuzberg: Die Grünen haben ihre Wahlfete in den neuen Musentempel der aufgestiegenen Westberliner Alternativszene, das Tempodrom, verlegt. Früher in einem alten Zirkuszelt im Tiergarten untergebracht, hat es dieses Projekt im Zuge des Regierungsumzuges nach Kreuzberg verschlagen. War es vorher bei der Wahlparty der PDS eher ruhig, strömen hier die Menschen - nicht nur angetrieben durch den einsetzenden Regen - in die Halle. Während im Inneren der Arena prominente und weniger prominente FunktionsträgerInnen der Grünen sich feiern, herrscht ausgelassene Stimmung auf den Rängen. Mit Gejohle, Pfeifen und Applaus kommentiert man das eigene Ergebnis und die Statements der grünen SpitzenpolitikerInnen. Aufsteiger unter sich! Die Avantgarde der "Neuen Mitte" in Siegerlaune.

Die WählerInnen hatten also am Ende doch noch ein Einsehen: Rot-Grün bekommt seine zweite Chance. Die Union - monatelang weit vor der SPD gelegen - verpasst alle ihre Wahlziele. Weder stellt sie den Kanzler, noch wurde sie stärkste Fraktion im Bundestag. Mit ein paar tausend Stimmen Differenz wurde sie am Ende doch noch von der SPD auf Platz Zwei verwiesen. Die Flutwelle entlang der Elbe und das Hochwasser an der Donau, der personalisierte Wahlkampf in den letzten Wochen vor der Wahl mit ihrer medial vermittelten Zuspitzung zwischen dem Kanzler und seinem Unions-Herausforderer und nicht zuletzt die Haltung von Rot-Grün zum Irak - diese drei Faktoren waren ausschlaggebend für diesen Umschwung.

Die Überschwemmungen ließen die Bundesregierung als handlungsfähig und zupackend erscheinen - die "Stunde der Not" ist eben die Stunde der Exekutive, wie es bereits damals der FAZ schwante -, was vor allem der SPD im Osten zugute kam. Für die Grünen war vorteilhaft, dass Ökologieaspekte zumindest kurzzeitig zum Thema wurde. Mit ihrer eindeutigen Positionierung gegen einen Irak-Krieg hatte Rot-Grün ein emotionalisierendes Wahlthema gefunden, das endlich die eigenen StammwählerInnen mobilisierte. Auch entstand in den letzten Wochen vor der Wahl eine personalisierte Zuspitzung zwischen Schröder und Stoiber, die vor allem im Norden und Osten zu einer "Stoppt-Stoiber"-Stimmung führte.

Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Union erhebliche Stimmengewinne verbuchen konnte. Im Westen legte die Union um 3,8 Punkte zu. In Bayern erreichte die CSU ein Plus von fast elf Punkten und kommt bundesweit auf neun Prozent (plus 2,3). In den nördlichen und östlichen Ländern zeigte sich allerdings, dass der "Bayern-Ede" als Unions-Spitzenkandidat nicht vermittelbar war. Doch gelang es der Union, Stimmen erfolgreich aus dem klassischen Revier der Sozialdemokraten zu gewinnen: bei den Arbeitern. Mit minus fünf Prozent erlitt die SPD überdurchschnittlich hohe Verluste, während die Union hier acht Punkte dazugewinnt. Insgesamt verlor die SPD im Westen vier Punkte, konnte aber im Osten 4,6 Punkte hinzugewinnen.

FDP und Union kamen zusammen auf 45,9 Prozent und legten damit gegenüber 1998 um 4,6 Prozent zu. Dass es trotz dieser Zugewinne nicht gelangt hat, lag am schlechten Abschneiden der FDP. Mit den vollmundig anvisierten 18 Prozent war es am Ende nichts; mit einem Stimmenanteil von 7,4 Prozent verlor die FDP sogar den Wettlauf mit den Grünen um den Platz als drittstärkste Fraktion im Bundestag. Das schlechte Abschneiden der FDP beruht laut WahlforscherInnen hauptsächlich auf der fehlgeschlagenen Strategie, sich auf keine Koalition festzulegen. Fast zwei Drittel aller WählerInnen wollten von den Liberalen eine entsprechende Aussage. Welchen Einfluss die antisemitischen Attacken Möllemanns für das Abschneiden der FDP gehabt haben, lässt sich aus den Wahlergebnissen nicht ablesen.

Der eindeutige Sieger dieser Wahl sind die Grünen. Zu verdanken haben die Grünen das ihrem Stimmenzuwachs in allen westlichen Bundesländern, und hier insbesondere in den Großstädten. In der Woche vor der Wahl hätten sich taktische WählerInnen, die Rot-Gelb bzw. Stoiber verhindern wollten, verstärkt den Grünen zugewandt. Wer also erwartet hatte, dass die Grünen nach vier Jahren Regierungstätigkeit abgestraft werden würden, sah sich enttäuscht. Das Ergebnis zeigt vielmehr, dass die Entwicklung zu einer linksliberalen Partei mit der politischen Entwicklung ihrer WählerInnenbasis übereinstimmt.

Vor allem im Westen gilt: Viele sich links verstehende WählerInnen geben trotz aller Kritik den Grünen bei Wahlen immer noch den Vorzug. Die PDS jedenfalls - obwohl sie prozentual im Westen relativ stabil blieb - konnte sich nicht zur wählbaren Alternative entwickeln. Das ist nicht unbedingt nur ein Problem der PDS; das

Abschneiden der linken Hamburger Regenbogen-Fraktion bei den letzten Bürgerschaftswahlen, die sich anlässlich des Jugoslawien-Kriegs von der GAL abgespalten hatte, hat deutlich gezeigt, dass das linke Stimmenpotenzial jenseits von SPD und Grünen zur Zeit nicht über zwei bis drei Prozent hinausreicht.

Keine guten Ausgangsbedingungen für die PDS, der nach ihrem Scheitern bei diesen Bundestagswahlen realistischerweise ein Neueinzug in vier Jahren nur durch deutliche Zugewinne im Westen gelingen könnte. Vorerst hat sie sich in aller Klarheit als das erwiesen, was sie seit zwölf Jahren ist: eine ostdeutsche Regionalpartei mit linkssozialdemokratischen Profil. Allerdings scheinen die Ostdeutschen diese Stimme nach zwölf Jahren immer weniger zu brauchen. Im Osten reduzierte sich der Stimmenanteil von 21,6 auf 16,8 Prozent. Ausschlaggebend für die Wahlniederlage waren aber hausgemachte Fehler, denn die PDS hat vor allem an die NichtwählerInnen verloren. Anstatt sich als politische Alternative darzustellen, die in Opposition zur neoliberalen Einheitsfront aus SPD, Grünen, Union und FDP steht, hat sie in den letzten Wochen eine Stoiber-Verhinderungs-Kampagne in das Zentrum ihres Wahlkampfs gestellt, deren Opfer sie dann wurde. Schreckten Teile der Parteiführung doch nicht einmal davor zurück, sich öffentlich Rot-Grün als Westentaschenreserve anzubiedern.

mb.

Bundestagswahlergebnisse 2002 und 1998

Zweitstimmen, 2002, 1998

Wahlberechtigte, 61.388.671, 60.762.751

WählerInnen, 48.574.607 (79,1%) , 49.947.087 (82,2%)

Ungültige, 594.303 (1,2%) , 638.575 (1,3%)

SPD, 18.484.560 (38,5%) , 20.181.269 (40,9%)

CDU, 14.164.183 (29,5%) , 14.004.908 (28,4%)

CSU, 4.311.513 (9,0%) , 3.324.480 (6,7%)

Grüne, 4.108.314 (8,6%) , 3.301.624 (6,7%)

FDP, 3.537.466 (7,4%) , 3.080.955 (6,2%)

PDS, 1.915.797 (4,0%) , 2.515.454 (5,1%)

Schill, 399.757 (0,8%) , -

REP, 280.735 (0,6%) , 906.383 (1,8%)

NPD, 214.872 (0,4%) , 126.571 (0,3%)

5. Neuanfang oder Ende. Die PDS muss sich als Teil eines gesellschaftlichen Projekts begreifen

Die PDS muss sich als Teil eines gesellschaftlichen Projekts begreifen - von Uwe Hiksch

Autor: Uwe Hiksch · Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:39

Die bürgerliche Presse hat die PDS in den letzten zwölf Jahren mehrere Male für tot erklärt. Doch sie lebt heute immer noch. Auch wenn die PDS durch ihr Scheitern bei den Bundestagswahlen eine schwere Niederlage erlitten hat, hat sich dadurch an ihren politischen Entwicklungsmöglichkeiten als Teil eines linkssozialistischen Reformprojektes nichts Grundsätzliches geändert.

Die PDS wird auch heute noch von einem großen Teil der westdeutschen Linken mit viel Skepsis beobachtet. Mit der Partei beschäftigen sich zwar viele Linke als kritische Kommentatoren, viel zu wenige wirken jedoch durch aktive Einflussnahme auf ihre Entwicklung als erneuerte sozialistische Partei der BRD ein. Dies führt dazu, dass sich moderne sozialistische Konzeptionen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte viel zu wenig in der programmatischen Ausrichtung der PDS wiederfinden. Auch deshalb spielt die PDS für die Schaffung einer attraktiven Alternative im Rahmen der gesellschaftlichen Veränderung bisher eine untergeordnete Rolle. Für viele erscheint die PDS zwar als spannender Stichwortgeber bei Diskussionen im Bereich der Sozial- und Friedenspolitik; strategische Handlungsoptionen für die Veränderung des neoliberalen Mainstreams werden der PDS jedoch noch nicht zugesprochen.

Diese Distanz großer Teile der Linken in Westdeutschland hat auf der anderen Seite innerhalb der PDS dazu geführt, dass sie sich in den letzten Jahren immer weiter parlamentarisiert hat. Der außerparlamentarische Anspruch der PDS wurde durch eine ständig zunehmende Parlamentsfixierung immer weiter in den Hintergrund gedrängt. Durch die Wahlerfolge der PDS hat sich innerhalb der Partei die Überzeugung durchgesetzt, dass die inhaltliche parlamentarische Arbeit als Grundlage für die Entwicklung der Partei völlig ausreichen würde. Das Verhältnis der PDS zu den außerparlamentarischen Bewegungen wurde damit immer mehr ein instrumentelles und ein oft von Arroganz bestimmtes. Die PDS verstand sich nicht mehr als Teil der außerparlamentarischen gesellschaftsverändernden Bewegung, sondern nur noch als parlamentarischer Ansprechpartner für solche Kräfte.

Auf nach Westen

Über die Gründe und Ursachen der Wahlniederlage hat innerhalb der PDS eine intensive Diskussion begonnen. Hierbei wird eine Reihe von Gründen, vom spektakulären Gysi-Rücktritt bis zur fehlenden Verankerung der PDS in Westdeutschland, genannt. Mit Verspätung beginnt damit die Diskussion über die programmatische und politische Ausrichtung der PDS. Diskutiert wird auch, ob und wie die bisherige Fixierung auf die Stärke in Ostdeutschland eine bessere Verankerung in Westdeutschland erschwert hat. Die Entscheidung, mit einem Spitzenteam aus vier Ostdeutschen anzutreten, hat deutlich gemacht, dass eine gesamtdeutsche mediale Darstellung von den Führungskräften der PDS als zweitrangig angesehen wurde. Diese einseitige Fixierung auf Ostdeutschland und die mangelhafte Medienpräsenz haben die PDS in der Alltagswahrnehmung als hausbacken erscheinen lassen. Gleichzeitig gelang es der Partei nur unzureichend, ihre zentralen Themen Friedenspolitik, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Vertretung der strukturschwachen Regionen (und nicht nur Ostdeutschlands!) darzustellen.

Im Westen diskutierte Themen und reale Problemlagen wurden kaum aufgegriffen. Durch die fehlende Bereitschaft der PDS-SpitzenpolitikerInnen, die PDS auch medial als grundsätzliche Opposition darzustellen und Fragen wie Antikapitalismus und Antimilitarismus als grundsätzliche Fragen gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit politischen Inhalten zu füllen, hat die Partei in den letzten Jahren an Relevanz verloren. Themen wie Antirassismus, Antworten auf die Globalisierung, Absicherung aller Lebensformen oder Drogenpolitik traten in der Außendarstellung der PDS bewusst hinter "klassische Themen" zurück. Auch die Positionen der Gewerkschaftslinken wurden, wie einige unklare Äußerungen zu den Hartz-Vorschlägen gezeigt haben, nicht ernst genommen.

Die PDS pflegt in ihrer Mehrheit eine tiefe Staats- und Regierungsfixierung, die das Oppositionsverständnis der westdeutschen Linken häufig negiert. Während aus der Geschichte der westdeutschen Linken heraus die

Rolle der Systemopposition als Grundlage für die Veränderung von Gesellschaft als strategischer Schlüssel angesehen wird, hat sich die PDS - auch aus ihrer Geschichte als ostdeutsche Partei - vornehmlich auf die Strategie der Erringung von parlamentarischer Macht festgelegt. Die im Programm beschriebene Doppelstrategie aus parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition wird in der Alltagsrealität der Parteiprogrammatik nur bedingt aufgegriffen. Anders als bei den Grünen in ihrer Gründungsphase wird die Veränderung des Systems durch die Möglichkeiten von parlamentarischen Mehrheiten in der PDS viel zu hoch eingeschätzt.

Falsche Weichenstellungen

Diese strategische Ausrichtung lässt die PDS häufig als macht- und regierungsfixiert und damit gerade für die kritischen Teile der westdeutschen Gesellschaft als wenig attraktiv erscheinen, da sich - auch aus den Erfahrungen mit der Entwicklung von SPD und Grünen - eine breite Skepsis gegenüber Parteien, die sich um Regierungsämter streiten, breit gemacht hat. Notwendig ist deshalb ein radikales Umdenken. Die PDS muss sich als gesamtdeutsche sozialistische Partei wieder mehr auf ihre Wurzeln als antikapitalistische Systemopposition besinnen und durch eine klare Fixierung auf die sozialistische Opposition auf Bundesebene deutlich machen, dass sie sich für einen Kurs der neoliberalen Anpassung nicht zur Verfügung stellt.

Der bisherige Kurs der Mitte-Links-Option hat die PDS als "Westentaschenreserve" der heutigen Sozialdemokratie erscheinen lassen. Gerade in den letzten Wochen des Bundestagswahlkampfes, als die Forderungen nach "Stoiber verhindern" in der Aussage des Bundesgeschäftsführers der PDS gipfelten, die PDS könne sich vorstellen, Schröder zu wählen, war die PDS für viele kritische Wählerinnen und Wähler von den etablierten Parteien nicht mehr unterscheidbar.

Auch die Regierungsbeteiligungen der PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern wirken desorientierend und zum Teil demobilisierend. Durch die intensiven Sparbeschlüsse des Senats in Berlin, erscheint die PDS ihrer Stammwählerschaft nicht mehr als Partei der sozialen und gesellschaftlichen Gerechtigkeit, sondern als Partei, die sich auch für den Abbau von sozialen Leistungen zur Verfügung stellt. Gerade im Bundestagswahlkampf wurde in vielen Bereichen deutlich, dass die sozialen Umverteilungsvorschläge der PDS nicht durchdringen konnten, da sie von den Medien und den Wählenden gerade mit dem Hinweis auf die Berliner Kürzungsorgien als unglaubwürdig bezeichnet wurden.

Das Scheitern der PDS bei den Bundestagswahlen stellt die PDS vor eine Reihe von Aufgaben, denen sie sich in den nächsten Jahren zuwenden muss. Zur Zeit werden die Differenzen in der PDS anhand der Fragen von Oppositionen, Systemveränderung und gesellschaftlicher Verankerung in außerparlamentarischen Bewegungen ausgetragen. Vorstellungen, wie die PDS als Teil einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewegung verankert werden kann, gibt es nur bedingt. Auch der Parteitag in Gera hat daran nichts geändert. Die vorgelegten Initiativanträge haben zum Beispiel keine ausreichende Antwort auf die Frage gegeben, welche Rolle Linke heute in den Gewerkschaften einnehmen sollen, um die notwendige Gegenmacht innerhalb der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse zu entwickeln. Auch die Einschätzungen über die Rolle der Gewerkschaften als Bestandteil des sozialdemokratischen Gestaltungsanspruches im Sinne einer kooperativen Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit ist in beiden Anträgen unterentwickelt. Linke in der PDS und in den Gewerkschaften müssen in den nächsten Jahren Antworten geben, wie mit sozialistischen und antikapitalistischen Positionen dazu beigetragen werden kann, die immer stärker werdende Tendenz der Gewerkschaften, sich als Ko-Management zur Verfügung zu stellen, zu verhindern und stattdessen ein Verständnis von Gegenmacht zu entwickeln ist.

Wider die Parlamentsfixierung

Die PDS hat bisher noch keine ausreichende Antwort auf die Frage gefunden, welche Möglichkeiten eine sozialistische parlamentarische Kraft in einer gesellschaftlichen Situation hat, in der sich der Neoliberalismus als hegemoniales Projekt in allen größeren gesellschaftlichen Gruppen und Parteien mehrheitlich durchgesetzt hat. Deshalb greift die Vorstellung einer Mitte-Links-Option ins Leere. Auf Bundesebene stellt sich für die PDS das strategische Dilemma, dass sich die Positionen der SPD im Bereich der Sozialpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch der Gesellschaftspolitik faktisch denen der CDU in großen Teilen angeglichen haben. Mit dem Projekt der "Neuen Mitte" hat sich in der SPD ein neoliberales Projekt der Ausrichtung der deutschen Politik auf eine aggressive Welthandelsstrategie, dem sich alle anderen Bereiche unterordnen

müssen, durchgesetzt. Alle Vorstellungen, die eine Stärkung des Binnenmarktes durch die Ausrichtung der Wirtschafts- und Steuerpolitik auf eine Umverteilung der Einkommen von oben nach unten und einer damit verbundenen Stärkung der Massenkaufkraft zum Ziel haben, sind heute innerhalb der SPD marginalisiert. Für ein gesellschaftliches Reformprojekt scheidet die SPD somit faktisch aus.

Deshalb sind heute die Vorstellungen von einem politischen und ökonomischen Minimalkonsens zwischen sozialistischen und fortschrittlichen Kräften in der Gesellschaft strategisch völlig anders zu bewerten als zu einer Zeit, in der innerhalb der SPD noch rechtskeynesianische Vorstellungen hegemonial waren. Heute hat sich die SPD - mit ihrem aggressiven Kurs der Modernisierung des deutschen Kapitalismus - faktisch zu einer bürgerlichen Partei der linken Mitte entwickelt, die sich in ihrer Politikgestaltung, ihren Meinungsbildungsstrukturen und ihren Politikinhalten weitgehend dem der US-amerikanischen Demokraten bzw. New Labour aus Großbritannien angeglichen hat.

Die PDS ist derzeit - auch wegen ihrer extremen Parlamentsfixierung - in einer schweren Krise. Diese kann jedoch überwunden werden. Die PDS muss sich mit der grundsätzlichen Frage beschäftigen, ob die Möglichkeiten einer sozialistischen Partei wirklich nur an die Frage gebunden sind, ob sie fünf oder nur vier Prozent bei Wahlen bekommt, oder ob nicht gesellschaftsverändernde Projekte vielmehr eine Frage der gesellschaftlichen Verankerung von Inhalten und Strukturen sind, für die zwar eine parlamentarische Verankerung von strategischer Bedeutung ist, jedoch die gesellschaftlichen Relevanz nur abgeleitet beeinflusst.

Reformperspektive gewinnen

Deshalb liegt im Scheitern der PDS bei der Bundestagswahl auch eine Chance für einen radikalen Neuanfang der Partei. Besinnt sich die Partei auf ihre sozialistischen und damit systemverändernden Wurzeln, die eine klare gesellschaftsverändernde Reformperspektive bieten, dann hat die PDS gute Chancen, sich in ein stärker werdendes gesellschaftliches, dynamisches Projekt einzufügen und auch wieder mit starken Fraktionen in den Parlamenten vertreten zu sein. Gelingt es der PDS nicht, sich aus ihrer einseitigen Parlamentsfixierung zu lösen, dann ist ihre mittelfristige Zukunft - gelinde gesagt - ungewiss.

Uwe Hiksch verließ 1999 die SPD-Bundestagsfraktion und wechselte zur PDS über. Bei der Bundestagswahl am 22. September kandidierte er auf Platz 4 der thüringischen Landesliste. Auf dem Parteitag in Gera am 13. Oktober wurde er zum Bundesgeschäftsführer der PDS gewählt. Diesen Text hat er noch vor seiner Wahl verfasst.

6. Eine Chance, keine Niederlage

Autor: Martin Salina · Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:13

Das Scheitern der PDS bei den Bundestagswahlen ist für die Linke kein Anlass zur Trauer. Denn Organisationen, die ihren Zweck nicht erfüllen, sollte man einfach aufgeben und sich besserem zuwenden.

Vielleicht war es das merkwürdigste Ereignis dieses Wahlkampfes, dass nach vier Jahren, in denen sämtliche politische Parteien um die Mitte rangen, auf der WählerInnenseite dennoch wieder die politischen Lager standen. Wirtschaftsverbände und Financial Times Deutschland plädierten für die Union, die Gewerkschaften für die SPD, Umwelt- und Migrantenorganisationen für die Grünen, die Linke, einschließlich der ak, für die Wahl der PDS. "Die Menschen wählen Erinnerungen", kommentierte Karl Feldmeyer in der FAZ. Das belegten auch die düsteren Mienen der Linken, die sich am 22. September zur Wahl des "kleineren Übels" PDS aufgemacht hatten und nun deren Niederlage mussten. Für das Kreuz bei der PDS mochte man sich gute taktische Gründe zurechtgelegt haben, doch die Trauer des Wahlsonntags war echt und dementierte eine bloß rationale Beziehung zur Partei. Wer trauert schon wegen taktischer Winkelzüge, die nicht aufgehen? Und warum wollte Grünen-WählerInnen, die sich angeblich zähneknirschend zur Wahlurne geschlichen hatten, nicht die gute Laune vergehen, als die Führungsreihe, die in den letzten Jahren nichts unversucht gelassen hatte, die Parteilinke als realitätsfern zu denunzieren, fröhlich sich selbst feierte?

Wer unter seinen linken Bekannten nachfragte, fand nicht viele, die nicht wieder zur Wahl von PDS und Grünen, ja sogar der SPD (Erststimme, versteht sich!) schritten. So muss man wohl den mehreren 100.000 NormalbürgerInnen dankbar dafür sein, dass sie wenigstens die PDS ins politische Aus beförderten - das erfreulichste Ergebnis des Wahltags. Parlamentarische Wahlen haben einen doppelten Sinn: Zum einen bedeuten sie eine Richtungsentscheidung, zum anderen die Möglichkeit, unfähiges Personal bzw. solches, das nur noch die eigene Karriere und nicht die öffentliche Aufgabe im Kopf hat, abzuwählen. Dass letzteres nicht geht, ohne eine andere politische Richtung in die Ämter zu wählen, mag bedauerlich sein, liegt jedoch in der Natur der Sache. Ganz gleich, wie man die Orientierung der PDS in Richtung Realpolitik beurteilen mag - ihre Niederlage hatte die Partei diesmal schon deshalb verdient, weil sie spätestens nach der Berlin-Wahl in eine Goldrauschstimmung verfallen war, die in keinem Verhältnis zu der schlechten Vorstellung ihres Spitzenpersonals stand. Nach zehn Jahren beständigen Zuwachses war die Parteiführung offenkundig zu der Ansicht gelangt, die WählerInnen würden jeden Besenstiel akzeptieren, wenn nur PDS darauf stünde. Im Wahlkreis Pankow ließ man mit der 27-jährigen Sandra Brunner eine Kandidatin aus dem Parteiapparat antreten, der die fehlende Lebenserfahrung deutlich anzusehen war. In Friedrichshain-Kreuzberg bewarb sich Bärbel Grygier, die ein Jahr zuvor noch zur Bürgermeisterin des Bezirks gewählt worden war. Schon drei Monate später war ihr das Amt nicht mehr gut genug, sie rückte in den Bundestag nach.

Nicht viel besser sah es in den Koalitionen aus, in denen der Reformerflügel der PDS das Vorbild für eine bundesweite Beteiligung an die Regierung sehen möchte. In Mecklenburg-Vorpommern verstrickte sich Arbeitsminister Helmut Holter im Filz. In Berlin trieben die GenossInnen den Sturz des alten Senats und damit ihre Regierungsbeteiligung munter voran, ohne inhaltliche Ziele dafür zu diskutieren. Geradezu dilettantisch verlief die Personalauswahl: Dass SPD und PDS vor Beginn der Koalitionsverhandlungen verkündeten, über Personen werde erst nach Abschluss der thematischen Beratungen diskutiert, konnte man so lange für einen geschickten Schachzug halten, öffentliche Diskussionen zu vermeiden, bis sich Mitte Januar herausstellte, dass sich tatsächlich niemand Gedanken darüber gemacht hatte. Nun wurde hektisch telefoniert: In der Kürze der Zeit fand sich ein SPD-Finanzsenator, der unmittelbar vor der Bundestagswahl munter neue Sparprogramme verkündete; eine PDS-Sozialsenatorin, die schon nach wenigen Wochen erklärte, manchmal könne man in Situationen kommen, "wo einem nur noch Argumente einleuchten, die man vorher abgelehnt hat"; ein PDS-Kultursenator, der bereits nach einem halben Jahr die halbe Kulturszene gegen sich aufgebracht hat; eine von der PDS benannte Staatssekretärin für Arbeit gab nach wenigen Monaten wieder auf (und deren Nachfolgerin Ende September ging schon nach vier Tagen, weil sie auf einer Verbeamtung ohne Probezeit bestand). Von Wirtschaftssenator Gregor Gysi, der nach fünf Monaten wohl vornehmlich wegen Unlust zurücktrat, ganz zu schweigen.

Nein, die PDS ist nicht wegen ihres Programms gescheitert, das den "Blick aus dem DDR-Fenster" widerspiegelt, wie Petra Pau jetzt formuliert. Die fehlende Ausstrahlung Gabi Zimmers mag ihren Anteil an der

Niederlage gehabt haben, aber dass ihre Verantwortung für das Scheitern so hoch gewesen sein mag wie die schlechte Realpolitik des Reformerflügels, scheint denn doch zweifelhaft. Wohlgemerkt: die schlechte Realpolitik, nicht Realpolitik an sich. Dass es für letztere eine Nachfrage gibt, beweisen die Ergebnisse von SPD und Grünen. Doch in den Koalitionen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sind bis heute keine Gründe auszumachen, weshalb die PDS in der Regierung bleiben müsste; geradezu folgerichtig konnte sie auch im Bundestagswahlkampf keine Inhalte zum Wahlkampfthema machen. Die PDS-ReformerInnen wissen, dass sie an die Regierung wollen, können aber nicht benennen, wozu.

Das Scheitern der PDS bedeutet keine Niederlage, sondern eine Chance der Parteilinken, jetzt, wo ohnehin nur noch wenige von festen Stellen abhängig sind, das eigene Engagement noch einmal zu überdenken. Da nichts darauf hindeutet, dass die Parteispitze einen anderen Weg nehmen will als SPD und Grüne, sind die quälenden Rückzugsgefechte der Linken ebenso vorhersehbar wie ihr Ausgang. Linke Politik lässt sich aber nicht wie Hitlers Russlandfeldzug nach der Niederlage vor Moskau organisieren, als Verteidigung jeden Zentimeters Boden, den man einmal errungen hat. Organisationen, die ihren Zweck nicht erfüllen, sollten aufgegeben werden - ein Grundsatz, den die Linke in Deutschland seit 1989 allzu oft vernachlässigt hat. Zur Strafe stellt sie jetzt eines des Schlusslichter in der Anti-Globalisierungsbewegung.

Martin Salina

7. Der Anfang vom Ende

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:24

Nach dem Rauswurf aus dem Bundestag befindet sich die PDS in der Gefahr, in den jetzt wahrscheinlich ausbrechenden internen Kämpfen und deren Eskalation zur abstoßenden Schlammschlacht definitiv unterzugehen und auseinander zu laufen.

Meinen Nachruf auf die PDS habe ich schon vor zehn Jahren geschrieben, für die Oktober-Ausgabe 1992 des Disput, Mitgliederzeitschrift der Partei. Daraus ein kleines Zitat: "Die PDS steht in Gefahr, zusammen mit den anderen Überresten der alten DDR langsam, aber unrettbar dahinzuschwinden, wenn ihr nicht der ungeheuer schwierige Schritt gelingt, sich vom Selbstverständnis und Image einer spezifischen Ost-Partei zu emanzipieren. Nur als Partei, die sich der sozialen und politischen Probleme in allen Teilen Deutschlands annimmt und sich eine gewisse Anerkennung als Interessenvertretung auch im Westen erwirbt, hätte die PDS eine Chance ... Es droht die Gefahr, an der schon die alte DDR zu Grunde gegangen ist: dass man sich - scheinbar notgedrungen - damit einrichtet, von der Substanz zu leben, und notwendige ‚Investitionen` (hier im politischen und analytischen, nicht im finanziellen Sinn gemeint) und Neuorientierungen unterlässt."

Das Erstaunliche ist nicht wirklich das jetzige Wahlergebnis mit seinen katastrophalen Folgen, sondern die Tatsache, dass die PDS die DDR um immerhin jetzt schon mehr als zwölf Jahre überlebt hat. Sie hat im Bundestag überdauert, weil sie in den östlichen Bundesländern (einschließlich und vor allem Ostberlin) in einem Ausmaß expandiert hat, mit dem vor zehn Jahren wohl niemand gerechnet hatte.

Dass es sich dabei nur um eine Gnadenfrist handelte, geriet leider aus dem Blick oder kam den meisten gar nicht ins Bewusstsein. Die drei Berliner Direktmandate, die die PDS 1994 retteten und auf die auch jetzt wieder gehofft worden war, beruhten zu einem erheblichen Teil auf Leihstimmen von SPD-WählerInnen. Außerdem hat in Deutschland seit 1949 keine Partei überlebt, die ihre Bundestagspräsenz ausschließlich über Direktmandate erreichte. Und die Marge, mit der die PDS 1998 mühsam die Fünf-Prozent-Hürde überkrabbelte, kaum 60.000 Stimmen, reichte als Polster nicht aus. Schon damals war zu befürchten, dass die PDS im Osten an den Grenzen ihrer Expansionsmöglichkeiten angekommen war. Das 1998er Ergebnis im Westen, etwa 1,1 Prozent, war nach wie vor im roten Alarmbereich der Irrelevanz, was aber damals notorische Großmäuler in der Parteiführung nicht von dem Dummspruch abhielt, nun sei die Partei "auch im Westen angekommen". Es sind dieselben, die jetzt verkünden, die PDS habe schon Schlimmeres überstanden als den Rauswurf aus dem Bundestag, und die 1990 prahlten, eine Million Stimmen im Westen zu holen. Tatsächlich kam die PDS damals bundesweit überhaupt nur auf 1,1 Millionen und lag im Westen bei 0,3 Prozent.

Zweifellos haben mehrere Faktoren zum jetzigen Wahldebakel geführt. Die PDS hat rund 600.000 Stimmen verloren, ein Viertel ihrer Wählerschaft von 1998. Diese Verluste sind praktisch ausschließlich im Osten eingetreten, während die Partei im Westen auf sehr niedrigem Niveau "stabil" blieb oder sogar noch leicht zulegen konnte. Nach einer ersten Einschätzung des Infas-Instituts hat die PDS rund 150.000 WählerInnen an die SPD verloren, während mehr als 400.000 WählerInnen von 1998 diesmal der Wahl fernblieben. Nimmt man die Tatsache hinzu, dass die PDS in Mecklenburg-Vorpommern, wo sie seit vier Jahren mitregiert, geradezu katastrophal einbrach und dass sie auch in Berlin, wo sie seit diesem Jahr den Senat mitträgt, deutliche Einbußen hat, so liegt die Schlussfolgerung auf der Hand, dass Enttäuschung vieler WählerInnen über die Preisgabe des oppositionellen Anspruchs durch die Parteiführung ein wesentlicher Grund für das schlechte Abschneiden der Partei ist.

Hierzu hat in den letzten Wochen des Wahlkampfs auch die schlecht durchdachte Ankündigung der Parteispitze beigetragen, Schröder im Bundestag zum Kanzler wählen zu wollen. Die dafür anfangs noch formulierten Bedingungen verflüchtigten sich ganz schnell bis zur Unkenntlichkeit. Dass dies keine demokratisch zu Stande gekommene, von der ganzen Partei getragene Taktik war, ließ sich nicht verbergen. Offensichtlich hatten ein paar MacherInnen - angetrieben vom Größenwahn, die scheinbare Chance zur "Machtbeteiligung" auf Bundesebene nur ja nicht zu verpassen - mit ihrem Schröder-Angebot sogar viele Bundestagsabgeordnete und -kandidatInnen glatt überfahren.

Aber demokratische, gar transparente Diskussions- und Entscheidungsprozesse gehörten noch nie zu den Stärken der PDS. Die Partei hat sich von einem kleinen Kreis elitärer VordenkerInnen immer wieder auf der

Nase herumtanzen lassen, letztendlich allerdings zu weiten Teilen deren politische Absichten durch passiven Widerstand so blockiert, dass auch die VordenkerInnen mit den Ergebnissen absolut nicht zufrieden sein konnten.

Spätestens die konfrontativen Positionierungen nach der Bundestagswahl machen sichtbar, dass sich in der PDS, vereinfacht gesprochen, zwei Lager gegenüberstehen, die bisher Kompromisse ausgehandelt oder jedenfalls praktiziert haben, die nun von beiden Seiten für faul und nicht mehr aushaltbar erklärt werden. SprecherInnen beider Seiten drängen auf personelle und politische Klärung, wahrscheinlich wirklich in dieser nicht gerade produktiven Reihenfolge.

Große Teile der Partei werden sich vermutlich diesem "Entweder-Oder" der LagersprecherInnen zu widersetzen versuchen, nicht nur aktiv, sondern vor allem mit den schon bewährten Mitteln des passiven Widerstands. Die Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, dass sich in absehbarer Zeit die "ReformerInnen", die Möchtegern-Mitregierer, die in hohem Maß für die gerade erlittene Wahlniederlage verantwortlich sind, durchsetzen werden. Dies aus einem ganz einfachen Grund: Sie werden die volle Unterstützung der bürgerlichen Medien haben, die das Ganze als einen Streit zwischen alten DogmatikerInnen und lernfähigen Kräften darstellen werden. Da aber dem Augenschein nach beide Parteilager etwa gleich stark sind, wird der Pyrrhussieg der "ReformerInnen" den Zerfall der PDS vermutlich nur beschleunigen. Und unter den Möchtegern-Mitregierern wird vielleicht ganz schnell der Wettlauf um die besten Plätze in der SPD einsetzen.

Knut Mellenthin

8. Kein Lichtlein aufgegangen. BGH fällt Revisionsurteil im Guben-Prozess

Autor: Friedrich C. Burschel · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:37

Am 9. Oktober, fast zwei Jahre nach der Verkündung des Urteils im so genannten Gubener Hetzjagdprozess, hat der Bundesgerichtshof (BGH) dem Revisionsbegehren zweier Nebenkläger teilweise stattgegeben. Der 5. Strafsenat des BGH hat dabei ein wahrhaft salomonisches Urteil gefällt: Weder ändert sich das Strafmaß des Urteils, noch muss das Verfahren neu aufgerollt werden, noch geht der Öffentlichkeit ein Lichtlein auf über die Rolle der Justiz im gesellschaftlichen Umgang mit rechtsextremer Gewalt.

Wer einen trockenen, formaljuristischen Schlagabtausch erwartet hatte, wurde angenehm überrascht. Zehn der Angeklagten und zwei der Nebenkläger waren gegen die Verurteilung der elf Täter im Hetzjagd-Prozess in Revision gegangen - die eine Seite, weil sie sich einen Freispruch gewünscht hätte, die andere, weil sie die Strafe als lächerlich mild und die Tat als falsch bewertet ansah.

"Stinknormale Jugendliche"

Zur Erinnerung: In der Nacht zum 13. Februar 1999 war eine Gruppe rechtsgerichteter junger Gubener im Alter zwischen 17 und 21 Jahren mitten in der Nacht auf die Jagd nach einem "Dunkelhäutigen" gegangen, der einen ihrer Freunde, den stadtbekannten Nazi-Schläger Ronny P., bei einer Auseinandersetzung vor der Diskothek Danceclub verletzt haben soll. Sie putschten sich mit Alkohol, Musik der Nazi-Band "Landser" und dem Skinhead-Kultfilm "Romper Stomper" auf, luden bei der Verfolgung mit Autos Pflastersteine in die Kofferräume und machten sich auf die Suche nach dem ominösen "Neger", der ihren Kumpel "mit der Machete aufgeschlitzt" habe. Unterwegs beschimpfte und bedrohte die Horde Jungrechter noch unbeteiligte PassantInnen. In der Nähe des Danceclub, im Plattenbaustadtteil Obersprucke, stießen sie auf drei "Ausländer", die am Rande der Bundesstraße zum Asylbewerberheim unterwegs waren. Die Wagen bremsten scharf, die grölende Meute sprang heraus und stürzte sich auf die zu Tode erschrockenen Asylbewerber. Diese liefen panisch zurück in Richtung Disco, doch ihre Verfolger waren wieder in die Autos gesprungen und schnitten ihnen nun abermals den Weg ab. Der 28-jährige Algerier Farid Guendoul und der Sierraleonese Issaka K. rannten los in Richtung Häuserblocks, der dritte Betroffene, der Algerier Khaled B., hastete in Richtung eines Parkplatzes. Auch die Angreifer teilten sich auf und rannten hinter ihren Opfern her. Khaled B. wurde von einem Teil der Meute auf dem Parkplatz niedergeschlagen und getreten, er fiel mit dem Kopf gegen ein Auto und wurde bewusstlos. Die Täter ließen von ihm ab, weil sie dachten, er sei tot - so die Aussage eines Angeklagten. Guendoul und K. erreichten keuchend und in Todesangst die Eingangstür der Hugo-Jentzsch-Straße 14. Guendoul trat, als er den Eingang verschlossen fand, die untere Türscheibe ein und kroch mit K. durch das Loch ins Treppenhaus. Dabei verletzte sich der junge Mann die Beinarterie an der Kniekehle und verblutete in kurzer Zeit.

Nach einem 17-monatigen Prozess vor dem Landgericht in Cottbus, bei dem in über 83 Verhandlungstagen die Umstände des Verbrechens, das zum Teil höchst fragwürdige Verhalten der Polizei sowie das Verhalten der Opfer peinvoll durchgekaut worden war, wurde der an der Hetze beteiligte Teil der Angeklagten wegen der fahrlässigen Tötung von Farid Guendoul und der gefährlichen Körperverletzung von Khaled B. schuldig gesprochen, drei Heranwachsende zu Haftstrafen über zwei Jahren, sechs zu Bewährungsstrafen verurteilt und zwei weitere lediglich verwarnt. In die Kritik geraten waren im Laufe des Verfahrens vor allem die zeitweise über 22 Verteidiger, die mit rund 45 Befangenheitsanträgen und weiteren, zum Teil grotesken Obstruktionsanträgen das Verfahren in die Länge gezogen hatten.

Pädagogischer Effekt verpufft

Bei BeobachterInnen sorgte jedoch weniger die Verurteilung der Angeklagten wegen "Fahrlässigkeit" für Empörung, oder die völlige Ausblendung des neonazistischen Hintergrunds der Täter, sondern vielmehr eine politische Erklärung des Vorsitzenden Richters, Landgerichtspräsident Joachim Dönitz, zum Ende des Verfahrens. Dönitz übte darin Medienschelte und erklärte, das Verfahren sei wegen der medialen Vorverurteilung der Angeklagten als Rechte außerordentlich schwierig geworden. Einmal mehr lieferte er dann eine küchenpsychologische Erklärung für die "Verirrung" der Täter, wonach diesen mit dem Zusammenbruch

der DDR die Väter abhanden gekommen seien und die nun in den Skinhead- oder Punker-Gruppen Vaterersatz suchten. Höhepunkt der Stellungnahme war eine Ehrenerklärung für den rechten Szeneanwalt Wolfram Nahrath, bis zu ihrem Verbot 1994 Bundesführer der neonazistischen Wiking-Jugend und noch heute Mitglied des NPD-Parteischiedsgerichts. Ihm bescheinigte Dönitz, dass er sauber gearbeitet und keinerlei Propaganda gemacht habe.

Diese weltfremde und ziemlich dreiste Erklärung, mit der einmal mehr die Täter zu Opfern (in diesem Fall der deutschen Geschichte) erklärt und vor allem die Rolle von Szeneanwälten wie Nahrath und dem ebenfalls beteiligten Carsten Schrank heruntergespielt wurde, war der Schlusspunkt eines Prozesses, der von der Überforderung des Gerichts gekennzeichnet war und in dem nicht nur gegenüber den Opferzeugen und Angehörigen Guendouls eine bedrückend feindselige, bisweilen höhnische Stimmung ausging - von den Verteidigern, den Angeklagten, ihren Angehörigen und deren teilweise in eindeutigem Nazi-Outfit anrückenden Freunden. Die zahlreichen Beweise, dass es sich bei zumindest einem Teil der Täter um astreine Jungnazis handelte, wurden schlicht nicht beachtet oder unter den Tisch gekehrt.

Dass es sich bei dem Prozess um ein Jugendstrafverfahren handelte, brachte mit sich, dass nach der langen Verfahrensdauer gar keine angemessenen Strafen mehr ausgesprochen werden konnten, da der im Jugendstrafrecht geforderte erzieherische Effekt längst verpufft gewesen war. Diese Tatsache spielte nun auch im Revisionsverfahren in Leipzig eine Rolle: Weil eine Neuauflage des Prozesses, also eine höchstrichterliche Zurückverweisung des Verfahrens an einen anderen Landgerichtssenat in Brandenburg, aus dem genannten Grund keine höheren Strafen zur Folge haben dürfe, begnügte sich der BGH damit, die Schuldsprüche zu ändern und das Verfahren so zu beenden. Nicht mehr der fahrlässigen Tötung hätten sich die Angeklagten schuldig gemacht, befand das Gericht, sondern der versuchten Körperverletzung mit Todesfolge in Tateinheit mit versuchter und vollendeter gefährlicher Körperverletzung. Weitere Straftaten wie Beleidigung, Nötigung, und Volksverhetzung blieben von der Veränderung unberührt. Der BGH gab damit den Einwänden der NebenklagevertreterInnen recht, die in Bezug auf den Betroffenen Issaka K. angemerkt hatten, dass er im Urteil mit keiner Silbe erwähnt werde, obwohl er hochgradig traumatisiert worden sei. Hier ergänzte das Gericht den Schuldspruch um eine "versuchte gefährliche Körperverletzung" bei allen Angeklagten. Neu ist auch die Konstruktion der "versuchten Körperverletzung mit Todesfolge", die der Tatsache Rechnung tragen soll, dass keiner der Angeklagten tatsächlich Hand an Farid Guendoul gelegt hatte: Er war an Verletzungen gestorben, die er sich selbst zugezogen hatte. Auf diese Weise wird nun den Tätern eine Verantwortung für den gesamten Handlungszusammenhang zugewiesen, in dem Farid in Todesangst die - wie das Gericht meinte - "nachvollziehbare und sinnvolle" Selbstgefährdung durch das Eintreten der Scheibe riskiert habe, um der Gefahr zu entkommen. Auch die Verfolger, die im Auto zurückgeblieben waren, macht das Gericht im Tatzusammenhang des ganzen Abends mitverantwortlich. "Wir haben heute Rechtsgeschichte geschrieben", freuten sich denn auch die Berliner Rechtsanwältinnen Christina Clemm, Regina Goetz und Theda Giencke. Für die Betroffenen und die Hinterbliebenen von Farid Guendoul ist das Umetikettieren des Schuldspruchs eine folgenlose juristische Spitzfindigkeit und akademisch geblieben. Sie zeigten sich am Rande des Geschehens bedrückt und enttäuscht. Einen Teilerfolg erzielte die Nebenklage mit der Neuinterpretation der Tat für die Nebenkläger Issaka K. und den Bruder des Getöteten, Malik Guendoul.

"Rechtsgeschichte geschrieben"

Lange Gesichter zeigten die neun erschienenen Verteidiger der Angeklagten, als der BGH-Strafsenat ihre sämtlichen Verfahrensrügen für unzulässig erklärte oder zurückwies. Davon abgesehen, nutzten sie das Revisionsverfahren dazu, ihre verdrehten Tatversionen zu rekapitulieren, denen zufolge ihre Mandanten in jener verhängnisvollen Nacht kein Wässerchen getrübt hätten und zum Teil gar freizusprechen gewesen seien. Insbesondere der Anwalt des Angeklagten Alexander B., der zur Zeit wegen eines weiteren Gewaltdelikts in U-Haft sitzt, zeichnete von seinem Mandanten das Bild eines "stinknormalen Jugendlichen", dessen Unbekümmertheit ihn in eine Situation gebracht habe, die er sehr bereue und bedauere. Tatsache ist, dass Alexander B. einer der wenigen zur Tatzeit tatsächlich in NPD-Nähe agierenden Täter war und die Verfolgungsjagd durch forsche Reden und Handy-Mobilisierung gemanagt hatte. Nahrath, der seinen Mandanten, den Neonazi Steffen H., in der rechten Szene zu so etwas wie einem "Helden des Nationalen Widerstands" aufgewertet hatte, bestand darauf, dass die beiden Algerier doch gar nicht gemeint gewesen seien, sondern nur der Schwarze Issaka K. Dass dieser "error in persona" für die Verfolgten wohl vollkommen gleichgültig gewesen sein dürfte, scheint Nahrath nicht einsichtig.

Friedrich C. Burschel

9. Hanseatische "Völkerverständigung". Koloniales Askari-Relief aus der Nazi-Zeit ist Kernstück des Tansania-Parks in Hamburg

Koloniales Askari-Relief aus der Nazi-Zeit Kernstück des Tansania-Parks in Hamburg

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Tansania · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:10

In Hamburg sollen mehrere Kolonialkriegerdenkmäler zu neuen Ehren kommen. Die InitiatorInnen verfolgen zwar keine explizit kolonialrevanchistischen Absichten, sie offenbaren aber ein höchst unbedarftes Vorgehen. Damit verhöhnen sie die Opfer des deutschen Kolonialismus und verfestigen ein öffentliches Bewusstsein, das sich der kritisch-aufklärerischen Erinnerung an die Verbrechen der Deutschen in den Kolonien verschließt.

Unter dem harmlosen Titel Tansania-Park plant der Kulturkreis Jenfeld, das zehn Meter hohe "Schutztruppen-Ehrenmal" für die in den deutschen Kolonien gefallenen Soldaten, das zweiteilige Deutsch-Ostafrika-Kriegerdenkmal (Askari-Relief) sowie den Tansania-Pavillon der Expo 2000 einträchtig nebeneinander aufzustellen. Ort: das Gelände der Lettow-Vorbeck-Kaserne in Jenfeld, in der bis 1999 die Bundeswehr stationiert war und heute der Bundesgrenzschutz residiert. Jetzt sollen die 1939 aufgestellten Denkmäler nicht mehr nur den Soldaten vorbehalten sein, sondern der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

In aller Eile beschloss der Bezirk Wandsbek Anfang August mit einer CDU-Schill-Mehrheit, bei Stimmenenthaltung der SPD, den Tansania-Park in wenigen Wochen fertig zu stellen. Grund für das überstürzte Vorgehen: Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust (CDU) hatte den tansanischen Staatspräsidenten Benjamin William Mkapa zu Oktober eingeladen und die Einweihung des Parks sollte Höhepunkt der Reise sein. Mittlerweile hat Mkapa den Besuch aus Termingründen abgesagt, der Park soll nun bis Ende des Jahres fertig gestellt werden. So jedenfalls hätte es gerne der Kulturkreis Jenfeld.

Naive Konzeptlosigkeit

Bereits vor dem Beschluss des Bezirks Wandsbek hatte die GAL die Konzeptlosigkeit des Vorhabens kritisiert und beantragt, dass eine fachlich kompetente Arbeitsgruppe Vorschläge für ein geschichtsdidaktisches Konzept der Anlage entwickeln solle. "Wir glauben nicht, dass eine kleine kommentierende Tafel ausreicht, die deutsche Kolonialvergangenheit in Afrika aufzuarbeiten. Wir wollen an diesem Ort auch keine Pilgerstätte der Ewiggestrigen haben", sagt Frank Hiemer, GAL-Sprecher im Wandsbeker Kulturausschuss.

Zwar wurde nach dem Protest gegen das Vorgehen ein wissenschaftliches Kuratorium gebildet, in dem neben VertreterInnen der zuständigen Behörden auch die beiden Initiatoren, der Kulturkreis Jenfeld und Jürgen Gotthardt, Hamburger Kaufmann und Honorarkonsul von Tansania, sitzen. Auch eine Vertreterin des Völkerkundemuseums sowie des Eine-Welt-Netzwerkes und zwei Wissenschaftler vom Sonderforschungsbereich "Umbrüche in afrikanischen Gesellschaften und ihre Bewältigung" an der Hamburger Universität arbeiten in diesem Gremium an einem Konzept für die Anlage. Doch klar ist, dass alles hoppla hopp gehen sollte. Ohne die Empfehlung des Kuratoriums, das in Teilen erhebliche Einwände hatte, abzuwarten, begann der Kulturkreis - bevor man ihn wieder zurückpfeifen konnte - kurzerhand das Askari-Relief aufzubauen.

Zeit, um in breiten Diskussionen die schwierige Frage zu beantworten, welche Rolle Denkmäler bei der kritischen Aufarbeitung der Verbrechen der Kolonialzeit spielen könnten, bleibt sicher nicht und ist offensichtlich auch nicht gewünscht. Das Vorgehen der Initiatoren des Parks offenbart - gelinde gesagt - Naivität und verkennt die Symbolik der Denkmäler. Zwar grenzen sie sich gegen Kolonialrevisionismus ab und wollen den Park nicht für Besucher öffnen, "die nach braun riechen", so Horst Junk, der Vorsitzende des Kulturkreises. Doch was als "Völkerverständigung" intendiert ist, verkommt angesichts des verharmlosenden Umgangs mit den Kolonialmonumenten zu einer Verhöhnung der Hunderttausenden Opfer in den deutschen Kolonien. Gleichzeitig reibt sich der "Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen" die Hände und sammelt fleißig Geld für das Askari-Relief. Gezahlt werden soll aber nur, wenn "der sichere Schutz vor

Vandalismus durch einen stabilen Zaun" gewährleistet sei. Es ist kein Geheimnis, dass gerade in rechtsextremen Kreisen ein großes Interesse besteht, die Denkmäler wieder zu neuen Ehren kommen zu lassen.

Heiko Möhle (1) vom Sonderforschungsbereich "Umbrüche in afrikanischen Gesellschaften und ihre Bewältigung" an der Hamburger Universität, kritisiert nicht nur die Konzeptlosigkeit des Vorhabens, sondern auch den geplanten Standort. In der Lettow-Vorbeck-Kaserne war das Traditionsbataillon der "Schutztruppe" für Deutsch-Ostafrika stationiert, das auch der Initiator für die Errichtung der beiden Monumente, die jetzt im Tansania-Park stehen sollen, gewesen sein dürfte. Bei der Einweihung der beiden Ehrenmäler im August 1939 gedachte General Paul von Lettow-Vorbeck der "Heldentaten der Schutztruppe". Er selbst hatte am Vernichtungskrieg gegen die Herero und Nama im damaligen Deutsch-Südwest teilgenommen und war ab 1914 Kommandeur der "Schutztruppe" in Deutsch-Ostafrika, die im Ersten Weltkrieg gegen alliierte Truppen kämpfte. Zu seiner "Schutztruppe" gehörten neben 3.600 Deutschen auch etwa 15.000 Askaris, loyale afrikanische Soldaten, sowie 45.000 einheimische Hilfskräfte, die als Träger, Boten und Späher eingesetzt wurden.

Umstürzen oder umwidmen?

Noch heute hält sich die Legende, dass die afrikanische Bevölkerung hinter Lettow-Vorbeck gestanden habe. Insbesondere die "Treue der Askaris" wird dafür als Beleg angeführt. Tatsächlich aber waren die Askaris hoch bezahlte und privilegierte Söldner aus Regionen wie dem Sudan oder dem südlichen Afrika (v.a. Zulus), die Träger wurden in der Regel von der "Schutztruppe" verschleppt und zum Arbeiten gezwungen.

Die Nationalsozialisten nährten den Askari-Mythos, indem sie die schwarzen Soldaten als plumpe, aber treue Ergebene zeigten, wie in dem Askari-Relief von Walter von Ruckteschell, das jetzt zu neuen Ehren kommen soll. Fünf überlebensgroße Soldaten schwarzer Hautfarbe, vier schwarze Lastenträger und ein weißer Soldat marschieren dort im Gleichschritt. Das Kriegerdenkmal rückt nicht etwa Tod und Leiden ins Blickfeld, sondern lässt Assoziationen an abenteuerliche Safari-Romantik wach werden und erweckt den Eindruck großer Eintracht.

Der Askari-Mythos hinderte die Nationalsozialisten übrigens nicht daran, einzelne schwarze Kriegsveteranen, die in Deutschland beispielsweise als Kellner, Sprachlehrer oder Statisten in Kolonialfilmen arbeiteten, zu ermorden. Der in Daressalam geborene Bayume Mohammed Hussein war einer dieser ehemaligen Askaris. Er wurde 1941 ins Vernichtungslager Sachsenhausen geschafft, wo er 1944 starb.

Der deutsche Kolonialismus ist hier zu Lande aus dem öffentlichen Bewusstsein getilgt worden, eine kritisch-aufklärerische Erinnerungskultur an die Verbrechen in Afrika, China und der Südsee existiert nicht. Dies und die weit verbreitete Ansicht, dass der Kolonialismus zwar schlimm war, dass die kolonialisierten Gesellschaften aber auch von den "Segnungen des weißen Mannes" profitiert hätten, ist sicher Grund für das unbedarfte Vorgehen in Hamburg. Einer Stadt übrigens, die neben Berlin zur wichtigsten Metropole des wilhelminischen Kolonialreiches zählte.

Die Kolonialzeit spielt nicht nur im Geschichtsbewusstsein der Deutschen eine untergeordnete Rolle. Was das Beispiel der deutschen Kolonialdenkmäler anbelangt, so hat sich weder die Geschichtswissenschaft, noch die Kunstgeschichte, zu deren Forschungsdomäne das Denkmal zuvor ausschließlich zählte, bislang eine systematische Untersuchung dieser Gruppe von Denkmälern vorgelegt. Joachim Zeller (2) hat in seinem Buch "Kolonialdenkmäler und Geschichtsbewusstsein" erstmalig die Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte von über 170 deutschen Kolonialdenkmälern zusammengetragen. Etwa 60 Prozent der von Zeller ermittelten Denkmäler sind zwischen 1884 und 1919, also während der deutschen Kolonialherrschaft, errichtet oder geplant worden. Einige von ihnen präsentieren die "Kolonialpioniere" wie Gustav Nachtigal, Alfred Lüderitz, Carl Peters oder Hermann von Wißmann, andere erinnerten an Gefallene der "Schutztruppen". Danach kamen 32 Prozent bis 1945 zur Aufstellung, die in erster Linie das Ziel hatten, an die "geraubten" deutschen Kolonien zu erinnern und deren Rückgabe zu fordern. In die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg fallen die restlichen 8 Prozent der Denkmalstiftungen, wobei hier fast ausschließlich kleine Denkmalformen wie Gedenktafeln oder -steine verwendet wurden. Mehr als die Hälfte der ermittelten Denkmäler wurde im Deutschen Reich errichtet, die anderen in den damaligen Kolonien, insbesondere in Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika (dazu kommen übrigens noch zahlreiche Grabdenkmale und Friedhofsanlagen).

Einige dieser Monumente wurden nach dem Verlust der Kolonialgebiete nach dem Ersten Weltkrieg demontiert und im Deutschen Reich wieder aufgestellt. So beispielsweise das Carl-Peters-Denkmal auf Helgoland, das 1931 errichtet wurde. 1944 ist das Monument abgetragen worden, um es als kriegswichtiges Material der Rüstungsindustrie zuzuführen. Eine Bremer Firma zerlegte das Standbild zum Einschmelzen. Der erhaltene Bronze-Kopf ist 1966 als Büsten-Denkmal erneut aufgestellt worden. Die Stadtverwaltung hat es erst 1989 entfernt, seit 1997 ist die Büste im Helgoländer Nordsee-Museum zu sehen. Ein anderes Schicksal ereilte das Wißmann-Denkmal, das zwischen 1909 und 1918 im ostafrikanischen Daressalam gestanden hatte und 1922 vor der Hamburger Universität wieder aufgestellt wurde. Hamburger Studenten stürzten das Denkmal 1968, seitdem liegt es im Keller der Hamburger Sternwarte in Bergedorf.

Neben den antikolonialen Denkmalstürzen gab es auch immer wieder Initiativen, Kolonialdenkmäler umzuwidmen oder Straßennamen zu ändern. Diese Projekte bieten zumindest die Chance, eine Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus - zumindest auf lokaler Ebene - voranzutreiben. So gaben Solidaritäts- und Antiapartheidgruppen in Bremen den Anstoß für die Umwidmung des Elefanten-Kolonial-Ehrenmals in das erste deutsche "Anti-Kolonial-Denkmal". Das erklärte (und hoch gesteckte) Ziel war es, einen Bewusstseins- und Einstellungswandel zu bewirken. 1990 widmete der damalige Bremer Bürgermeister das Monument aus Klinkerstein um und 1996 ergänzter der namibische Staatspräsident Sam Nujoma den Elefanten mit einer Gedenktafel, die den "Opfern der deutschen Kolonialherrschaft in Namibia 1884-1914" gewidmet ist.

In manchen Fällen ist der Text der Ergänzungstafeln allerdings nicht gerade hilfreich für eine emanzipatorische Auseinandersetzung. Die Inschrift der 1988 angebrachten Mahntafel am Denkmal für Carl Peters in Hannover lautet: "Dieses Denkmal wurde im Jahre 1935 von den Nationalsozialisten errichtet. Es stand für: Verherrlichung des Kolonialismus und des Herrenmenschentums. Uns aber ist es Mahnung, der Charta der Menschenrechte entsprechend uns einzusetzen für die Gleichberechtigung aller Menschen, Völker und Rassen." Damit hält die als fortschrittlich konzipierte Inschrift den fatalen Irrglauben aufrecht, es gäbe menschliche Rassen.

Die Denkmäler einfach zu vernichten, trägt allerdings auch nicht zu einer Aufarbeitung bei. Das zeigt nicht zuletzt die Erinnerungskultur in der DDR. Dort wurden nach 1945 - im Gegensatz zur Bundesrepublik - ausnahmslos alle Kolonialdenkmäler entfernt, ohne dass eine tief greifende Auseinandersetzung mit Kolonialismus, seinen Folgen und dem Überlegenheitsdünkel der Weißen stattgefunden hätte. Jedenfalls war es den dortigen BürgerInnen offensichtlich ohne Skrupel möglich, nach dem Ende der DDR mehrere Kolonialdenkmäler wieder aufzustellen: 1991 das Gustav-Nachtigal-Denkmal in Stendal und 1995 der Carl-Peters-Gedenkstein in Neuhaus.

In Hamburg wäre es sicher sinnvoll, die "Schutztruppen"-Denkmäler im Keller verrotten zu lassen, anstatt sie in einem Tansania-Park zu präsentieren - zumindest solange eine kritische Debatte sabotiert und ein Ausstellungsprojekt vorangetrieben wird, das eine Heia-Safari-Romantik pflegt und dies auch noch als Akt der "Völkerverständigung" ausgibt.

Anke Schwarzer

Anmerkungen:

1) Möhle, Heiko: Branntwein, Bibeln und Bananen. Der deutsche Kolonialismus in Afrika - eine Spurensuche in Hamburg. Hamburg, 1999

2) Zeller, Joachim: Kolonialdenkmäler und Geschichtsbewusstsein. Eine Untersuchung der kolonialdeutschen Erinnerungskultur. Frankfurt a.M., 1999

10. "Eine humanitäre Katastrophe". Interview mit Dzoni Sichelschmidt, Sprecher der Roma-Protest-Karawane

Autor: Interview: Tom Binger · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:09

Bereits mehr als fünf Monate dauert die Odyssee: Mehrere hundert Roma ziehen im Rahmen einer Protestkarawane durch die gesamte Bundesrepublik. Sie protestieren damit gegen die drohende Abschiebung nach Jugoslawien und in den Kosovo. Seit Mitte Juli haben sie ihr Camp in Düsseldorf aufgeschlagen, in der Nähe der nordrheinwestfälischen Landesregierung. Mit Dzoni Sichelschmidt von der Essener Roma-Union sprach ak-Autor Tom Binger.

ak: Was war der Anlass für die Protestkarawane?

Sichelschmidt: Die unmenschliche Behandlung der Flüchtlinge aus Jugoslawien. Man hat sie, nachdem sie jahrelang in Deutschland gelebt haben, einfach im Morgengrauen abgeholt und abgeschoben. Daraufhin haben die Leute sich spontan versammelt und ein Zeltlager aufgebaut, auch als Sicherheit, damit sie nicht vereinzelt abgeschoben werden können.

Wie viele Leute nehmen an der Aktion teil und welchen rechtlichen Status haben sie?

Am Anfang waren es etwa 500 Familien in einem riesigen Lager. Mittlerweile sind es aufgrund von Erschöpfung, Krankheit und finanziellen Schwierigkeiten noch etwa 500 bis 550 Personen. Es sind ehemalige Kriegsflüchtlinge aus Jugoslawien, von denen die meisten in verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens leben. Sie haben einen Duldungsstatus, der z.T. seit mehr als zehn Jahren alle paar Monate verlängert wird. Die Menschen leben also unter einem großen psychischen Druck und können keine vernünftigen Perspektiven für ihr Leben entwickeln.

Welche Erfahrungen haben Sie während der zahlreichen Stationen der Karawane gemacht?

Wir haben in den verschiedenen Städten sowohl gute als auch schlechte Erfahrungen gemacht. Es ist schwer, die Problematik der Roma rüberzubringen. Bisher hat man immer eher versucht das Roma-Problem wegzuschieben, als sich wirklich mit ihren Anliegen zu beschäftigen. Die Tatsache, dass wir kein Land besitzen und eine in ganz Europa bedrohte ethnische Minderheit sind, führt dazu, dass uns die PolitikerInnen für ihre Interessen instrumentalisieren und uns wie einen Spielball behandeln. Das öffentliche Gehör, das wir trotzdem mittlerweile gefunden haben, hätten wir ohne unsere UnterstützerInnen nicht erreicht, denen ich hiermit meinen Respekt bekunden möchte. Von Stadt zu Stadt hat sich der Kreis der UnterstützerInnen vergrößert. Dazu gehören mittlerweile auch der Nobelpreisträger Günther Grass, der Autor Günther Wallraf und die Rockgruppe "Die Toten Hosen".

Wie sind derzeit die konkreten Lebensbedingungen im Camp?

Die momentane Lage im Camp ist sehr schlimm. Sie lässt sich durchaus als eine humanitäre Katastrophe bezeichnen. Es ist nachts schon sehr kalt, und die Menschen müssen in ihren einfachen Igluzelten schlafen. Da sind auch Alte und Kranke, Kinder und schwangere Frauen, Kriegsinvaliden und Behinderte. Alle haben Angst davor, nach Hause zu gehen und dann nach Jugoslawien abgeschoben zu werden. Diese Leute haben nichts mehr zu verlieren und werden deshalb auch weiter durchhalten. Ich hoffe, dass uns vor allem die verschiedenen Hilfsorganisationen entgegenkommen, um diese katastrophale Situation zu verbessern. Uns fehlt einfach alles: Essen, warme Getränke, Decken, große Zelte, Medikamente, warme Kleidung und finanzielle Unterstützung.

Gerade in Düsseldorf gab es ja erhebliche Konflikte mit dem Oberbürgermeister Joachim Erwin. Welches Ziel verfolgt die Stadtspitze in Düsseldorf?

Oberbürgermeister Erwin hat auf jeden Fall versucht, uns aus der Stadt zu vertreiben. Ich glaube, sein Vorgehen hängt auch mit der Frage unserer Identität als ethnische Minderheit zusammen. Durch die Drohung, ihnen die Kinder wegzunehmen, wurden die Roma-Familien in Panik versetzt. Auch der Einsatz des städtischen Reinigungs- und Ordnungspersonals zur Verhinderung des Demonstrations- und Versammlungsrechtes hat uns in eine ganz unangenehme Lage gebracht: Unsere Bemühungen, Sympathien

in der Bevölkerung zu bekommen, wurden dadurch erheblich erschwert. Zur aktuellen politischen Lage bleibt zu sagen: Die Politiker haben mittlerweile von unseren Problemen gehört und sie wissen, dass es eine sehr schwierige Lage ist; sie wissen auch, dass wir bei einer Rückkehr nach Jugoslawien in eine absolut ungewisse Situation geraten würden, wo weder Menschenrechte noch ein Existenzminimum garantiert wären. Wir hoffen aber immer noch auf die politische Vernunft in diesem Lande und auf eine baldige positive Entscheidung. Denn der vor der Tür stehende Winter würde die inhumane Situation im Camp nur noch weiter verschärfen.

Welche Aussichten gibt es denn noch für eine politische Lösung des Konfliktes? Der Beschluss der Innenministerkonferenz vom Juni diesen Jahres hat ja ausdrücklich ein Bleiberecht für Roma aus Jugoslawien und dem Kosovo ausgeschlossen.

Also ich gehe davon aus, dass die Politik jetzt Farbe bekennen muss. Die Roma leben hier schon seit zehn oder fünfzehn Jahren. Ihre Kinder sind hier geboren und gehen hier zur Schule. Sie sind eine in ganz Europa bedrohte Minderheit. Und es gibt in Deutschland auch eine geschichtliche Verantwortung: Genauso wie die Juden den Holocaust nicht ignorieren können, können auch wir Roma nicht einfach vergessen, was in der Vergangenheit mit uns passiert ist. Über 90 Prozent der Roma-Bevölkerung in Deutschland wurde damals umgebracht. Weitere 300.000 wurden in den vom Deutschen Reich besetzten Territorien ermordet. Auch die historische Sensibilität verlangt also nach einer humanitären Lösung für unsere Situation. Gegen die Übernahme einer solchen geschichtlichen Verantwortung spricht allerdings, dass Bundesinnenminister Otto Schily noch kurz vor der Wahl am 16. September mit seinem jugoslawischen Amtskollegen Zoran Zivkovic ein neues Rückübernahmeabkommen unterzeichnet hat, das die Abschiebung von Bürgerkriegsflüchtlingen erleichtern soll.

Wie schätzen Sie die Bedeutung dieses Abkommens ein?

Das Abkommen vom 16. September zeigt die anhaltende ethnische Diskriminierung der Roma sowohl in der deutschen als auch in der jugoslawischen Politik. Das liegt auch daran, dass wir keine Lobby und keine politische Vertretung haben. Der Vertrag vom 16. September ist auch deshalb skandalös, weil er wieder ohne eine Beteiligung der Roma zustande gekommen ist. Hier zeigt sich erneut, dass über die Köpfe der Roma hinweg entschieden wird. Ein modernes, demokratisches Land wie Deutschland sollte sich so etwas nicht erlauben. Doch ich hoffe, dass wir mit unserem Protest gegen dieses Unrecht nicht alleine bleiben. Die Regierung muss sich trotz des Beschlusses der Innenministerkonferenz zu einer humanitären Initiative durchringen.

Was erwartet denn die Roma, die nach Jugoslawien oder in den Kosovo abgeschoben werden?

Im Kosovo steht der nackte Terror auf der Tagesordnung. Dort wurden 92 Prozent der Roma vertrieben. Sie haben keine Möglichkeit, sich dort eine Existenz aufzubauen oder sich frei zu bewegen. Der Kosovo ist ein Land, das die Menschenrechte noch nicht kennt.

Auch in Serbien ist die Lage sehr schwer. Die Roma, die aus dem Kosovo dorthin geflohen sind, müssen dort in den Armenghettos der einheimischen Roma leben. Sie müssen unter Brücken und am Rande von Mülldeponien hausen und z.T. in Pappkartons übernachten. Kürzlich gab es in Belgrad eine große Demonstration von Roma für mehr soziale Unterstützung und eine bessere medizinische Versorgung. Allerdings ohne konkreten Erfolg. Im Kosovo, in Serbien und in Montenegro befinden sich die Roma in einer ganz schwierigen Situation, egal ob es sich dabei um die Menschenrechte, oder um die soziale und wirtschaftliche Lage handelt. Wenn nun alle geflohenen Roma nach Jugoslawien zurückkehren sollen, dann beteiligt sich Deutschland an einem neuen Exodus der Roma.

In welchem Umfang finden bereits jetzt Abschiebungen von Roma nach Jugoslawien statt?

Bei unserem letzten Gespräch mit Vertretern des jugoslawischen Ministeriums für Minderheiten wurde uns mitgeteilt, dass von deutscher Seite geplant ist, 1.200 Personen pro Jahr abzuschieben. Real werden aber bereits jetzt viel mehr Menschen abgeschoben. Auch im Winter werden diese Abschiebungen nicht ausgesetzt, was besonders unmenschlich ist, weil die Menschen dort keine Bleibe haben.

11. Proletarischer Drehbuchschreiber. Das Skript für den neuen Ken-Loach-Film hat ein Eisenbahngewerkschafter geschrieben

Das Skript für den neusten Ken Loach-Film hat ein Eisenbahngewerkschafter geschrieben

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Großbritannien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:19

Das Skript für den neusten Ken Loach-Film

hat ein Eisenbahngewerkschafter geschrieben

Der britische Regisseur Ken Loach ist für seine sozialkritischen Filme bekannt. Doch mit seinem neuesten Film "The Navigators" hat selbst Loach noch einmal Neuland betreten. Der Film spielt nicht nur im Milieu der britischen Eisenbahner, sogar einige der Schauspieler sind ehemalige Eisenbahner. Doch noch wichtiger: Auch das Drehbuch stammt von einem Eisenbahner.

Der aktive Gewerkschaftler Rob Dawber schrieb Ken Loach in einem Brief, was er in seinem knapp 20-jährigen Arbeitsleben bei der britischen Railway erlebt hatte. Loach bat um das Drehbuch. Doch das gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Das entstand erst, nachdem Dawber längere Zeit arbeitsunfähig war. Später erklärte er, dass ihn, der bis dahin lediglich Artikel für Gewerkschaftszeitungen geschrieben hatte, die Sorge um die Sicherheit der Eisenbahner zum Ausflug ins Filmgenre motivierte: "Die Leute glaubten, dass die Britische Eisenbahn die Zugführer, die Kontrolleure, die Schaffner auf den Bahnsteigen sind. Aber es gibt 30000 Eisenbahner, die an den Gleisen arbeiten. Und niemand weiß, dass sie da sind."

Der Film geht mitten hinein in den Alltag der britischen Eisenbahner. Derbe Späße und Flüche machen in der Kantine die Runde. Man hält sich mit einer ganzen Portion Sarkasmus die widrige Realität vom Leibe. Auch die erste Nachricht über die Privatisierung der Britischen Eisenbahn wird von ihnen zunächst nicht so Ernst genommen. Als der neue Meister die Veränderungen bekannt gibt, wird er immer wieder von Spaßvögeln unterbrochen. Anfangs lacht er noch mit, bis er schließlich wutentbrannt schreit, dass er nicht hier ist, um mit den Arbeitern Witze zu machen.

Das Management will die Arbeiter mit allen Mitteln loswerden. Die Arbeitszeit wird erhöht, gewerkschaftliche Mitsprache ist nicht mehr erlaubt. Arbeiter, die sich dagegen auflehnen, bekommen die Kündigung. Die Kollegen äußern ihren Unmut, doch der gemeinsame Arbeitskampf kommt nicht zu Stande, so sehr sich auch einige aktive Gewerkschaftler bemühen. Die meisten Arbeiter nehmen die angebotene Abfindung und versuchen, ihre Arbeitskraft bei einer Leiharbeitsfirma zu verkaufen. Dort spitzt sich dann die Situation dramatisch zu. Es kommt zu einem tödlichen Unfall, nachdem die Leiharbeitsfirma sämtliche Sicherheitsbestimmungen missachtet hatte. Doch der Tathergang wird manipuliert und alle betroffenen Arbeiter beteiligen sich schließlich an der Vertuschung, um ihre gerade gewonnenen Arbeitsplätze nicht wieder zu verlieren. In diesem Augenblick sind die Kollegen endgültig besiegt und gedemütigt. Mit hängenden Köpfen verlassen sie die Unglücksstätte. Anders als in früheren Ken Loach-Filmen gibt es keinen großen Helden.

Einen verdammt aktuellen Film hat Loach da gemacht. Schließlich ist die Privatisierung der Eisenbahn nicht nur in Großbritannien gerade wieder ein aktuelles innenpolitisches Thema.

Rob Dawber, der proletarische Drehbuchautor, hat den fertigen Film nicht mehr gesehen. Er starb im Alter von 45 Jahren an Krebs. In zahlreichen Nachrufen in der britischen Gewerkschaftspresse wurde ein Zusammenhang mit dem Asbest gezogen, mit dem er an seiner Arbeitsstelle in Kontakt kam. Der Film ist gleichzeitig ein Vermächtnis für diesen aktiven Gewerkschaftler und Aktivisten der Arbeiterbewegung. Hoffentlich findet er in diesen postmodernen Zeiten, wo von Arbeitsverhältnissen niemand reden will, sein Publikum.

Peter Nowak

"The Navigators", 93 Minuten, Regisseur Ken Loach, läuft Ende Oktober in den Kinos an.

12. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:36

McDonalds-Aktionstag

Seit Mitte der 80er Jahre haben TierschützerInnen und Gruppen aus der Ökologie-Bewegung den 16. Oktober zum internationalen Anti-McDonalds-Tag ausgerufen. Dies wird auch dieses Jahr so sein, allerdings mit dem kleinen, aber feinen Unterschied, dass auch Gewerkschaften und McDonalds-Beschäftigte sich an diesem Aktionstag beteiligen werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Großbritannien, wo die "McDonalds Workers Resistance" ihren Schwerpunkt in Glasgow hat. Ziel des Aktionstages ist es zum einen zu unterstreichen, dass die McDonalds-Belegschaften prinzipiell in der Lage sind, weltweit zu handeln. Zentrale Forderung ist das uneingeschränkte Organisations- und Informationsrecht sowohl bei McDonalds als auch bei den Zulieferern, etwa bei den Firmen, die das Spielzeug für McDonalds produzieren.

(www.labournet.de)

Boomende Telearbeit

Gut 20 Mio. Telearbeitsplätze gibt es z.Z. in der EU, davon 6 Mio. in Deutschland. Die Bonner Forschungsgesellschaft Empirica hat darüber hinaus festgestellt, dass sich die Zahl der TelearbeiterInnen in der EU innerhalb von drei Jahren verdoppelt hat, in Deutschland sogar verdreifacht. Der Boom betrifft dabei nicht die klassische häusliche Telearbeit. Diese stagniert sogar. Eine Befragung von 11.800 Beschäftigten in der EU, der Schweiz und den USA hat vielmehr ergeben, dass es die Arbeit von unterwegs und von Selbstständigen in Kleinstbüros ist, die massiv zunimmt. Nach Angaben von Empirica zeigen diese Daten auch, dass Unternehmen zwar gerne bereit sind, die Flexibilität von MitarbeiterInnen auszunutzen und ihre Systeme auch dem Fernzugriff öffnen. Allerdings sind sie mehr als zögerlich, wenn es darum geht, MitarbeiterInnen ganze Tage von zu Hause aus arbeiten zu lassen.

(Frankfurter Rundschau)

Dein Hirn gehört mir

Das Urheberrecht ist eine irre Angelegenheit, und das Auge des Gesetzes sitzt im Gesicht der herrschenden Klasse. Ein Gericht in den USA hat im August festgestellt, dass die Ideen von Evan Brown nicht ihm, sondern dem Unternehmen gehören, für das er arbeitet. Brown arbeitete seit 1975 an einer Idee, mit der alte Computercodes so konvertiert werden können, dass sie auch von modernem Equipment benutzt werden können. In dieser Zeit war Brown bei DSC, einer Computerfirma aus Texas, angestellt. Brown hat seine Ideen nie aufgeschrieben, dennoch beanspruchte DSC die Eigentumsrechte an seinen Plänen und wollte ihn zwingen, diese offen zu legen. Brown weigerte sich und wurde daraufhin entlassen. Im Anschluss strengte DSC einen Prozess gegen Brown an. Sechs Jahre später ist DSC von Alcatel aufgekauft worden. Und der Telekommunikationsmulti hielt die Ansprüche auf Evan Browns Hirn weiter aufrecht. Und bekam jetzt vor einem ordentlichen Gericht recht. DSC/Alcatel ist nicht nur rechtmäßiger Eigentümer von Browns Ideen, sondern Evan Brown wurde auch zur Zahlung von 332.000 US-Dollar verdonnert.

(www.labournet.de)

Schwule müssen ledig bleiben

Wer bei der katholischen Kirche arbeitet und schwullesbisch ist, hat es schwer. Wer als Schwuler/Lesbe heiratet, verliert seinen Job. So will es die katholische Bischofkonferenz. In einer entsprechenden Erklärung heißt es, die "Homo-Ehe" widerspreche der katholischen Ehe- und Familienmoral und sei deshalb ein "Kündigungsgrund aus kirchenspezifischen Gründen", ganz gleich, ob die Beschäftigten der katholischen Kirche angehören oder nicht. Das einzige, worüber sich die katholischen Sitten- und Sexualwächter noch nicht einig sind, ist die Frage, ob es einen Kündigungsautomatismus geben soll. Für den Limburger Generalvikar Günther Geis tragen vor allem die Dienststellen- und Einrichtungsleiter eine größere Verantwortung für die Glaubwürdigkeit des kirchlichen Dienstes, da ein den "kirchlichen Grundsätzen diametral widersprechendes

staatliches Recht in Kraft gesetzt wurde". Mit anderen Worten: Keine Schwulenheirat bei leitenden Angestellten.

(www.labournet.de)

Steine im Schuh

Die Textilmultis Nike und Reebok haben Ärger mit ihren Klitschen in Indonesien. Im August hatten 1.000 Reebok-ArbeiterInnen vor der US-Botschaft in Jakarta gegen die brutalen Ausbeutungsbedingungen protestiert. In fünf vorwiegend südkoreanischen Zulieferklitschen arbeiten zu 80% Frauen für den US-Konzern aus Massachusetts.

In teilweise denselben Klitschen lässt auch Nike produzieren. Die Nike-ArbeiterInnen sind am 3. Oktober in den Streik für bessere Arbeitsbedingungen getreten. 8.000 ArbeiterInnen sind an diesem Tag zu drei Nike-Fabriken marschiert, die jedes Mal von einem massivem Polizeiaufgebot geschützt wurden. Teilweise hat die Polizei die DemonstrantInnen auch mit Schlagstock- und Wasserwerfereinsatz angegriffen. Es kam zu mehreren Festnahmen.

(www.labournet.de)

13. Der rehabilitierte Faschismus. Der "Marsch auf Rom" und die Aktualität der Vergangenheit

Der "Marsch auf Rom" und die Aktualität der italienischen Vergangenheit

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:05

Achtzig Jahre nach dem "Marsch auf Rom", der faschistischen "Machtergreifung" am 28. Oktober 1922, werden die regierenden Erben des Faschismus von Jubelfeiern absehen. Den Streit um die Vergangenheit können sie getrost ihren konservativen Weggefährten überlassen. Deren These, der historische Faschismus hätte "auch gute Seiten" gehabt, ist seit Jahren mehrheitlich akzeptiert. Diese Aufweichung des nach 1945 begründeten "antifaschistischen Konsenses" hat wesentlich zur Rehabilitierung der neofaschistischen Partei beigetragen. Erst der "Extremismus der Mitte" hat ihr den Weg in die Regierung geebnet.

Eric Hobsbawm, der Altmeister einer vom Marxismus inspirierten Geschichtsschreibung, brachte die Problematik seines Berufsstandes so auf den Punkt: Historiker seien "die hauptsächlichen Produzenten des Rohmaterials ..., das zu Propaganda und Mythen umgewandelt wird." An deren Verbreitung beteiligt sieht er Schulbuchverlage, LehrerInnen, Medienleute, RomanautorInnen und viele andere, die den von HistorikerInnen gelieferten "Rohstoff" weiter verarbeiten. Das sei ein nicht ungefährliches Geschäft: "Die Pflanzen, die wir auf unseren Feldern anbauen, können sich am Ende als das Opium des Volkes erweisen", warnt Hobsbawm - im schlimmsten Fall brandgefährlich ist "schlechte Geschichte", mit der nationalistische Stimmungen bis hin zur Kriegsbegeisterung geschürt werden: "Die Urteile, die auf einer scheinbar harmlosen Tastatur getippt werden, können Todesurteile sein." (1)

Was Hobsbawm schreibt, findet auch im heutigen Italien seine Bestätigung. Anliegen konservativer Historiker ist es, die "geistige Einheit der Nation" wiederherzustellen, während linksdemokratische PolitikerInnen zwar allzu offensichtliche Fälschungen der Geschichtsrevisionisten zurückweisen, ansonsten aber ein ähnliches Projekt verfolgen: die "nationale Versöhnung", die "Überwindung der Gräben" zwischen Rechts und Links. Diese Gräben sind in Italien zwangsläufig tiefer als anderswo: Hier hatte der vor allem von KommunistInnen getragene bewaffnete Widerstand, die Resistenza, wesentlichen Anteil am Sieg über den Faschismus. Zwar gab es nach Kriegsende keine wirkliche Entfaschisierung, die Kommunistische Partei, der PCI, aber gehörte, anders als der 1946 gegründete neofaschistische Movimento Sociale Italiano (MSI), zu den Parteien des "Verfassungsbogens" (arco costituzionale). Auch in den Zeiten der unangefochtenen Herrschaft der Christdemokratie mit ihrem maßlosen Antikommunismus dominierten Linke die geschichtspolitische Debatte. Zahllose Publikationen, eine große Zahl von Resistenza-Instituten und Veranstaltungen von VeteranInnen des bewaffneten Widerstandes trugen zu dieser "kulturellen Hegemonie" der Linken bei. Allerdings galt deren Interesse fast ausschließlich dem Antifaschismus. Mit der Erforschung des faschistischen Regimes, der Dokumentation seiner Verbrechen beschäftigten sie sich kaum.

De Felice und die "geistige Einheit der Nation"

Diese Abstinenz erleichterte den von konservativen und rechten Historikern betriebenen Revisionismus. Maßgeblicher Vertreter dieser Strömung ist Renzo De Felice, der bis zu seinem Tod im Jahre 1996 an einer mehrere Tausend Seiten umfassenden Mussolini-Biografie arbeitete (der 7. und letzte Band blieb unvollendet). De Felice machte von Anfang an keinen Hehl aus seinen politischen Motiven. 1975, im Jahr des ersten italienischen Historikerstreits, wollte er mit seinem Interviewband über den Faschismus ausdrücklich auch vor einer Regierungsbeteiligung des PCI warnen - die Geschichte des Faschismus habe bewiesen, dass "Extremisten" nicht integrierbar seien. 1987/88, im zweiten italienischen Historikerstreit, nahm er dann direkt die seiner Ansicht nach "grotesken" antifaschistischen Normen der Verfassung und die "offizielle Kultur des Antifaschismus" ins Visier.

Den Linken, deren Geschichtsdiskurs er "Züge von Kriegspropaganda" vorwirft, hält De Felice seine angeblich wissenschaftlich fundierten Einsichten entgegen. Grob zusammengefasst, vertreten er und seine AnhängerInnen folgende Thesen:

- Es gab Gutes wie Schlechtes im Faschismus; das Gute ist durch die von den Kommunisten dominierte Geschichtsschreibung nach 1945 ausgeblendet worden.

- Der Faschismus war eine Bewegung in der Tradition der Aufklärung, ein "linker Totalitarismus". Sein Ideal, der Staatsbürger neuen Typs, sollte durch Erziehung erreicht werden.

- Der Faschismus war eine Bewegung der aufstrebenden Mittelschichten, die eine Modernisierung von Staat und Gesellschaft betrieben.

- Im Unterschied zum starren faschistischen Regime war die faschistische Bewegung vital und fortschrittlich.

- Die faschistische Bewegung entwickelte sich autonom von den Herrschenden; insbesondere die Kapitalisten verhielten sich ihr gegenüber distanziert.

- Die Herrschaft des Faschismus war eher "väterlich" als brutal; bis 1938 basierte das Regime auf breitem Konsens.

- Die antisemitische Rassenpolitik wurde dem Faschismus von Nazi-Deutschland aufgezwungen; die Verfolgung der Juden war moderat und sollte nach dem Willen Mussolinis zeitlich begrenzt bleiben.

- Das Bündnis mit Nazi-Deutschland war ideologisch nicht unvermeidlich.

- Ab September 1943 kooperierten Mussolini und seine Getreuen nur deshalb mit Deutschland, weil sie Schlimmeres für ihr Land verhindern wollten.

- Die Resistenza war das Werk einer Minderheit. Deswegen und wegen der von ihr begangenen Verbrechen hat der Antifaschismus kein größeres moralisches Gewicht als der Faschismus der Repubblica Sociale Italiana (RSI), deren Anhänger in gutem Glauben einem falschen Ideal folgten.

Die apologetische Tendenz dieser Thesen rief von Anfang an heftigen Widerspruch hervor. Etliche Behauptungen De Felices konnten wissenschaftlich widerlegt werden. Die öffentliche Debatte der letzten Jahre drehte sich dabei vornehmlich um die italienische Mittäterschaft an der Shoah und um die Bewertung der Resistenza. Der Historiker Michele Sarfatti konnte beweisen, dass Mussolini und die Führungsspitze seines Regimes als Komplizen des deutschen Völkermordes an den europäischen Jüdinnen und Juden angesehen werden müssen. Mussolini habe "zwischen Sommer 1942 und Anfang 1943 von den italienischen Informationsdiensten präzise Informationen über die Massenerschießungen und über den Gebrauch von Gas als Mordwaffe bekommen." (Interview in L'Espresso, 15.5.1997) Nicht erst die Behörden der im September 1943 ausgerufenen, von Deutschland abhängigen Repubblica Sociale kollaborierten bei der Deportation der Jüdinnen und Juden; schon am 15. Juli 1943, also kurz vor seiner Absetzung durch den König, erteilte Mussolini den Befehl, die deutschen Jüdinnen und Juden in den italienisch besetzten Gebieten Frankreichs an Deutschland auszuliefern - in dem vollen Bewusstsein, dass das ihr Todesurteil war.

Der Kampf um kulturelle Hegemonie

Den von De Felice und seinen MultiplikatorInnen in den Medien genutzten Kunstgriff nennt der Historiker Brunello Mantelli "Abmildern durch Vergleich" - Vergleich der Mussolini-Diktatur mit Nazi-Deutschland. Insbesondere ging und geht es ihnen darum, den Faschismus "außerhalb des sengenden Lichtkegels des Holocaust" anzusiedeln, wie De Felice ganz offen formulierte. Was, wie gezeigt, wegen der Komplizenschaft der Faschisten nicht gelingen kann.

Berlusconi spielt den Geschichtslehrer

Der zweite Gegenstand der aktuellen historischen Debatte in Italien ist die Resistenza. In seinem 1995 erschienenen Buch "Rosso e nero" ("Rot und schwarz"), einer Zusammenfassung und polemischen Zuspitzung seiner Thesen, reduziert De Felice den antifaschistischen Widerstand auf ein Minderheitenphänomen. Daran habe sich auch nach dem 8. September 1943, als der bewaffnete Widerstandskampf Massencharakter annahm, nichts Grundlegendes geändert. "Verwandte, Freunde und Nachbarn" auf beiden Seiten mitgerechnet, kommt De Felice auf maximal 4 Millionen Italienerinnen und Italiener, die zwischen 1943 und 1945 für oder gegen den Faschismus gekämpft haben - "wenige, bezogen auf die 44 Mio. Personen, die damals in Italien lebten." Womit bewiesen werden soll, dass die übergroße Mehrheit indifferent gewesen und die nach Kriegsende heroisierte Resistenza lediglich von einer kleinen Minderheit

getragen worden sei, deren Kampf nicht mehr und nicht weniger Bedeutung gehabt habe als die Verteidigung der faschistischen RSI. Wie ernst die RSI-Faschisten die Unterstützung der Bevölkerung für die Resistenza nahmen, zeigt ein Geheimbericht des faschistischen Generalstabs, geschrieben im Juli 1944. "Die Masse der Bevölkerung verfolgt die Rebellenbewegung mit Interesse und großer Sympathie", heißt es da. Als wichtigste Gründe dafür nennt der Bericht "die allgemeine Ablehnung des Faschismus" und "die Abneigung gegen die Deutschen".

Tatsächlich hat sich die Resistenza zu Recht großes Prestige erworben - weil sie als Minderheit eine Übermacht herausforderte, viele Opfer brachte und dennoch, an der Seite der britischen und US-amerikanischen Truppen, schließlich siegte. Die Anerkennung ihrer historischen Leistung ist allerdings zu unterscheiden von der falschen Heroisierung, die für einen Teil der linken Geschichtsschreibung charakteristisch ist. So sehen Roberto Battaglia und Giuseppe Garritano, Verfasser eines Standardwerks über die Resistenza, fälschlich das einige antifaschistische "Volk" im Kampf mit "einer Hand voll Abenteurer, die ihr Vaterland um des ‚Hitlerschen Großdeutschlands` willen verraten hatten." (2)

Den Geschichtsrevisionisten und ihren gläubigen AnhängerInnen in den Parteien der Rechten und der Mitte geht es aber gar nicht darum, solchen Verzerrungen die historische Wahrheit entgegen zu setzen. Ihr Diskurs ist rein instrumenteller Natur: Um die nach 1989 ohnehin ramponierte "kulturelle Hegemonie" der Linken endgültig zu brechen, negieren sie auch das, was der Linken bis heute verdientes Prestige einbringt - ihr entscheidender Anteil an der Befreiung vom Faschismus. An dieser Front kämpfen nicht etwa nur Historiker und JournalistInnen - immer wieder mischen sich auch Spitzenpolitiker in die Debatte. Das hat auch mit einer Besonderheit der politischen Kultur Italiens zu tun, die Jens Petersen so beschreibt: "Parteien und Bewegungen in Italien gewinnen einen großen Teil ihrer Legitimität, ihres Selbstverständnisses und ihrer politischen Programmatik aus der Vergangenheit. Wer (als Politiker) nicht fähig ist, sein Tun und Planen in den Zusammenhang eines nationalhistorischen Diskurses zu stellen, läuft Gefahr, nicht für voll genommen zu werden." (3)

Das gilt auch für eine "geschichtslose" Partei wie Forza Italia. So kann es denn nicht überraschen, dass auch Silvio Berlusconi mitunter die geschichtspolitische Keule schwingt. Am diesjährigen 25. April, dem Nationalfeiertag zur Befreiung vom Faschismus, griff er von sich aus in die Debatte über die "Lehre der Geschichte" ein: Zur Resistenza dürfe sich nur zählen, "wer sich im gleichen Ausmaß dem Faschismus, dem Nazismus und dem Kommunismus entgegengestellt hat." (Il Manifesto, 26.4.2002)

Gegen diese Ungeheuerlichkeit protestierten nicht nur die organisierten ehemaligen Partisaninnen und Partisanen. Ihre Losung "Ora e sempre Resistenza" ("Jetzt und immer Resistenza/Widerstand") wurde am 25. April von vielen Jugendlichen ebenso aufgegriffen wie von MigrantInnen, die an diesem Tag für ihre Rechte demonstrierten. Dass das alte Partisanenlied "Bella ciao" zum Kampflied der außerparlamentarischen Opposition gegen die Rechtsregierung geworden ist, mag auf den ersten Blick unangemessen und pathetisch erscheinen. Vielleicht ist es genau die richtige Antwort auf das selektive Geschichtsbewusstsein der italienischen Rechten.

Js.

Anmerkungen:

1) Eric Hobsbawm: Wieviel Geschichte braucht die Zukunft. München (dtv) 2001, S. 344ff.

2) Roberto Battaglia, Giuseppe Garritano: Der italienische Widerstandskampf 1943 bis 1945. Berlin/DDR (Deutscher Militärverlag) 1970, S. 77

3) Jens Petersen: Der Faschismus in Italien im Urteil der Historiker. In: Christof Dipper, Rainer Hudemann, Jens Petersen (Hg.): Faschismus und Faschismen im Vergleich. Köln (SH-Verlag) 1998, S. 41f.

14. Persilschein für einen Neofaschisten? Gianfranco Fini will unbedingt nach Israel

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:03

Nachdem Gerhard Schröder noch im Februar 2000 eine Einmischung der EU für den Fall gefordert hatte, dass in Italien wieder neofaschistische Minister in der Regierung säßen, ist das Thema seit dem Wahlsieg des italienischen Rechtsblocks am 13. Mai 2001 vom Tisch. Gianfranco Fini, der Anführer von Alleanza Nazionale (AN), wurde nicht nur Berlusconis Stellvertreter als Regierungschef; seit Anfang 2002 vertritt er Italien auch im EU-Konvent, der die neue Verfassung der Gemeinschaft ausarbeiten soll. (vgl. ak 459) Einiges deutet darauf hin, dass Fini demnächst den entscheidenden Schritt hin zur internationalen Anerkennung als Chef einer vermeintlich seriösen konservativ-demokratischen Partei machen könnte: Nach Meldungen italienischer und israelischer Zeitungen steht ein offizieller Besuch Finis in Israel noch in diesem Jahr bevor. Dafür hat Fini mehr als acht Jahre manches auf sich genommen, was seinen weniger taktisch flexiblen Parteigenossen als Selbstverleugnung erscheint, unter anderem einen Besuch in Auschwitz, den er vorsorglich von Fernsehkameras als Beweis seiner Läuterung filmen ließ.

Um seinen dringenden Wunsch nach einem Israel-Besuch zu untermauern, gewährte er der regierungskritischen israelischen Tageszeitung Ha'aretz ein ausführliches Interview. Das Gespräch wurde schon im Juli geführt, die Veröffentlichung aber im gegenseitigen Einvernehmen und um des optimalen Effekts wegen bis nach der Sommerpause verschoben. Nun ist es in der Ha'aretz-Wochenendbeilage vom 13.9.2002 erschienen; noch am selben Tag dokumentierte die italienische Tageszeitung La Repubblica die italienische Übersetzung in voller Länge. Fini gelingt es in dem Interview, sich als überzeugter Demokrat, Anti-Antisemit und Freund Israels darzustellen. Abgrenzungen vom historischen Faschismus und Bekenntnisse zur Demokratie kommen ihm seit Jahren locker über die Lippen. So muss man auch in dem Ha'aretz-Interview schon sehr genau lesen, um zu erkennen, dass Fini und seine Partei, Alleanza Nazionale, eben nicht vollständig mit der faschistischen Vergangenheit gebrochen haben: Fini distanziert sich von den Verbrechen der Jahre 1938 bis 1945 und von den antisemitischen Rassengesetzen; Mussolini erscheint ihm "in negativem Licht", weil er kein Demokrat war.

Ohne Fehl und Tadel sieht Fini dagegen die 1946 gegründete neofaschistische Partei, den Movimento Sociale Italiano (MSI), und dessen langjährigen Vorsitzenden Giorgio Almirante, der zwischen 1943 und 1945 Staatsekretär in Mussolinis Repubblica Sociale Italiana (RSI) gewesen war. Almirante, gegen den in den 1970er-Jahren mehrfach wegen Anstiftung zu terroristischen Anschlägen ermittelt wurde, ernannte 1987 seinen Ziehsohn Gianfranco Fini zu seinem Nachfolger. Dass es auch heute noch in den Reihen von Alleanza Nazionale "Nostalgie" für die Mussolini-Diktatur gebe, räumt Fini zwar ein; aber diese Nostalgie habe nichts mit der Politik der Partei zu tun. Vor allem gebe es unter den AN-Mitgliedern keine Antisemiten - und keine Rassisten, behauptet Fini, der auf Nachfrage gleichzeitig bekennt, mit den anti-islamischen Tiraden Oriana Fallacis (vgl. ak 464) voll einverstanden zu sein.

Sein wichtigstes Anliegen aber ist die Solidarität mit den USA und vor allem mit Israel, deren Repräsentanten er davon überzeugen will, das sie - Vergangenheit hin oder her - von den in Italien regierenden Rechten nur Gutes zu erwarten haben. Im Unterschied zu den Linken: "Die wirkliche Gefahr kommt von denen, die Israel und den Zionismus anklagen, eine Gefahr für den Frieden zu sein, und die behaupten, die israelische Politik würde den Palästinensern die Menschenrechte verweigern." So würde die israelische Regierung in Fini einen hundertprozentig zuverlässigen Freund begrüßen können, der einen Koffer voller Gastgeschenke bereithält: Neben der "uneingeschränkten Solidarität" auch eine Entschuldigung für die Rassengesetze von 1938, "im Namen der Italiener".

Ob Finis Einsatz ausreichend war, um die heiß begehrte Anerkennung durch die israelische Regierung zu bekommen, wird sich zeigen. Nach Angaben von Ha'aretz (wiedergegeben in Il Manifesto vom 13.9.) antwortete Außenminister Shimon Peres auf die Frage, ob ein Besuch Finis in Israel nicht seiner Partei, speziell den Radikalen, Auftrieb geben würde: "Im Gegenteil. Der Besuch würde ihn in seinem Kampf gegen die Extremisten ermuntern. Außerdem wird Fini hier nicht seine Partei repräsentieren, sondern die italienische Regierung, die uns gegenüber große Freundschaft bekundet."

Realpolitik schlägt Geschichtsbewusstsein, und der Zweck rechtfertigt die Mittel - das ist das bittere Resümee, das Zvi Schuldiner in seinem Gastkommentar für Il Manifesto (13.9.) zieht. Auch der israelische Historiker Zeev Sternhell, Autor des Standardwerkes "Die Entstehung der faschistischen Ideologie" (Hamburg 1999, vgl. ak 437), hält eine israelische Einladung an Fini für völlig inakzeptabel: "Vielleicht sind unsere Faschisten noch schlimmer, aber den Erben des italienischen Neofaschismus nach Israel einzuladen, ist skandalös." Genauso sieht es die Jüdische Gemeinde in Italien.

Js.

15. Faschismen im Vergleich

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:04

In den guten alten Siebzigern ging die Neue Linke, der Kommunistische Bund (KB) eingeschlossen, recht sorglos mit dem Wort Faschismus um. Faschismus, das war für sie nicht nur das Regime Mussolinis und die Nazi-Diktatur, sondern auch der Francismus und Pinochets Militärdiktatur. Die repressive Politik der Herrschenden in der BRD oder Italien und die Restauration nach der Nelkenrevolution in Portugal erschienen, wenn nicht als faschistisch, dann doch zumindest als Beweis fortschreitender Faschisierung. Orthodoxe "Marxisten-Leninisten" ("Mler") verteidigten derweil Dimitroffs Formel vom Faschismus als der "Diktatur des Finanzkapitals" und hielten unverdrossen an der auf katastrophale Weise widerlegten These fest, die Errichtung der faschistischen Diktatur zeige die "Schwäche der Bourgeoisie"; diese Schwäche gelte es beizeiten für die revolutionäre Erhebung zu nutzen, die vor 1922 in Italien und vor 1933 in Deutschland durch den Verrat der Opportunisten hintertrieben worden sei. Demgegenüber sah der KB die Faschisierung als vorbeugende Konterrevolution, der es durch eine demokratische Bündnispolitik zu begegnen gelte: "Demokraten, Kommunisten - einig gegen die Faschisten".

Wo sich Linke in dieser Zeit wissenschaftlich mit dem historischen Faschismus beschäftigten, taten sie das meist mit dem Ziel, eine verallgemeinernde Theorie des Faschismus zu formulieren. Die gravierenden Unterschiede zwischen den faschistischen Diktaturen in Italien und Deutschland wurden von den meisten deutschen Linken erst in den 1990er Jahren wahrgenommen - und teilweise zu Gegensätzen vergrößert. Insbesondere die Singularität des deutschen Völkermordes an den europäischen Jüdinnen und Juden ließ den italienischen Faschismus in einem vergleichsweise milden Licht erscheinen. Der bis dahin gebräuchliche Begriff "deutscher Faschismus" kam in der radikalen Linken aus der Mode, faschismustheoretische Überlegungen wurden mit Hinweis auf Dimitroff schnell als Nonsens abgetan.

Aber auch in der Wissenschaft fristet die vergleichende Faschismusforschung ein Schattendasein. Dass es sie gibt und die Beschäftigung damit lohnt, beweist der von Christof Dipper, Rainer Hudemann und Jens Petersen herausgegebene Band "Faschismus und Faschismen im Vergleich". Erschienen ist er in der Reihe "Italien in der Moderne" des SH-Verlages, und entsprechend ist der italienische Faschismus das am ausführlichsten behandelte Thema. In drei Aufsätzen widmen sich die Historiker Jens Petersen, Enzo Collotti und Brunello Mantelli der kontroversen historiografischen Diskussion, den sogenannten Historikerstreits. Petersen zeigt überzeugend Renzo De Felices apologetische Tendenz bei der Darstellung der Mussolini-Diktatur und das politische Motiv seiner Studien: De Felice sieht es als Aufgabe der Historiker, "die geistige Einheit der Nation" wieder herzustellen und die verhängnisvolle "kulturelle Hegemonie" der Linken zu brechen. Collotti, Autor des wichtigen Buches Fascismo, fascismi (drei Auflagen seit 1994), behandelt die Historikerdebatte über die antisemitischen "Rassengesetze" (leggi razziali) von 1938. In seinem Aufsatz widerlegt er die besonders in Deutschland verbreitete These, diese Gesetze seien "reiner Opportunismus" gewesen (so Lea Rosh und Eberhard Jäckel in ihrem Buch "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland", Hamburg 1990). Und er zeigt die zentrale Rolle Mussolinis bei der Ausarbeitung der richtungweisenden "Erklärung über die Rasse" (dichiarazione sulla razza) und die keineswegs zufällige Betonung des rassistischen Antisemitismus im Rahmen der "totalitären Beschleunigung" nach 1936. Collotti endet mit der Feststellung, "dass es gerade die judenfeindlichen Gesetze waren, mit denen das faschistische Regime den Rassismus als ideologisches und politisches Instrument vervollständigt hat".

Brunello Mantelli, Autor einer lesenswerten "Kurzen Geschichte des italienischen Faschismus" (Berlin 1998; vgl. auch ak 416), zeigt zunächst die Folgen von De Felices selektiver Quellenauswahl. Im fünften Band von De Felices Mussolini-Biografie, Mussolini l'alleato, in dem es um das Bündnis mit Nazi-Deutschland geht, stünden immer wieder "die seelischen Befindlichkeiten des Porträtierten" im Mittelpunkt; "Äußerungen seines Titelhelden sind für De Felice in den meisten Fällen gleichbedeutend mit politischen Entscheidungen", kritisiert Mantelli. Sekundärliteratur und deutsche Quellen, die Hitlers Verbündeten als willigen Komplizen belasten, hat De Felice dagegen weitgehend ignoriert. Bewusst hat er auch die Ereignisse der Kriegsjahre außerhalb Italiens ausgeblendet. Mantelli kritisiert das völlig zu Recht: "So wird die Tragödie eines ganzen Kontinents ... auf einen inneritalienischen Konflikt reduziert" - und die Mitschuld des Faschismus an dieser Tragödie verkleinert. Dabei war die Annäherung Italiens an Deutschland unumgänglich. Die dem Faschismus "wesenhafte Tendenz

zu Expansion und Revisionismus konnte im damaligen Europa nur an der Seite des nationalsozialistischen Deutschland auf Realisierung hoffen", schreibt Mantelli. Vehement kritisiert er die "in Italien weit verbreitete Unart: den Versuch, über den Vergleich mit dem Nationalsozialismus die faschistischen Verbrechen zu verharmlosen".

Eine kritische vergleichende Faschismusforschung kann dagegen sehr wohl Unterschiede herausarbeiten, ohne dem italienischen Faschismus "humane" Züge anzudichten, weil ihm die völkermörderische Radikalität des Nationalsozialismus fehlte. Das zeigt dieses lesenswerte Buch.

Js.

Christof Dipper, Rainer Hudemann, Jens Petersen: Faschismus und Faschismen im Vergleich. SH-Verlag, Köln, 1998, 276 Seiten, 34,80 EUR

16. "Saddam muss weg." USA führen Krieg mit oder ohne UNO

Schwerpunkt - Krieg für Öl

Autor: Jürgen Wagner · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Irak; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:22

Die USA mobilisieren für den militärischen Sturz Saddam Husseins. In unserem Schwerpunkt setzen wir uns mit den widersprüchlichen Argumenten gegen das "Böse in Bagdad" auseinander. Wir beleuchten die ökonomischen Hintergründe der imperialen Strategie der USA. Schließlich zeigen wir, wie europäische und amerikanische Politiker Saddam aufrüsteten, instrumentalisierten und hofierten, bevor sie ihn verdammten.

"Saddam muss weg"

USA führen Krieg mit oder ohne UNO

Am 12. September 2002 stellte US-Präsident George W. Bush vor der UN-Vollversammlung sowohl dem Irak als auch der UNO ein Ultimatum, entweder Washingtons Haltung in der Irakfrage entgegenzukommen oder anderenfalls angegriffen, respektive umgangen zu werden. Angeblich stelle der irakische Diktator Saddam Hussein eine Bedrohung für die USA und die ganze Welt dar, weshalb in den Worten Bushs "Aktionen dringend erforderlich" seien.

Nachdem sowohl die UNO als auch der Irak den Vorgaben der US-Regierung entsprachen und sich auf die bedingungslose Rückkehr der Waffeninspekteure einigten, sahen viele die Kriegsgefahr als gebannt. Doch weit gefehlt. Die US-Regierung lässt sich von ihren Angriffsplänen kaum abhalten. Der Grund ist einfach: Die offiziellen Argumente für den Krieg spiegeln nicht die eigentlichen Interessen der US-Regierung wieder. Ziel ist weiterhin die Ölvorkommen des Landes, sowie - über eine verstärkte Truppenpräsenz am Golf - die Region zu kontrollieren.

Im Wesentlichen nannte George Bush vier Gründe, die einen Angriff auf den Irak notwendig machen würden: Der Irak unterstütze terroristische Organisationen, verfüge über Massenvernichtungsmittel und sei auch weiterhin daran interessiert, solche zu erwerben. Des Weiteren sei Saddam Hussein grundsätzlich aggressiv, was den Schluss nahe lege, dass er seine Nachbarn angreifen könne. Zusätzlich sei es auf Grund seines irrationalen und grausamen Charakters nicht auszuschließen, dass er die USA oder Verbündete mit Massenvernichtungsmitteln angreife. Und viertens: Es sei angesichts der Anschläge des 11. September eine nicht mehr tolerierbare Gefahr, dass Saddam Hussein seine Massenvernichtungsmittel an eine terroristische Organisation weitergebe. Doch bei näherem Hinsehen erweisen sich alle vier Begründungen als falsch.

Irak unterstützt Terrorgruppen? Fast krampfhaft wurde versucht, eine direkte Tatbeteiligung des Irak an den Anschlägen des 11. September zu konstruieren. Allerdings stellte sich ein angebliches Treffen zwischen Mohammed Atta - dem mutmaßlichen Kopf der Attentäter - und einem irakischen Geheimdienstmitarbeiter in Prag ebenso als nichtig heraus, wie die von Pentagon-Berater Richard Perle erhobenen Vorwürfe, Saddam Hussein habe sich mehrmals direkt mit Atta getroffen. Außenminister Colin Powell erklärte am 15. September schließlich: "Wir haben keine Lunte, die den Irak mit den Anschlägen vom 11. September in Verbindung bringt". Zwar widersprach Sicherheitsberaterin Condolezza Rice am 16. September: "Irak hat ganz klar Verbindungen zum Terrorismus, darunter auch El Kaida." Aber Beweise bleiben dennoch aus.

US-Argumente sind Luftblasen

So soll nun der Irak ohne eine nachweisliche Tatbeteiligung an den Anschlägen des 11. September angegriffen werden. Der ehemalige nationale Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski betont deshalb auch, die Argumente, die für einen Angriff auf den Irak sprechen, "können nicht aus dem legalistischen Grund ignoriert werden, dass ‚Beweise` für eine Verwicklung des Irak in die Anschläge des 11. September nicht vorliegen". Laut US-Regierung hängen diese Argumente direkt mit dem irakischen Interesse an Massenvernichtungsmitteln zusammen.

Massenvernichtungsmittel? US-Präsident George W. Bush stellte klar, er sei der Überzeugung, der Irak verfüge über erhebliche Mengen an Massenvernichtungsmitteln. Allerdings lieferte er auch für diese

Anschuldigung keine Beweise. Im Gegenteil: Alles was bisher als Belege vorgebracht wurde, erwies sich als untauglich. So berief sich die US-Regierung auf einen Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO), der beweise, dass der Irak an einem Nuklearprogramm arbeite. Das Dementi eben jener Organisation folgte aber auf dem Fuße, ein solcher Bericht existiere überhaupt nicht, heißt es.

Als Gegenzeuge fungiert derzeit auch der überzeugte Republikaner und ehemalige Chef der UNO-Waffeninspekteure im Irak, Scott Ritter. Er bestreitet, dass der Irak über Massenvernichtungsmittel verfüge. "Der Irak stellt keine Gefahr für die USA oder die Welt dar", betont Ritter.

Trotzdem lässt sich sicherlich ein irakisches Interesse an diesen Waffen schwer leugnen. Die Bush-Administration schlug Alarm - sich auf einen Bericht des International Institute for Strategic Studies (IISS) beziehend, der dies im Übrigen gar nicht so aussagte -, der Irak könne innerhalb eines Jahres an Atomwaffen gelangen. Selbst ein Regierungsmitglied hielt dem entgegen, das sei zwar richtig, aber nur, "wenn man ihnen alles liefert außer dem Zünder."

Ein konsequentes Engagement für die Rüstungskontrolle würde es dem Irak auch in Zukunft nahezu unmöglich machen, an Massenvernichtungsmittel zu gelangen. Gerade die internationale Rüstungskontrolle wird aber von genau einem Staat der Welt massiv unterlaufen: den USA.

Die US-Regierung räumte schließlich ein, dass sie über keinerlei "schlagende Beweise" verfüge, die sie dem US-Kongress vorlegen könne. Aber: "Wenn wir auf den schlagenden Beweis dafür warteten, wäre es zu spät", sagte Rumsfeld. Denn schließlich sei Hussein grundsätzlich aggressiv und irrational, heißt es aus den Reihen der Bush-Administration.

Saddam ist irrational? Als Beispiele für Husseins irrational aggressives Verhalten führte Bush vor allem den 1980 erfolgten irakischen Angriff auf den Iran, sowie die Besetzung Kuwaits 1990 an. Deshalb sei es sehr wahrscheinlich, dass der Irak neue Angriffe auf seine Nachbarn unternehmen werde.

Den damaligen Auseinandersetzungen lagen allerdings alles andere als "irrationale" Motive zu Grunde. 1980 spielte die Furcht des säkularen irakischen Regimes vor der islamischen Revolution im Iran eine entscheidende Rolle - unter anderem wurde der Irak in diesem Krieg von den USA massiv unterstützt. Beim Konflikt mit Kuwait ging es einerseits um die Kontrolle ölreicher Gebiete. Andererseits schädigte Kuwait durch das Unterlaufen der OPEC-Förderquoten massiv die ökonomischen Interessen des Iraks. Allgemein bekannt ist inzwischen auch, dass die damalige US-Regierung Saddam Hussein grünes Licht für eine Besetzung Kuwaits gab und ihn damit in eine Falle lockten.

Griff zum Gift als Verteidigung

Gegen die These, ein Angriff auf die Nachbarn stelle eine unmittelbare und ständige Gefahr dar, spricht ebenfalls, dass der Irak durch das Embargo militärisch erheblich geschwächt und damit auch eine derzeit geringere Bedrohung für seine Nachbarn darstellt. US-Admiral Wilson gibt hierzu an: "Jahre der UN-Sanktionen, Embargos und Inspektionen, kombiniert mit US-Militäraktionen haben die militärischen Fähigkeiten des Iraks signifikant reduziert." Gleichzeitig bemüht sich das Regime in Bagdad gerade um eine Verbesserung der Beziehungen zu den Nachbarländern.

Es bleibt der Vorwurf, der Irak setze seine Massenvernichtungsmittel generell und in jeder Auseinandersetzung ein, was eine nicht tolerierbare Gefahr für die USA, vor allem aber auch für Israel sei. Hierfür führt Bush die ohne Zweifel grausamen Giftgasangriffe im Irankrieg und gegen die kurdische Bevölkerung an.

Allerdings vergessen die Vereinigten Staaten dabei zu erwähnen, dass beide mit ihrer Billigung geschahen, Bagdad somit keine Vergeltung drohte. Kurz nach den Attacken gegen die Kurden unterschrieb die US-Regierung, anstatt diese Angriffe zu kritisieren, einen Vertrag über eine Milliarde Dollar über den Bau einer Chemiewaffenfabrik und erlaubte erstmals den Export von Viruskulturen in den Irak. Auch die Angriffe gegen iranische Soldaten geschahen mit Wissen und expliziter Billigung der USA.

Aber droht nicht dennoch ein Angriff Iraks auf Israel und die USA, gerade weil die USA in Hussein einen Todfeind sieht? Hier lässt sich entgegen halten: Wenn sich der irakische Diktator in einer Sache als überaus rational handelnd erwiesen hat, dann darin, alles zu tun, um an der Macht zu bleiben. Im Gegenzug bedeutet

dies auch, Schritte nicht zu ergreifen, die zur eigenen Vernichtung führen würden. Angriffe auf Israel oder die USA wären mit Sicherheit gleich bedeutend mit der Vernichtung Husseins durch eines der beiden Länder.

Eben diese Überlegung hielt ihn bereits 1991 von einem solchen Schritt ab. Selbst Brzezinski merkt hierzu an: "Die häufig zitierte, im Wesentlichen aber demagogische Formel, dass Saddam Hussein seine Massenvernichtungsmittel (Gas) gegen sein eigenes Volk benutzte, ignoriert die Tatsache, dass er solche Waffen 1991 weder gegen US-Truppen noch Israel, die beide die Fähigkeit zur Vergeltung besaßen, benutzte." Benjamin Netanyahu, 1998 zum Zeitpunkt der US-Angriffe auf den Irak israelischer Ministerpräsident, hat nun mitgeteilt, dass Saddam Hussein ihm vor vier Jahren eine Nicht-Angriffsgarantie gegeben habe.

Es lässt sich also eher feststellen, dass die ständigen Interventionsdrohungen gegen Bagdad für Hussein weiterhin eine Hauptmotivation darstellen, an Massenvernichtungsmittel zu gelangen, um sich vor solchen Angriffen zu schützen.

Ein Sachverständiger machte bei einer Anhörung vor dem US-Kongress deutlich, dass Hussein der festen Überzeugung sei, nur seine damals noch vorhandenen Massenvernichtungspotenziale hätten die USA 1991 von einer Invasion abgehalten. Er sieht also in der abschreckenden Wirkung dieser Waffen, nicht deren offensivem Einsatz gegen die USA, deren eigentlichen Wert.

Irak versorgt Terroristen mit Massenvernichtungsmitteln? Das derzeit zentrale Legitimationskonstrukt für einen Krieg gegen den Irak nennt US-Vizepräsident Dick Cheney: "Alte Sicherheitsdoktrinen gelten nicht mehr. Eindämmung ist nicht möglich, wenn Diktatoren Massenvernichtungsmittel erwerben und bereit sind, diese mit Terroristen zu teilen, die beabsichtigen den Vereinigten Staaten katastrophale Verluste zuzufügen." Angriffe auf den Irak, ohne vorhergehende Aggression, würden sich also aus diesem Grund legitimieren, da nur so Attacken von über Massenvernichtungsmittel verfügenden Terroristen verhindert werden könnten. Der bloße Versuch an Massenvernichtungsmittel zu gelangen, so die US-Argumentation, stellt in der Welt nach dem 11. September eine so große Gefahr dar, dass dies auch Präventivangriffe rechtfertigt, wie US-Senator John McCain versichert: "Diktatoren, die [...] Massenvernichtungs-Waffen bauen, sind unterrichtet, dass ein solches Verhalten, schon für sich selbst, ein Kriegsgrund ist."

Allerdings halten im Fall Irak nicht einmal die US-Geheimdienste die Weitergabe von Massenvernichtungsmitteln für plausibel, wie die International Herald Tribune berichtet: "Die CIA hat keine Beweise, dass der Irak innerhalb fast eines Jahrzehntes in terroristische Operationen gegen die USA verwickelt war und die Spionageagentur ist ebenfalls davon überzeugt, dass Hussein keine chemischen oder biologischen Waffen an Al-Qaida oder ähnliche terroristische Gruppen geliefert hat."

Wie oben erwähnt, verfügt der Irak ohnehin über keine Kontakte zu Terrorgruppen, die die USA zum Ziel haben. Zudem ist es sehr wahrscheinlich, dass die US-Geheimdienste eine Weitergabe bemerken würden. Saddam Hussein wird wohl kaum durch solche Handlungen den Vereinigten Staaten den krampfhaft gesuchten Grund liefern, ihn zu stürzen. So wird klar, dass es nicht um die irakischen Versuche geht, an Massenvernichtungsmittel zu gelangen. Wenn dies tatsächlich der Fall wäre, hätte die Installation eines UN-Inspektionsregimes absolute Priorität. Dies ist aber für die US-Regierung eindeutig nicht der Fall. Statt dessen werden die Inspektoren benutzt, einen Zwischenfall zu inszenieren, der einen Angriff legitimieren soll.

John Bolton, Staatssekretär für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit im US-Außenministerium, stellt die Ziele der US-Regierung klar: "Unsere Politik" erklärt er, "drängt auf einen Regimewechsel in Bagdad und diese Politik wird nicht geändert werden, ob Inspektoren hineingehen oder nicht."

Jürgen Wagner, 8. Oktober 2002

Unser Autor ist Mitarbeiter der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen, www.imi-online.de

Von Jürgen Wagner ist kürzlich erschienen: Das ewige Imperium. Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor, Hamburg 2002 (VSA Verlag), 172 Seiten, EUR 12.80

17. Öl und F-16. Zur Politischen Ökonomie der US-Kriegspläne gegen den Irak

Autor: Peter Custers · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Irak; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:25

Peter Custers arbeitet für das Bangladesh People's Solidarity Center in Amsterdam. Er analysiert in seinem Beitrag die polit-ökonomischen Hintergründe der Kriegsvorbereitungen gegen den Irak, insbesondere den Aspekt der US-Rüstungsindustrie sowie den der Ölwirtschaft. Der Artikel ist von ak stark gekürzt worden.

Seit Beginn diesen Jahres sind die USA mit dem Zusammentreffen zweier negativer ökonomischer Phänomene konfrontiert. Zunächst befinden sich die Aktienkurse an allen Börsen im freien Fall. Allein in den USA sind 7,6 Billionen Dollar an Kapital vernichtet worden. Einige Analysten vergleichen den Absturz des Jahres 2002 bereits mit den historischen Zusammenbrüchen der Jahre 1929 und 1987. Gleichzeitig ist das reale Wirtschaftswachstum in den USA praktisch zum Erliegen gekommen, als die US-Wirtschaft letztes Jahr in eine Rezession eintrat. Bis heute haben sich die Wachstumsdaten nicht erholt. Die US-Regierung hat unmittelbar nach dem 11. September 2001 zwar versucht, durch massive Interventionen das Vertrauen der Geschäftswelt wieder herzustellen. Doch auch heute, ein Jahr später, ist dieses Vertrauen nicht besonders ausgeprägt. Die US-Ökonomie und die Weltwirtschaft sind mehr als angeschlagen.

Darüber hinaus deutet alles darauf hin, dass die Informationstechnologien nicht mehr der Wachstumsmotor sind, der sie im Konjunkturzyklus der 90er Jahre noch gewesen sind. Ein neuer Zyklus braucht eine neue Lokomotive. Derselbe Wirtschaftssektor, der in den letzten 10 Jahren den Wachstumsprozess massiv angetrieben hatte, ist der Gefahr einer dramatischen Überproduktionskrise ausgesetzt. (NRC-Handelsblad, 15.11.2001) Angesichts der massiven Finanzprobleme gerade von Firmen aus dem Bereich der Telekommunikation ist es offensichtlich, dass die sog. "New Economy" kein verlässlicher Wachstumsantrieb mehr ist. Statt dessen mehren sich die Anzeichen dafür, dass die US-Regierung auf eine neue wirtschaftspolitische Strategie setzt: Sie greift wieder auf das Potenzial des Rüstungssektors und des Militärbudgets zur Konjunktursteuerung zurück. Diese Rückbesinnung auf den "Militärkeynesianismus" der Reagan-Ära deutet sich bereits gegen Ende der Amtszeit von Bill Clinton an. Sie zeigte sich in massiven Umschichtungen staatlicher Ausgaben in den Militärhaushalt in den Jahren 2001 und 2002. Selbst in den "schlanken" 90er Jahren betrugen die Rüstungsausgaben der USA mehr als die ihrer potenziellen Gegner zusammen. Nach dem 11. September 2001 hat Präsident Bush noch mal zusätzliche Aufstockungen bei den Militärausgaben der Jahre 2002 und 2003 auf den Weg gebracht. (Business Week, 1.10.2001) Das Militärbudget ist inzwischen auf 379 Mrd. US-Dollar angestiegen.

Rückkehr zum Militär- Keynesianismus

In diesem Zusammenhang signalisiert der Kriegsplan der Bush-Administration gegen den Irak, dass sie gewillt ist, den Militärsektor wieder voll und uneingeschränkt zum Regulator der US-Konjunktur zu machen. Die US-Regierung stärkt zum einen die Rolle der US-Industrie als wichtigstem Waffenexporteur der Welt, indem sie durch einen Krieg die Qualität amerikanischer Waffen unter Beweis stellt. Sie stärkt damit auch die Wettbewerbsposition der US-Rüstungsindustrie z.B. gegen die aggressiven Exportbemühungen des Bush-Freundes und russischen Präsidenten Putin. Auf der anderen Seite können die US-Firmen auch bei einer kurzen Kriegsdauer mit lukrativen Aufträgen für Flugzeugträger, Kampfflugzeuge, Bombensysteme, elektronische Aufklärungsanlagen etc. rechnen. Ein Krieg gegen den Irak akzentuiert somit die wirtschaftspolitische Bedeutung, die die Bush-Administration dem Militärsektor bei der ökonomischen Stabilisierung zuschreibt.

Als der Irak 1990 Kuwait besetzte, bedrohte er damit sowohl die Machtbalance zwischen den Öl produzierenden und den Öl verbrauchenden Nationen, als auch die Balance unter den Öl exportierenden Staaten selbst. Kuwaits Gewicht als Ölproduzent und -exporteur ist beachtlich. Der Irak selbst nimmt unter den Ölproduzenten bereits eine Top-Stellung ein. Jede kombinierte Kontrolle über irakisches und kuwaitisches Öl hätte der irakischen Regierung einen enorm gestiegenen Einfluss auf die von der OPEC festgesetzte Ölfördermenge und damit auf die Bestimmung des internationalen Erdölpreises verschafft. Entsprechend wäre die Macht innerhalb der OPEC weiter zu Gunsten derjenigen Länder verschoben worden, die bereit wären,

sich gegen die Interessen des US- und westlichen Imperialismus zu stellen. Weder die USA, noch die anderen westlichen Staaten noch ihre Verbündeten im Nahen Osten konnten dies zulassen.

Es war Saudi Arabien, das eine entscheidende Rolle dabei spielte, den USA den massiven Militärschlag gegen die irakischen Truppen in Kuwait und gegen den Irak selbst zu ermöglichen. Ausgedrückt in Produktionskapazitäten und nachgewiesenen Ölreserven ist das Saudi-Königreich die wichtigste Öl-Nation. Über viele Jahrzehnte hinweg sind die Feudalherrscher der Saud-Dynastie treue US-Verbündete gewesen. Selbst als die OPEC gegründet wurde, um die ökonomische und politische Macht der Öl produzierenden Staaten sicher zu stellen, blieb Saudi Arabien den Bedürfnissen der USA gegenüber immer aufgeschlossen. Zeitweise schien das Land als eine Art trojanisches Pferd der USA innerhalb der OPEC zu agieren. Über Saudi Arabien konnten die USA den Anstieg des Rohölpreises weiterhin begrenzen, denn das Königreich ließ sich stets dazu überreden, über eine steigende Ölproduktion den Preisanstieg zu bremsen. Die Unterstützung der USA durch Saudi Arabien hatte 1991 also sowohl eine militärische als auch eine ökonomische Bedeutung. Das Land stellte nicht seine Militärbasen zur Verfügung; es bot gleichzeitig einen Anstieg der Erdölfördermengen an und reduzierte so den Druck auf den Ölpreis. Saudi Arabien signalisierte auf diese Weise seine Bereitschaft, einen Teil der Kriegskosten mit zu tragen.

Ein anderer Faktor, der es den kuwaitischen Herrschern relativ leicht machte, im Westen Gehör zu finden, war die Bedeutung des kuwaitischen Finanzkapitals. Nach vorsichtigen Schätzungen besaß die herrschende Klasse Kuwaits im Jahr 1990 mehr als 100 Mrd. US-Dollar in Form von Kapitalanlagen und Investitionen im Ausland. Ein Teil in Form von Staatsanleihen (etwa von US- und bundesdeutschen Staatsschuldtiteln), sehr viel mehr jedoch als Direktinvestitionen in der Ölverarbeitung (Raffinerien) und anderen Sektoren (Zucker, Chemieindustrie etc.). Allein in Spanien kontrolliert die kuwaitische Investitionsbehörde zwei Drittel aller ausländischen Investitionen. Der US-Imperialismus konnte somit eine erhebliche finanzielle Unterstützung für die Kosten des Zweiten Golfkrieges von den exilierten kuwaitischen Eliten einfordern. Im Licht dieser Faktoren ist leicht zu verstehen, dass die USA unter Bush Sen. umfangreiche Ressourcen für ihren Luft- und Bodenkrieg mobilisieren konnten.

Wer kontrolliert die OPEC?

Die kuwaitische Kontrolle über die dortigen Ölvorkommen ist wieder hergestellt. Dennoch ist der westliche Zugriff auf die Ölproduktion im Nahen Osten unsicherer als 1990/91. Dies wird am anschaulichsten durch eine jüngste interne Expertise eines Mitarbeiters der Rand Corporation (dem Pentagon nahe stehender Think Tank). Darin wird Saudi Arabien als Feind der USA bezeichnet. (Le Monde, 13.8.2002) Dies deshalb, weil das Al-Quaida-Terror-Netzwerk über saudische Institutionen finanziell unterstützt worden sein soll. Trotz der von offizieller Seite beteuerten Bündnistreue bleibt der Fakt, dass sich Saudi Arabien im Gegensatz zu 1991 diesmal weigert, den USA sein Territorium zum Truppenaufmarsch gegen den Irak zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig ist bekannt, dass strategische Planspiele der USA existieren, die nicht nur von kriegerischen Operationen gegen den Irak, sondern auch gegen Saudi Arabien und den Iran ausgehen.

Sehr bemerkenswert ist auch der Umstand, wie sehr sich die USA um Russland als zukünftigen Öllieferanten bemühen. Zu Beginn der 90er Jahre, direkt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, waren die russischen Ölexporte auf sehr niedrigem Niveau. In der Zwischenzeit sind sie jedoch bemerkenswert rasch angestiegen, vor allem in den Jahren 2000 und 2001. Es haben sich eine Anzahl kapitalistischer Monopole in Russland etabliert, mit den Firmen Lukoil und Yuko an der Spitze. Einige dieser Firmen sind vertikal integriert, d.h. sie kontrollieren die gesamte Produktionskette von der Ölförderung über die Raffinerien bis zur Vermarktung an Tankstellen etc. Im März/April diesen Jahres hieß es in einem Artikel des US-Magazins Foreign Affairs, Russland habe "still, aber kontinuierlich" seine jährliche Erdölproduktion auf ein Niveau von einer halben Mio. Barrel pro Tag gesteigert. Das ist der "höchste Outputzuwachs aller Staaten der Welt". (Foreign Affairs, 3/4 2002) Auch wenn Russland einen erheblichen Teil dieses Output selbst verbraucht, bleibt das Land dennoch der inzwischen größte Ölexporteur außerhalb der OPEC. Die USA sind somit eifrig darum bemüht, die Widersprüche zwischen Russland und der OPEC zu verstärken. Solche Widersprüche wurden offensichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 2001, als die OPEC die Produktionsquoten nach unten anpasste, um den Ölpreis auf hohem Niveau zu stabilisieren. Es erwies sich als äußerst mühselig und schwierig, auch Russland als Nicht-OPEC-Land zu einem solchen Schritt zu bewegen. (Foreign Affairs, 3.12.2001)

Doch selbst wenn Russland den USA in die Hände spielen sollte (was z.Z. eher unwahrscheinlich ist), ist die Situation für den Imperialismus nach wie vor bedrohlich. Mehrere Experten haben den Westen davor gewarnt, einen Alleingang ohne die arabischen Verbündeten zu versuchen und somit auf das Öl im Nahen Osten zu verzichten. Auch wenn die russischen Ölreserven durchaus bedeutsam sind: Die Erdölreserven des Nahen Ostens belaufen sich schätzungsweise auf ein Viertel der gesamten Weltvorräte. Allein Saudi Arabien verfügt über 10% aller Ölvorräte. Und diese Reserven werden benötigt, um dem steigenden Energieverbrauch auf der Welt begegnen zu können. Allein der Verbrauch der USA selbst macht ein Drittel des gesamten Anstiegs im Ölhandel aus. Dazu kommt die Frage nach dem zukünftigen Ölverbrauch Chinas und anderer asiatischer Staaten. Seit 1993 ist China Netto-Ölimporteur. Es importiert z.Z. 600.000 Barrel am Tag mit geschätzten 3 Mio. Barrel im Jahre 2021. Auch Japan hat jährlich eine gewaltige Ölrechnung zu begleichen. Nach Angaben der Internationalen Energy Agentur (IAE) wird der Weltölverbrauch von 72 Mio. Barrel täglich im Jahr 2001 auf 92 Mio. Barrel pro Tag im Jahr 2010 ansteigen. Selbst wenn eine ökonomische Rezession den Ölverbrauch senken würde, spricht alles dafür, dass die Konkurrenz um die Ressource Öl in Zukunft eher zunehmen wird. Die USA als einzige militärische Supermacht haben also ein immenses Interesse, mit allen Mitteln die Kontrolle über die Ölreichtümer der Welt, insbesondere über die im Nahen Osten, zu behalten.

Die Kriegspläne gegen den Irak zielen also in erster Linie darauf ab, für die USA die Unwägbarkeiten in Bezug auf die Ölvorkommen des Nahen Ostens zu verringern. Die Installation eines Regimes in Bagdad, das sich den US-Interessen gegenüber aufgeschlossen zeigt, ist dafür ein probates Mittel. Die Falken in Washington hoffen, dass eine komplette Besetzung des Irak durch US-Truppen den US-Einfluss auf die Politik der OPEC sichert und ausbaut. Daneben wäre ein Krieg auch ein deutliches Signal an die jetzigen und die zukünftigen Herrscher in Saudi Arabien, denen die US-Administration nicht mehr traut. Die Botschaft lautet, dass die USA bei Bedarf die uneingeschränkte militärische Macht hat, die Kontrolle über das Öl im Nahen Osten jederzeit wieder herzustellen, sollte irgendein Land sich den US-Interessen widersetzen oder sich allein diesem Verdacht aussetzen. Auch wenn die neue US-Militärdoktrin vom "Präventivschlag" sich scheinbar an den Irak und den Iran richtet, so darf sich auch durchaus Saudi Arabien angesprochen fühlen.

Peter Custers, Amsterdam

18. "Weißer Elefant" und "Schwarzes Gold". USA setzen sich durch: Ölpipeline von Aserbeidschan in die Türkei

USA setzen sich durch: Ölpipeline von Aserbaidschan in dieTürkei

Autor: Karin Leukefeld · Rubrik: Türkei; Sowjetunion und Nachfolgestaaten; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:34

Mitte September wurde in Aserbaidschan mit dem Bau einer weiteren strategisch wichtigen Öl-Pipeline begonnen. An der Einweihungszeremonie nahe der aserbaidschanischen Hauptstadt Baku nahmen die Staatschefs von Aserbaidschan, Georgien und der Türkei sowie US-Energieminister Spencer Abraham teil. Die Öl-Reserven am Kaspischen Meer werden auf das drittgrößte Erdölvorkommen der Welt geschätzt. So kostspielig die Pipeline auch sein wird, sie führt nicht auf kürzestem Weg vom Kaspischen Meer Richtung Westen oder Süden. Sonst hätte auf russischem oder iranischem Gebiet gebaut werden müssen. Beide Varianten wurden auf Drängen der USA gekippt. Ein Projekt, das die politische und wirtschaftliche Kräftekonstellation der ganzen Region verschiebt.

Vom Kaspischen Meer bis zur türkischen Mittelmeerküste soll in wenigen Jahren das "schwarze Gold" fließen. Im Kaspischen Meer lagern die drittgrößten Öl- und Gasreserven der Welt, die bislang durch zwei Pipelines über russisches Gebiet dem Westen zugeliefert wurden. Die neue Pipeline, die von Baku (Aserbaidschan) über Tiflis (Georgien) bis nach Ceyhan (Türkei) reicht und nach den Anfangsbuchstaben der jeweiligen Städte auch BTC-Pipeline genannt wird, soll im Jahr 2005 fertig sein. Durch die 1750 Kilometer langen Röhren sollen dann bis zu einer Million Barrel Rohöl pro Tag fließen. Die Baukosten werden derzeit auf 2,95 Milliarden Dollar (3,06 Milliarden Euro) veranschlagt. Es wird damit gerechnet, dass die Pipeline voraussichtlich 40 Jahre in Betrieb sein wird.

Neun Ölkonzerne teilen sich die Ausbeute auf: Den Bärenanteil erhält die britische BP mit 38,21%, SOCAR (Aserbaidschan) 25%, Statoil (Norwegen) 9,58%, Unocal (US) 8,9%, Türk Petrol (Türkei) 7,55%, Eni Agip (Italien) 5%, Inpex (Japan) 3,4%, Delta Hess (US/Saudi-Arabien) 2,36% and TotalFinalElf (Frankreich) 5%. Die Pipeline wird durch die kurdischen Gebiete der Türkei verlaufen, wo zumindest in zwei Provinzen noch immer der militärische Ausnahmezustand gilt. Diese Route war lange umstritten, zumal es sich um die teuerste aller bisher diskutierten Varianten handelt.

Lebensadern der Macht

Noch vor wenigen Jahren erschien das Projekt unrealistisch wie ein "weißer Elefant", wie die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline oft genannt wurde. Angesichts der Kämpfe zwischen der kurdischen PKK-Guerilla und dem türkischen Militär fanden sich lange keine Geldgeber. Doch das Interesse der USA, alternative, kürzere und billigere Pipelines durch Russland oder den Iran zu verhindern, setzte sich schließlich, unter Zuhilfenahme von Dollar und politischem Druck, durch. "Ohne diese Pipeline könnten die Ressourcen des Kaspischen Meeres der Welt nicht zugänglich gemacht werden", sagte US-Energieminister Abraham bei der Einweihung. Gemeint ist eher die westliche Welt. Ölexperten sehen das ohnehin anders und kritisieren, dass es sich bei der BTC-Pipeline ausschließlich um ein politisches Projekt handele.

Einer der Hauptprofiteure der BTC-Pipeline ist die Türkei. Der türkische Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer erklärte, die Pipeline werde in der Türkei zum "Rückgrat eines Ost-West-Energiekorridors, durch den kaspisches Öl und natürliche Gasvorkommen auf die internationalen Märkte" fließen könnten. Pro Barrel Öl, dass durch die Leitung gepumpt wird, erhält die Türkei 1,50 US-Dollar Transitgebühren. Gleichzeitig kann sich die Türkei mit der Abnahme von kaspischem Öl von dem arabischen Ölmarkt und der OPEC unabhängiger machen.

Das stärkt die Stellung der Türkei als Regionalmacht gegenüber Russland. Nicht umsonst werden die neuen Pipelines als "Lebensadern wirtschaftlicher und politischer Macht" der Türkei in der Region beschrieben. Das manifestiert sich nicht zuletzt in der engen Kooperation des Landes mit Aserbaidschan und Georgien. Der georgische Präsident Schewardnadse bezeichnete den Bau der BTC-Pipeline als "Beginn einer neuen Realität

in Georgien und in der Region des südlichen Kaukasus." Und in der Tat profitiert auch Georgien von dem Öl, erhält aber mit einer Transitgebühr von 0,43 US-Dollar pro Barrel nur ein Drittel dessen, was die Türkei absahnt.

Diese "neue Realität", wie Schewardnadse sagt, richtet sich letztlich sowohl gegen Russland als auch gegen die OPEC-Staaten. Die USA will geostrategisch in der Region möglichst viele Ölquellen und Verbindungswege unter ihre Kontrolle bekommen. Das geschieht durch militärischen und politischen Druck ebenso wie mit wirtschaftlicher Dominanz. Die aktuellen Kriegsdrohungen gegen den Irak und auch gegen Saudi Arabien müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden. Russland, Armenien und der Iran bleiben von dem "großen Spiel" um das kaspische Öl und Gas weitgehend ausgeschlossen. Russland profitierte früher von dem Öl der ehemaligen Sowjetrepubliken am Kaukasus, nun profitiert vor allem der Westen davon.

Großes Spiel um "neue Realität"

Der Iran ist auch auf Grund des einseitigen US-Embargos gegen sein Land (Iran Sanctions Act) in einer schwierigen Lage. Keine der großen Ölgesellschaften würde den US-Bannstrahl gegen den Iran missachten, um Geschäfte mit dem Land zu machen. Früher getroffene Vereinbarungen über die regionale Aufteilung des Kaspischen Meers hat Russland einseitig außer Kraft gesetzt, indem es nun auf bilateraler Ebene mit den Anrainerstaaten über die Ausbeutung der vorhandenen Bodenschätze verhandelt. Gas genießt dabei besonderen Vorzug, da es sich gut auf dem europäischen Energiemarkt verkaufen lässt. Die russische Gasprom deckt schon jetzt 40% des europäischen Gasbedarfs. (FAZ , 2.10.02)

Russland versucht offensichtlich mit der kürzlich abgeschlossenen Vereinbarung über zukünftige Ölgeschäfte mit dem Irak in Höhe von 40 Millionen US-Dollar dem US-Druck etwas entgegenzusetzen. Die USA wiederum versucht, Russland Angebote zu machen, um ein russisches Veto im UN-Sicherheitsrat gegen einen neuen Irakkrieg zu verhindern. Bestätigt wird das durch jüngste Meldungen, wonach der britische Staatschef Tony Blair gesagt hat, Großbritannien und die USA würden Russland in diesem Fall wirtschaftliche Zusagen machen. Beobachtern ist klar, dass nach einem Sturz des irakischen Regimes infolge eines Krieges die staatliche irakische Ölförderung von US-Ölfirmen übernommen werden wird. Wer möchte bei einem so lukrativen Beutezug nicht dabei sein? Wahrscheinlich geschieht die Übernahme der Ölfelder, noch bevor ein neuer politischer Machthaber für den Irak gefunden sein dürfte.

Die Financial Times (4.10.02) berichtet, dass der russische Präsident Putin der größten Ölfirma seines Landes, Lukoil, versichert hat, den Auftrag für die Ausbeutung irakischer Ölfelder auch nach einem möglichen Sturz des irakischen Präsidenten Saddam Hussein zu behalten. Lukoil war von der Duma daran gehindert worden, sich an dem Konsortium der BTC-Pipeline durch die Türkei zu beteiligen. Wie keine andere russische Ölfirma hat Lukoil in den letzten Jahren im Irak investiert. Allein an dem reichen Kurna Ölfeld im irakischen Westen hält die Lukoil 68% der Investitionen. Die russische Regierung ist mit 14% an der Lukoil beteiligt.

Türkei mit drei Rechtszonen

Begehrlichkeiten an der Kontrolle irakischen Öls hat auch die Türkei deutlich gemacht. Auf keinen Fall wolle man infolge eines Krieges gegen den Irak die kurdische Fahne auf den Ölfeldern von Kirkuk wehen sehen. Deshalb ist die Türkei bereit, im Falle eines Falles auch die Ölfelder von Kirkuk zu besetzen, Truppen sind vorsorglich schon im Nordirak stationiert. Bisher konnte die Türkei sowohl legal als auch durch Schmuggel des irakischen Öls von den Kirkuk-Feldern reichlich profitieren. Kürzlich allerdings wurde der (inoffizielle) Handel seitens der Türkei gestoppt, um die kurdischen Parteien im Nordirak dafür abzustrafen, dass sie es gewagt hatten, sich zu einer versöhnenden Parlamentssitzung in Erbil zu treffen. Besonders die Demokratische Partei Kurdistans (KDP) unter Mahmoud Barzani hatte an dem Ölschmuggel in die Türkei kräftig verdient.

In einen solchen Feldzug kann die Türkei leichter ziehen, wenn sie weiß, ihr Haus ist bestellt. Mit der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline hat sich die Türkei einen ordentlichen Brocken vom Kuchen geschnappt. Die eigentlichen Gewinner des "großen Spiels" aber sitzen nicht in Ankara, Tiflis oder Baku, sondern in Washington und London.

Nach Fertigstellung der Pipeline werden Förderung und Transport eines Barrels Baku-Öl voraussichtlich 10 US-Dollar kosten. Der Weltmarktpreis für Rohöl schwankt derzeit um 27 US-Dollar. Im Falle eines Irakkrieges würde er vermutlich stark ansteigen. Der Vorstandsvorsitzende von British Petrol (BP), John Browne, sagte,

man werde die hohen Kosten des BTC-Projekts nur tragen können, wenn möglichst viele unabhängige (westliche) Finanzinstitutionen in das Projekt investieren. Es wird damit gerechnet, dass sich sowohl die Weltbank als auch Exportkreditinstitute und Banken finanziell beteiligen. Im Übrigen soll der Öltransfer möglichst reibungslos verlaufen. Dafür wurde mit der türkischen Regierung eine Sondervereinbarung getroffen, das "Host Government Agreement" (HGA).

Nichtregierungsorganisationen (NGO) warnten allerdings vor einer "Kolonialisierung der Türkei durch die Ölgesellschaften". Mit dem "Host Government Agreement", das die British Petrol mit der türkischen Regierung vereinbart habe, werde ein Korridor durch die Türkei geschlagen, in dem das nationale türkische Recht nicht mehr gelte. Schon im September 2000 sei mit der türkischen Regierung vereinbart worden, dem Ölkonsortium weitgehende Wirtschaftsfreiheit zu gewähren, so die Organisation Corner House, in der unter anderem das Kurdische Menschenrechtsprojekt (KHRP) und die Kampagne gegen den Ilisu-Staudamm mitarbeiten.

MAI durch die Hintertür

Die Vereinbarung, veröffentlicht im Türkischen Amtsblatt und gültig für 40 Jahre, sehe vor, dass die ohnehin schwachen Gesetzesvorschriften in Sachen Arbeitsrecht und Umweltschutz nicht für das Ölkonsortium gelten sollen. Die NGO sehen in der Vereinbarung einen Versuch, das 1998 gescheiterte MAI (Multilaterales Abkommen für Investitionen) durch die Hintertür eines "undemokratischen Staates" wieder eingeführt werden solle, so Nick Hildyard von Corner House. Die Türkei sei jetzt dreigeteilt, sagte er. "Es gibt die Türkei mit türkischem Recht, die kurdischen Gebiete mit dem Ausnahmerecht und einen Streifen quer durch das Land, wo British Petrol regiert." Das Abkommen sieht für die Ölgesellschaften u.a. den ungehinderten Zugang zu Wasser vor, ungeachtet kommunaler Bedürfnisse. Im Falle von Ölverschmutzungen sollen sie nicht belangt werden können. Nur in absoluten Notfällen bei Bedrohung der Bevölkerung, Umwelt oder der nationalen Sicherheit soll die Regierung einschreiten können. In einer Krisensituation soll es den an der Pipeline beteiligten Ölgesellschaften möglich sein, den Schutz der türkischen Armee oder von Sicherheitskräften anzufordern. Ähnliche Abkommen haben auch die Regierungen von Georgien und Aserbaidschan mit dem Ölkonsortium abgeschlossen.

Doch weitere Schritte dieser Entwicklung sind schon unternommen. Der Mena Report vom 1. Oktober berichtet, dass die "Blaue-Strom-Pipeline", eine Pipeline, die Gas vom Kaspischen Meer in die Türkei transportiert, bereits Ende des Jahres in Betrieb gehen soll. Das Projekt wurde von der russischen Gasprom und der italienischen ENI-Energie-Gruppe entwickelt, doch wegen Geldmangels wiederholt auf Eis gelegt. Schon jetzt liefert Gasprom an die Türkei jährlich 13 Milliarden Kubikmeter Gas über eine Pipeline, die durch die Ukraine, Rumänien und Bulgarien verläuft. Nach Inbetriebnahme des "Blauen Stroms" wird die Kapazität der Gaslieferungen um weitere 16 Milliarden Kubikmeter erweitert. Rechtzeitig zum Weihnachtsfest erhält der Ost-West-Energiekorridor so noch eine weitere Stärkung.

Karin Leukefeld

"Das Öl ist zu wichtig, als dass man es den

Arabern überlassen kann." (Henry Kissinger)

19. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich. Der Imperialismus, der Krieg gegen den Irak und Frankreichs "Sonderpolitik"

Der Imperialismus, der drohende Krieg im Irak und die französische "Sonderpolitik"

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Frankreich; Irak; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:06

"Das letzte Mal, als US-Verteidigungminister Donald Rumsfeld den irakischen Präsidenten Saddam Hussein gesehen hat, drückte er ihm herzlich die Hand. Das war vor fast 20 Jahren, am 20. Dezember 1983; ein Team des offiziellen irakischen Fernsehens hat diesen geschichtlichen Moment festgehalten." So beginnt ein Beitrag in der USA-Ausgabe des Wochenmagazins Newsweek vom 23. September 2002. Der Untertitel lautet: "America helped make a monster" - die USA trugen dazu bei, ein Monster zu züchten.

Neben der Anekdote vom Shakehands zwischen Rumsfeld und Saddam erfahren die Newsweek-LeserInnen auch harte Fakten. "Es ist schwer zu glauben, dass Amerika den größten Teil der 80er Jahre hindurch dem Irakischen Atomenergie-Kommissariat bewusst erlaubt hat, Bakterienkulturen zu importieren, die zur Herstellung biologischer Waffen verwendet worden sein können. But it happened."

Die New York Times hatte schon am 18. August 2002 berichtet: "Während der Amtszeit von US-Präsident Ronald Reagan versorgte ein geheimes amerikanisches Programm den Irak mit für die Kriegsführung dringend benötigter Hilfe. Und das zu einer Zeit, als die amerikanischen Nachrichtendienste wussten, dass irakische Kommandeure in entscheidenden Schlachten des Iran-Irak-Krieges chemische Waffen einsetzten." 60 Offiziere des US-Militärgeheimdienstes DIA (Defense Intelligence Agency) waren demnach in den frühen Achtziger Jahren ständig dafür abgestellt, den Irak mit Satellitenbildern über den iranischen Aufmarsch, geheimdienstlichen Informationen und anderem militärisch wichtigen Material zu versorgen.

Rumsfeld und Chirac sind alte Freunde Saddams

Zwei Tage nach der New York Times folgte auch der US-Nachrichtensender NBC mit Enthüllungen. Demnach war Donald Rumsfeld seit 1982 als Sonderbeauftragter des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan in Sachen Mittlerer Osten unterwegs. In dieser Eigenschaft hielt er sich auch 1983 in Bagdad auf, wo er dem irakischen Präsidenten die Pranke drückte. Dem Dokumentarfilm zufolge waren die USA auch am C-Waffenprogramm des Irak beteiligt. In einem Untersuchungsbericht des US-Senats aus dem Jahre 1994 heißt es: "Spätestens ab 1985 und noch bis 1989 haben amerikanische Firmen (...) ein wahres Hexengebräu an biologischen Substanzen in den Irak exportiert." Erwähnt werden unter anderem die Anthrax-Bazille, auch als Milzbranderreger bekannt geworden, oder der Einzeller Clostridium botulinum, der ein starkes bakterielles Gift absondert.

Nun ist bekannt, dass die USA in den frühen Achtziger Jahren bedeutende Mengen an Waffen an den Kriegsgegner Iran geliefert hatten. Diese Operation hatte die Reagan-Administration zusammen mit zwei wichtigen US-Verbündeten in der Region eingefädelt: Israel produzierte und lieferte die Waffen, unter der Verantwortung seines damaligen Verteidigungsministers Ariel Sharon. Saudi-Arabien wiederum übernahm die Finanzierung der komplizierten Operation, die als Nebeneffekte auch noch die Freilassung von US-Geiseln im Libanon auf iranischen Druck sowie Geldflüsse - dank der iranischen Zahlungen - an die nicaraguanischen Contra-Terroristen beinhaltete. Nach ihrer Aufdeckung im Jahr 1987 bekam die Angelegenheit den Namen Irangate und hätte beinahe Ronald Reagans Karriere unterbrochen.

Ein Widerspruch? Mitnichten. Denn wie andere westliche Großmächte auch folgten die USA während des Iran-Irak-Krieges zwischen 1980 und 1988 der Maxime, dass möglichst viele Waffen in die Mittelost-Region gepumpt werden sollten und der mörderische Krieg zwischen den beiden Regionalmächten möglichst lange andauern solle. Diente doch der damalige "erste Golfkrieg" u.a. einem riesigen Petrodollar-Recycling.

Das bedeutet, dass man die finanziellen Ressourcen aus der Ölrente für gigantische Waffenkäufe in die Metropolen zurückfließen ließ. Die militarisierten und hochgerüsteten Regime in der Region wurden auch dadurch geprägt.

Neben den beschriebenen politischen Gemeinsamkeiten der westlich-imperialistischen Staaten gibt es aber auch einige Rivalitäten unter ihnen, was den jeweiligen Marktanteil und den Einfluss vor oder nach einer kriegerischen Neuordnung der Region betrifft. So war Frankreich in den 80er Jahren führend in der politischen Kumpanei mit dem irakischen Regime. Während die US-Regierung eher aus dem Hintergrund operierte, wenn es darum ging, beide Diktaturen aufeinander zu hetzen, ergriff Frankreich recht offen Partei für die irakische Seite.

Die Neuaufteilung des Mittleren Ostens

Indirekt bezog auch die damalige BRD Position und stellte sich auf die Seite des Iran: Der damalige westdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) besuchte am 20. Juli 1984, als erster westlicher Staatsvertreter seit der Errichtung der "Islamischen Republik", Teheran, wo die BRD-Wirtschaft mit am stärksten vom Terrainverlust des US-Kapitals nach dem Sturz des Schahs profitiert hatte. Dennoch glich die bundesdeutsche Parteinahme insofern eher der Haltung der USA, als auch Bonn bestrebt war, beide Seiten relativ ausgeglichen zu bewaffnen. Wenige Wochen nach seinem Antrittsbesuch in Teheran nämlich begrüßte Genscher seinen irakischen Amtskollegen Tarik Aziz in Bonn. Über die bundesdeutsche Beteiligung an der Bewaffnung des Irak ist seitdem viel geschrieben worden. Nicht nur private Firmen, sondern auch offizielle Stellen waren daran beteiligt; so bildete die Bundeswehrhochschule in München jahrelang irakische Kampfpiloten aus.

Der Fall Frankreichs weist spezifische Züge auf, weil man es hier tatsächlich mit einer kaum verhüllten politischen Parteinahme zu tun hat. Die politische Klasse Frankreichs lieferte auch ideologische Begründungen dafür, warum die irakische Seite im damaligen "ersten Golfkrieg" die bessere sei: Man berief sich auf den damals (noch bis 1990) durch das Baath-Regime vertretenen laizistischen Anspruch der irakischen Diktatur, das selbige mit dem republikanisch-universalistischen Laizismus in Frankreich verbinde. Dabei müsse man eben auch mal Fünfe gerade sein lassen, was die Herrschaftsmethoden betreffe - schließlich, so äußerten führende französische Sozialisten hinter den Kulissen, habe sich die junge französische Republik 1793 auch mit wenig schmeichelhaften Methoden gegen die aufständischen, königstreuen Bauern der Vendée zur Wehr gesetzt.

Das "moderne und republikanische" Regime im Irak wurde als Bollwerk zur Verteidigung der Zivilisation gegen die andringenden "barbarischen Horden des iranischen Fundamentalismus" dargestellt. Dabei wurde unter den Teppich gekehrt, dass das irakische Regime im September 1980 den Krieg begonnen hatte - im Glauben, von den politischen Wirren im Iran profitieren und ein "Machtvakuum" ausfüllen zu können.

Unterdessen hatte diese Haltung in den Achtziger Jahren noch politische Nachahmer in Kreisen gefunden, die sich ihrerseits für besonders aufgeklärt und modern hielten und zur Verteidigung der Zivilisation aufriefen. So sorgte im Herbst 1987 ein westdeutscher, grüner Bundestagsabgeordneter namens Otto Schily durch eine Presseerklärung "Solidarität mit Frankreich am Golf" für Zoff in seiner Fraktion.

Frankreichs spezifische Position lässt sich vor allem auf seine außenpolitische Situation während der frühen Siebziger Jahre zurückführen. Die Kriege gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Algerien zwischen 1954 und 1962, dann 1956 der Überfall auf das nasseristische Ägypten, zusammen mit Großbritannien und Israel, hatten Paris im arabischen Raum weitgehend diplomatisch isoliert. Bis kurz vor dem Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 lieferte Frankreich größere Waffenmengen ausschließlich an Israel und verschärfte damit sein außenpolitisches Problem. Daraufhin beschloss das spätgaullistische Regime, das Ruder herumzureißen - und leitete das ein, was später als die politique arabe De Gaulles zum Quasi-Mythos geworden ist. Unter De Gaulles Nachfolgern Pompidou (1969-1974) und Giscard d'Estaing (1974-81) kam diese Politik zu ihrer Blüte.

Doch zunächst fehlte es an seriösen Partnern, da die imperialistischen Einflusszonen im Nahen und Mittleren Osten weitgehend abgesteckt waren. Frankreich bewahrte sich einen Resteinfluss als ehemalige Protektoratsmacht im Libanon und in Syrien, doch in Damaskus war damals noch der sowjetische Einfluss bedeutend. Im Jahr 1970 konnte Pompidous Außenminister Michel Jobert immerhin 110 Mirage-Kampfflugzeuge an Libyen verkaufen, aber der libysche "starke Mann" Muammar Gaddafi war nun nicht gerade ein berechenbarer (und vorzeigbarer) Bündnispartner. Doch dann wurde der Irak plötzlich zum devisenkräftigen Land, nachdem seine Erdöleinnahmen binnen zehn Jahren um das 50fache gestiegen waren, als Folge der Nationalisierung der ehemals britischen Erdölquellen (1971) und der Ölpreissteigerung von 1973.

Zudem begann Bagdad sich vom sowjetischen Einfluss abzusetzen. Und so erklärte der damalige, rechte Premierminister Jacques Chirac den irakischen Vizepräsidenten Saddam Hussein, der ab 1979 zur Nummer Eins aufrückte, Mitte der Siebziger zu seinem "persönlichen Freund".

Gegen Krieg und imperialistische "Sonderpolitik"!

Einige französische SozialistInnen prangerten die Sonderbeziehung zunächst noch als skrupelloses Geschäft mit einer Diktatur an, doch ihre Kritik verstummte spätestens, als die Sozialistische Partei 1981 an die Regierung kam und wenige Monate zuvor der Krieg mit dem Iran begonnen hatte. Letzterer diente nun als Generalrechtfertigung, um jede Kritik an dem vorgeblich bedrohten Regime - das in Wirklichkeit der Aggressor war - hintanzustellen.

Einige Sektoren der politischen Klasse Frankreichs wollen von der französischen "Sonderpolitik" im Mittleren Osten auch heute nicht ablassen, da sie eigene Interessen gegen die USA geltend machen wollen. Drei Rechtsaußen-Konservative, die in den Vorjahren bereits explizit mit den Neofaschisten unter Jean-Marie Le Pen angebändelt hatten - die Abgeordneten Didier Julia, Thierry Mariani und Eric Diard - hielten sich am 15. und 16. September 2002 in Bagdad auf, da sie Frankreich gerne eine imperialistische Sonderrolle spielen sehen wollen. Paris soll ihrer Meinung nach auf eigene Initiative einen Kompromiss zwischen dem Irak und den UN aushandeln und damit seine Eigeninteressen durchsetzen. Doch seitens der Staatsführung glaubt man derzeit daran nicht so richtig: Staatspräsident Jacques Chirac und Premierminister Jean-Pierre Raffarin verurteilten die Reise entschieden. Allerdings hatten die zuständigen Ministerien den dreien zumindest die Fluggenehmigung erteilt, die erforderlich ist, da der Irak nach wie vor unter internationalem Luftembargo steht.

1991 hatte es noch größere Absatzbewegungen innerhalb der herrschenden Kreise des französischen Imperialismus gegenüber dem US-Krieg gegeben - bis hin zum Rücktritt des linksnationalistischen (und pro-irakischen) Verteidigungsministers Jean-Pierre Chevènement mitten im laufenden Golfkrieg. Ihnen zur Seite traten die Neofaschisten unter Jean-Marie Le Pen, die stark für eine pro-irakische Sonderrolle Frankreichs eintraten. Le Pen wurde im November 1990 und nochmals im Mai 1996 von Saddam Hussein persönlich in Bagdad empfangen. Sein Rivale innerhalb des französischen Neofaschismus, Bruno Mégret, hingegen nimmt demonstrativ pro-amerikanische und pro-israelische Positionen ein. Die Wählerschaft der extremen Rechten ist in diesen Fragen sehr heterogen zusammengesetzt.

Die Protagonisten der "Sonderpolitik" wollen, dass Frankreich sich im Fall der Vermeidung eines Krieges erneut eine besonders günstige Stellung im Irak sichert. Doch die vorherrschende Linie innerhalb der französischen Rechtsregierung geht derzeit eher davon aus, dass es zu einem solchen Krieg kommen wird - und dass man im Anschluss daran bei der Neuaufteilung des mittelöstlichen Kuchens nicht zu kurz kommen darf.

Sympathie verdient ohne jeden Zweifel weder die Haltung der einen noch die der anderen. Der Internationalismus muss notwendig auf Seiten des irakischen Volkes stehen: gegen die semi-faschistische Diktatur im Irak, gegen jene, die ihr früher Mordgeräte verkauften, und gegen jene (die oft die gleichen sind), die das Land heute mit einem imperialistischen Krieg überziehen möchten. Anzuprangern sind sowohl jene, die auf Sonderbeziehungen zu dem extrem brutalen Regime setzen, als auch diejenigen, die die irakische Diktatur gestern aufrüsteten - und deren Existenz heute als Vorwand für einen neuen mörderischen Krieg gegen das Land benutzen.

Bernhard Schmid

Paris

20. Konstruktion des Bösen. Zu Strategie und Methoden medialer Kriegführung

Zu Strategie und Methoden medialer Kriegsführung

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Medien; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Irak; Kuweit · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:28

Die Gewinnung der Informationshoheit zählt zu den zentralen Erfordernissen in der modernen Kriegführung. Dabei geht es nicht nur um die Kontrolle der Informationsströme des Feindes, um diesen durch die Ausschaltung von Aufklärung und interner Kommunikation zu täuschen oder zu lähmen. Die Informationshoheit bezieht sich auch auf die Deutung des Kriegsgeschehens in der Öffentlichkeit, auf die Bilder und Nachrichten, die über einen Krieg im Umlauf sind. Denn diese bestimmen die Interpretation des Geschehens durch den Medienkonsumenten und damit die Legitimitätsgrundlage des militärischen Handelns. Um es kurz zu machen: In Kriegszeiten wird gelogen, getäuscht und verwirrt, um die Heimatfront ruhig zu halten und den Feind zu schwächen. Für die Antikriegsbewegung heißt das: Gegeninformation wird zur Priorität. Medienkritik ist Pflicht.

Aus den vergangenen Kriegen lassen sich eine Reihe von spektakulären Fälschungen nennen, mit denen Militärs und Politiker versucht haben, ihr kriegerisches Handeln zu legitimieren. Unvergessen ist beispielsweise der ehemalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) und seine spektakulären Pressekonferenzen während des Kriegs gegen Jugoslawien. So sprach ein emotionalisierter Scharping mit sonorer Tremolostimme am 28. März 1999 von einem "Konzentrationslager", das "im Norden Pristinas" eingerichtet worden sei. "Kein zivilisierter Europäer", so Scharping, dürfe jetzt die Augen schließen, "außer er wollte in die Fratze der eigenen Geschichte" schauen. (1) Die Bild Zeitung titelte drei Tage später über einem Bild albanischer Flüchtlinge: "Sie treiben sie ins KZ". Der Text dazu: "Auch Verteidigungsminister Rudolf Scharping bestätigte: ‚Es gibt ernste Hinweise auf Konzentrationslager der Serben ... Es gibt Anzeichen für eine systematische Ausrottung, die an das erinnert, was zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in deutschem Namen angerichtet worden ist, zum Beispiel in Polen.`" (2)

Feind täuschen und lähmen

Heute wissen wir, dass es weder in Pristina noch an irgend einem anderen Ort im Kosovo Konzentrationslager gab, in denen albanische ZivilistInnen massenhaft hingerichtet worden wären. Bereits im Sommer 2000 wurde deutlich, dass die Zahl der in Kosovo von serbischen Truppen getöteten ZivilistInnen bei unter 3.000 Menschen lag, also in keiner Weise in Beziehung zu Scharpings Propaganda steht. (3) Diese hatte dennoch ihren Dienst getan, wie NATO-Sprecher Jamie Shea später bemerkte: "Scharping machte wirklich einen guten Job", kommentierte er dessen Medienauftritte und spart nicht an Lob auch für andere Kriegspropagandisten: "Nicht nur Minister Scharping, auch Kanzler Schröder und Minister Fischer waren ein großartiges Beispiel für politische Führer, die nicht der öffentlichen Meinung hinterher rennen, sondern diese zu formen verstehen." Nach Sheas Einschätzungen haben die rot-grünen Medienkrieger damit den militärischen Krieg gegen Jugoslawien zum Erfolg geführt: "Wenn wir die öffentliche Meinung in Deutschland verloren hätten, dann hätten wir sie im ganzen Bündnis verloren." (4)

Nicht weniger dreist waren die Fälschungen, mittels derer zum US-geführten Krieg gegen Irak 1991 getrommelt wurde. Am 10. Oktober 1990, in Mitten der Mobilmachung gegen Saddam Hussein, trat das 15-jährige Mädchen "Nayirah" in einer öffentlichen Anhörung vor den Menschenrechtsausschuss des US-Kongresses. Unter herzzerreißenden Tränen berichtete sie, wie "irakische Besatzer" mit Gewehren in Krankenhäuser in Kuwait eingedrungen seien, die Säuglinge aus den Brutkästen geholt und auf den Boden geworfen oder verkauft hätten. Das weltweite Publikum war schockiert, die Rufe das "Böse" aus Bagdad zur Strecke zu bringen wurde zur menschlichen Pflicht. Später stellte sich heraus, dass die angebliche Krankenschwester "Nayirah" in Wirklichkeit die Tochter des kuwaitischen Botschafters in Washington war. Die Story von den Brutkästenbabys war im Auftrag der kuwaitischen Regierung von der PR-Agentur Hill and Knowlton ersonnen worden. (5)

Sicher sind diese beiden Beispiele - KZs im Kosovo und ermordete Brutkastenbabys in Kuwait - Extremfälle von Manipulation. Sie wurden dennoch von der massenwirksamen Presse ungeprüft übernommen und

weiterverbreitet. Nichts scheint absurd genug zu sein, um nicht als Propagandafutter zu dienen. Das wird auch in Zukunft so sein, denn an den Medienverhältnissen hat sich wenig verändert. Es gab nach dem Krieg gegen Jugoslawien noch nicht einmal eine selbstkritische Diskussion über die Verstrickung der Medien in das Kriegshandwerk, die man von liberaleren Geistern durchaus hätte erwarten dürfen.

Doch alles wird noch komplizierter. Denn Infowar beschränkt sich nicht auf das Streuen erfundener, emotionalisierender Falschmeldungen. Tatsächlich handelt es sich viel eher um eine in ihrer Bedeutung ständig wachsenden mittlerweile sehr ausdifferenzierte Strategie, zu der sich Militärs und Politiker weit reichende konzeptionelle Überlegungen gemacht haben.

"Kampf um Verstand und Willen"

Bereits während des Kalten Krieges wurde an Konzepten der "psychologischen Kriegführung" gebastelt. So steht in einer Direktive des Nationalen Sicherheitsrates vom 10. Juli 1950, dass "mit Hilfe einer bestimmten Form der Berichterstattung oder mittels spezieller Debatten oder Aufrufe" gezielt "die Denk- und Verhaltensweisen einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe" beeinflusst werden sollten. Dieser "Kampf um den Verstand und den Willen der Menschen" sollte nach dem Willen des damaligen Präsidenten Eisenhower mit Mitteln wie der Gewährung von Stipendien und Preisen für Dissidenten aus dem Osten oder auch der Finanzierung von bestimmten Medien, Kongressen und Ausstellungen gewonnen werden. 1951 wurde dafür das Psychological Strategy Board (PSB) gegründet. (6)

Nach der Niederlage in Vietnam, die auch auf das Zusammenbrechen der Legitimität des Kriegs an der Heimatfront zurückging, wurden die Mittel der psychologischen Kriegführung weiter ausgebaut. Unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan in den 80er Jahren zielten die Programme Project Truth und später Project Democracy insbesondere auf die Meinungsbildung im eigenen Land, nicht zuletzt um die Interventionen in Zentralamerika mehrheitsfähig zu machen. Nach 1989 dann ordnete das Pentagon die psychologische Kriegführung in das weiter reichende Konzept der Information Operations ein. Diese beeinhalten "psychologische Operationen, physische Zerstörung, elektronische Kriegsführung, Angriffe auf Computernetze und deren Verteidigung, militärische Täuschung, Gegenpropaganda, Gegentäuschung, Informationssicherung, Operationssicherheit und Eindringen in Computer", wie in einem Report des US-Verteidigungsministeriums vom 13. Oktober 2000 nachzulesen ist. (7)

Die Durchsetzung von Informationsüberlegenheit bedeutet also auch die Ausschaltung feindlicher Informationsquellen. So mag es Zufall gewesen sein, dass in der Anfangsphase des Afghanistankrieges das Kabuler Büro des unbequemen arabischen Nachrichtensenders Al-Jazeera von der US-Luftwaffe bombardiert wurde. Wahrscheinlich aber nicht. (8) In jedem Fall war es kein "Kolateralschaden", dass während des Kriegs gegen Jugoslawien des Gebäude des serbischen Fernsehens RTS in Belgrad getroffen wurde. Dies galt laut NATO-Zielplanern als legitimes Ziel. Die Anlagen seien schließlich "zu propagandistischen Zwecken" benutzt worden, heißt es im Bericht des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums über die Luftangriffe. (9)

Boris Kanzleiter

Anmerkungen:

1) www.online.wdr.de/online/news/kosovoluege

2) zit. nach Claßen, Elvi: Medienrealität im Kosovo-Krieg (30.10.1999), www.telepolis.de

3) Steele, Jonathan: Serb killings ‚exaggerated` by west, in: Guardian 18.8.2000.

4) zit. nach: www.online.wdr.de/online/news/kosovoluege

5) Rötzer, Florian: Das Pentagon will für bessere Propaganda sorgen (20.2.2002), www.telepolis.de

6) Zitate nach ebd.

7) www.defenselink.mil/pubs/jrvio2001.pdf

8) Wells, Matt: Al-Jazeera accuses US of bombing its Kabul office, The Guardian, 17.11.2001.

9) amnesty international: Bombardierung der RTS-Studios war völkerrechtswidrig, www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/NATO-Krieg/fernsehsender.html

21. Kriegsverbrechen im Medienblackout. JugoslawInnen verklagen Deutschland

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Medien; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:12

Die mediale Kriegführung funktioniert nicht nur durch eine suggestive und verfälschende Darstellung von Ereignissen, sondern auch durch das Ausblenden von Geschehnissen aus dem öffentlichen Bewusstsein. Während die deutschen Medien im Frühjahr 1999 mit großem Pathos das Elend albanischer Kriegsflüchtlinge beklagten und die Intensivierung der Bombardierungen auf Jugoslawien forderten, bleiben die "Kollateralschäden" des Krieges weitgehend ohne Bilder.

Selbst Angriffe, die im Verdacht stehen eindeutige Kriegsverbrechen darzustellen, weil klar identifizierbare zivile Ziele ins Visier der NATO geraten sind, werden kaum kritisch wahrgenommen. Diese Ausgangslage macht es schwer für die Opfer der NATO-Angriffe heute Aufmerksamkeit und Gerechtigkeit zu finden. Einige versuchen es trotzdem und wählen dabei den Gang vor deutsche Gerichte. 35 Bürger aus der serbischen Kleinstadt Varvarin wollen von der Bundesrepublik Deutschland 3,5 Millionen Euro Entschädigung ein klagen. Sie machen die Bundesrepublik mit verantwortlich für einen Luftangriff, bei dem am 30. Mai 1999 zehn Menschen getötet wurden, allesamt Zivilisten.

Was in Varvarin geschah, erstaunt selbst hart gesottene Kritiker des Krieges gegen Jugoslawien. Augenzeugen berichten wie an dem sonnigen Frühsommertag gegen 13.00 Uhr zwei Nato-Kampfflugzeuge auf die Kleinstadt zu flogen. Dort war gerade Markttag und die Bewohner feierten obendrein ein religiöses Fest. In einer Höhe von nur wenigen hundert Metern überflogen die Jets den Ort und bombardierten eine Brücke in unmittelbarer Umgebung des Festplatzes, auf dem sich über 3.000 Menschen tummelten. Panik brach aus. Menschen rannten zur Brücke, um den Getöteten und Verletzten zu Hilfe zu kommen. Doch der Angriff war noch nicht vorbei. Die Jets kehrten wenig später zurück und feuerten weitere zwei Raketen ab, die nun die Hilfe Leistenden trafen. Einem Priester wurde der Kopf abgerissen, anderen die Gliedmaßen. Viele verbrannten oder wurden von Splittern getroffen. Neben den Toten wurden 30 Menschen verletzt, viele davon schwer.

Die Bürger aus Varvarin wollten keine anonymen "Kollateralschäden" bleiben. Gemeinsam mit einer Unterstützergruppe in Deutschland arbeiteten sie im vergangenen Jahr eine Schadensersatzklage aus und reichten sie beim Landgericht in Berlin ein, das sie nach Bonn weiter schob, weil dort noch immer das Verteidigungsministerium sitzt. Jetzt gibt es einen kleinen Erfolg. Vergangene Woche forderte das Bonner Landgericht das Verteidigungsministerium auf bis Anfang Oktober Stellung zu nehmen. Anschließend soll ein Verhandlungstermin anberaumt werden.

Die Stellungnahme dürfte interessant werden. NATO-Sprecher Jamie Shea meinte zwar kurz nach dem Angriff, dieser sei "militärisch legitim" gewesen. Aber in und um Varvarin war weit und breit kein militärisches Ziel in Sicht. Und es muss selbst für die militantesten "humanitären Interventionisten" ein Rätsel bleiben, wie durch die Bombardierung von Zivilisten zwei hundert Kilometer von der Grenze zum Kosovo entfernt, dort "ethnische Säuberungen" bekämpft werden sollten.

Alles spricht dafür, dass mit dem Angriff gegen das "humanitäre Völkerrecht" verstoßen wurde. Dieses verbietet Kriegshandlungen gegen Zivilisten. Da alle NATO-Staaten bei der Zielauswahl übereinstimmen mussten, ist die Verantwortung der deutschen Bundesregierung gegeben.

Auch wenn eine materielle Entschädigung die psychischen Folgen des Angriffs niemals aufwiegen kann: Zu wünschen wäre es den Varvarinern, wenn sie Recht bekämen. Das ist indes sehr unwahrscheinlich. Denn im Krieg gilt das Recht noch weniger als sonst. Varvarin wäre ein Präzedenzfall, dem schnell viele andere folgen könnten. Die Bürger von Pancevo etwa könnten Milliarden fordern. Ihre Stadt wurde beim Bombardement einer zivilen Plastikfabrik mit Krebs erregenden Chemikalien verseucht.

Und überhaupt: Was heute in Bezug auf das angekündigte Agieren der USA gegen Irak moniert wird, wurde damals von der deutschen Öffentlichkeit für selbstverständlich gehalten. Das Führen eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges. Nur: Im Artikel 26 des Grundgesetzes stand auch schon 1999, dass

darauf lebenslängliche Strafe steht. Der Generalbundesanwalt lehnte eine entsprechende Klage aber ab: "Das friedliche Zusammenleben der Völker" sei ja nicht gefährdet gewesen.

Boris Kanzleiter

22. Pläne für den Hinterhof. Die Strategie der USA zur Vorherrschaft in Lateinamerika

Autor: Ximena Zuniga · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; US-Imperialismus; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:20

Ob Plan Colombia, Plan Puebla Panama in Mexiko oder Plan Dignidad ("Würde") in Bolivien: In Lateinamerika werden zahlreiche von den USA und regionalen Eliten wortreich entwickelte Zukunftsprojekte als Vorhaben zur Stärkung der Demokratie und zur Entwicklung der ärmsten Regionen gepriesen. Bei genauerem Hinblicken wird jedoch klar, dass die Pläne Teil eines geopolitischen Projekts mit dem Ziel der Vorherrschaft der USA sind. Es ist kein Zufall, dass sie Regionen zum Objekt haben, die großen Reichtum an natürlichen Ressourcen aufweisen und damit von strategischer Bedeutung sind. Gleichzeitig werden sie ausgerechnet in den Gegenden umgesetzt, in denen sich starke soziale Bewegungen und Oppositionsgruppen gegen die neoliberale Politik wehren, nicht selten mit Waffen.

Eine der wichtigsten Ressourcen dieses Jahrhunderts ist die Biodiversität. Diese hat besonders für die Gentechnologie eine hohe Bedeutung. Die pharmazeutische Industrie litt, nach ihrem Aufschwung von den 30er bis in die 70er-Jahre, an einem Stillstand. Bald fand sie jedoch in der Gentechnologie und der Molekularbiologie einen Ausweg. Der Rohstoff beider Gebiete ist die genetische Information in ihrem natürlichen Zustand, womit die Biodiversität zu einer strategischen Ressource mutiert.

Rund 60 Prozent der Biodiversität weltweit sind im Amazonasgebiet konzentriert. Die größte Fläche dieser Region befindet sich zwar in Brasilien, aber das Amazonasbecken schließt auch Teile von Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela mit ein. Und die Wichtigkeit des Amazonas hängt viel weniger von dessen Größe in den jeweiligen Ländern ab als von den Ressourcen, die darin enthalten sind. So verfügt Ecuador nur über knapp zwei Prozent des Amazonasbeckens; dennoch ist das Land das drittwichtigste der Amazonasländer in Bezug auf die Artenvielfalt von Amphibien, das vierte bezüglich Vögel und das fünfte bezüglich Affen.

Ausgerechnet durch Ecuador soll nun ein geplanter Kanal führen, der Brasilien mit dem Pazifik verbindt. Die Trocken- und Nasskanäle sind Teil der Freihandelsprojekte, und im Wortlaut ihrer Architekten heißen sie "Projekte zur Entwicklung der armen Regionen", ein Begriff, der die Geldbeschaffung für die Ausführung der Projekte erleichtert. Die Autobahnen, Eisenbahnlinien oder Pipelines, die den Regenwald mit dem Ozean verbinden, bringen den armen Regionen allerdings keine Vorteile. Viel eher sollen mit diesen Kanälen natürliche Ressourcen und produzierte Güter einfacher vom Ort ihrer Lagerung beziehungsweise ihrer Produktion zum Ort des Konsums transportiert werden können. Die NutznießerInnen sind damit nicht die armen BewohnerInnen der Region, sondern die transnationalen Korporationen, die die natürlichen Ressourcen abtransportieren.

Zugriff auf Ressourcen

Allein im so genannten Plan Puebla Panama, einem neoliberalen Projekt, das sich vom mexikanischen Bundesstaat Puebla bis nach Panama erstreckt und das der mexikanische Präsident Vicente Fox als ein Projekt "zur Entwicklung des Landes bis in seine hinterste Ecke" präsentiert, sind drei Trocken- und ein Nasskanal vorgesehen, um den Golf von Mexiko beziehungsweise den Atlantik mit dem Pazifik zu verbinden. Diese Korridore oder Kanäle entsprechen einem alten Wunsch der USA. Der Panama-Kanal, einst die schnellste Variante zum Warentransport vom Atlantik zum Pazifik, ist seit Jahren überlastet, und die Wartezeit für die Ozeanriesen dauert mehrere Tage.

Die neuen Kanäle erlauben es den USA, die Orte der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen beziehungsweise der Warenproduktion mit den Orten des Konsums zu verbinden und damit die Transportkosten beträchtlich zu senken. Und, nicht zu vergessen, gleichzeitig werden Pläne geschmiedet wie der Freihandelsraum der Amerikas (FTAA), die die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen ohne von nationaler Gesetzgebung oder Steuern gegebenen Schranken erlaubt. In denselben Plänen ist enthalten, dass die Warenproduktion problemlos in Länder mit niedrigeren Löhnen und weniger strikten Arbeits- und Umweltgesetzen verschoben werden kann.

Wie bereits erwähnt, ist es kein Zufall, dass ausgerechnet in den Gebieten, in denen Großprojekte vorgesehen sind und in denen sich soziale Bewegungen gegen die neoliberale Politik wehren, militärische Pläne durchgeführt werden wie der Plan Colombia, der Plan Dignidad im bolivianischen Chapare oder das Projekt Nuevos Horizontes in verschiedenen zentralamerikanischen Ländern. Diese stellen sich als Mittel zur effektiven Bekämpfung des Drogenhandels oder als humanitäre Missionen dar, haben jedoch zum Ziel, das geostrategische Projekt zur kontinentalen Vorherrschaft zu sichern.

Beispielsweise sind in Guatemala mehrere hundert US-amerikanische Soldaten stationiert, und zwar im Peten an der Grenze zu Mexiko, wo große Erdölreserven existieren. Zudem ist genau diese Region mit dem mexikanischen Lakandonen-Urwald verbunden, in dem sich die Basis der Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN) befindet. In Kolumbien zeigt sich ein vergleichbares Szenario, wenn auch mit weit blutigeren Konsequenzen. Hunderttausende sind auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung durch Paramilitärs.

Während diese Politik für die Betroffenen ein Albtraum ist, stellt sie für die USA keinerlei Hindernis für ihr Projekt dar. Im Gegenteil: Wie bereits anderswo beobachtet, wird die Entvölkerung von strategisch wichtigen Regionen als wünschenswerte Begleiterscheinung der neoliberalen Pläne gesehen. So lancierte die Weltbank beispielsweise den mesoamerikanischen biologischen Korridor, ein Projekt, das in seiner geographischen Ausdehnung fast mit dem Plan Puebla Panama übereinstimmt. Ziel dieses Korridors sei, so die Weltbank, die Biodiversität zu erhalten und den produktiven und nachhaltigen Nutzen der natürlichen Ressourcen zu fördern. Und während die Weltbank betont, dass die Indio-Bevölkerung von diesem Korridor Nutzen ziehe, sieht sie die Evakuierung ganzer Gebiete vor unter dem Vorwand, dass so die Biodiversität erhalten werde.

Für den Kampf gegen den Drogenhandel in Kolumbien wurde die US-amerikanische Militärbasis im ecuadorianischen Manta errichtet. Mit der Übergabe der Basis wurde Ecuador zu den "Augen und Ohren" des Plan Colombia.

Kontrolle der Opposition

Die Basis in Manta bot den USA eine Alternative, als sie diejenige in Panama verlassen mussten und damit einen durch seine Nähe zu Zentralamerika - was besonders für die Interventionen in Nicaragua und El Salvador in den 80er-Jahren von großer Bedeutung war - sowie zu Südamerika strategisch günstig gelegenen Stützpunkt verloren. Die neue Basis ist ebenfalls von strategischer Bedeutung, ist sie doch nahe an Kolumbien und Venezuela und außerdem in einem Land, in dem sich die rebellische Indio-Bevölkerung in den letzten Jahren mehrmals erhob, seit 1997 zwei Präsidenten stürzte und damit ein potenzielles Hindernis für die neoliberalen Pläne darstellt.

Der Plan Colombia, viel mehr als ein Plan zur Bekämpfung des Drogenhandels, ist Teil des geostrategischen Projekts der USA. Er wird im Zentrum eines Dreiecks zwischen dem Venezuela von Hugo Chavez, dem aufständischen Kolumbien der Guerillas FARC und ELN sowie dem Ecuador der rebellischen Indios und dem progressiven Militärflügel durchgeführt. Die Konstellation dieses Dreiecks findet in der lateinamerikanischen Bevölkerung viel Interesse und ein Echo, das den Vereinigten Staaten Anlass zu Besorgnis gibt: Während Venezuela für die USA weiter der wichtigste Erdöllieferant des Kontinents ist, ist die Politik seines Präsidenten Hugo Chavez für das Projekt des nördlichen Riesen, seine Vorherrschaft mit dem FTAA von Alaska bis Patagonien zu festigen, zu einem Stein im Schuh geworden.

Der Plan Dignidad in Bolivien ist aus demselben geostrategischen Vorherrschaftsprojekt der USA entstanden. Unter demselben Vorwand wie in Kolumbien wurde die Militarisierung eines ganzen Gebiets, des Chapare, mit bolivianischen Sicherheitskräften, US-Soldaten und Söldnern legitimiert. Und wie in Kolumbien befinden sich in dem Gebiet, in dem der so genannte Krieg gegen Drogen stattfindet, mehr als Kokafelder: Das Gebiet Chapare ist das Tor zum Amazonasbecken. Weiter hoffen die USA, mit der Militarisierung eine der stärksten sozialen Bewegungen Boliviens zu kontrollieren. Die Bewegung der Kokabauern fordert unter anderem das Recht der Völker auf den Boden, den sie bewohnen und bearbeiten, sowie die darunter liegenden Ressourcen, und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung zwei Dinge, die für die neoliberale Politik ein bedeutendes Hindernis darstellen.

Ximena Zuniga

23. Genua in Quito. Soziale Bewegungen protestieren gegen amerikanische Freihandelszone

Autor: yz · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Mexiko; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:18

Ende Oktober findet in Quito der siebte Gipfel zur Verhandlung des Freihandelsraums der Amerikas (FTAA) statt. Minister aus 34 Ländern werden sich treffen, um einige Schlüsselaspekte des für 2005 geplanten neoliberalen Projekts zu beschließen. Soziale, Bauern- und Indiobewegungen, Studierende, Gewerkschaften und Umweltgruppen bereiten sich ihrerseits auf die Proteste gegen den FTAA-Gipfel vor.

Für die Bevölkerung der lateinamerikanischen Länder hätte die Einführung des FTAA verheerende Folgen. Wie bereits nach Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommen, (NAFTA) 1994 gesehen, würde die Grenzöffnung für die hochsubventionierten und damit billigeren, wie oft auch gentechnisch manipulierten Agrarprodukte die nationalen Agrarmärkte in Lateinamerika zerstören. Die Klein- und Kleinstbauern würden nicht nur ihr ohnehin karges Einkommen verlieren, ebenso ginge das traditionelle Saatgut verloren. Und durch die Aufgabe der Nahrungsmittelproduktion würde eine diesbezügliche Abhängigkeit von den USA geschaffen, und die Ernährungssicherheit der Bevölkerung ginge verloren.

Das FTAA bedeutet eine Unterordnung der lateinamerikanischen Länder unter die Interessen der in den USA und Kanada ansässigen transnationalen Unternehmen. Unter dem Motto des freien Markts müssten die Regierungen Staatsbetriebe, natürliche Ressourcen und Dienstleistungen - dazu werden auch Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie die Wasser- und Stromversorgung gezählt - zum Verkauf freigeben. Subventionen gälten in Lateinamerika als Behinderung des Konkurrenzkampfs, während die USA ihre eigenen Subventionen beibehalten wollen. Und: bei Behinderung des freien Markts dürften die transnationalen Unternehmen vor einem supranationalen Gerichtshof eine Entschädigung für die entgangenen Gewinne in Millionenhöhe verlangen. Die ohnehin verarmten Länder müssten bezahlen.

Für die sozialen Bewegungen in zahlreichen Ländern des amerikanischen Kontinents ist deshalb klar, dass sie die Einführung des FTAA nicht zulassen dürfen. Bei den Protesten gegen das Ministertreffen ist geplant, am 31. Oktober mit mehreren zehntausend Bauern und Indios in Quito einen Ring um den Tagungsort zu schaffen und den Gipfel damit zu belagern. In den Tagen zuvor sollen parallel zum ebenfalls stattfindenden Unternehmertreffen, das seine Vorschläge an die FTAA-Konferenz weitergeben wird, zahlreiche Gegenkonferenzen stattfinden.

yz

Für weitere Informationen:

www.ecuador.indymedia.org

www.stopftaa.org

24. Agrarischer Gendertrouble. Frauen und Männer ringen um Landrechte in Guatemala

Autor: Stefanie Kron · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:33

Wer eine der über 150 Ländereien in Guatemala besucht, die in den vergangenen Monaten von der Landlosen- und Kleinbauernbewegung besetzt wurden, wird sich wundern, dass in Pressekonferenzen, Interviews und Erklärungen nur männliche Vertreter der Bewegung sprechen, vor Ort aber fast ausschließlich Frauen und Kinder anwesend sind.

Während die Männer nämlich tagsüber einer entlohnten Tätigkeit als Arbeiter auf den Kaffee-, Zuckerrohr- oder Bananenplantagen nachgehen, halten die Frauen auf dem okkupierten Land "die Stellung." Sie beginnen umgehend mit dem Anbau von Mais und Bohnen für die Selbstversorgung, kümmern sich um die oft mühselige Versorgung mit Wasser und Brennholz, beaufsichtigen die Kinder und stellen sich den privaten Sicherheitsdiensten entgegen, die von den formalen Eigentümern geschickt werden, um die BesetzerInnen zu vertreiben. Sind die organisierten Kleinbauern mit ihren Besetzungsaktionen erfolgreich und erhalten Eigentums- oder zumindest Nutzungstitel, verschwinden die Frauen allerdings meist in der Kategorie "Familienmitglieder."

Die jahrzehntelange politische Gewalt in Guatemala hat dazu geführt, dass heute mehr als 60 Prozent aller ländlichen Haushalte von Frauen "gemanagt" werden. Trotzdem sind sowohl die Gesetzgebung als auch die Politiken der meisten staatlichen Institutionen und Basisorganisationen von Kleinbauern und Landlosen nach wie vor von der Grundannahme geleitet, dass Frauen keine Landwirtinnen sind. Ihre Möglichkeiten, selbst Kredite, Beratung und Land zu erhalten, sind durch eine überkommene und stereotype Vision von der lateinamerikanischen kleinbäuerlichen Landwirtschaft limitiert.

Als deren Basis gelten eine Parzelle Land, die vorrangig für den Subsistenzanbau genutzt wird, sowie eine rigide geschlechtliche Arbeitsteilung, in der ein Mann als Repräsentant des familiären Haushaltes, als Landwirt oder Landarbeiter gilt, während seine Frau oder Lebensgefährtin auf die Rolle der Reproduzentin des Haushaltes reduziert ist, die die Arbeiten im Haus und auf dem Hof verrichtet, für die Ernährung zuständig ist, sich um die Kinder kümmert und "ihm" bei der Feldarbeit "zur Hand geht." Diese Geschlechterrollenzuschreibung macht die Frauen und ihre Arbeiten in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sozial und ökonomisch unsichtbar.

Die diskriminierende geschlechtliche Arbeitsteilung war in der guatemaltekischen Version des bürgerlichen Gesetzbuches bis vor kurzem sogar festgeschrieben. Erst 1998 wurden die Artikel zur "Repräsentation des Haushaltes in der Öffentlichkeit" geändert, die besagten, dass der "männliche Haushaltsvorstand die Familie vertritt. Nur wenn es dem Mann nicht mehr möglich ist, die Familie zu repräsentieren, kann eine Frau diese Rolle übernehmen ... Der Frau ist es nur dann erlaubt, einer bezahlten Arbeit außerhalb des Hauses nachzugehen, wenn dadurch nicht ihre Pflichten gegenüber den Kindern und dem Haushalt vernachlässigt werden."

Heute sind Männer und Frauen als RepräsentantInnen des familiären Haushaltes formal zwar gleichgestellt, allerdings wird dem Mann weiterhin die Rolle des "Verwalters" des familiären Besitzes gesetzlich zugeschrieben und das Arbeitsgesetz wertet die Tätigkeiten von Frauen, die gemeinsam mit ihren Männern in der Agrarexportindustrie beschäftigt sind, als "Hilfe". Für die Arbeitgeber bspw. von Kaffeeplantagen stellt dies die Rechtfertigung dafür dar, Frauen gar nicht auf den Lohnlisten auftauchen zu lassen oder sie bedeutend schlechter zu bezahlen als die Männer.

Auch in der 40-jährigen Geschichte staatlicher Programme zur Landvergabe an mittellose Familien von Kleinbauern sind Frauen entweder ausgeschlossen oder strukturell benachteiligt worden. Im Rahmen der reformistisch-protektionistischen Landpolitik der 60er und 70er Jahre wurde das an Kleinbauern vermittelte staatliche Land zwar als "familiäres ländliches Eigentum" definiert, das über einen Zeitraum von 25 Jahren nicht veräußert werden durfte. Der Nutzungstitel wurde jedoch auf den Namen einer Person ausgestellt, die den staatlichen Agrarfunktionären als Chef des Haushalts galt. In 93 Prozent aller Fälle war dies ein Mann. Für allein stehende Frauen war der Nachweis des Witwenstatus erforderlich, um von den Landprogrammen begünstigt zu werden.

In den Teilverträgen zur Agrarfrage der 1996 unterzeichneten Friedensabkommen setzte sich die Weltbank mit ihrem neoliberalen Konzept einer "vom Markt gesteuerten Agrarreform" durch. Die Weltbank prägte auch das Design des seither einzigen staatlichen Mechanismus zur Vermittlung von Land, des Landfonds Fontierras. In der Gesetzgebung für den Fonds ist die 25-jährige staatliche Vormundschaftsklausel abgeschafft. Zudem tauchen Frauen hier erstmals als individuelle Rechtssubjekte auf. Allein stehende Frauen müssen nicht mehr nachweisen, Witwen zu sein, um Land zu erwerben. Kreditanträge sowie Landtitel sollen von einem Mann und einer Frau unterzeichnet werden, wenn der so genannte Haushaltsvorstand aus zwei Personen besteht.

Nach Meinung der feministischen Journalistin Rosalinda Hernandez Alarcon liegt die Implementierung dieser "Co-Eigentümer-Klausel" (Copropiedad) jedoch weniger an einem "fortgeschrittenen Genderbewusstsein in der öffentlichen Agrarpolitik", sondern vor allem daran, "dass die Weltbank sehr gut weiß, dass es PrivateigentümerInnen geben muss, wenn sie den Landmarkt aktivieren will - in diesem Fall Co-EigentümerInnen. Im Gegensatz dazu konnte das familiäre ländliche Eigentum lange Jahre nicht veräußert werden. Das bedeutet, dass es nicht kommerzialisiert werden konnte und damit nicht den Gesetzen des Marktes folgte."

Da die Nachfrage nach Land jedoch weitaus größer ist als das Angebot, hat die deregulierte Agrarpolitik allerdings zu einem derartig drastischen Anstieg der Landpreise geführt, dass es allein stehenden Frauen kaum möglich ist, über Fontierras Land zu erwerben. In der Praxis findet auch die Copropiedad-Klausel für verheiratete Frauen kaum Anwendung. Denn zum einen ist der Eintrag als Landwirt oder Landwirtin im Ausweis erforderlich, um in den "Genuss" der Fontierras-Programme zu kommen. Die Mehrheit der Frauen auf dem Land besitzt aber entweder kein Ausweisdokument oder als Beruf ist "Hausfrau" im Personalausweis eingetragen.

Zum anderen vermittelt Fontierras bevorzugt Kredite und Land an organisierte Gruppen von Kleinbauern. Dazu gehören die von internationalistischen Linken gerne idealisierten Produktions- oder Vertriebskooperativen, die eine juristische Figur für kollektiven Landbesitz darstellen und zudem steuerlich begünstigt werden. Formal-rechtlich ist die Kooperative Eigentümerin des kollektiven Landbesitzes. Das Leitungsgremium der Kooperative gilt Fontierras als Repräsentant der begünstigten Gruppe und als lokale Partnerorganisation der Projekte und Programme des Fonds. Die Bedingungen für die aktive Mitgliedschaft und damit für die Landnutzungsrechte in einer Kooperative werden jedoch intern ausgehandelt und wirken deshalb oft wie ein Filter der aktiven Partizipation von verheirateten Frauen entgegen. Der Kleinbauerndachverband CNOC, der kürzlich eine kritische Studie über Fontierras veröffentlichte, bezeichnet die Gender-Politik von Fontierras deshalb als inkohärent, als eine "Kollision zwischen individuellen und kollektiven Eigentumsrechten".

Als eine der größten Beschränkungen für eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz des Rechtes von Frauen auf eigenständigen Landbesitz, unabhängig davon, ob sie einen Lebensgefährten haben oder nicht, sieht die Mitarbeiterin der NGO Fundacion Guatemala, Maria Teresa Rodriguez, allerdings das "fehlende Bewusstsein der Frauen über ihre tragende Rolle in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und ihr Recht auf Eigentum". In einer Anfang der 90er Jahre in fast hundert mexikanischen Flüchtlingscamps durchgeführten Befragung mit Exil-Guatemaltekinnen, erklärten nur 20 Prozent der Frauen, sie seien vorrangig in der Landwirtschaft tätig. Alle anderen gaben an, zwar an Arbeiten wie der Aussaat, der Ernte und Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten beteiligt zu sein. Sie bezeichneten diese Tätigkeiten jedoch als "Hilfe" für ihren Partner oder Ehemann und nicht als eigene produktive Arbeit.

Die vor zwei Jahren gegründete Frauenkoordination für das Recht auf Land und Eigentum, ein Zusammenschluss von Vertreterinnen gemischter Kleinbauernorganisationen, NGOs wie der Fundacion Guatemala und ehemaligen Flüchtlingsfrauen, setzt deshalb vor allem auf "Bewusstseinsarbeit mit Frauen im ländlichen Raum über ihre Rechte auf Privateigentum," wie Rodriguez erklärt. Die Voraussetzung dafür sei, "dass die Frauen beginnen, sich als personale Subjekte zu begreifen".

Im indigen geprägten Guatemala mobilisiert die derzeit auf der nationalen Ebene am stärksten präsente Kleinbauernorganisation CONIC ihre Basis jedoch vor allem mit einer Revitalisierung indigenen Bewusstseins und der so genannten Cosmovision Maya, der "indigenen Weltsicht". CONIC verbindet die Forderung nach Land weniger mit dem Recht auf kommerzialisierbares Privateigentum als eher mit einem historisch begründeten Recht auf den Respekt indigenen Territoriums und indigener Kultur. Dieser Variante des indigenistischen Diskurses zufolge gilt die Familie und nicht das Individuum als kleinste soziale Einheit, wobei

Männern und Frauen verschiedene, aber sich ergänzende Aufgaben zugeschrieben werden. Die Familie wiederum ist untrennbar mit der Gemeinde (Comunidad) und einem bestimmten Territorium verbunden. In der Praxis bedeutet diese Auslegung der Cosmovision Maya jedoch die Unterordnung der Frauen unter die traditionelle geschlechtliche Arbeitsteilung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Fordern Frauen individuelle Rechte wie formalen Landbesitz ein, wird dies nicht selten als Bruch mit der ethnisch motivierten Kollektivität interpretiert.

Carolina Cabarrus Molina, Mitarbeiterin eines linken Projektberatungsdienstes, sieht das größte Problem für den eigenständigen Landzugang weder in der staatlichen Politik noch in dem an Popularität gewinnenden indigenistischen Diskurs, sondern im hartnäckigen Widerstand der Männer in den ländlichen Gemeinden. "Landbesitz bedeutet hier Macht und zwar nicht nur Macht der Großgrundbesitzer über die Kleinbauern, sondern auch Macht der Männer über die Frauen." Als Beispiel führt sie die "niederschmetternde Situation" der Rückkehrerinnen aus dem mexikanischen Exil an, was Landbesitz und kommunitäre Partizipation betrifft. In den Exilgemeinden der Kriegsflüchtlinge spielt die Cosmovision Maya kaum eine Rolle und auch sonst gelten sie als Beispiel für die Durchsetzung "moderner Individualisierungtechniken", wie es der Migrationsforscher Finn Stepputat bezeichnet. Dennoch kommt es zum agrarischen Gendertrouble. Die Frauenorganisationen innerhalb der Rückkehrbewegung fordern das Recht auf eigenständigen Landbesitz und aktive Mitgliedschaft in den Kooperativen, stoßen damit aber auf den Widerstand von Männern.

Angesichts der Gefahr eines erneuten Ausschlusses der Frauen aus den kom-munitären Landbesitzstrukturen begannen sich die Organisationen der ehemaligen Flüchtlingsfrauen vor zwei Jahren zu restrukturieren und brachten das Thema "Frauen und Landrechte" erneut auf die politische Tagesordnung.

Im Unterschied zur Copropiedad-Klausel im Fontierras-Gesetz, die der neoliberalen Logik der Kommerzialisierung von Landbesitz folge, erklärt Maria Guadalupe Garcia, selbst Rückkehrerin und Vorsitzende der "Verhandlungskommission," stellen die Retornadas mit ihrer Forderung nach formaler Copropiedad am familiären und kommunitären Landbesitz die Machtfrage zwischen den Geschlechtern. Sie sagt: "Für die Männer bedeutet Landbesitz Macht, sie wollen ganz alleine entscheiden, was sie anbauen, ernten, verkaufen, zum Eigenverbrauch nutzen oder welchen Anteil der Ernte sie der Frau geben. Für uns Frauen hingegen bedeutet der Mitbesitz die Anerkennung unserer bisher unsichtbaren Arbeit, ökonomische Sicherheit, Schutz vor Gewalt und die Möglichkeit, im Haus und in der Gemeinde mitzuentscheiden."

Stefanie Kron

25. Sozialismus kommt später. Brasiliens PT-Kandidat "Lula" vor dem Wahlerfolg

Autor: Gerhard Dilger · Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:29

Warum er nicht mehr vom Sozialismus rede, wurde Luiz Inacio "Lula" da Silva auf seiner letzten Pressekonferenz vor der ersten Runde der brasilianischen Präsidentenwahl gefragt. "Ich werbe für ein Vier-Jahres-Programm," so die Antwort des hohen Favoriten. "Der Sozialismus kann nicht per Dekret verordnet werden. Aber wenn eine Reihe progressiver Menschen Brasilien regiert und wir es schaffen, soziale Errungenschaften voranzutreiben, dann können wir vielleicht eines Tages diese gerechte und solidarische Gesellschaft erreichen."

Am Wahlabend bekannte sich "Lula light" ausdrücklich zu seiner Wahlkampfstrategie: Ende letzten Jahres sei er "erneut angetreten, nachdem ich die Entscheidung meines Lebens getroffen hatte: kein 30-Prozent-Kandidat, kein ideologisierter Lula mehr zu sein." Dieser Pragmatismus führte so weit, dass er den Textilunternehmer Jose Alencar von der rechten Liberalen Partei (PL) zum Vize machte - nach einer äußerst knappen Kampfabstimmung im Parteivorstand. Mittlerweile hat er nicht nur große Teile des nationalen Kapitals, sondern auch den IWF davon überzeugt, dass ein "Bruch" mit dem System nicht auf der Tagesordnung steht. Folgerichtig verzichteten auch die großen Medien erstmals auf eine Anti-Lula-Kampagne.

Selbst der monatelange Terror der Spekulanten gegen den Real verfing nicht: Dass Lula als "Brasiliens schlimmster Stürmer" dafür verantwortlich sei, wollte etwa ein Kolumnist des Spiegel Online seinen Lesern weismachen. Dankbar zitierte ihn hier zu Lande die konservative Presse - allein, die BrasilianerInnen zeigten sich davon erstaunlich unbeeindruckt.

Am vergangenen Sonntag bekam Lula 46,4 Prozent der gültigen Stimmen in der ersten Runde, doppelt so viel wie der natürliche Kandidat des Establishments, Ex-Gesundheitsminister Jose Serra. Und die große Chance auf den Triumph am 27. Oktober.

Während sich seine Rivalen gegenseitig zerfleischten, hatte Lula auf persönliche Attacken verzichtet, was ihm den Spitznamen "Lulinha Paz e Amor" einbrachte - "Friedens- und Liebeslula". Skeptiker sahen hinter dieser "neuen" Persönlichkeit lediglich die professionelle Handschrift des Marketingprofis Duda Mendonca, der dadurch die Ziele und Methoden des klassenkämpferischen, "revolutionären" PT-Flügels verdecken wolle.

Hoffnungen an der Parteibasis

Der bekannteste Exponent dieser Linken ist Joao Pedro Stedile, unumstrittener Kopf der Landlosenbewegung MST. Zur Agrarreform fehlten in Lulas Wahlprogramm klare Aussagen, moniert er. Die Logik des Wahlkampfes habe von seinem Parteifreund einen Diskurs der Mitte verlangt. Doch darauf komme es nicht an: "Das Volk weiß, dass es unter Lula zu Reformen kommen wird, denn er ist der Einzige, der das Zeug hat, die dafür nötigen sozialen Kräfte um sich zu scharen." Ähnlich groß sind die Hoffnungen an der Parteibasis.

Flavio Koutzii hingegen, in Porto Alegre Staatsminister des linken PT-Gouverneurs Olivio Dutra, ist Realist: "Angesichts der großen Niederlagen der Linken auf der ganzen Welt" sei Bescheidenheit angesagt. "Der Wahlsieg bedeutet nicht, dass wir die Hegemonie erlangt haben." Deshalb sei auch kein harter Bruch oder die Einstellung der Schuldenrückzahlungen zu erwarten, wie dies etwa kürzlich jene 10 Millionen wünschten, die sich an dem inoffiziellen Volksentscheid gegen die amerikanische Freihandelszone FTAA und die Überlassung der Raketenbasis Alcanatara beteiligt haben.

Allerdings, so Koutzii, müsse Lula durch einige sozialpolitische Maßnahmen signalisieren, "dass unsere Regierung anders ist". Denn: "Wir werden weder die Zeit noch das Geld haben, um wichtige strukturelle Reformen gleich anzugehen."

Und wahrscheinlich auch nicht die parlamentarische Basis. Zwar stellt die PT im Abgeordnetenhaus mit 91 statt bisher 58 Sitzen erstmals die größte Fraktion, auf die linken und linksliberalen Parteien entfallen nun rund ein Drittel der 513 Mandate. Auch im 81-köpfigen Senat hat die PT mit 14 SenatorInnen ähnlich stark zugelegt und die sozialdemokratischen Parteifreunde Jose Serras überrundet.

Allerdings stellen in beiden Kammern des Kongresses noch immer die Kräfte jener Mitte-Rechts-Koalition die Mehrheit, mit der Präsident Fernando Henrique Cardoso gut sieben Jahre lang regiert hat. Auch berüchtigte Provinzfürsten, die in der letzten Wahlperiode wegen Korruptionsaffären zurücktreten mussten, sind, teilweise mit Rekordergebnissen, wieder da. Zwei von ihnen - Antonio Carlos Magalhaes aus Bahia und Jader Barbalho aus Para - wollen in der Stichwahl am 27. Oktober für die PT werben.

Lula nimmt diese Schützenhilfe gerne in Anspruch. Welchen Preis er dafür bezahlen wird, ist jedoch unklar. Auch seine Rivalen Anthony Garotinho (Sozialistische Partei Brasiliens, PSB) und Ciro Gomes (Sozialistische Volkspartei, PPS) haben sich nun auf die Seite des Favoriten geschlagen - Gomes "begeistert" und "bedingungslos", der evangelikale Populist Garotinho mit rhetorischen Vorbehalten. Im Gegenzug haben Lulas Unterhändler bereits angekündigt, dass sie die PSB, die PPS und die linkspopulistische Demokratische Arbeiterpartei (PDT) an der Regierung beteiligen wollen.

Allerdings tendiert rund die Hälfte der WählerInnen von Garotinho und Gomes unabhängig von Wahlempfehlungen zu Jose Serra. Der kann nun auch weitgehend auf seine früheren Partner aus der Regierung Cardoso zählen - und sucht sein Heil in der direkten Konfrontation. In möglichst vielen TV-Livedebatten möchte er sich als kompetenter Macher präsentieren und Lula als unsicheren Kantonisten entlarven. Die Arbeiterpartei sei dreigespalten, so Serra: "Es gibt die Fernseh-PT, die Regierungs-PT und die PT der Landlosenbewegung MST."

Damit ist die Marschrichtung vorgegeben, doch Serra bleibt Außenseiter. Hoffnungsträger Lula hingegen, meint der Intellektuelle Cesar Benjamin, "ist zu einem Rätsel geworden, vielleicht sogar für sich selbst." Löse er nach gewonnener Wahl "die Garantien ein, die er den Mächtigen gegeben hat, wird er zu einem Faust."

Gerhard Dilger, Porto Alegre

26. Friedensprozess im Sudan gescheitert. Die SPLA erobert Torit und die islamistische Regierung setzt erneut auf Krieg

Autor: Thomas Schmidinger · Rubrik: Sudan · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:31

Seit 19 Jahren bekämpft die Sudan People`s Liberation Army (SPLA) die islamistische Regierung im Sudan. Der Waffenstillstand in den Nuba-Bergen scheint bislang noch eingehalten zu werden. Die Verhandlungen für einen Friedensplan und eine Autonomie des Südsudan zwischen der SPLA und der Regierung im Juni diesen Jahres dagegen können als vorläufig gescheitert angesehen werden. Ein Kommentar zur aktuellen Situation von Thomas Schmidinger.

Der Friedensprozess im Sudan ist nach der Eroberung der südsudanesischen Stadt Torit durch die Sudan People`s Liberation Army (SPLA) und dem Abbruch der Gespräche durch den sudanesischen Militärmachthaber Umar al-Bashir gescheitert. Die 1989 mittels eines Militärputsches an die Macht gekommene islamistische Regierung setzt seither wieder auf Krieg, auf einen Heiligen Krieg, zu dem al-Bashir im September vor Hunderten RegierungsunterstützerInnen auf einer Demonstration in Khartoum aufrief. Der jahrzehntelange Bürgerkrieg im größten Staat Afrikas geht damit in die nächste Runde. Die Leidtragenden werden einmal mehr die ZivilistInnen nicht nur in den Kriegsgebieten sein.

Bei einem Spaziergang durch Khartoum offenbart sich nicht nur allerorts die wirtschaftliche Krise, sondern auch die sozialen Probleme. Ich bin in der Nacht schon des öfteren fast über einen sich den Boden entlang schleppenden Körper eines ehemaligen Soldaten gestolpert, dem beide Beine fehlten und der, da er nicht einmal Krücken besaß, sich an seinen Händen über die schmutzigen Straßen zog.

Meiner Meinung nach reicht es nicht aus, den Konflikt wie viele europäische KommentatorInnen nur als Konflikt zwischen dem islamisch-arabischen Norden und dem christlich-afrikanischen Süden zu sehen. Der Sudan ist bei weitem nicht so klar getrennt wie in der Vorstellung westlicher Missionare und JournalistInnen. Im Norden gibt es nicht nur Muslime, sondern auch christliche und andere religiöse Minderheiten. Und selbst viele Muslime sprechen nicht Arabisch, sondern Nubisch, Danaqla, Beja oder Fur als ihre Muttersprache. Der Süden wurde zwar während der Kolonialzeit vom Norden abgeschirmt, NordsudanesInnen wurden sogar aus dem Sudan ausgewiesen, aber trotzdem gibt es heute wieder fast genauso viele Muslime wie Christen im Süden. Die Mehrheit der SüdsudanesInnen gehört allerdings immer noch afrikanischen Religionen an. Innerhalb der Südregion existiert ein äußerst konfliktreiches Nebeneinander verschiedener ethnischer Gruppen.

Der Konflikt sollte jedoch meines Erachtens nicht als ethnischer Konflikt gesehen werden, sondern als ein Resultat von politischen und ökonomischen Fehlentwicklungen. Der Sudan ist einer der ärmsten Staaten der Welt. Der Südsudan ist jedoch im Vergleich zum Norden noch ärmer. Nicht erst der Krieg hat dort jede Infrastruktur zerstört. Die autoritäre Politik der Militärregierung in Khartoum stößt aber nicht nur im Süden auf Widerstand. Auch im Osten des Sudan kam es die letzten Jahre immer wieder zu militärischen Auseinandersetzungen mit bewaffneten Rebellen der National Democratic Alliance (NDA), einer Dachorganisation der zivilen und militärischen Opposition im Sudan, in der auch Gewerkschaften, linke und demokratische Parteien organisiert sind.

Auch im Sudan geht es letztlich um wirtschaftliche Interessen. In den letzten Jahren wurden insbesondere im Südsudan Erdölfunde gemacht, die nun mit Hilfe europäischer und asiatischer Erdölkonzerne ausgebeutet werden. Viele BeobachterInnen hofften, dass die Regierung sich nun, um der Sicherheit der Erdölförderung willen, mit den Rebellen der SPLA, die im Fördergebiet aktiv sind, einigen würde. Das Gegenteil scheint jedoch der Fall zu sein. Mit den Einnahmen aus dem Erdölgeschäft fühlt sich die Regierung nun so weit gestärkt, dass sie ihren Krieg gegen die SPLA wieder aufnehmen kann. Die Eroberung von Torit durch die SPLA war ihr offensichtlich nur ein willkommener Anlass, die Friedensgespräche unterbrechen zu können, ohne international als allein Schuldige dazustehen.

Sicherlich, ein Frieden zu den Konditionen der Regierung wäre nach dem Geschmack al-Bashirs gewesen. Die Erdölförderung wäre endlich kein Angriffsziel für bewaffnete Rebellen mehr und der Weg aus der Isolation zurück in die internationale Gemeinschaft wäre leichter geworden. Umar al-Bashir wollte jedoch selbst

bestimmen, wie dieser Frieden auszusehen hätte. Vielleicht hätten es die islamistischen Militärs noch verkraften können, ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss mit den Eliten des Südsudan und der SPLA zu teilen, eine wirkliche Demokratisierung des Landes hätte jedoch das sichere Aus für die Machthaber in Khartoum bedeutet. AL-Bashir und seine Generäle wissen das auch. Sie wissen, dass auch im Nordsudan die Unterstützung für das Regime immer geringer wird und die beiden rivalisierenden Fraktionen der IslamistInnen, der regierende National Congress und der oppositionelle Popular National Congress des in Ungnade gefallenen ehemaligen Chefideologen des Regimes Hasan al-Turabi bei freien Wahlen keine Chance hätten, auch nur die Stimmen ihrer Vorgängerorganisation NIF bei den letzten freien Wahlen in den Achtzigerjahren zu bekommen, geschweige denn an der Macht zu bleiben.

Eine wirkliche Demokratisierung, die auch die Kommunisten, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Sektoren umfassen müsste, wäre somit für die derzeit herrschende politische und ökonomische Elite des Sudan tödlich. Das "islamische Kapital" das im Windschatten der islamistischen Militärregierung die ehemaligen Staatsbetriebe zu Schleuderpreisen erwerben und eine Reihe neuer erfolgreicher mittelständischer Unternehmen gründen konnte, kann vermutlich mit dem Nepotismus des bestehenden Regimes eher leben als mit einer Demokratisierung, die zwangsläufig auch die traditionsreiche und kämpferische Gewerkschaftsbewegung mit ins Spiel bringen würde. Neben den Gewerkschaften scheinen die islamistischen Profiteure der Militärregierung aber auch eine Rückkehr der alten Eliten zu fürchten, die schon seit Monaten auf eine Aussöhnung mit dem Regime hoffen.

Diese Verteilungskämpfe werden durch die Tatsache verschärft, dass es nicht viel zu verteilen gibt. Wer nicht zur neuen islamischen Elite gehört, hat fast gar nichts mehr. Und selbst in Regionen, in denen vor wenigen Jahrzehnten noch Nomaden und sesshafte ländliche Bevölkerung lebten, die mit dem Ertrag ihrer Tiere und ihres Bodens zumindest überleben konnten, ist heute teilweise selbst dieses Überleben in Frage gestellt. Gerade am Südrand der Sahara sind globale Klimaveränderungen besonders drastisch zu bemerken.

Durch eine Fortsetzung des Krieges wird dieses Elend noch weiter verschärft. Europäische Ölfirmen hätten zwar ein Druckmittel für die Beendigung dieses Krieges in der Hand, sind aber nun einmal keine Friedensbewegungen, sondern Konzerne. Ihr Geld wird deshalb so lange die sudanesischen Kriegskassen füllen, solange es noch irgendwie möglich ist, in den Kriegsgebieten Erdöl zu fördern.

Thomas Schmidinger

27. Dear Mr. President ... - Übersetzung des Briefs vom 20. September 2001

Kleines Who is Who der Kriegstreiberei in den USA

Rubrik: US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:08

Am 20. September 2001, wenige Tage nach den Angriffen auf das World Trade Center und das Pentagon, erschien ein Offener Brief an den "Ehrenwerten George W. Bush", in dem 41 wohl bekannte UnterzeichnerInnen dem Präsidenten erklären, welche nächsten Schritte von ihm erwartet werden - nicht um den Präsidenten zu unterstützen, sondern um ihn, ebenso wie den als "Taube" verschrienen Außenminister Powell unter Druck zu setzen, ihre eigenen scharfen Ankündigungen in Realität umzusetzen.

Die Namen unter dem Offenen Brief, die im Folgenden vorgestellt werden sollen, sind ein kleines "Who is Who" der organisierten Kriegstreiberei in den Vereinigten Staaten. Mindestens 19 der 41 UnterzeichnerInnen sind Mitglieder des Project for a New American Century (PNAC), das sich auf seiner Homepage zu dem Glauben bekennt, "amerikanische Führung" sei "gut für Amerika und die Welt" und diese Führung verlange militärische Stärke. Vorsitzender des PNAC ist William "Bill" Kristol, der Initiator des Offenen Briefes.

Der Brief vom 20. September 2001 knüpft unmittelbar an einen ähnlichen Appell an Präsident Clinton vom 26. Januar 1998 an, der sich allerdings darauf beschränkte, "die Umsetzung einer Strategie zur Entfernung des Saddam-Regimes von der Macht" zu fordern. Zusätzlich zu vielen UnterzeichnerInnen des jetzigen Briefes standen unter dem damaligen Dokument auch die Namen Richard L. Armitage (jetzt Stellvertretender Außenminister und angeblich kein "Falke" mehr), Zalmay Khalilzad (jetzt Afghanistan-Beauftragter der US-Regierung, genauer politischer Standort unbekannt), Donald Rumsfeld (jetzt Verteidigungsminister), Paul Wolfowitz (jetzt Stellvertretender Verteidigungsminister) und R. James Woolsey (unter Clinton in den Jahren 1993-94 CIA-Chef). Die letzten drei Namen sind dem Reigen der notorischen Hauptkriegstreiber hinzuzufügen.

Es mag in diesem Zusammenhang interessant sein, dass die bei der Gründung des PNAC veröffentlichte "Grundsatzerklärung" (3. Juni 1997) neben den schon Genannten auch die Namen des Präsidentenbruders Jeb Bush (Gouverneur von Kalifornien), des jetzigen Vizepräsidenten Dick Cheney (ein notorischer "Falke") und Dan Quayle (Vizepräsident unter George Bush sen.) trug.

Ein im September 2000 vom PNAC veröffentlichtes 80-Seiten-Papier "Rebuilding America's Defenses - Strategies, Forces and Resources for a New Century" kann als aktuelle Grundlage der amerikanischen Militär- und Außenpolitik gelten.

Kt.

Die 41 UnterzeichnerInnen des Briefs vom 20. September 2001

Richard V. Allen: Mitglied des Defense Policy Board, eines hochkarätigen Beratergremiums, dessen Mitglieder vom Verteidigungsministerium einberufen werden. Mitglied des Beraterstabs des Center for Strategic & International Studies, eines rechten Think Tanks für militärpolitische Fragen, das sich zur Zeit besonders der Vorbereitung des Krieges gegen den Irak widmet. Allen war Reagans Sicherheitsberater in dessen ersten Regierungsjahren.

Gary Bauer: Einflussreicher Führer eines Netzwerks militant konservativer Kirchenkreise. Präsident seines Privatvereins American Values, dessen Verlautbarungen sich zu 85 Prozent mit der Unterstützung Israels und zu 15 Prozent mit scharfer Anti-Abtreibungs-Polemik befassen. Bauer ist einer der beiden Vorsitzenden der im Juli dieses Jahres gegründeten American Alliance of Jews and Christians, eines Bündnisses konservativer christlicher und jüdischer Kreise zur Unterstützung Israels. Bauer appellierte gemeinsam mit anderen konservativen Geistlichen im April 2002 in einem Offenen Brief an Bush, Sharons Vorgehen gegen die PalästinenserInnen nicht zu kritisieren, da sonst der "Krieg gegen den Terrorismus" in großer Gefahr wäre. Innenpolitischer Berater unter Reagan, Schwerpunkt Familie und Erziehung. Er war Präsident (und Gründer) des zweitgrößten Aktionsbündnisses der USA, der Campaign for Working Families, die für die "traditionellen Werte" in Familie und Erziehung sowie für den "Schutz des ungeborenen Lebens" eintritt.

Jeffrey Bell: Publizist und republikanischer Parteipolitiker. Vorstandsmitglied der American Conservative Union, die sich selbst als "the nation's oldest conservative lobbying organization" bezeichnet und sich neben der Propaganda für den Irak-Krieg u.a. der Abwehr von Umweltschutz-Maßnahmen widmet. Bell ist Stellvertretender Vorsitzender von Citizens for America, einer 1983 zur Unterstützung Reagans gegründeten Organisation, die u.a. die Contras in Nicaragua und die UNITA in Angola materiell unterstützte. Mitbegründer von Empower America, einem rechten Propagandazentrum, in dessen Direktorium sich neben Republikanern auch Clintons Verteidigungsminister Bill Cohen befindet.

William J. Bennet: Führendes Mitglied der Heritage Foundation, einem der wichtigsten rechten Think Tanks zur Außenpolitik. Bennet war einer der Gründer von Empower America. Erziehungsminister unter Reagan, Verfasser zahlreicher "kulturpessimistischer" Bücher.

Jeffrey Bergner: Vorstandsmitglied des Hudson Institute, eines weiteren wichtigen rechten Think Tanks. Bergner ist seit 1986 Inhaber einer Beraterfirma, war vorher Leitender Mitarbeiter im Senat.

Rudi Boshwitz: Vorsitzender des Committee for a Secure Peace, das sich dafür einsetzt, keinen politischen Druck auf die israelische Regierung auszuüben und das einen "Frieden" nach den Vorstellungen des rechten Likud-Flügels um Netanjahu unterstützt. Vorstandsmitglied des Hudson Institute und des Jewish Institute for National Security Affairs (JINSA). Neben PR für Israel vermittelt das JINSA laut seiner Internet-Homepage Begegnungen zwischen Militärs und Politikern aus Israel und den USA sowie zwischen Vertretern der jüdischen Organisationen der USA und dem Pentagon. Boshwitz war Senator von 1978 bis 1991. Zeichnete sich aus durch seinen harten Widerstand gegen Anhebung der Mindestlöhne, Abtreibung und strengere Umweltschutz-Bestimmungen.

Eliot Cohen: Militärexperte. Er benutzte als erster den Begriff "World War IV" für den nach dem 11. September ausgerufenen "Krieg gegen den Terrorismus" im Sinne der Ausweitung zu einem allgemeinen Krieg gegen den "militanten Islam". (1) Mitglied des Defense Policy Board. Mitbegründer des Project for a New American Century. Unter Bush sen. arbeitete Eliot Cohen im politischen Planungsstab des Verteidigungsministeriums. 1991-93 leitete er die Arbeit am "U.S. Air Force's Gulf War Air Power Survey", der offiziellen Studie über den Luftkrieg gegen den Irak 1991.

Seth Cropsey: Direktor des Asia Studies Center der Heritage Foundation. Abteilungsleiter am George C. Marshall Center for Security Studies, einer NATO-Einrichtung in Garmisch-Partenkirchen. Mitglied der Chefredaktion des vom Begründer des "Neokonservativismus", Irving Kristol, herausgegebenen Magazins Public Interest. 1981 unter Reagan leitender Mitarbeiter im Verteidigungsministerium. 1882-84 Politischer Direktor des antikommunistischen Propagandasenders Voice of America. Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium während der Regierung von Bush sen.

Midge Decter: Vorstandsmitglied der Heritage Foundation. Ehefrau von Norman Podhoretz. Früher Chefin des antikommunistischen Committee for a Free World, das nach dem Umsturz in Osteuropa aufgelöst wurde.

Thomas Donnelly: Journalist und politischer Mitarbeiter des Abgeordnetenhauses. Führendes Mitglied des Project for the New American Century und Hauptautor der von dieser Organisation im September 2000 veröffentlichten militärpolitischen Studie "Rebuilding America's Defenses".

Nicholas Eberstadt: Wissenschaftler am American Enterprise Institute, einem der ältesten Think Tanks im Umfeld der Republikaner, gegründet 1943. War u.a. Berater des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums und der Weltbank.

Hillel Fradkin: Präsident des Ethics and Public Policy Centers, einer 1976 gegründeten jüdisch-christlichen Organisation stramm konservativer Richtung. Ehemaliger Vizepräsident der Bradley Foundation, einer einflussreichen Hauptgeldquelle zahlreicher konservativer Unternehmungen. Leitender Mitarbeiter der ebenfalls konservativen Olin Foundation. Mitarbeiter des American Enterprise Institute.

Aaron L. Friedberg: Professor für Politik und internationale Angelegenheiten. Ehemaliger Berater des Nationalen Sicherheitsrats, des Verteidigungs- und des Energieministeriums. Vorstandsmitglied des rechten Center for Strategic Education (CSE) in Washington D.C., das von Eliot Cohen geleitet wird. Das CSE soll Lehrer und Dozenten betreuen und weiterbilden, die Militärstrategie unterrichten.

Francis Fukuyama: Bekannt geworden durch sein Buch "Das Ende der Geschichte" (1992). 1981-82 und 1989 Mitglied des Politischen Planungsstabs des Verteidigungsministeriums.

Frank Gaffney: Gründer und Präsident des Center for Security Policy, einem rechten Think Tank, dessen Motto lautet: "Promote Peace through Strength". Co-Chairman von Americans for a Missile Defense, einer PR-Organisation für die seit langem diskutierte Raketenabwehr. Unter Reagan Leitender Mitarbeiter im Verteidigungsministerium.

Jeffrey Gedmin: Wissenschaftler am American Enterprise Institute (AEI). Chef der vom AEI betriebenen New Atlantic Initiative (NAI), die der "Revitalisierung" und Ausdehnung der NATO dienen soll (Vorsitzender der NAI ist der frühere Außenminister Henry Kissinger). Mitglied des Direktoriums des U.S. Committee on NATO, das, gesponsert u.a. von osteuropäischen Exilorganisationen und Interessenverbänden, für die Ost-Erweiterung der NATO wirbt. Seit Dezember 2001 ist Gedmin Direktor des Büros des Aspen-Instituts in Berlin.

Reul Marc Gerecht: Leitender Mitarbeiter des Project for the New American Century. Direktor der Middle East Initiative, einer Untergruppe des PNAC, die sich für bedingungslose Unterstützung der Politik Sharons einsetzt und unter diesem Aspekt gelegentlich auch Präsident Bush kritisiert. Gerecht war Mitarbeiter des Außenministeriums unter Reagan und Bush sen. 1985-1994. Ehemaliger Nahost-Spezialist der CIA. Afghanistan-Berater bei CBS News 1999-2000.

Charles Hill: Ehemaliger Redenschreiber von Henry Kissinger. 1978 Stellvertretender Leiter der Israel-Abteilung im Außenministerium. 1979 politischer Berater an der US-Botschaft in Tel Aviv. 1981 Direktor für israelische und arabisch-israelische Angelegenheiten im Außenministerium. 1985-89 Mitarbeiter von Außenminister Schulz für den Nahen Osten. Politischer Sonderberater des UNO-Generalsekretärs 1992-96.

Bruce P. Jackson: Einer der drei Direktoren des Project for the New American Century. Präsident des in diesem Sommer gegründeten Project on Transitional Democracies, das die "westlichen Werte" in den ehemals sozialistischen Ländern fördern soll. Mitglied des Beratergremiums des Center for Security Policy. Präsident des U.S. Committee on NATO. 1979 bis 1990 Mitarbeiter des militärischen Geheimdienstes der USA; 1986-90 Funktionen im Verteidigungsministerium. Seit 1993 Vizepräsident für Strategie und Planung beim Rüstungskonzern Lockheed Martin Corporation; seit August dieses Jahres im Ruhestand.

Eli S. Jacobs: Unternehmer. Ehemaliges Mitglied des Defense Policy Board. Verschiedene Berater- und Kontrollfunktionen im Verteidigungsministerium und im Bereich Geheimdienste. Die New York Times sagt ihm enge Kontakte zu zahlreichen CIA-Funktionären nach.

Michael Joyce: Gründer und Chef von Americans for Community and Faith-Centered Enterprise, einer konservativen Stiftung. Präsident der Bradley-Stiftung.

Donald Kagan: Professor für Geschichte. Einer der beiden Co-Chairmen für die Arbeit am Strategie-Papier "Rebuilding America's Defenses" (Sept. 2000). Autor des Buches "While America sleeps", in dem die These vertreten wird, die USA seien dabei, nach dem Ende des Kalten Krieges die Übernahme der Führungsrolle in der Welt zu verschlafen, wenn sie ihre Rüstungsausgaben nicht massiv steigerten.

Robert Kagan: Einer der drei Direktoren des Project for the New American Century. Mitglied des Direktoriums des U.S. Committee on NATO. Redakteur der Zeitschrift New Republic, einem Hauptorgan der KriegstreiberInnen. Mitarbeit an der Studie "Rebuilding America's Defenses".

Jeane J. Kirkpatrick: Mitglied im BeraterInnengremium des Jewish Institute for National Security Affairs, des Washington Institute for Near East Policy (WINEP), des Center for Security Policy und des Ethics and Public Policy Centers. Das WINEP dient hauptsächlich dazu, die israelische Sicht des Nahost-Konflikts durch Publikationen, Vorträge, Seminare, Zeitungsartikel usw. zu verbreiten. Kirkpatrick war 1981-85 Vertreterin der USA bei der UNO, außerdem Mitglied von Reagans Kabinett.

Charles Krauthammer: Arbeitete bis 1978 als Psychiater, wurde dann wissenschaftlicher Berater in der Carter-Regierung. 1981-88 Redaktionsmitglied der New Republic. Seit Mitte der 80er-Jahre regelmäßiger Kolumnist der Washington Post. Seine Kommentare zeichnen sich - im Gegensatz zur sonstigen politischen Linie des Blattes - durch besonders scharfe Kriegstreiberei aus.

William Kristol: Initiator des Offenen Briefs vom 20. September 2001 an Bush. Chefredakteur des Weekly Standard, der zum Murdoch-Konzern gehört. Vorsitzender des New Citizenship Projects und dessen Unterorganisation Project for the New American Century. Seit vielen Jahren mit Gary Bauer befreundet. Sohn von Irving Kristol, der als Begründer des "Neokonservativismus" gilt.

John Lehman: Mitglied des Beratergremiums des Center for Security Policy. 1969-1974 Sonderberater und leitender Mitarbeiter von Henry Kissinger im Nationalen Sicherheitsrat. 1974-75 Delegierter bei den Abrüstungsverhandlungen in Wien, anschließend stellvertretender Direktor der US-Abrüstungsbehörde.

Clifford May: Vizevorsitzender der Republican Jewish Coalition, einem Zusammenschluss jüdischer Mitglieder in der Republikanischen Partei. Präsident der Foundation for the Defense of Democracies (FDD), die sich besonders mit "Forschung und Aufklärung" über den internationalen Terrorismus befasst. Der FDD eng angeschlossen ist das Saudi Institute, das Propaganda gegen das saudiarabische Regime betreibt. FDD selbst rief mit einer Anzeigenkampagne "It's not just Al-Qaeda" zum Krieg gegen die "Jihadisten" und deren Unterstützer auf, die in Saudi-Arabien, Ägypten, Pakistan, Iran und Irak lokalisiert wurden.

Martin Peretz: Chefredakteur der New Republic seit 1974. Seinen Leitartikel nach dem 11. September 2001 beendete er mit dem Satz "We are all Israelis now". Mitglied des Beratergremiums des Washington Institute for Near East Policy. Ehemaliges Vorstandsmitglied verschiedener israelischer Unternehmen. Langjähriger Freund von Clintons Vize und unterlegenem Konkurrenten von George W. Bush, Al Gore.

Richard Perle: Vorsitzender des Defense Policy Board. Mitglied des Beratergremiums des Jewish Institute for National Security Affairs und des Washington Institute for Near East Policy. Mitarbeiter des American Enterprise Institute. Vorstandsmitglied des U.S. Committee on NATO. Chef der Internet-Abteilung der Hollinger Corporation, des von Conrad Black geführten rechtsgerichteten Medienkonzerns - nach eigenen Angaben 379 Zeitungen weltweit - , dem außer der britischen Telegraph-Gruppe u.a. auch die Jerusalem Post gehört. Von 1981 bis 1987 war Perle Staatssekretär im Verteidigungsministerium.

Norman Podhoretz: Von 1960 bis 1995 Chefredakteur des Commentary, einer qualifizierten Theorie-Zeitschrift, in der er auch heute noch publiziert und maßgeblichen Einfluss ausübt. Herausgeber der Commentary ist das American Jewish Committee, das sich selbst als älteste jüdische Organisation der USA bezeichnet. Das AJC hat nach eigenen Angaben rund 100.000 Mitglieder und UnterstützerInnen; es unterhält 33 Regionalbüros in den USA sowie mehrere Auslandsbüros. Podhoretz begann als Linksintellektueller und landete schließlich, zumindest außenpolitisch, am rechten Rand des Spektrums. Er ist der Chefideologe des "Vierten Weltkriegs" gegen die arabisch-islamischen Staaten und Bewegungen. Seiner Ansicht nach müssen heute die arabischen Staaten ebenso militärisch unterworfen und besetzt werden wie Deutschland und Japan im zweiten Weltkrieg, um diese Länder dann unter amerikanischer Führung zu demokratisieren. (2)

Stephen Peter Rosen: Direktor des John M. Olin Institute for Strategic Studies an der Harvard Universität, das 1989 von Samuel P. Huntington, dem Autor von "Clash of Civilizations" (1996), gegründet und bis 2000 geleitet wurde. Rosen ist Berater des Verteidigungsministeriums und der CIA, Mitarbeiter an der Strategie-Studie "Rebuilding America's Defenses" (Sept. 2000) und Autor des Buches "Winning the Next War: Innovation and the Modern Military".

Randy Scheunemann: Präsident von Orion Strategies LLC, einer registrierten Lobby des Staates Lettland, und Direktoriumsmitglied des US Committee on NATO. Unterhält seit Jahren enge Kontakte zur irakischen Opposition. Der Iraq Liberation Act von 1998, mit dem sich die US-Regierung zur Unterstützung der irakischen Opposition bekannte und dieser 98 Millionen US-Dollar zusagte - wovon bisher aber nur ein kleiner Teil ausgezahlt wurde - gilt wesentlich als Werk Scheunemanns.

Gary Schmitt: Präsident des New Citizenship Project. Chef des Project for the New American Century. Einer der beiden Co-Chairmen für die Arbeit am Strategie-Papier "Rebuilding America's Defenses" (Sept. 2000).

William Schneider, Jr.: Berater des Verteidigungsministeriums, des Außenministeriums und des Energieministeriums. 1982-1986 Staatssekretär im Außenministerium. 1987-1993 Vorsitzender des Beratergremiums des Präsidenten für Waffenkontrolle und Abrüstung.

Richard H. Shultz: Professor für Internationale Politik, Militärwissenschafter. 1985-1988 Mitglied der Beratergruppe für "Spezialoperationen" im Verteidigungsministerium.

Henry Sokolski: Chef des Nonproliferation Policy Education Center, das sich in erster Linie mit alarmistischen Mutmaßungen und Warnungen über die Rüstung Iraks, Irans, Libyens und Nordkoreas beschäftigt. 1989-1993 unter Bush sen. Abteilungsleiter für Nonproliferations-Politik im Verteidigungsministerium, kurzzeitig auch Berater der CIA zu diesem Thema.

Stephen Joshua Solarz: Mitglied des Beratergremiums des Jewish Institute for National Security Affairs. Er gehört außerdem der Führung des Nonproliferation Policy Education Center an. Von 1974 bis 1992 vertrat er die Demokratische Partei im Abgeordnetenhaus. Clinton ernannte ihn 1994 zum Vorsitzenden des Central Asian-American Enterprise Fund. Dessen Aufgabe bestand darin, 150 Millionen US-Dollar Subventionen, mit denen angeblich Investitionen in der ehemaligen Sowjetunion gefördert werden sollten, zu verteilen.

Vin Weber: Vizevorsitzender von Empower America. 1981-1993 republikanischer Kongressabgeordneter. Hat enge Verbindungen zum Center of the American Experiment, einem republikanischen Think Tank.

Leon Wieseltier: Romanautor. Literaturredakteur der New Republic seit 1983.

Marshall Wittmann: Mitarbeiter des Hudson Institute. Ehemaliger Leitender Mitarbeiter der Heritage Foundation. Führungsmitglied der Christian Coalition, die sich neben dem Thema Abtreibung vor allem mit der Unterstützung Israels befasst und dabei so weit geht, explizit einen palästinensischen Staat abzulehnen.

Anmerkungen:

1) Wall Street Journal, 20.11.2001.

2) "How to win World War IV" in der Februar-Ausgabe des Commentary; "In Praise of the Bush Doctrine" in der September-Ausgabe.

Dear Mr. President,

Übersetzung des Briefs vom 20. September 2001

Wir begrüßen Ihr großartiges Vorhaben, im Kampf gegen den Terrorismus "die Welt zum Sieg zu führen". Wir unterstützen aus ganzem Herzen Ihren Aufruf zu einer "groß angelegten, dauerhaften Kampagne" gegen die "Terrororganisationen und diejenigen, die ihnen Unterschlupf gewähren und ihnen helfen". Wir stimmen mit Außenminister Powell darin überein, dass die USA die Urheber des grauenvollen Angriffs vom 11. September finden und bestrafen müssen. Wir müssen, wie er gesagt hat, "den Terrorismus überall in der Welt verfolgen" und "ihn bei seinen Zweigen und bei seinen Wurzeln packen". Wir stimmen dem Außenminister zu, dass die Politik der USA darauf ausgerichtet sein muss, nicht nur die für diesen Vorgang verantwortlichen Leute aufzuspüren, sondern auch abzielen muss "auf andere Gruppen da draußen, die uns übel gesonnen sind" und die "schon früher Anschläge gegen US-Personal, US-Interessen und gegen unsere Verbündeten verübt haben".

Um diesen "ersten Krieg des 21. Jahrhunderts" erfolgreich zu führen und um, wie Sie gesagt haben, "künftigen Generationen einen Dienst zu erweisen, indem wir zusammenstehen und den Terrorismus schlagen", sind unserer Ansicht nach folgende Schritte notwendige Teile einer umfassenden Strategie.

Osama bin Laden

Wir stimmen zu, dass ein zentrales, aber keineswegs das einzige Ziel des gegenwärtigen Krieges gegen den Terrorismus darin bestehen muss, Osama bin Laden zu fangen oder zu töten und das Netzwerk seiner Bundesgenossen zu zerstören. Zu diesem Zweck unterstützen wir die notwendige Militäraktion in Afghanistan und die Gewährung einer gewichtigen finanziellen und militärischen Hilfe für die Anti-Taliban-Kräfte in jenem Land.

Irak

Wir stimmen mit Außenminister Powells jüngster Erklärung überein, wonach Saddam Hussein "einer der führenden Terroristen der ganzen Welt" ist. Vielleicht hat die irakische Regierung in irgendeiner Form den Angriff auf die Vereinigten Staaten unterstützt. Aber selbst wenn es keine Beweise gibt, die den Irak direkt mit dem Angriff verbinden, muss jede Strategie, die den Terrorismus und seine Unterstützer ausrotten soll, eine entschiedene Anstrengung zur Entfernung Saddam Husseins von der Macht einschließen. Ein Verzicht auf

dieses Ziel würde eine frühzeitige und vielleicht entscheidende Kapitulation im Krieg gegen den internationalen Terrorismus darstellen. Deshalb müssen die USA der irakischen Opposition volle militärische und finanzielle Unterstützung zukommen lassen. Amerikanische Militärmacht muss eingesetzt werden, um eine "sichere Zone" im Irak zu gewährleisten, von der aus die Opposition operieren kann. Und die amerikanischen Streitkräfte müssen darauf vorbereitet sein, unsere Verpflichtung gegenüber der irakischen Opposition mit allen erforderlichen Mitteln zu unterstützen.

Hisbollah

Die Hisbollah ist eine der führenden terroristischen Organisationen der Welt. Es besteht der Verdacht, dass sie 1998 in die Bombenanschläge auf amerikanische Botschaften verwickelt und dass sie an dem Bombenanschlag auf die Kaserne der US-Marines in Beirut 1983 beteiligt war. Die Hisbollah fällt eindeutig in die von Außenminister Powell angesprochene Kategorie von Gruppen, "die uns übel gesonnen sind" und "die schon früher Anschläge gegen US-Personal, US-Interessen und gegen unsere Verbündeten verübt haben". Deshalb muss jeder Krieg gegen den Terrorismus sich auch gegen die Hisbollah richten. Wir meinen, dass die (US-)Regierung von Iran und Syrien verlangen sollte, sofort jede militärische, finanzielle und politische Unterstützung der Hisbollah und ihrer Operationen einzustellen. Falls Iran und Syrien sich weigern, dieser Aufforderung zu folgen, sollte die Regierung angemessene Vergeltungsmaßnahmen gegen diese notorischen Unterstützerstaaten des Terrorismus in Erwägung ziehen.

Israel und die palästinensische Führung

Israel war und bleibt Amerikas zuverlässigster Verbündeter gegen den internationalen Terrorismus, vor allem im Nahen Osten. Die Vereinigten Staaten sollten unserer Schwesterdemokratie in ihrem Kampf gegen den Terrorismus volle Unterstützung geben. Wir sollten darauf bestehen, dass die palästinensische Führung den Terrorismus stoppt, der aus den von ihr kontrollierten Gebieten kommt, und dass sie diejenigen einsperrt, die terroristische Angriffe gegen Israel planen. Bis die palästinensische Führung gegen den Terror vorgeht, sollten die Vereinigten Staaten ihr keine weitere Hilfe gewähren.

Der Verteidigungshaushalt der USA

Ein ernsthafter, siegreicher Krieg gegen den Terrorismus erfordert eine beträchtliche Steigerung der Verteidigungsausgaben. Diesen Krieg zu führen könnte von den USA durchaus erfordern, sich mit einem gut bewaffneten Feind auseinanderzusetzen. Außerdem müssen wir fähig bleiben, unsere Interessen anderswo in der Welt zu verteidigen. Wir halten es für dringend notwendig, dass nicht gezögert wird, alle Mittel für die Verteidigung zu verlangen, die benötigt werden, damit wir diesen Krieg gewinnen.

Selbstverständlich gibt es noch vieles mehr, was getan werden muss. Diplomatische Bemühungen werden notwendig sein, um die Hilfe anderer Nationen in diesem Krieg gegen den Terrorismus zu gewinnen. Wirtschaftliche und finanzielle Mittel, über die wir verfügen, müssen angewendet werden. Weitere Aktivitäten militärischer Natur könnten vielleicht erforderlich sein. Doch stellen unserer Ansicht nach die hier ausgeführten Schritte das Minimum des Notwendigen dar, wenn dieser Krieg wirkungsvoll geführt und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden soll.

Mit unserem Brief wollen wir Sie unserer Unterstützung versichern, das zu tun, was getan werden muss, um die Nation zum Sieg in diesem Kampf zu führen.

Herzliche Grüße ...

28. Strategiefreies Handeln. Israel/Palästina: Von Generälen, die auszogen, das Fürchten zu lernen

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:07

Die Dynamik der Gewalt in Israel/ Palästina erinnert auf frustrierende Weise an ein Perpetuum Mobile. Rituelle wechselseitige Schuldzuweisungen, die Unübersichtlichkeit der Situation selbst, die sträfliche Untätigkeit der US-Administration diesbezüglich sowie das strategiefreie Handeln beider Parteien verhindern bislang die Entwicklung einer politischen Perspektive zur Kanalisierung und Eindämmung des Konfliktes.

Im Laufe dieses Jahres hat die israelische Armee die palästinensischen Sicherheitsdienste im Westjordanland weitgehend zerschlagen und auch sonst sämtliche aus Oslo hervorgegangenen quasi-staatlichen palästinensischen Institutionen in Schutt und Asche gelegt. Seit der Offensive vom März dieses Jahres hat die israelische Armee ihr Besatzungsregime im Westjordanland komplett wieder aufgebaut. Im Unterschied zu den 1970er und 1980er Jahren aber haben PalästinenserInnen heute praktisch keinen Zugang zum israelischen Arbeitsmarkt und können sich auch innerhalb der besetzten Gebiete nur unter größten Schwierigkeiten bewegen. Der Alltag von 1,5 Millionen Menschen im Westjordanland ist zu einem kafkaesken Albtraum aus zahllosen Checkpoints und teilweise wochenlangen Ausgangssperren geworden. Der Gazastreifen, obwohl noch nicht von der israelischen Armee erobert, gleicht einem mit knapp einer Million Insassen völlig überfüllten und hermetisch abgeriegelten Gefängnis.

Gaza - ein überfülltes Gefängnis

Der Schrecken nächtlicher Bombardierungen und tagtäglicher Feuergefechte, die von der Armee überwiegend geduldeten Überfälle durch bewaffnete jüdische Siedler (vgl. Haaretz, 18.9.02), die flächendeckende Verarmung und dramatisch verschlechterte Versorgungslage, die willkürlichen Festnahmen und fortdauernden Enteignungen palästinensischen Landes dringen kaum in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit, weil die israelische Armee die besetzten Gebiete für JournalistInnen weitgehend gesperrt hat und zudem die palästinensischen Selbstmordattentate innerhalb Israels einen Großteil der Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Unterm Strich ist die Lage der PalästinenserInnen nach zwei Jahren Intifada ziemlich hoffnungslos. Die palästinensischen Institutionen sind schwach, das politische System durch interne Kämpfe gelähmt. Die palästinensische Verhandlungsposition ist heute deutlich schwächer als vor Beginn der Al-Aksa-Intifada.

Auf der Sitzung des palästinensischen Parlaments in Ramallah Anfang September kam es zu einem offenen Aufbegehren gegen die Administration unter Führung Arafats, dessen Vorschläge für eine Kabinettsumbildung kurzerhand abgelehnt wurden. Die Vorwürfe sind seit langem bekannt: Korruption, autokratischer Regierungsstil, das Übergewicht der Exekutive gegenüber Legislative und Judikative und vor allem das Versagen Arafats, die Al-Aksa-Intifada mit einer politischen Perspektive zu verbinden. Die von Arafat gebilligte bzw. geduldete Monopolisierung der Intifada seitens einiger bewaffneter Milizen und verdeckt operierender Organisationen ist eine Konsequenz aus der Knebelung und Gängelung zivilgesellschaftlicher Strukturen in der palästinensischen Gesellschaft während der Jahre des Oslo-Prozesses. Die vorgebliche Stärke der palästinensischen Administration war vor allem die Stärke ihrer repressiven Organe, die unter Billigung Israels weit über das im Rahmen der Oslo-Verträge ursprünglich vorgesehene Maß aufgeblasen wurden und lange Zeit tatsächlich die besten Garanten Israels für die Stabilität in den Autonomiegebieten waren. Die widersprüchliche Rolle der wichtigsten Sicherheitsdienste, etwa derjenigen von Jibril Rajoub (Westbank), Mohammad Dahlan (Gaza), aber auch des von Israel mittlerweile gejagten Tawfiq Tirawi (Westbank) im Laufe der Al-Aksa-Intifada hat deren Legitimität unter der palästinensischen Bevölkerung zusätzlich ausgehöhlt. (Amira Hass in Haaretz, 18.9.02) Vor diesem Hintergrund darf man gespannt sein, in welche Richtung sich die innerpalästinensische Reformdebatte in den nächsten Monaten bewegen wird.

Israelische Regierungsvertreter stellen all dies als Erfolg ihrer Politik der harten Hand gegenüber den PalästinenserInnen insgesamt und der gezielten Schwächung Arafats insbesondere dar. Die innerpalästinensische Reformdebatte existiert jedoch nicht wegen, sondern trotz der Besatzung. Bislang war Premierminister Sharon noch immer der beste Garant für das politische Überleben Arafats. So bemühte sich die israelische Regierung aktiv darum, die oben erwähnte Sitzung des palästinensischen Parlaments im Vorfeld zu verhindern, 14 Abgeordnete aus dem Gazastreifen konnten nicht nach Ramallah einreisen.

(Frankfurter Rundschau, 9.9.02) Nach den jüngsten Selbstmordattentaten innerhalb Israels zog die israelische Armee ihren Belagerungsring um Arafats Hauptquartier in Ramallah immer enger und zerstörte es innerhalb von elf Tagen fast vollständig. Dabei waren sich israelische Geheimdienstler darin einig, dass diese Anschläge auf das Konto des bewaffneten Untergrundes der Hamas gingen, der nicht Teil von Arafats Apparat ist und von ihm keine Unterstützung erhält.

Die Bilder der sich unter Arafats Augen wie Riesenameisen langsam durch das Mauerwerk fressenden Bulldozer bewirkten genau das Gegenteil dessen, was diese vorgaben zu tun: Weder wurden die wahren Schuldigen an den jüngsten Attentaten angegriffen, noch wurde Arafat geschwächt; ganz im Gegenteil, seine Position wurde dadurch zementiert. Fast schien es so, als führe Sharon hier bereits Wahlkampf gegen seinen innerparteilichen Herausforderer bei den kommenden Wahlen, Benjamin Netanjahu. Immerhin ist Arafat im Bewusstsein der meisten jüdischen Israelis das personifizierte Böse und grundsätzlich für alles Übel der gegenwärtigen Situation allein verantwortlich. Erst ein Machtwort aus Washington erzwang den Abbruch dieser Aktion.

Israels Wirtschaft in der Krise

Kurz zuvor hatte die Ermordung eines führenden Kommandeurs des bewaffneten Untergrundes der Hamas in Gaza, Saleh Shahade, für weltweite Empörung gesorgt, da bei der Ermordung Shahades beträchtliche "Kollateralschäden" zu beklagen waren: Zahlreiche unbeteiligte Zivilisten, Kinder inklusive, fielen dieser Aktion zum Opfer. Weiterhin wurde damit ein offenbar unter EU-Moderation ausgearbeitetes und praktisch unterschriftsreifes Abkommen zwischen verschiedenen bewaffneten palästinensischen Organisationen einschließlich Hamas verhindert, das ein Ende der Selbstmordattentate innerhalb des israelischen Kernlandes zum Ziel hatte. Tatsächlich hat Sharon während seiner gesamten Regierungszeit noch kein Wort darüber gesagt, wie er sich denn eine zukünftige politische Lösung des Konfliktes konkret vorstelle. Seine Politik beschränkt sich auf das Verhindern jedweder politischen Perspektive.

Die israelische Regierung erhofft sich die Entstehung einer moderaten palästinensischen Führung anstelle der jetzigen Administration, die Gewalt nicht als ein Mittel der Politik einsetzt und bereit wäre, eine israelischen Vorstellungen entsprechende politische Lösung des Konfliktes zu unterstützen. Diese Hoffnung ist freilich unbegründet. Eine zukünftige palästinensische Führung, die sich auf eine breite gesellschaftliche Unterstützung berufen könnte, würde in Verhandlungen mit Israel zwar pragmatisch vorgehen müssen (etwa in Bezug auf die Umsetzung des Rückkehrrechtes für die palästinensischen Flüchtlinge von 1948), in den meisten Bereichen jedoch weniger Kompromisse als die bisherige Administration eingehen, deren Machtposition auf einer möglichst servilen Haltung gegenüber israelischen Regierungen beruhte. Auch wenn Israel gegenwärtig alle Anstrengungen unternimmt, Widerstand gegen die Besatzung als palästinensische Variante eines weltweiten, antiwestlichen Terrornetzwerkes zu kriminalisieren, bleibt die Besatzung letztlich nicht verhandelbar. Sie gehört abgeschafft.

Man darf gespannt sein, wie der Prozess Marwan Barghoutis sich entwickeln wird, der vor einem zivilen israelischen Gerichtshof wegen seiner Rolle in der Al-Aksa-Intifada des Massenmordes angeklagt ist. Seine Verteidigung wird versuchen, die Illegitimität der Besatzung in den Vordergrund zu rücken und damit die Zuständigkeit eines israelischen Gerichtes in seinem Fall anzufechten. Barghouti ist nicht nur ein gewählter Abgeordneter des palästinensischen Parlaments, sondern ein eloquenter und im Umgang mit den Medien erfahrener Volkstribun, der zudem fließend hebräisch spricht. Es dürfte schwer sein, Barghouti daran zu hindern, die Bühne dieses Prozesses für seine eigenen Zwecke zu nutzen und Israel beträchtliche PR-Probleme zu bereiten. (vgl. Haaretz, 9.9.02)

Allerdings gehört auch Barghouti zu den Verfechtern eines gewaltsamen Abschüttelns der Besatzung. Angesichts der Misere des bewaffneten Kampfes gegen einen militärisch unschlagbaren Gegner richten sich in letzter Zeit immer mehr Hoffnungen auf ein Aufbäumen der palästinensischen Zivilgesellschaft. Auf vereinzelte organisierte Aktionen zivilen Ungehorsams, wie etwa das demonstrative Ignorieren der Ausgangssperre (in Nablus, Ramallah), hat die israelische Armee bislang besonnen reagiert. Was wird passieren, wenn solche Aktionen zu einem Massenphänomen werden?

Die israelische Politik folgt bereits seit den Jahren des Oslo-Prozesses keinem nachvollziehbaren Plan. Einerseits soll offensichtlich das Entstehen einer unabhängigen palästinensischen Staatlichkeit westlich des

Jordan verhindert werden, indem etwa eine von Israel unabhängige wirtschaftliche Entwicklung in den palästinensischen Autonomiegebieten von Israel sabotiert wird, ein palästinensischer Staat nach israelischen Vorstellungen über keine Armee verfügen darf und in der Außen- und Sicherheitspolitik eng mit Israel kooperieren soll. Das wäre das Modell eines Klientelstaates, eines von der israelischen Zentralmacht abhängigen Subsystems. Mit Arafat wäre eine solche Lösung zu haben gewesen.

Doch gleichzeitig verfolgen israelische Regierungen seit Abschluss der Oslo-Verträge eine Politik der physischen Trennung zwischen der jüdisch-israelischen und der palästinensischen Bevölkerung. So wurde der israelische Arbeitsmarkt für palästinensische Arbeitskräfte weitgehend gesperrt. In den besetzten Gebieten wurde eine komplette Infrastruktur ausschließlich für die jüdischen SiedlerInnen geschaffen, die von der palästinensischen Bevölkerung hermetisch abgeschirmt werden. Auf palästinensischer Seite ist im Laufe des letzten Jahrzehnts eine dramatische Verarmung breiter Schichten zu verzeichnen - und zunehmende Frustration über die spätestens seit der Ermordung Rabins im November 1995 sichtbare Stagnation bei der politischen Umsetzung der Verträge. Bleiben schließlich die jüdischen Siedlungen: Die Zahl der SiedlerInnen in den besetzten Gebieten hat sich seit dem Abschluss der Oslo-Verträge 1993 mehr als verdoppelt, die damit einhergehende Enteignung palästinensischen Bodens geht zu Lasten der Bewegungsfreiheit und der wirtschaftlichen Entwicklung der PalästinenserInnen. Die verschiedenen israelischen Regierungen haben offenbar stets den Weg des geringsten innenpolitischen Widerstandes gegen die Idee eines Ausgleichs zwischen Israelis und PalästinenserInnen gewählt. Diese kurzsichtige und allein auf die israelische Innenpolitik schielende Klientelpolitik hat die Bedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten konsequent und über Jahre ignoriert.

Bush leicht verärgert über Sharon

Wie lange noch werden israelische Regierungen sich auf diese Weise durchlavieren können? Die jetzige Regierung jedenfalls hat nicht mehr viel Zeit: Die wirtschaftliche Lage ist angespannt, der Binnenmarkt schrumpft, die Exporte sind in diesem Jahr um 15% gesunken, die Arbeitslosigkeit steigt (zur Zeit 10,8%), immer mehr jüdische Israelis leben am Rande der Armutsgrenze. Gleichzeitig steigen die Ausgaben für das Militär und den Ausbau der Siedlungen in den besetzten Gebieten. Der für Anfang nächsten Jahres geplante US-geführte Krieg gegen den Irak erfordert relative Ruhe im israelisch/palästinensischen Konflikt.
US-Präsident Bush war angeblich überaus verärgert über die Zerstörung von Arafats Hauptquartier durch die israelische Armee ausgerechnet zu der Zeit, da die USA um eine "harte" UN-Resolution in Sachen Irak kämpfen. Politischer Druck seitens der USA auf die Regierung Sharon kann aber die fragile Koalition Sharons innerhalb kürzester Zeit sprengen. Gelegenheit für eine solche Konfrontation zwischen Bush und Sharon könnte sich schon bald bieten: In den letzten Wochen mehren sich die Anzeichen für eine groß angelegte israelische Invasion des Gazastreifens. Eine solche Militäroffensive würde aller Voraussicht nach deutlich blutiger für beide Seiten verlaufen als die Eroberung der Westbank im Frühjahr.

Achim Rohde

29. Diskussion und Vernetzung. Europäisches Sozialform in Florenz in Vorbereitung

Europäisches Sozialforum in Florenz in Vorbereitung

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:14

Vom 7. bis 10. November werden sich Tausende Aktive aus sozialen Bewegungen und linken Initiativen in Florenz ein Stelldichein geben. Unter dem Motto "Ein anderes Europa ist möglich" wird im Kongresszentrum und an vielen anderen Orten der norditalienischen Stadt das erste Europäische Sozialforum (ESF) statt finden. Das Treffen verspricht die Vernetzung der europäischen Linken einen Schritt weiterzubringen.

Wie nicht anders zu erwarten, gibt es im Vorfeld des ESF reichlich kontroverse Diskussionen über den Charakter der Veranstaltung. Entlarven die einen den Konvent als "reformistisch", weil ihnen die Forderungen eines Großteils der vorbereitenden Gruppen zu zahm erscheinen, werden andere nicht müde, das ESF vom dämonisierten "Black Block" abzugrenzen. Wie auch immer: Die politische Bandbreite der in Florenz erwarteten Gruppen und Einzelpersonen verspricht in jedem Fall kontroverse Diskussionen. Wer einen Überblick über die Analysen und die politische Praxis eines erheblichen Teils der sich in Europa als "links" definierenden Strömungen gewinnen will, wird in Florenz viel zu tun haben.

Inhaltliche Schwerpunkte werden drei thematische Achsen bilden. Unter dem Stichwort "Liberalismus" soll die Europäische Union (EU) in der "Architektur der Weltmächte" untersucht werden. Dabei werden so unterschiedliche Aspekte wie die Rolle der EU im Nord-Süd-Geflecht, die Ausdehnung der EU nach Osteuropa, die private Ausbeutung gemeinschaftlicher Güter wie Luft und Wasser sowie die Deregulierung des Wohlfahrtstaates untersucht werden. Unter dem Titel "Krieg und Frieden" soll die Bedeutung Europas in der "neuen globalen Kriegsordnung", das Verhältnis der EU zu den USA und die Auswirkung der Kriegspolitik auf die Verschärfung der sicherheitsstaatlichen Repression nach innen debattiert werden. Den dritten Schwerpunkt bildet der Bereich "Rechte, Demokratie und Staatsangehörigkeit". Dabei geht es unter anderem um die extreme Rechte, die Politik der sozialen Ungleichheit und des Ausschlusses, Geschlechterbeziehungen und Europa als Festung gegen MigrantInnen.

Wirft man einen Blick auf das beinahe unüberschaubare Programm, wird deutlich, dass diese thematischen Schwerpunkte aus den unterschiedlichsten Perspektiven diskutiert werden sollen. Die Spannbreite der Gruppen, die Workshops anbieten, reicht von der Grünnahen Heinrich Böll Stiftung bis zu Politsekten wie Linksruck, von Gewerkschaftsverbänden aus Italien bis zum Theodorakis-Chor. Dazwischen mischen sich so verschiedene Initiativen wie die baskische Internationalismusgruppe Askapena, die deutsche Hilfsorganisation medico international, schwul-lesische Initiativen, Indymedia Israel/Palästina, das Münchner Bündnis gegen die Sicherheitstagung und natürlich Attac. In einem "autonomen" Forum, das nicht offizieller Bestandteil des ESF sein wird, werden außerdem linksradikale Basisgruppen präsent sein.

Genügend Stoff für Kontroversen

Das in diesem Jahr erstmals organisierte ESF ist Ausdruck der "Antiglobalisierungsbewegung", die seit einigen Jahren Protest gegen die Auswirkungen der Durchsetzung eines deregulierten Kapitalismus auf die Straße trägt. Während diese Bewegung in Deutschland eher blutleer ist und über nur wenig soziale Basis verfügt, konnten linke Organisationen und Gewerkschaften insbesondere in Italien und Spanien in den vergangenen Monaten immer wieder Hunderttausende zu Demonstrationen und Streiks mobilisieren. Dementsprechend große Aufmerksamkeit erregt das ESF in der italienischen Öffentlichkeit.

Das ESF folgt als kontinentales Forum auf zwei Treffen eines Weltsozialforums, die in den vergangenen zwei Jahren in Porto Alegre in Brasilien stattgefunden haben. Dort haben sich im Januar 2002 und 2001 jeweils Zehntausende Aktive aus Basisbewegungen, Nichtregierungsorganisationen und linken Organisationen versammelt. Das nächste Weltsozialforum wird vom 23. bis 28. Januar 2003 wieder in Porto Alegre stattfinden. Für 2004 ist Hyderabad in Indien als Austragungsort im Gespräch.

Im eigenen Selbstverständnis bieten die Sozialforen einen Raum " zu Austausch und Diskussion und die Möglichkeit zur internationalen Vernetzung und Koordinierung. Die weltweite Bewegung hat sich das Ziel

gesetzt, sozial und ökologisch nachhaltige Strategien und Alternativen zur weltweiten neoliberalen Liberalisierung und dem Primat ökonomischer Verwertung zu entwickeln." Dabei entstand in den vergangenen Jahren eine Vernetzung, die noch vor kurzer Zeit kaum denkbar gewesen wäre. An Vorbereitung und Durchführung der Treffen waren gleichermaßen Gruppen der marxistischen Linken, kirchliche Basisgruppen, WissenschaftlerInnen und sozialen Bewegungen beteiligt.

Während dieses Zusammenspiel im Selbstverständnis der Initiatoren für fruchtbar gehalten wird, mehrt sich andererseits die Kritik an der Funktionsweise der Vorbereitungsstrukturen. Aktive aus kleineren Gruppen beklagen sich über die Dominanz finanzstarker Organisationen. Ein latenter Konflikt ist auch die Frage, ob und in welcher Weise Parteien als teilnehmende Organisationen zugelassen sein sollen. Über allem stehen Konflikte über die generelle Ausrichtung. Geht es um eine "Re-Regulation" des Kapitalismus, wie Attac propagiert oder um Systemopposition und die Überwindung des Kapitalismus, wie die radikalen Linken fordern? Stellt die EU ein Projekt dar, das im Sinne einer Politik des globalen sozialen Ausgleichs und eines politischen Multilateralismus gegen imperiale Ansprüche der USA in Stellung gebracht werden kann, oder ist die EU lediglich ein konkurrierender imperialer Gegner der USA?

Boris Kanzleiter

Noch kann man sich für das ESF anmelden. Informationen finden sich auf der deutschsprachigen Homepage www.dsf-gsf.org

30. Fast ein Nachruf. Die DKP kämpft ums Überleben ihres Zentralorgans

Autor: Henning Böke · Rubrik: Medien; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:01

ak-LeserInnen wissen: Was sie in Händen halten, hieß früher Arbeiterkampf - Zeitung des Kommunistischen Bundes. Der KB ist Geschichte, die Zeitung existiert weiter. Die DKP muss nun fürchten, dass ihr das Gegenteil passieren könnte: Die Partei beginnt sich ganz allmählich wieder aufzurappeln, das Schicksal der UZ (Unsere Zeit) jedoch hängt am seidenen Faden.

In der 70er und 80er Jahren, als die Springquellen des realsozialistischen Reichtums aus der DDR flossen, stellte die UZ - nach ihren Anfängen als Wochenzeitung - täglich die Sicht der DKP und ihrer ruhmreichen Bruderparteien auf das Weltgeschehen dar. Vielen DKP-Mitgliedern war sie stets eher peinlich, als ihr interessantester Bestandteil galt die DDR-Sportberichterstattung. 1986 verursachte die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl das größte inhaltliche Debakel des Parteiblatts, als die UZ im Laufe mehrerer Tage verlegen herumdrucksend die Tatsachen eingestand, die der westlichen Öffentlichkeit längst bekannt waren.

Kosmetische Korrekturen am alten Weltbild

Als nach dem Fall der Mauer der Geldsegen von Schalck-Golodkowski ausfiel und die DKP rapide zusammenschrumpfte, musste die UZ sich mit 14-tägigem Erscheinen begnügen, brachte es dann jedoch wieder zur Wochenzeitung. Nun ist eine ihre Existenz gefährdende Finanzkrise ausgebrochen, die die Partei durch eine gewaltige Mobilisierung zu Spenden und Darlehen zu meistern versucht. Als Ursache für die Misere werden unter anderem in großem Umfang unbezahlte Abonnementsrechnungen angeführt.

"Inzwischen leicht besser als ihr Ruf" nannte der der DKP treu gebliebene Georg Fülberth die UZ mit dem ihm eigenen Sarkasmus 1992. In den letzten Jahren gab es sachte und zaghafte Ansätze zu einer Öffnung, das Blatt machte einen sehr durchwachsenen Eindruck: Neben interessanten und informativen Artikeln - von denen etliche aus parteifremden Quellen stammten - standen Fortsetzungen der alten realsozialistischen Hofberichterstattung. Dabei kam es immer wieder zu ausgesprochenen "Knüllern", die bewirkten, dass linke Kreise außerhalb des Parteiumfelds sich wenn überhaupt, dann mit Häme auf die UZ bezogen. Innerparteiliche Konflikte wie der Streit um den Ende 1998 offensichtlich gewordenen Antisemitismus in der russischen "Bruderpartei" KPRF, der nach einem besorgten Brief des Parteivorsitzenden Heinz Stehr an Gennadi Sjuganow zum wütenden Rücktritt seiner damaligen Stellvertreterin Bruni Steiniger führte, wurden in einem sterilen Parteikauderwelsch verklausuliert dargestellt - obwohl sie den Mitgliedern der Partei bekannt sind und heftige Debatten auslösen. Kommentarlos wurde einmal eine Erklärung der Botschaft Nordkoreas wiedergegeben, die jeden Kontakt zu faschistischen Kräften bestritt - dummerweise dokumentierte zur gleichen Zeit das NPD-Organ Deutsche Stimme mit Bild den Empfang einer Nazidelegation durch nordkoreanische Diplomaten. Ein unvergessliches "Highlight" im negativen Sinne stellte auch die völlig durchgedrehte Berichterstattung zum Machtwechsel in Jugoslawien im Herbst 2000 dar.

Undogmatische und kritische Artikel, die es durchaus ab und zu auch gab, riefen meist empörte LeserInnenbriefe vor allem aus dem Osten hervor, in denen dauernd erklärt wird, wie eine wahrhaft marxistisch-leninistische Zeitung auszusehen hat. Hier wird das politische Problem deutlich: Der streng orthodoxe Flügel ist in der DKP eine Minderheit, die die von der Parteiführung um Heinz Stehr und Nina Hager betriebene vorsichtige Entdogmatisierung als "Revisionismus" verteufelt. Die kosmetischen Korrekturen der Mehrheitsströmung am alten Weltbild genügen aber nicht, um die Partei und ihre Zeitung für ein breiteres Spektrum der Linken interessant zu machen. Die Mehrheit mit ihrer "weicheren" Variante des KP-Traditionalismus scheut eine offensive Auseinandersetzung mit den dogmatischen Plagegeistern, weil sie damit ihre eigenen Legitimationsgrundlagen untergraben würde.

Gerade im Bereich der internationalen Berichterstattung sind die Kapazitäten der DKP und ihres engeren SympathisantInnenumfelds sehr begrenzt. Mangels Konkurrenz kann beispielsweise der heute parteilose ehemalige Italienkorrespondent des Neuen Deutschland, Gerhard Feldbauer, als "Italien-Experte" in der UZ eine Fortsetzung seines alten DDR-Journalismus betreiben. Seine grotesk verdrehten, vor offener Fälschung von Zitaten nicht zurückschreckenden Darstellungen zum Strömungsstreit in der Rifondazione Comunista etwa

stoßen durchaus auf den Unwillen der Redaktion. Eine Alternative könnte nur darin bestehen, die Zeitung konsequent für kompetente AutorInnen ohne doktrinäre Scheuklappen, auch über das traditionelle Parteiumfeld hinaus, zu öffnen. Das ist den MacherInnen der UZ schon bewusst, aber es scheint momentan in der DKP politisch nicht durchsetzbar - die Angst der Mehrheit vor dem Verlust der angestammten ideologischen "Identität" dürfte noch schwerer wiegen als das Gemecker der orthodoxen Opposition.

Im Sinne Lenins soll eine Parteizeitung als "kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator" auf die "Massen" einwirken. Organisationszeitungen, die dieses Prinzip befolgen, wie etwa die Rote Fahne der MLPD, das gleichnamige Organ der (Ost-)KPD oder auch die Linksruck-Zeitung sind heute im linken Blätterwald aber gerade diejenigen, die außerhalb einer eng umgrenzten Klientel niemanden interessieren. Die als "Massenzeitungen" konzipierten Blätter haben tatsächlich die kleinste StammleserInnenschaft. Dagegen haben sich ehemalige Organisationszeitungen wie ak oder SoZ als angesehene pluralistische Debattenorgane - natürlich stets auf Spenden angewiesen - etablieren können.

In der DKP aber ist kein Konzept in Sicht, mit dem sich eine interessante Zeitung für ein breites Publikum in den die Veränderung der Gesellschaft im emanzipativen und sozialistischen Sinne anstrebenden Bewegungen machen ließe. Dieses Problem wird auch dann bestehen bleiben, wenn es gelingen sollte, den Zusammenbruch der UZ einstweilen noch einmal abzuwenden.

Henning Böke

31. "Eine Kontaminierung des Andenkens". Ein Gespräch mit Moshe Zuckermann zu den Holocaust-Debatten in Israel und Deutschland

Ein Gespräch mit Moshe Zuckermann über die Holocaust-Debatten in Israel und in Deutschland

Autor: Interview: Tom Binger · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Diskussion; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:30

Ein Gespräch mit Moshe Zuckermann über

die Holocaust-Debatten in Israel und in Deutschland

In der sich immer stärker polarisierenden aktuellen bundesdeutschen Debatte über den Israel-Palästina-Konflikt, spielt der Rekurs auf den Holocaust eine zentrale Rolle. Die Virulenz dieser Verknüpfung zeigt sich nicht nur an Jamal Karslis unsäglichem Vergleich der aktuellen israelischen Politik mit den Methoden der Nationalsozialisten und an Jürgen Möllemanns antisemitischer Kampagne gegen Ariel Sharon und Michel Friedmann, auch in den erbitterten Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Linken um eine Positionierung zum Nah-Ost-Konflikt geht es letztlich immer auch um die "Lehren" aus der Geschichte des Nationalsozialismus und der Shoah. Nur vor diesem Hintergrund sind die Heftigkeit der Kontroverse und die häufig polemischen Übertreibungen erklärbar. Der eigentliche Krieg im Nahen Osten und die realen Verhältnisse in Israel und Palästina verkommen dabei des Öfteren zur reinen Projektionsfläche innerlinker Grabenkriege und spezifisch deutscher Befindlichkeiten.

Der israelische Historiker Moshe Zuckermann setzt sich in seinem 1998 in Deutschland erschienenen Buch "Zweierlei Holocaust" mit der Rolle des Holocaust-Diskurses in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands auseinander. In der Degradierung des Holocaust zu einer politischen Allzweckwaffe sieht Zuckermann eine Kontaminierung des Andenkens an die Opfer der Shoah. Mit Moshe Zuckermann sprach Tom Binger.

ak: In Ihrem Buch "Zweierlei Holocaust" wenden Sie sich gegen jede Art der politischen Instrumentalisierung und kulturindustriellen Verdinglichung des Holocaust, welche die eigentliche Erinnerung an die Shoah zu verdrängen droht. Was meinen Sie, wenn Sie davon sprechen, der Holocaust sei zu einem Mythos geronnen?

Moshe Zuckermann: Es ist immer so, dass ein historisches Ereignis im Gedenken des jeweiligen Kollektivs für das dieses Ereignis von Relevanz war - im Falle des Holocaust natürlich in erster Linie für das jüdische Volk und die Juden in Israel - vereinnahmt wird. Es gibt also kein Denken über die Vergangenheit, das nicht instrumentalisiert wäre. Die einzigen Fragen, die zu stellen sind, lauten: Mit welcher Absicht wird instrumentalisiert? Und wie kann unter Umständen ein Ereignis so entstellt werden, dass es etwas von seinem Wesen verliert?

In der politischen Kultur Israels, also im Zionismus, gab es das Grundpostulat der Negation der Diaspora. Das Exilleben der Juden sollte durch die Gründung des israelischen Staates und durch die zionistische Bewegung aufgehoben werden. Schon zu Beginn des Zionismus, am Ende des 19. Jahrhunderts, wurde das Exil-Dasein der Juden als degeneriert, unwehrhaft und unproduktiv begriffen. In diesem Kontext bekam dann der Holocaust 50 Jahre später eine teleologische Bedeutung. Er wurde sozusagen zum schlagenden Argument des Zionismus. Der Holocaust erbrachte den allerletzten Beweis, dass Juden in der Diaspora nicht leben können.

Was da von Seiten des Staates als Argument vereinnahmt wurde, manifestierte sich dann im alltäglichen Leben der Juden in Israel und in der Auffassung des Holocaust ganz anders. Die Holocaust-Überlebenden in Israel entsprachen überhaupt nicht dem staatlich propagierten Bild des neuen und wehrhaften Juden. Diese Diskrepanz machte die Begegnung zwischen Holocaust-Überlebenden und dem neuen Israel sehr problematisch.

Das Argument des Holocaust wurde dann auch in andere Felder transportiert. So sah sich Israel in der Sicherheitspolitik dazu legitimiert, alles zu tun, damit den Juden so etwas nie wieder passiert. Als sich die israelische Sicherheitspolitik mit der Okkupation von 1967 als repressiv erwies, trat der paradoxe Zustand ein, dass die gegenüber den Juden begangene Repression zum Argument einer neuen Repression gegenüber den Palästinensern wurde. Darin sehe ich, als jemand, der aus einer Überlebenden-Familie stammt, eine regelrechte Kontaminierung des Andenkens an die Opfer des Holocaust. Für mich ist es moralisch unerträglich, im Namen der Opfer neue Opfer zu schaffen.

Gegenüber diesen instrumentellen Ausformungen des Holocaust-Diskurses betonen Sie die universelle Bedeutung der Shoah als Zivilisationsbruch. Worin besteht in Ihren Augen das "Wesen des Holocaust"?

Der Holocaust ist zwar zunächst einmal ein jüdisches Ereignis gewesen, weil die Hauptopfer des Holocaust Juden waren. Von daher lässt sich auch die Verbindung zu Israel, als dem zionistischen Judenstaat, herstellen. Aber ich meine in der Tat auch, dass der Holocaust ein weltgeschichtliches Ereignis darstellt. Dass in ihm etwas angelegt ist, das von den Hauptprotagonisten der Frankfurter Schule - allen voran Theodor Adorno - als eine Gesamttendenz der Menschheit dargestellt wurde, die dann in dem ultimativen Repressionszustand von Auschwitz ihren Höhepunkt erfährt. Die repressive Dialektik der Aufklärung, die Entindividualisierung des Individuums, die Exemplarwerdung des Menschen kulminiert in Auschwitz. Das Individuum verliert mit seinem Tod dort auch noch das Allerprivateste. Sein Tod wird zum Massenphänomen, er wird anonymisiert und am Exemplar einer "vernichtungswürdigen Kategorie" exekutiert. Auf dieser Ebene kommt in Auschwitz eine jahrtausendealte Gesamttendenz zum Ausdruck. Als Folge einer fehlgeleiteten Aufklärung eskaliert diese Tendenz dann in Europa und insbesondere in Deutschland.

Eine Universalisierung des Holocaust-Gedenkens würde jetzt in politisch-ideologischer Hinsicht bedeuten, dass man nicht nur "Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Krieg!" sagt, sondern auch "Nie wieder Opfer!". Das "Opfer im Stande seines Opferseins" ist das zu Erinnernde. Und genau das muss sich in politischen Aktivitäten, in sozialen Praktiken und kulturellen Selbstverständnissen umsetzen.

Aber genau dieses authentische Erinnern an die Opfer erscheint in Ihren Augen in Israel nicht gelungen zu sein. Sie sprechen provokativ davon, dass Israel nie dazu in der Lage gewesen sei, "die Opfer im Stande ihres Opferseins zu erinnern" und prägen in diesem Zusammenhang den Begriff von einer "Zionisierung des Holocaust".

Das "Opfer im Stande seines Opferseins" muss man in Auschwitz verstehen als das total ohnmächtig gewordene Subjekt. Das war für viele in Israel geborene und lebende Menschen einfach unerträglich. Gerade weil der Zionismus den neuen Juden propagierte, der wehrhaft, gesund und produktiv sein sollte und als Soldat dazu fähig, sein eigenes Leben zu verteidigen, also den so genannten "Muskeljuden", wie er in der zionistischen Ideologie genannt wurde. Gerade weil das im neugegründeten Staat angestrebt wurde, war natürlich die emphatische, die mitfühlende und nachvollziehende Auseinandersetzung mit der totalen Ohnmacht der Opfer den Menschen nicht gegeben. Die berühmte Frage der nachkommenden Generationen war: "Wie konntet ihr euch bloß wie Vieh auf die Schlachtbank führen lassen?" Ohne dass sie im Geringsten begriffen, was eigentlich die Zustände in Auschwitz, Treblinka und Majdanek gewesen waren.

Dazu kam dann im Zionismus noch eine partikulare Sichtweise, die Israel als die historische Antwort auf dieses weltgeschichtliche Ereignis begriff. Das mag zum einen wahr sein: Israel ist in der Tat in einem nicht geringen Maße nur in der Folge von Auschwitz zu verstehen. Zum anderen ist es natürlich auch ein Problem: denn wenn der Zivilisationsbruch des Holocaust sozusagen mit dem Partikularereignis jüdischer Staat abgehandelt wird, dann wird ein universales Moment, aus dem wir auch eine universale Schlussfolgerung ziehen sollten, zu einem partikularen Element einer Staatsgründung, die selber bestimmte Unterdrückungsmechanismen enthält. Ich meine das ohne jede Parallelisierung. Die idiotische Propaganda, dass Israel heute ein Auschwitz in den besetzten Gebieten vollführt, ist natürlich nicht nur hanebüchen, sondern bösartigster Antisemitismus.

Dass aber mit der Gründung Israels das Universalproblem Shoah gelöst werden soll, scheint mir in der Tat ein Ding der Unmöglichkeit. Entgegen dem von der Ideologie des Zionismus angebotenen Meta-Narrativ haben sich in den letzten zehn Jahren die Holocaust-Diskurse in Israel ziemlich parzelliert und fragmentiert. Aschkenasische Juden denken über den Holocaust anders als orientalische Juden, Leute der zweiten Generation denken anders darüber als Leute aus der ersten Generation, orthodoxe Juden haben einen ganz

anderen Holocaust-Diskurs als säkulare Juden, die in Israel lebenden Araber einen ganz anderen als die Juden.

Welche Rolle spielt in Israel der Bezug auf den Holocaust in der ausweglos erscheinenden aktuellen Gewalt-Eskalation zwischen Israel und den Palästinensern?

In der aktuellen Konfliktlage spielt der Holocaust in Israel keine besondere Rolle, verglichen mit dem, was man aus manchen deutschen linken Kreisen hört, wo man glaubt, dass Israel in seiner Existenz gefährdet sei, was ich absolut bestreiten würde. Die momentane Intifada der Palästinenser und das Vorgehen Israels dagegen hat nicht unmittelbar etwas mit dem Holocaust zu tun.

Im Gegensatz dazu, hat zur Zeit des zweiten Golfkrieges 1990/91 der Holocaust eine wichtige ideologische Rolle in der Wahrnehmung eines großen Teils der israelischen Bevölkerung gespielt. Die damalige Diskussion drehte sich vor allem um das deutsche Gas, das an Saddam Hussein geliefert worden war; den mitten in der Nacht aus dem Nichts kommenden Langstreckenraketen, die in Tel Aviv landeten; und der damit einhergehenden Anordnung, sich in verschlossenen, abgedichteten Zimmern aufzuhalten, um sich vor eventuellen biologischen oder chemischen Kampfstoffen zu schützen. Die Vorstellung, dass wieder deutsches Gas jüdisches Leben auslöscht, rief wildeste Assoziationen hervor, die dann für mehrere Wochen eine Rhetorik zeitigten, an der man genau sehen konnte, wie in diesen Extremsituationen Ängste an die Oberfläche gelangen. Diese Angstzustände sind natürlich als authentisch zu begreifen, obwohl sie sich auf der anderen Seite in ihrer Ideologisierung, also in dem Versuch, das mit dem Holocaust zu parallelisieren, dem eigentlichen Geschichtsereignis entfremden.

Im aktuellen politischen Diskurs in Israel spielt diese Parallele keine große Rolle. Es gab vereinzelte Versuche, Selbstmordattentate der Palästinenser mit der Shoah zu vergleichen. Ich halte das für eine Idiotie, die auch in Israel ziemlich schnell abgewürgt wurde.

Der Holocaust taucht aber da auf, wo Sharon jede Kritik am israelischen Vorgehen aus Europa als antisemitisch apostrophiert und darüber hinaus noch meint, wenn er eine solche Kritik höre, dann könne er sich gut vorstellen, wie der Holocaust zu Stande gekommen sei. Hier haben wir es mit dem sehr prekären Zustand zu tun, dass der israelische Ministerpräsident einfach nicht weiß, was er redet. Diese von Sharon geschaffene Parallele kann nur einen politisch-ideologischen Charakter haben und hat mit dem Holocaust-Gedenken nichts zu tun.

Haben Sie mit Ihrer radikalen Kritik am israelischen Holocaust-Diskurs nicht Angst, gerade in Deutschland Beifall aus der falschen Ecke zu bekommen? Wie schützen Sie sich vor einer Vereinnahmung ihrer Kritik für einen geschichstrevisionistischen Diskurs à la Walser oder Möllemann, dem es um eine Entsorgung der deutschen Vergangenheit geht?

Diese Gefahr bestand von Anfang an. Als Mitte der neunziger Jahre mein Buch über den Golfkrieg und den Holocaust-Code in Hebräisch erschien, hatte ich große Skrupel, das in Deutschland zu veröffentlichen. Ich bin dann eines Besseren belehrt worden und habe "Zweierlei Holocaust" für Deutschland geschrieben.

Ich glaube nicht, dass ein Möllemann oder ein Walser sich auf mich berufen können. In meinem auf "Zweierlei Holocaust" folgenden Buch, "Gedenken und Kulturindustrie" wurde Walser dann auch ziemlich demontiert und der Nachweis erbracht, dass der Mann ein antisemitisches Ressentiment mit sich trägt. Ich kannte damals noch nicht seinen Roman "Tod eines Kritikers", der den endgültigen Beweis für dieses Ressentiment liefert. Aber seine Rede 1998 in der Paulskirche in Frankfurt sprach bereits für sich. Niemand, der noch etwas Gehirn im Kopf hat, wird mich also mit Walser oder Möllemann in Verbindung bringen.

Dass alles, was man sagt, instrumentalisiert werden kann, dass man Beifall aus der falschen Ecke kriegen kann, bedeutet nur, dass man dagegen immer wieder politisch und ideologiekritisch angehen muss. Ich habe mit Walser und mit Möllemann und mit einigen anderen deutschen Konsorten nichts zu schaffen. Sie sind, ganz im Gegenteil, Objekt meiner Kritik.

Das Problem besteht im Moment eher in dem so genannten linken politischen Diskurs. Dort wird aus einer Position, die meines Erachtens auf eine unreflektierte Art pro-israelisch ist, und aus einer Gegenposition, die versucht dieses anzugehen, ein rein innerdeutscher Diskurs mit deutschen Befindlichkeiten. In diesem Diskurs werden Israel, die Shoah und die Juden nur noch zur Projektionsfläche für irgendwelche innerdeutschen

Positionierungen. Das ist schon wieder ein Extraproblem. Auch damit habe ich nichts zu schaffen. Man tut Israel oder dem, was ich als das israelische Interesse bezeichnen würde, keinen Gefallen, indem man es a priori und obsessiv absegnet. Die Solidarität mit Israel muss auch im Interesse Israels sein. Eine Solidarität, die meint, jetzt Sharon absegnen zu müssen, wo ich davon überzeugt bin, dass er als Premier für die israelische Politik großen Schaden anrichtet, ist nicht sehr hilfreich.

Gibt es neben der von Ihnen kritisierten partikularen Rezeption des Holocaust in Israel, in Deutschland nicht genau die entgegengesetzte Tendenz, den Holocaust zu universalisieren, um von der deutschen Schuld und den jüdischen Opfern abzulenken? Meinen Sie diese gegenläufigen Diskurse im "Land der Täter" und im "Land der Opfer", wenn Sie in Bezug auf die Debatten in Israel und in Deutschland von "Zweierlei Holocaust" sprechen?

Das habe ich so in "Zweierlei Holocaust" noch nicht aufgenommen, aber ich stimme Ihnen zu, dass die Instrumentalisierung in Israel und in Deutschland gegenläufig ist. Während ich Israel eher - wenn ich das jetzt auf ein Schlagwort bringen darf - die Universalisierung empfehlen würde, um die Holocaust-Erinnerung emanzipativ zu denken, würde ich in Deutschland genau das Umgekehrte empfehlen. Ein wenig mehr Partikularisierung des Holocaust und vor allem die Konkretisierung dessen, womit wir es zu tun haben.

Der Holocaust war zwar auch der Holocaust von anderen Opfergruppen, wie den "Zigeunern", den Homosexuellen oder vor allem in der Anfangsphase auch den Kommunisten. Der Holocaust war aber trotz dieser relevanten Kategorien in der ideologischen Ausrichtung nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ zunächst einmal und vor allem der Holocaust gegen die Juden. Das sollten Leute, die hier großartig die Universalisierung in den Mund nehmen, mit bedenken. Sie sollten sich immer auch überlegen, ob ihre Motivation, warum sie etwas universalisieren wollen, nicht damit zusammenhängt, dass sie hier etwas entsorgen oder vielleicht sogar entschulden wollen. Wie überhaupt die Vereinnahmung der von Israel in der Westbank begangenen Taten, um damit den Holocaust zu relativieren oder die deutsche historische Schuld zu entsorgen, für mich eine ideologische Untat ist. Das Eine hat mit dem Anderen gar nichts zu tun.

Wenn man ideologiekritisch vorgeht, muss man also die Holocaust-Debatten kontextgebunden betrachten. Israel sollte das partikulare Moment dahingehend universalisieren, dass das Andenken emanzipativ in Richtung einer Politik ohne Opfer gewendet wird. Und Deutschland sollte, wenn es die Vergangenheit "verarbeiten" will, wie es im Deutschen so schön heißt, sich mit dem konkreten historischen Tatbestand eines jüdischen Holocaust auseinander setzen.

Am Schluss möchte ich über die Bedeutung der Shoah für linke Politik und linke Utopien sprechen. Wie kann aus einer Vergangenheit, die sich mit Walter Benjamins "Engel der Geschichte" als eine Abfolge von Katastrophen darstellt und die in Auschwitz ihren vorläufigen Kulminationspunkt erreicht hat, noch ein Maßstab für eine bessere Zukunft gewonnen werden? Hat die Shoah nicht mit der Möglichkeit einer positiven Bezugnahme auf das Konzept des geschichtlichen Fortschritts auch die Hoffnung auf ein emanzipatorisches Projekt der Linken auf Dauer zerstört?

Nein. Dem würde ich auf jeden Fall widersprechen. Und ich bin da ganz Adorno-Schüler, der zwar in großer Verzweifelung den Spruch tat, nach Auschwitz sei alle Kultur Müll, da sie nicht dazu fähig war, den Rückfall in die Barbarei zu verhindern. Trotz dieser großen düsteren Bilder aus der "Dialektik der Aufklärung" und später aus der "Negativen Dialektik" hat Adorno das emanzipatorische Projekt aber nie aufgegeben. Da ist zunächst einmal sein berühmtes Postulat, das wir in der "Negativen Dialektik" finden: "Hitler hat den Menschen im Stande seiner Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: Sein Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz und alles was ihm ähnelt sich nicht wiederhole". Ich glaube, das ist eine regulative Idee, die besagt, man muss Handeln und Denken so einrichten, dass Strukturen, die Auschwitz gezeitigt haben, aus der Welt geschaffen werden. An anderer Stelle sagt Adorno, dass diese Strukturen heute zwar nicht mehr so sichtbar sind, die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die Auschwitz ermöglicht haben, sind aber keineswegs beseitigt. Von daher muss auf diese Zustände ein besonderes Auge geworfen werden.

Ich gebe jetzt einmal ein Beispiel, ohne es in direkten Bezug zur Shoah zu stellen: Seit Mitte des 20. Jahrhunderts sind wir - was die Produktionsmittel und die Fähigkeiten zur ökonomischen Versorgung der Menschheit angeht - auf den Stand gebracht, dass es keinen objektiven Grund für den Hungertod auch nur eines einzigen Menschen auf der Welt gibt. Es ist heute die Technologie da, um genügend Nahrung für alle

Menschen auf der Welt zu produzieren. Die Tatsache, dass aber dennoch nach UN-Statistik jedes Jahr zwischen 20 und 25 Millionen Menschen an Hunger sterben, besagt, dass der Gesamtzustand der tendenziell dazu führt, dass Menschen durch ein eingesetztes System vernichtet werden, noch nicht aus der Welt geschaffen ist.

Es gibt kein linkes Denken ohne Emanzipation, und es gibt keine Emanzipation, ohne den Versuch die Gesellschaft dahingehend - früher haben wir gesagt zu revolutionieren - heute würde ich sagen umzustrukturieren, dass so etwas nicht mehr möglich ist. Auf keinen Fall würde ich aus dem Denken, das sich mit Auschwitz beschäftigt, eine depressive, pessimistische Vision ableiten. Auschwitz war ein Fanal der Geschichte, war eine Zeichensetzung der Geschichte, war ein katastrophischer Einbruch in eine bestimmte Entwicklung der Geschichte. Aber alles was geschichtlich ist, kann auch geschichtlich überwunden werden und darin begründet sich mein unverbrüchlicher Glauben an den Menschen.

Publikationen von Moshe Zuckermann:

Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands, Göttingen 1998.

Gedenken und Kulturindustrie. Ein Essay zur neuen deutschen Normalität, Berlin und Bodenheim 1999.

Holocaust-Rezeption und der Israel-Palästina-Konflikt. Dokumentation eines Seminars mit Moshe Zuckermann, Juni 2002. Hrsg: blätter des iz3w.

Kunst und Publikum. Das Kunstwerk im Zeitalter seiner gesellschaftlichen Hintergehbarkeit. Göttingen 2002.

Zur Person:

Moshe Zuckermann wurde 1949 in Tel Aviv als Kind jüdischer Auschwitz-Überlebender geboren. Nachdem seine Eltern aus ökonomischen Zwängen heraus 1960 nach Deutschland zurückkehrten, wuchs er bis 1970 in Frankfurt a.M. auf. Dort kam er zur Zeit der Studentenrevolte als junger Gymnasiast in Kontakt mit den Protagonisten der Kritischen Theorie, insbesondere mit Theodor W. Adorno. Nach seiner Rückkehr nach Israel studierte er Soziologie, Politologie und Geschichte an der Universität Tel Aviv. Er promovierte 1987 in deutscher Geschichte. Seit 1990 lehrt Moshe Zuckermann am Cohn Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas an der Universität Tel Aviv. Seit 2000 ist er dort auch Direktor des Instituts für deutsche Geschichte. Moshe Zuckermann hat sich in zahlreichen Publikationen in hebräisch und deutsch mit Fragen der Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Deutschland und in Israel beschäftigt. In beiden Ländern hat er sich immer wieder mit provokativen Positionen in politische Debatten eingemischt. Zum Verhältnis der deutschen Linken zu Israel und zu den aktuellen Kontroversen zum Nah-Ost-Konflikt, erscheint demnächst im Konkret-Verlag die Dokumentation eines Streitgesprächs zwischen Moshe Zuckermann, Hermann Gremliza, Thomas Ebermann und Volker Weiss.

32. Our CD is always PC. Das neue Album von Chumbawamba sorgt für Irritationen

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:23

Von POPulärer Musik kann man lernen. Etwa, dass der Begriff des Streiks von Seeleuten stammt, die immer dann, wenn es mit der Admiralität etwas auszufechten galt, die Segel runter ließen: "Strike the sails" hieß es dann. Mit diesen und vielen anderen aufklärerischen Hinweisen tourte Chumbawamba gerade durch Deutschland und präsentierte die neue CD Readymades, auf dessen Cover das Selbstporträt von John Heartfield prangt.

Angesichts der zahlreichen politischen Aktivitäten, in denen die aus Leeds stammenden acht MusikerInnen ihre Finger drin haben, ist man - gerade in dieser Zeitung - versucht, sich vor allem damit zu befassen. Zum Beispiel damit, dass Chumbawamba aus den Erlösen für die Verwendung ihrer Songs für Werbespots GlobalisierungskritikerInnen und andere Initiativen unterstützen. Derartige Werbegeschäfte haben aber Grenzen: Als General Electric für 750.000 US-Dollar den Megahit Tubthumber für eine Röntgenmaschinenwerbung kaufen wollte, lehnte die Band ab, da GE u.a. Maschinen für Militärflugzeuge produziert und damit Beihilfe für die Bombardierungen in Afghanistan leistete.

Oder dass sie 1998 dem damaligen Vizepremier der britischen Regierung, John Prescott, im Rahmen des Brit Awards einen Kübel kaltes Wasser über die Birne gossen. Damit zeigten sie ihren Protest gegen die Labour-Regierung, die den Streik der Liverpool-Dockers nicht unterstützte, sondern den Kurs der Major-Regierung gegen die Streikenden fortsetzte.

Oder dass Chumbawamba auf ihrer Homepage aktive Informationsarbeit für diverse Kampagnen leistet: nicht nur antifaschistische Aktivitäten werden hier vernetzt die Unterstützung von Flüchtlingen und Aktionen gegen Rassismus gehören ebenso dazu wie Kampagnen für Justizopfer oder streikende ArbeiterInnen.

Oder dass die Band inzwischen nicht mehr bei den Major-Companies EMI und Universal ist, sondern das neue Album nunmehr bei dem Indy-Label Mutt Records veröffentlicht. Aber nun genug der Beispiele ...

Readymades ist in jedem Fall ein Album, das sicherlich niemand so erwartet hätte. Durchgängig sind starke Anleihen am Folk; das ganze mit House durchmischt und einem dezenten Einschlag Elektro. Dominant weiterhin der mehrstimmige Gesang. Kracher wie Enough is Enough oder Tubthumber finden sich nicht auf der CD, dafür eher ruhigere, sinnlichere Songs, die manchmal ein wenig zu rund und zu süß wirken. Häufig ist aber gerade die sweetness nur eine äußerst perfide Verpackung für die Texte. Wer sich darunter gar nichts vorstellen kann, sollte sich die Schmetterlinge in Erinnerung rufen, sich den Sound modernisierter vorstellen. Dann haut es ganz grob hin.

Die Band bleibt sich damit weitgehend treu, denn schon immer sorgte das jeweils neue Album für Irritationen. Als sie ihre erste Platte 1986 auf dem soeben gegründeten Agit-Prop-Label unter dem Titel Pictures of Starving Children sell Records veröffentlichten, galten sie als Punk-Band. Mit dem Titel der LP nahmen sie das damals unter der Leitung von Bob Geldorf initiierte Live-Aid-Festival aufs Korn. Nach dem Wahlboykott-Album Never Mind the Ballots folgte 1988 das Album English Rebel Songs, das ein reines A-Capella-Album war, das so gar nicht in das Bild von den melodiösen Anarcho-Punks passte.

Vom Anarcho-Punk zu Folk

Doch so vielseitig die musikalischen Ausflüge der Band sind, so konsequent bleiben sie inhaltlich. Nicht nur dass der antifaschistische Klassiker Bella Ciao zu den Standards bei Live-Auftritten gehört oder gegen FaschistInnen gern auch der Gun-Shot empfohlen wird. Auf dem neuen Album widmen sich die Chumbas u.a. der Ermordung von Harry Stanley. Stanley war im September 1999 in London auf dem Heimweg von Polizisten erschossen worden, nachdem ein Anrufer die Polizei informiert hatte, dass er einen Mann mit irischem Akzent (Stanley war Schotte) und einer abgesägten Schrotflinte gesehen habe. Die Schrotflinte stellte sich später als kaputtes Tischbein heraus, verpackt in einer Plastiktüte. Für die im Staatsdienst stehenden Mörder hatte das bis heute keine Konsequenzen.

Mit dem Song One Way or the other, einer Hymne an den Bradforder Quebec St. Unemployed Club der 20er- und 30er- Jahre, zeigt Chumbawamba, dass sich ein Blick in die Lokalgeschichte immer wieder lohnt. Statt sich mühselig mit Betteln durchs Leben zu schlagen, verlegten sich die Mitglieder des Clubs aufs Borgen und Stehlen. Wenn man so will, aktualisiert die Band ihren Appell zum Ladendiebstahl: Tubthumber.

Das alles und noch viel mehr verpacken Chumbawamba in die lieblichen Klangteppiche der Popmusik und - bei der Tour prickelnd zu erleben - schaffen damit Orte, an denen sich die Linke nicht nur unter sich versammelt, sondern es werden auch Menschen angesprochen, die vor allem über die Musik zu den Inhalten finden.

DSe, rock-links.de

Chumbawamba, Readymades, Mutt Records Ltd., August 2002, www.chumbawamba.org

33. How do you call it? Patrice spielt Reggae-Soul-Blues für's Herz

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:17

How do you call it? fragt Patrice auf seiner zweiten LP, die dieser Tage veröffentlicht wird. 22 Jahre jung ist der Mann, dem viele eine große Karriere im Bereich Reggae-Soul-Blackmusic voraussagen. In Frankreich ist Patrice, dessen Vater aus Sierra Leone stammt und der in Hamburg zuhause ist, schon auf zahlreichen Festivals als Headliner unterwegs. Als Special Guest war er u.a. mit Manu Chao unterwegs. Seine Band Schaschamani besteht aus Musikern, die mit Größen wie Massive Attak, Sugababes, George Michael, Ziggy Marley, Jimmy Cliff und Peter Tosh auf der Bühne standen. Auf der Brothers Keepers CD Lighkultur war er mit seiner Band und dem Song It vertreten, der sicherlich mit zu den besten und originellsten Songs auf dem Album gehört.

Auch wenn Reggae zu den Basics seiner Musik zu zählen ist: Soul, Blues RnB mischt er lässig in den Sound, so dass eine überaus spannende Mixtur entsteht. Markant ist ganz sicher seine Stimme, eine Mischung aus Bob Marley und Bob Dylan. Im Hamburger Magazin Oxmox vergleicht sich Patrice mit Dylan, von dem er viel habe "also Sänger und Songwriter, die Gitarre spielen und ihre eigenen Lieder komponieren. Und Leute, die politische und sozialkritische Ansätze haben." Das ist keineswegs größenwahnsinnig und schon auf seinem für eine deutsche Produktion überaus erfolgreichen Album Ancient Spirits war davon viel zu hören (Fear rules, Moneypulation).

Die neue CD kommt vollkommen relaxt und leichtfüßig daher und die Singleauskopplung Up in my room hat was von Sommerhit (nur dumm, dass der im Herbst veröffentlicht wird).

Patrice hat scheinbar klare Ziele: Um mehr Freiheit zu haben, hat er sein neues Album vollkommen selbst produziert und sich von Matthias Arfmann (EX - Die Kastrierten Philosophen, produziert u.a. Absolute Beginners) getrennt. Und er unterstützt inzwischen auch andere KünstlerInnen, z.B. Joy, die bei den Sisters Keepers mitgemacht hat und demnächst ihr erstes Album veröffentlichen wird. Dafür hat Patrice drei Songs produziert.

Mit den Major Labels hat Patrice nicht viel am Hut: "Die wissen überhaupt nichts über Musik" stellt er fest und die ganzen ArtdirektorInnen der Firmen hält er für BürokratInnen. Deswegen ist er auch beim unabhängigen HipHop-Label Yo Mama in Hamburg, die u.a. Ferris MC, Fettes Brot und Fünf Sterne Deluxe unter Vertrag haben.

In den nächsten Wochen wird Patrice vor allem unterwegs sein und seiner Lieblingsbeschäftigung nachgehen: Konzerte spielen. "Wir spielen halt vom Herz her, nicht so ein festes Ding", sagt Patrice zu seinen Liveauftritten und wichtig ist ihm auch, dass durch die direkte Kommunikation mit dem Publikum viele Dinge viel einfacher zu erklären sind. Während die Songs auf der CD feststehende Dinge sind, so Patrice, werden sie live erst richtig lebendig. Seine Show zur Release-Party war jedenfalls ein gelungener Tour-Auftakt.

DSe, rock-links.de

Patrice, How do you call it?, Yo Mama, 2002, www.yomama.de

Tourdaten: 31.10. und 1.11. Berlin, Columbia-Fritz; 2.11. Hannover, Faust; 3.11. Bremen, Kulturzentrum Schlachthof; 5.11. Göttingen, Outpost; 6.11. Ingolstadt, Ohrakel; 13.11. München, Muffathalle; 14.11. Köln, Live-Music-Hall; 15.11. Fulda, Kreuz; 16.11. Bielefeld, PC 69; 17.11. Nürnberg, Hirsch; 19.11. Mannheim, Capitol; 26.11. Düsseldorf, zakk; 27.11. Münster, Jovel; 28.11. Aschaffenburg, Colossaal; 29.11. Oldenburg, Kulturetage; 30.11. Hamburg, Grosse Freiheit; 3.12. Dortmund, Soundgarden; 4.12. Darmstadt, Centralstation; 5.12. Freiburg, Bürgerhaus Zähringen; 6.12. Erfurt, Zentrum; 7.12. Trier, Aula der BBS

34. Das Mobbing-Seminar. Nicht verpassen: Ebermann und Trampert auf Tour

Autor: Rainer Trampert · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:16

Wenn die beiden Kabarettisten Thomas Ebermann und Rainer Trampert in diesem Herbst und Winter von Detmold bis Backnang die Metropolen dieses Landes unsicher machen, heißt es raus aus der warmen Bude, rein in die zugige Konzerthalle, das autonome Jugendzentrum, die Stadtbücherei, die ver.di-Jahreskonferenz oder wo immer es die Jungs auch in den nächsten Wochen hinziehen mag. Für diejenigen, die das Event kaum erwarten können, dokumentieren wir schon mal ein Bühnenstück von Rainer Trampert. Und für den ungewöhnlichen Fall, dass die beiden nicht bei euch in der Nähe gastieren, gibt es als Trost ihr neues Buch Sachzwang und Gemüt käuflich zu erwerben. Aber auch allen anderen Fans sei - in dieser sonst so kalten und tristen Jahreszeit - diese vergnügliche Lektüre wärmstens ans Herz gelegt.

Guten Abend. Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserem gemeinsamen Mobbing-Seminar und freue mich über das rege Interesse an diesem Thema. Ich will gleich zur Sache kommen. Was auf neudeutsch Mobbing heißt, ist ja ein altes, vertrautes Phänomen. Ein Herbstblatt fliegt in den Garten des Nachbarn. Der zielt mit dem Wasserschlauch auf die Gattin des Verursachers, mauert die Garage zu, hetzt den Hund auf die Kinder und der Spaß will kein Ende nehmen. Der Volksmund sagt: "Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt." Friedrich Schiller, Wilhelm Tell.

Die Sozialforschung hat herausgefunden: Mobbing ist die beliebteste Kommunikationsform unter Menschen. Das mag auf den ersten Blick logisch sein. Die Evolution schreitet voran durch die Selektion von Siegern und Verlierern und die Marktwirtschaft verhält sich da im Einklang mit der Natur. Konkurrenz belebt das Geschäft. Verlierer werden als Nieten in Nadelstreifen oder, wenn sie arbeitslos sind, als faule Subjekte verhöhnt, bleiben aber am Leben. Das ist das Wesen der Zivilisation, sagt der Philosoph Peter Sloterdijk, denn im Römischen Zirkus zeigte der Daumen noch nach unten.

Wir fragen uns jetzt: Warum soll unser Wertekanon aus den Betrieben heraus gehalten werden? Das wird uns Hans-Jürgen Kratz, den ich hiermit herzlich begrüße, gleich erläutern. Herr Kratz ist ein gefragter Experte und Autor des Buches "Mobbing" (aus dem nebenbei alle Zitate sind). Herr Kratz, in ihrem Buch geht es um

"eine Fülle von Strategievorschlägen zu diesem heiklen Thema für die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite".

Es bietet also praktische Hilfe an, die wir später in einem Work-Shop üben wollen. Ich will zunächst die Kernfrage vertiefen. Herr Kratz, warum soll diese beliebte Interaktion im Berufsleben nicht ausgeübt werden?

"Das subtile Hauen und Stechen bindet Energien und es kommt mehr denn je auf Mitarbeiter an, die für eine bestmögliche Aufgabenerledigung sorgen."

Mobbing hat also zwei Seiten. Es ist beliebt, aber leider auch ein Konflikt und

"Konflikte sind Störungen. Sie unterbrechen den Arbeitsablauf und wir können in einer Konfliktsituation nicht entspannt und heiter sein."

Das kennen wir. Wenn der Arbeitsablauf unterbrochen wird, verliert die Arbeit die ihr innewohnende Heiterkeit. Aber wann sprechen wir nun im engeren Sinne von Mobbing?

"Wenn ein bislang beliebter Kollege plötzlich gegen bis dato nicht vorhandene unsichtbare Wände läuft."

Mobbing kommt also aus heiterem Himmel. Das macht es so kompliziert. Wie beginnt so etwas?

"Es werden dem Gemobbten kleine Streiche gespielt. Die Türklinke wird mit Schuhcreme eingeschmiert ..."

Erinnert irgendwie an die Feuerzangenbowle, nicht wahr.

"das Werkzeug ist plötzlich verschwunden. Wichtige Dateien wurden gelöscht. Man macht sich über eine Behinderung oder über die Nationalität lustig. Dann kommen Intrigen, Telefonterror, Drohungen."

Manchmal kann es im Arbeitsleben ganz schön zur Sache gehen. Herr Kratz, was kennzeichnet den typischen Mobber?

"Mobber zeigen ein hohes Maß an Kreativität, wenn es darum geht, einen anderen Menschen zu quälen. Das Durchschnittsalter liegt bei 40 Jahren."

Interessant! Vor allem solche Menschen, die es schon zu etwas gebracht haben, ergötzen sich an den Qualen der Schwächeren. Nach Sloterdijk eine logische Handlung. Der Sieger fordert das Blut des Unterlegenen, die Zivilisation verwehrt es ihm, bietet ihm dafür aber gepflegtere Spielformen an.

Auf eines müssen wir aber achten: Nicht alles ist gleich Mobbing.

"Mit Stresssituationen müssen wir wohl oder übel leben, denn wo gehobelt wird, fallen Späne."

Da sind wir beim ersten Problem. Viele Menschen scheinen mir dem Lebensprinzip 'wo gehobelt wird, fallen Späne' heute nicht mehr gewachsen zu sein. Anspruchs-Denken. Herr Kratz, könnte man sagen: Mobbing-Opfer sind genetisch oder von Haus aus weniger stressresistent?

"Nach aller Erfahrung kann unterstellt werden, dass leistungsschwächere, pessimistische, sensible Mitarbeiter zu den Opfern zählen. Sie sind leicht verletzbar und haben eine geringe Frustrationstoleranz. Sie können aber auch abweichende Auffassungen haben."

Die können nichts ab, ecken an und verbreiten eine pessimistische Stimmung. Wir kennen das. Ein Pessimist in der Runde und die Fröhlichkeit ist dahin. Bekommt der Kollege dafür die Quittung,

"versucht er, durch häufiges Fehlen allem Unerfreulichen aus dem Weg zu gehen. Der gemeinsame Erfolg ist gefährdet."

Sie werden fragen: Warum werden solche Leute nicht einfach rausgeworfen? Das ist gar nicht so einfach, denn

"25 Prozent aller Berufstätigen fühlen sich durch Intrigen beeinträchtigt."

Das sind zuviele. Die Wirtschaft wäre lahm gelegt. Da ist also pädagogisches Geschick gefragt. Wie können wir den Konflikt lösen, ohne Zeit zu verlieren? Nehmen wir an: Sie sind Chef und der Gemobbte kommt zu ihnen, um sich zu beschweren. Worauf achten Sie?

"Der feuersprühende Mitarbeiter ist zu Beginn für sachliche Argumente nicht aufnahmefähig." Der ist nicht gut drauf. Unterlassen Sie also

"Bemerkungen, mit denen Sie Öl ins Feuer gießen".

Statt dessen

"veranlassen Sie den Mitarbeiter zum Sitzen. Denken wir daran, dass Sitzen keine Kampfhaltung ist."

So! Er sitzt!

"Wenn er sich ausgetobt hat, beginnt das Sachgespräch."

Dabei beachten Sie zwei Regeln: Sie heben Ihre Kompetenz hervor und lassen ihn nicht mehr zu Wort kommen. Sonst sprudelt der ohne Ende. Wie kann ein solcher Monolog, der beides berücksichtigt, ablaufen? Herr Kratz hat da eine neue Methode entwickelt. Sie zitieren pausenlos wichtige Leute.

"Würden Verhaltensregeln beherzigt, die bereits der Philosoph Kant empfahl, wäre eine Konfliktbewältigung nicht schwierig."

Sie haben angedeutet, dass Ihnen die Lösung nicht schwer fällt, und dass Sie Kant kennen. Das hebt Ihre Kompetenz.

"Bereits Buddha erkannte: Der einzige Sieg ist der, in dem alle siegreich sind."

Auch der Täter. Statt Buddha können Sie auch den Dalai Lama nehmen.

"Viele Konflikte ließen sich auflösen, wenn die von Augustinus beschriebene Haltung vorhanden wäre: Keiner sage, er habe die Wahrheit schon gefunden."

Sehr gut. Sie haben klar gemacht, dass nichts von dem, was Ihnen erzählt wird, wahr sein muss, und Augustinus erzielt immer eine große Wirkung, weil ihn keiner kennt.

"Friedrich von Schiller: ‚Das Übel, das uns trifft, ist selten oder nie so schlimm, als das, welches wir befürchten.`"

Pädagogik in Vollendung. Würden Sie sagen: ‚Alles halb so schlimm`, wirkt das zu konfrontativ. Statt dessen legen Sie ihm mit Schiller seinen Hang zur Übertreibung nahe.

"Gerade in schwierigen Lebenssituationen brauchen Sie die Kraft des positiven Denkens. Marc Aurel schrieb: ‚Das Leben ist das, was die Gedanken aus ihm machen.`"

Hier kann der Hinweis sinnvoll sein: Das hat früher schon seinen Sklaven sehr geholfen.

"Hiob erkannte: ‚Herr, was ich befürchtet habe, ist über mich gekommen`. Martin Luther ..."

Danke, Herr Kratz. Ich glaube, das genügt. Der Mitarbeiter wird verstanden haben, dass er nicht in die Welt passt. Kommen Sie jetzt zur Sache. Sagen Sie:

"Es hilft dem Geschäft nicht, wenn Mitarbeiter einander die Köpfe einschlagen".

Zitieren sie dazu wieder ... irgendeinen.

"Churchill?"

Wenn er was Passendes gesagt hat.

"Churchill brachte diese Erkenntnis auf eine einfache Formel: Es ist immerhin noch besser, BLA-BLA-BLA als BUMM-BUMM-BUMM zu machen!"

Jetzt kommt die Lösung: Kündigung oder letzter Versuch. Wollen Sie ihm noch eine Chance geben, muss er sich wieder anpassen. Sagen Sie deshalb unmissverständlich

"Passe dich an und tanze nicht aus der Reihe, sonst bist du ein Fremdkörper! Beachte die Gruppennormen! Die Form der täglichen Begrüßung, der gemeinsame Gang zum Mittagessen, alle stillschweigenden Übereinkünfte!"

Das ist eine wichtige Hilfe, denn wir wissen, dass Außenseiter es schwer haben. Alle tanzen den Ententanz, nur ich nicht. Was bin ich? Ein Spielverderber. Alle stehen hinter der National-Mannschaft, nur ich nicht. Dann gnade mir Gott. Alle helfen der Bundeswehr, Sandsäcke voll zu machen, nur ich nicht. Dann: Ab ins Ausland. Alle schießen auf den Feind, nur ich nicht. Das kann schlimme Folgen haben. Wo die Italiener standen, brachen die Fronten ein und der Russe ... Entschuldigung ...

Wir haben zwei Lernziele. Das Erste: Beachte die kollektivpsychotische Regel:

"Man möchte sich nach den eigenen Bedürfnissen verhalten, beugt sich aber den Gruppennormen."

Das Zweite: Akzeptiere die natürliche Hackordnung. Das wird Herr Kratz uns jetzt wissenschaftlich erläutern.

"Vor 100 Jahren beobachtete ein Zoologe, dass es auf dem Hühnerhof keineswegs chaotisch zugeht. Er notierte Hacklisten und stellte fest, dass eine strenge Staffelung eingehalten wird. Ein Huhn, das Alpha-Huhn, darf alle Hühner ungestraft hacken. Das nächsthöhere Huhn wird nur vom Alpha-Huhn gehackt, darf aber alle anderen Artgenossen hacken. So geht die Rangfolge weiter bis zum Omega-Huhn, das von allen Hühnern gehackt wird, selbst aber sich in keinem Fall zur Wehr setzen darf. Auch in menschlichen Gruppen bildet sich diese Hackordnung sehr schnell aus."

Verblüffend, was wir von der Natur lernen können. Im Paarungsverhalten von den Graugänsen, im Sozialverhalten vom Hühnerhof. Das Mobbing-Opfer ist das Omega-Huhn, ohne das unser soziales Gefüge im Chaos enden würde. Mobbing ist also nur dann ein Störfaktor, wenn das Opfer negativ denkt. Sie sehen, wie wichtig positives Denken ist. Sie müssen dem Huhn also nur noch erklären, dass es für das Funktionieren

einer Gemeinschaft genauso wichtig ist wie Sie als Chef. Diese Wertschätzung wird ihm helfen, seine Rolle positiv zu interpretieren.

So, wir haben, glaube ich, ein ganz schönes Pensum bewältigt. Ich bedanke mich bei allen und erteile Herrn Kratz das Schlusswort.

"Beteiligen Sie sich nicht an politischen Diskussionen. Schon Heriklat erkannte: ‚Der Streit ist der Vater aller Dinge`. "

Ein nachdenkliches Wort, das wir einfach so stehen lassen sollten. Mir bleibt nur noch eine Ankündigung. Es ist mir gelungen, für das nächste Seminar als Experten Herrn Sloterdijk zu gewinnen. Unser Thema: ‚Heideggers Schatten und das Da-Sein als Hineingehaltensein in das Nichts`. Es geht also um die spannende Frage: Woran erkenne ich, welches Huhn ich bin?

Rainer Trampert

Alle Zitate aus: "Mobbing - Erkennen, Ansprechen, Vorbeugen", Hans-Jürgen Kratz, Wien, Überreuter 1998.

Rainer Trampert/ Thomas Ebermann, Sachzwang und Gemüt, Sarkastische und analytische Texte über die Republik, die Welt und unsere Nachbarn, 319 Seiten, 19,90 Euro

Termine der Lesereise: 23.10. Magdeburg, ver.di Jahreskonferenz, 29.10. Wiesbaden, Schlachthof, 30.10. Detmold, Alte Pauline, 31.10. Hannover, Elchkeller, 6.11. Oberhausen, Druckluft, 7.11. Bonn, Le Sabot, 8.11. Köln, Der andere Buchladen, 9.11. Münster, Kulturschiene, 13.11. Ibbenbüren, Stadtbücherei, 14.11. Aschaffenburg, 15.11. Reutlingen, Nepomuk, 19.11. Siegen, VEB Politik, Kunst, Unterhaltung, 20.11. Marburg, Kulturladen KFZ, 21.11. Braunschweig, Brunsviga, 22.11. Bad Nauheim, Brasserie Überflieger, 29.11. Bergedorf, Lola, 5.12. Oschatz, E-Werk, 6.12. Bielefeld, Bürgerwache, 7.12. Bremen, Schlachthof, 13.12. Taufkirchen / Vils, Filmkulturhaus, 15.12. Backnang, Jugendzentrum

35. Hundert Jahre Einsamkeit. Linke und soziale Bewegung in der "Berliner Republik"

Autor: Th.S., ef., gw (Redaktion Fantomas) · Rubrik: Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:27

Für die neoliberalen Ideologen markierte der Zusammenbruch des sowjetisch kontrollierten "Lagers" das "Ende der Geschichte" im globalen Triumph der westlichen Demokratie und der Freiheit des Welthandels. Mit atemberaubender Geschwindigkeit zersetzten sich sämtliche politischen Formationen, die das Prozessieren des Kapitals begrenzen oder brechen wollten. Dies gilt nicht allein für die realen Sozialismen, sondern auch für die Parteien und Gewerkschaften der europäischen Sozialdemokratie, für die Neuen Sozialen Bewegungen und die ihnen verbundene Neue Linke und für die aus den antikolonialen Kämpfen hervorgegangenen Befreiungsbewegungen und Entwicklungsstaaten des Südens. Dass dabei auch Machtapparate beseitigt wurden, die jahrzehntelang soziale Revolten rekuperiert oder kanalisiert haben, ging im Lärm eines "antimarxistischen Konzerts" (Derrida) unter, das die Wahrnehmung der "Restlinken" ähnlich paralysierte wie das weiße Rauschen eines leer laufenden TV den trunkenen Schläfer im Fernsehsessel.

Weil sich die besondere deutsche Variante dieses Prozesses stärker als anderswo noch vom Nationalsozialismus, dem Zweiten Weltkrieg und der letztlich bis zum Ende der achtziger Jahre dauernden "Nachkriegsepoche" her bestimmt, sei der Analyse der gegenwärtigen Konstellation von sozialer Bewegung und politischer Linken in Deutschland eine Vergegenwärtigung der Nachkriegsgeschichte vorausgesetzt. Daran anschließend werden der in Deutschland wesentlich im attac-Netzwerk organisierte Aufbruch der "globalisierungskritischen" Bewegung und die kurze Geschichte der "antinationalen" bzw. "antideutschen" Strömung der Linken nachgezeichnet. Mit dieser Auswahl soll die Konstellation von sozialer Bewegung und politischer Linken nicht auf attac bzw. die Antinationalen reduziert werden. Beide stehen hier vielmehr symptomatisch als Verdichtungen der Potenziale wie der Grenzen, die erst von anderen Bewegungsformen und von einer anderen Linken entwickelt bzw. überwunden werden können.

Die nationalsozialistische Diktatur, der Krieg und der Holocaust schlossen die auch physische Vernichtung großer Teile der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer sozialdemokratischen und kommunistischen Linken ein. Ermöglicht wurde dies vor allem durch die bis weit in die proletarischen Milieus hinein reichende "volksgemeinschaftliche" Formierung der deutschen Gesellschaft. Im Begriff der "Volksgemeinschaft" fassten die Nazis ihr Projekt einer "Überwindung" der sozialen Widersprüche im einerseits auf die "nationale Arbeit", andererseits auf die "Ausmerzung der Volksschädlinge" gegründeten Staat der "Totalen Mobilmachung". Die volksgemeinschaftliche Formierung der Gesellschaft überdauerte die militärische Niederlage und die mittlerweile abgeschlossene Epoche deutscher Zweistaatlichkeit. Konstitutives Element ihrer im Kern ungebrochenen Hegemonie ist ein rassistisch und antisemitisch grundierter, in sich allerdings mehrfach differenzierter Antikommunismus. Während in Italien und Frankreich KommunistInnen wenigstens als Teilnehmende am antifaschistischen Widerstand breite Anerkennung fanden, waren EmigrantInnen und erst recht WiderstandskämpferInnen für die meisten Deutschen noch auf Jahrzehnte "Volks-" und "Vaterlandsverräter".

Postfaschismus und Antikommunismus

Dass dies von links nicht aufgebrochen werden konnte, hing wesentlich an der auch für die Reorganisation der Linken bestimmenden Zweistaatlichkeit Nachkriegsdeutschlands. Dabei wurden die beiden Nachfolgestaaten des "Dritten Reiches", BRD und DDR, zu Frontstaaten der globalen Systemkonkurrenz. Mit westalliierter Hilfe kam es in der BRD zu einer Restauration bürgerlicher Herrschaft, in der der volksgemeinschaftliche Konsens zur gesellschaftlichen Basis des kapitalistischen "Wirtschaftswunders" wurde. Dieses wiederum wäre ohne die aktive Mitwirkung der Gewerkschaften nicht möglich gewesen, die sich dadurch einen maßgeblichen Einfluss auf die Ausformung des westdeutschen Sozialstaats und die industriellen "Mitbestimmungs"-Organe sichern konnten. Politisch legitimiert wurde dieser Klassenkompromiss durch die extrem antikommunistische Ausrichtung der westdeutschen Sozialdemokratie. Die verdankte sich dem Umstand, dass der Stalinismus "auf deutschem Boden" nicht nur konkurrierende Partei, sondern konkurrierender Staatsapparat geworden war.

In der DDR wurden KPD und SPD 1949 unter massivem sowjetischen Druck zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vereinigt. Vollständig mit dem stalinistischen Staatsapparat verschmolzen, gründete die bald von jeder Abweichung "gereinigte" SED ihre Herrschaft auf eine "marxistisch-leninistische" Übercodierung des volksgemeinschaftlichen Konsenses. Dieser bestimmte damit auch im "deutschen Arbeiter- und Bauernstaat" eine im besonderen Maß homogenisierende Vergesellschaftung.

... vor und nach dem Mai 68

Die Revolten der sechziger Jahre konnten diese Konstellation nur vorübergehend erschüttern. Die 1968 wiederbegründete Deutsche Kommunististische Partei (DKP) wurde in der BRD bald zur stärksten Organisation der Post-68er-Linken mit zeitweise erheblichem Einfluss auf Gewerkschaften und soziale Bewegungen. Ihre Politik zielte primär auf die Anerkennung durch die Sozialdemokratie und verstärkte damit zwangsläufig den niemals zureichend reflektierten Antikommunismus in den undogmatischen Strömungen der Neuen Linken und den Neuen Sozialen Bewegungen. (1) Deren Vorbehalte gegenüber der kommunistischen Tradition gründeten natürlich nicht allein in der Distanzierung von der DKP oder den Staaten des sowjetischen Blocks, sondern primär in der Autonomie und im eigentlich "Neuen" des eigenen Aufbruchs. In der spezifisch deutschen Konstellation ergab sich daraus aber gleichsam hinter dem Rücken der Beteiligten ein faktisches Einverständnis mit dem herrschenden Antikommunismus, der damit unvermerkt in die eigene Position einfloss. Dabei gründete die Hegemonie des von rechts bis links ausdifferenzierten antikommunistischen Diskurses in wenigstens vier ideologischen Effekten. Zum ersten relativierte der Antikommunismus die nationalsozialistische Herrschaft auf ihr stalinistisches "Gegenstück". Das entlastete auch deutsche Linke von der Reflexion auf die aktive Teilhabe der eigenen Gesellschaft am nationalsozialistischen Terror. Zweitens sorgte er für eine bedingte Loyalität wiederum auch der Linken zum vergleichsweise liberaleren politischen System der BRD. Drittens erschwerte er jede "Linksabweichung" der Arbeiterbewegung und sicherte so deren Einbindung in den von oben fortschreitend entleerten Klassenkompromiss. Viertens sicherte er die Tradierung des volksgemeinschaftlichen Konsenses über sämtliche historischen Brüche der Nachkriegsgeschichte hinweg.

Mit der "Wiedervereinigung" der beiden deutschen Staaten modifizierte sich der Antikommunismus zur nahezu vollständigen Abschottung gegen jede Form einer linken Alternative. Wesentliche Teile der Neuen Linken und der Neuen Sozialen Bewegungen sowie die Mehrheit der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung integrierten sich jetzt in den hegemonialen Block und sorgten dabei für dessen neoliberale (Post-)Modernisierung zum "Konsens der Demokraten". Die organisierten Zusammenhänge der ausgezehrten linken Opposition sackten wie Kartenhäuser in sich zusammen.

Die Berliner Republik

Die herrschaftliche Umkehr der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus durch den wiedervereinigten deutschen Staat artikulierte sich im erneut mit Waffengewalt erhobenen Anspruch auf wenigstens gleichberechtigte Teilhabe am zur "internationalen Gemeinschaft" stilisierten Block der dominanten Staaten. Dem entsprach die weitgehende Aufkündigung des internen Klassenkompromisses. Forciert wurde dieser Prozess 1998 nach dem Wahlsieg der von Sozialdemokraten und Grünen gebildeten Koalition. In der "Berliner Republik" fiel die politische Führung jetzt einem Personal zu, das biografisch für sich in Anspruch nimmt, in der (Post-)Modernisierung der Volksgemeinschaft die Revolten der 60er-Jahre zu vollenden und deshalb auch zum imperialen Mandat legitimiert zu sein. In atemberaubender Weise hüllte die "Neue Mitte" ihr neoliberales Programm in einen aggressiven Wohlstandschauvinismus ein. Dessen Hegemonie bewies sich in einem hochgradig flexiblen Verhältnis zum seit der "Wiedervereinigung" eruptiv anwachsenden Straßenrassismus. Je nach Opportunität wird die rassistische Alltagsgewalt in Staatsrassismus übersetzt oder zur Legitimierung einer weiteren Aufrüstung der repressiven Staatsapparate benutzt: in jedem Fall ein win-win-Spiel für die (post-)modernisierte Volksgemeinschaft!

Dem schon Anfang der 90er-Jahre erfolgten Zusammenbruch der radikalen Minderheitsströmung der Neuen Linken und der Neuen Sozialen Bewegungen folgte nach dem ausgerechnet von der rotgrünen Koalition legitimierten Überfall auf Jugoslawien die Demoralisierung ihrer staatsreformistischen Mehrheitsströmung.

Nach den Genoveser Demonstrationen im Juli 2001 und der blutigen Repression der "chilenischen Nacht" formierten sich endlich auch in Deutschland zaghafte Ansätze einer globalisierungskritischen Bewegung.

Exemplarisch lässt sich dies in der Entwicklung des deutschen Zweigs von attac belegen. Bis Genua schien attac Deutschland gegenläufig zum internationalen Trend ein Flop zu werden. Auffällig waren vor allem das nahezu vollständige Fehlen von Jüngeren und die Abwesenheit radikaler Linker. Nach Genua nahm der Organisierungsprozess turbulente Ausmaße an, die Medien stilisierten attac zum Subjekt der globalisierungskritischen Bewegung. Politisch kennzeichnend ist zum einen der Versuch der Reartikulation eines staatsreformistischen Projekts, zum andern eine grundlegend internationalistische Orientierung.

Nach dem 11. September und dem Überfall auf Afghanistan verurteilte attac sofort sowohl den Angriffskrieg der "Anti-Terror"-Koalition wie die rassistisch aufgeladene innenpolitische Repression. Trotzdem wurden alle weiteren Aktivitäten von der Drohung überschattet, die in Genua erreichte Öffnung könnte schon wieder verschlossen sein. Der Ende Oktober 2001 in Berlin tagende attac-Kongress konnte diese Befürchtung zerstreuen, die Neugründung von Ortsgruppen und der Beitritt von Einzelmitgliedern dauert in ungebrochener Dynamik noch heute an. Das Ende der neunziger Jahre hat damit auch in Deutschland Einzug gehalten - jedenfalls der Möglichkeit nach. Zweifel daran weckt nicht zuletzt das noch heute fortdauernde Fehlen einer relevanten linksradikalen Strömung in und außerhalb der globalisierungskritischen Bewegung. Dies hat weniger mit der Bewegung und mehr mit der Linken zu tun.

Nach der Resignation bzw. Integration der Neuen Linken im Gründungsprozess der "Berliner Republik" formierte sich eine junge Generation radikaler Linker, deren Grunderfahrung die letztendliche Niederlage ihrer VorgängerInnen und die eigene nahezu vollkommene Marginalisierung war. Angesichts der (Post-)Modernisierung des volksgemeinschaftlichen Konsenses vollzog diese Generation einen doppelten Bruch zur Neuen Linken. (2) In einem ersten Schritt begriff sie sich primär als "antinationale" bzw. "antideutsche" Linke und richtete sich damit unmittelbar gegen den volksgemeinschaftlichen Konsens, dessen Sprengung für sie zur Bedingung der (Un-)Möglichkeit eines emanzipativen Projekts wurde. (3) In einem zweiten Schritt wendete sie sich konsequent gegen jeden "massenpolitischen" Ansatz, setzte auf die "Antipolitik" einer prinzipiell praxisfernen Negativität und griff dabei auf Argumentationsfiguren der Kritischen Theorie Adornos und Horkheimers zurück. Damit wurde die antinationale bzw. antideutsche Linke das historisch längst überfällige Korrektiv auf die Unfähigkeit sowohl der Traditions- wie der Neuen Linken, der postfaschistischen Konstellation "deutscher" Vergesellschaftung gerecht zu werden. Zwar war das Erschrecken vor der Beteiligung der eigenen Eltern am Nationalsozialismus schon für den Aufbruch der Neuen Linken in den 60er-Jahren konstitutiv; doch erst die Antinationalen und Antideutschen der 90er-Jahre konfrontierten sich unverstellt mit der traumatischen Einsicht, dass die Mehrheit der deutschen Gesellschaft die nationalsozialistische Herrschaft und mit ihr den Holocaust aktiv unterstützt hatte. Auch haben erst die Antinationalen voll realisiert, dass der volksgemeinschaftliche Zusammenhang der Mehrheitsgesellschaft zentrale Momente nationalsozialistischer Ideologie wach hielt: allem voran die nahezu unaufkündbare Zustimmung zu einem im Arbeitsethos begründeten und rassistisch bzw. antisemitisch grundierten nationalen Klassenkompromiss. Das ermöglichte es ihnen, ihre Kritik an der volksgemeinschaftlichen Vergesellschaftung mit einer ebenso zutreffenden Kritik einerseits der Populismen, andererseits der Etatismen zu verbinden, die sowohl in der Linken der Arbeiterbewegung wie in der Solidarität mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen des Südens leitend gewesen waren. Im Recht ihrer fundamentalen Skepsis muss die antinationale Kritik deshalb zunächst als notwendige theoretische Innovation verstanden werden.

Nachholende Entwicklung I

Angesichts dieser Ausgangssituation reduzierte sich die Praxis der antinationalen bzw. antideutschen Linken auf die publizistische Kommentierung politischer Ereignisse, an denen sie selbst keinen Anteil nahm und auch nicht nehmen wollte. Damit aber wurde die Kritik zur self-fullfilling-prophecy, in der die eigene Marginalisierung zum Beweis der Wahrheit der eigenen Position wurde - eine ideologische Verkennung, die in hegelmarxistischen Denkfiguren vor jedem Einwand abgesichert wurde. Da die antinationale Publizistik auf die restlinken Milieus beschränkt blieb, nahm sie diese auch zum Ziel und konzentrierte sich dabei auf den Nachweis einer Verstrickung der Traditions- wie der Neuen Linken in den volksgemeinschaftlichen Konsens. Wer sich in seiner politischen Praxis an außer-linke Milieus richtete, verfiel dem scharfrichterlichen Verdikt, Anschluss an die Volksgemeinschaft suchen zu wollen. Da deren sozialer Kitt letztlich im Antisemitismus bestand, mussten folglich auch und gerade der Linken antisemitische Tendenzen attestiert werden. Der Rückzug in die Moralität einer "reinen" Kritik kulminierte nach den Anschlägen von New York und Washington und kürzlich wieder in den Protesten zum Bush-Besuch in Berlin. Weil die Reste der Friedens- und

AktivistInnen der globalisierungskritischen Bewegung z.T. in klassisch-antiimperialistischer Tendenz gegen die "Anti-Terror"-Allianz Stellung bezogen, inszenierten Teile der antinationalen Linken eine bald ins Absurde abkippende Debatte, in der jede Kritik an den USA als Parteinahme für die Attentäter des 11. September denunziert wurde. Der gegen jede Wahrnehmung abgedichtete wahnhafte Zug der Debatte verstärkte sich in der Auseinandersetzung um den Terror einerseits des israelischen Besatzungsregimes und andererseits der palästinensischen Selbstmordattentate. Dabei kam es zu einer paradoxen Verkehrung klassisch-antiimperialistischer Deutungsmuster. Ignorierte die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen des Südens deren in der nationalistischen Ideologie und der Logik des bewaffneten Kampfes begründeten reaktionären Züge, verfingen sich jetzt folgerichtig und konsequent Teile der antinationalen Kritik im imperialen Kalkül und den rassistischen Ideologemen der "Anti-Terror"-Allianz. Den Tiefpunkt der antinationalen Kritik markierten diejenigen, die sich offen auf die Seite der Krieg führenden Mächte schlugen und dabei deren Deutungsmuster - Zivilisation vs. Barbarei, Moderne vs. Antimoderne, "unsere Lebensweise" vs. "deren Lebensweise" - übernahmen: unter gar nicht klammheimlichem Verzicht auf eben die Kapitalismuskritik, für die man zuvor das Exklusivrecht in Anspruch genommen hatte. Darin zeigt sich nichts anderes mehr als die bereits habituell verfestigte Unfähigkeit metropolitaner Linker, die eigene privilegierte Position reflektieren und den Horizont der Metropolenerfahrung relativieren, geschweige denn übersteigen zu können.

Nachholende Entwicklung II

Dass der Umschlag der antinationalen Kritik in vollständige ideologische Verkennung selbst noch zur Geschichte der volksgemeinschaftlichen Vergesellschaftung gehört, muss historisch hingenommen werden und macht insofern die subjektiv tragische Dimension des ganzen Prozesses aus. Das Scheitern der Antinationalen führt aber auch in die Geschichte der Neuen Linken zurück, in den Mangel einer adäquaten Selbstkritik in der Folge des Abschwungs sozialer Bewegung ab Mitte der 80er-Jahre. Damals schlug sich die Krise avantgardistischer Politikvorstellungen, die zuvor theoretisch aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und der antikolonialen Kämpfe extrahiert worden waren, in einer Verwerfung jeder an die sozialistisch-kommunistische Erfahrung anschließenden theoretischen Praxis nieder. Abstrakt wurde diese Verwerfung dort, wo sie auf die kritische Auseinandersetzung mit dieser Tradition verzichtete, sich pauschal vom Marxismus verabschiedete und dabei jegliche Reflexion auf die sog. "Organisationsfrage" ausschaltete. Der damit einhergehende Verlust historischen Wissens bestimmte gegen Ende der 80er-Jahre die weitere politische Entwicklung der Grünen wie der Autonomen als der beiden Strömungen, die im engeren Sinn zur Linken der Neuen Sozialen Bewegungen geworden waren. Obwohl Grüne und Autonome sich rasant auseinander entwickelten, wurde die "Politik in erster Person" - zentrale Errungenschaft der Neuen Sozialen Bewegungen - in beiden Milieus zunehmend subjektivistisch überdreht.

Der Niedergang der antinationalen Kritik

Der Abschwung der Neuen Sozialen Bewegungen, die Integration der Grünen und die Selbstmarginalisierung der Autonomen führten dann zwar zu einer Rückwendung zur theoretischen Praxis in der antinationalen Linken der 90er-Jahre. Doch war dieser mit einer über die Grenzen des eigenen Milieus hinausreichenden politischen Praxis auch das eigentliche Spezifikum linker Theorie verloren gegangen: der imaginäre und gleichwohl unverzichtbare Vorgriff auf die nie gegebene, sondern immer erst herzustellende und deshalb stets prekäre Einheit von theoretischer und politischer Praxis, den die Traditionslinke in der Formel von der Einheit von Arbeiterbewegung und Marxismus gesucht hatte.

Allerdings resultierte die antinationale Praxisabstinenz eben nicht allein aus ihrem jeder "Massenpolitik" entgegengesetzten Selbstverständnis, sondern dem voraus aus dem faktischen Fehlen einer relevanten sozialen Bewegung. Dafür aber waren nicht allein die theoretischen und politischen Fehler ihrer linken Kerne als vielmehr die schon Ende der 70er-Jahre einsetzende neoliberale Transformation der sozialen Beziehungen verantwortlich. Deren wesentlicher Effekt lag in der Zersetzung des "fordistischen" Charakters sowohl der Produktions- wie der ideologischen Staatsapparate und der ihnen angeschlossenen Milieus. Damit kam es zu einer tief greifenden Entpolitisierung der sozialen Räume des Alltagslebens. Waren Schule, Universität, Fabrik, Büro und Stadtteil bis in die 80er-Jahre immer auch Orte, an denen der herrschende Konsens angefochten wurde, so umgrenzten sie jetzt nur noch "private" Strategien der persönlichen Absicherung bzw. des persönlichen Fortkommens in der sich stetig ausweitenden "Kampfzone" einer radikal individualisierten Überlebenskonkurrenz. Wer da nicht mitziehen mochte, zog sich an die subkulturellen Ränder des Alltags zurück.

Ging es in der steten Reproduktion der Volksgemeinschaft um die "Überwindung" sozialer Konflikte durch eine Homogenisierung unterschiedlicher und deshalb immer auch rebellischer sozialer Milieus, so schloss die "nationale Einheit" nun gegeneinander isolierte Individuen zusammen. Deren Konformität wird weniger durch Techniken der normalisierenden Disziplin als durch Praktiken der individualisierenden Kontrolle sichergestellt.

Die Entpolitisierung des Alltagslebens

Dass sich der Neuaufschwung sozialer Bewegung über ebenso alltagsferne wie "sozialdemokratische" Forderungen nach der Einführung einer Tobinsteuer und der Schließung von Steueroasen artikuliert, muss insofern als Reflex auf die mit der (Post-)Modernisierung der Politik einhergehenden Desorientierung gesehen werden. Dass eine durch die antinationale Skepsis hindurchgegangene Linke mit dem globalisierungskritischen Projekt einer fiskalischen Bändigung des "entfesselten" Kapitalismus nur wenig anfangen kann, ist dabei mehr als verständlich. Ihrer vorschnellen Distanzierung entgeht jedoch die historische Folgerichtigkeit, mit der die GlobalisierungskritikerInnen dem zur Staatsdoktrin avancierten neoliberalen Immoralismus eine primär moralisch begründete Kritik der Repräsentation entgegensetzen. Jenseits des expliziten Selbstverständnisses der Beteiligten findet die spontane Ablehnung jeglicher Repräsentationspolitik ihre materielle Verdichtung im neuartigen Typus der globalisierungskritischen Organisierung. Selbst das attac-Netz ist weder Partei noch NGO-Koalition noch eine weitere Bewegung im Stil der Neuen Sozialen Bewegungen, es ist auch kein Dachverband, der Parteien, Gewerkschaften, NGO und Bewegungen überwölben würde und zuletzt nicht einmal ein auf einen tendenziell leeren Konsens getrimmtes "Bündnis". Der möglichen Aneignung des Potenzials der politischen Form durch die AkteurInnen kommt die soziale Zusammensetzung der Bewegung entgegen. In dieser begegnet eine politische Subjektivität, die ihre Politisierung der Krise der Repräsentation verdankt, Subjekten früherer sozialer Bewegungen und früherer Linken, die in dieser Krise mit ihrer Politisierung zu brechen suchen. Solche Begegnungen können nicht nur Räume relativ autonomer Debatten öffnen, sondern auch ein potenziell antagonistisches Handeln initiieren, das die Logik der Repräsentation hinter sich lässt. Im deutschen Kontext gewinnt dies eine in ihrer politischen Reichweite noch gar nicht erprobte Bedeutung. Hier waren die Neue Linke und die Neuen Sozialen Bewegungen das Projekt einer Jugend, die sich in den 60er- und 70er-Jahren allein auf theoretischem Weg eine Tradition schaffen und sich danach nur durch den sukzessiven Beitritt jeweils jüngerer Generationen verstärken konnte.

Repräsentation ohne Repräsentierte

Insofern könnte die globalisierungskritische Bewegung zu einem Medium werden, in dem die historische Erfahrung wenigstens der letzten 30 Jahre bewahrt, ausgetauscht und kritisch durchgearbeitet werden kann. Dies setzt allerdings voraus, dass radikale Linke diese Möglichkeit zu nutzen wissen und sich im Bewusstsein des prekären Unterschieds wie des intrinsischen Zusammenhangs zwischen einer Bewegung und "ihrer" Linken ins Handgemenge der politischen Praxis begeben. Dabei darf das Potenzial des Organisierungsprozesses nicht mit der Realität bestimmter Organisationen verwechselt werden. Das attac-Netzwerk oder die Sozialen Foren sind nur vorläufiger Ausgangspunkt für eine Politisierung, die sich im Fall des Gelingens andere Formen schaffen und dann auch andere Forderungen artikulieren wird. Um hier keinen Zweifel zu lassen: letzten Endes wird jede linke Intervention in die globalisierungskritische Bewegung nur mit dem Ziel erfolgen können, den sozialen Prozess selbst über seine spontanen Formen hinaus zu treiben. Hier gilt es allerdings, sich einerseits rückhaltlos das Scheitern aller bisherigen Formen avantgardistischer Praxis einzugestehen und sich andererseits nicht in der antiautoritären Illusion zu verfangen, mit der Linke die Kaderfunktion, die sie im gelingenden Fall befristet ausüben, vor sich selbst und den anderen verdecken. Die Perfidie ins Regierungslager übergewechselter Ex-Antiautoritärer und der glücklicherweise skurril gewordene Avantgardismus überlebter leninistischer Sekten sind letzten Endes die beiden Backen des selben Arsches. Eine reorganisierte Linke wird die staatsreformistischen Illusionen der globalisierungskritischen Bewegung nur auflösen können, wenn sie sie nicht auf einen bloß theoretischen Irrtum ("verkürzte Kapitalismuskritik", "etatistisches Politikverständnis") reduziert. Statt dessen gilt es, im Prozess der Organisierung selbst andere, gegenläufige, befreiende Erfahrungen möglich zu machen. Hier wird alles an einer Repolitisierung der sozialen Räume des Alltagslebens hängen - des Alltags der Linken wie derer, die ihren Widerspruch zum Bestehenden bis jetzt "nur" in der Moralität ihrer Globalisierungskritik artikulieren. Etwas besseres als die Volksgemeinschaft finden wir immer.

Th.S., ef., gw

(Redaktion Fantômas)

September 2002

Anmerkungen:

1) Im Begriff "Neue Soziale Bewegungen" werden hier durchaus heterogene Bewegungen wie die Frauen-, die Jugend, die Schwulen-/Lesben-, die Ökologie- und die Friedensbewegung zusammengefasst. Gerechtfertigt ist dies insofern, als mit ihrem Auftauchen die historische Zentralität der Arbeiterbewegung in den sozialen Kämpfen und ihre ideologische Legitimierung etwa in der traditionsmarxistischen Hierarchie von Grund- und Nebenwiderspruch unumkehrbar überwunden wurden.

2) An der Formierung der antinationalen bzw. antideutschen Strömung waren allerdings Altkader einer Fraktion der Neuen Linken beteiligt, die schon in den 70er-Jahren eher eine "Refaschisierung" als eine emanzipative Öffnung von Staat und Gesellschaft diagnostiziert hatten.

3) "Antinationale" und "Antideutsche" sind nicht identisch, sofern erstere von einer universellen Kritik der nationalistischen Ideologie, letztere von einer Kritik spezifisch des deutschen Nationalismus ausgehen. Das führte die Antideutschen dazu, sich während der wesentlich von der deutschen Regierung initiierten NATO-Intervention in Jugoslawien bewusst an die Seite des serbischen Nationalismus zu stellen.

Das Papier dokumentiert keine abgeschlossene Position, sondern den Ausschnitt einer Debatte, die weder in noch außerhalb der Redaktion abgeschlossen ist. Beiträge und Stellungnahmen sind ausdrücklich erwünscht. Der Artikel wurde ursprünglich als Debattenbeitrag für derive approdi - einem linksradikalen italienischen Zeitungsprojekt - geschrieben und wird hier leicht gekürzt dokumentiert. www.deriveapprodi.org

Die zweite Ausgabe von Fantômas - Magazin für linke Debatte und Praxis mit dem Thema "Biopolitik - Leben - Macht - Widerstand" erscheint Anfang November.

36. Revolution ohne Showdown. John Holloway zu Klassenkampf, Operaismus und den Fallstricken von "Empire"

Autor: John Holloway · Rubrik: Diskussion; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:21

Mitte Oktober erscheint in Deutschland das neue Buch von John Holloway. "Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen" kreist um das Problem der Macht und der Herrschaft in revolutionären Prozessen. Holloway, Dozent an der Universität von Puebla, Mexiko, ist stark vom Zapatismus beeinflusst. Er setzt sich in seinem Buch auch ausführlich mit dem Operaismus und vor allem mit Toni Negris und Michael Hardts "Empire" auseinander. Mit dem folgenden, redaktionell stark gekürzten, Vorabdruck des Kapitels 9 greifen wir die "Empire"-Diskussion aus ak 464 und 462 wieder auf.

Insgesamt betrachtet hat der Marxismus die Untersuchung des Kapitals und dessen Entwicklung in den Vordergrund gestellt. Und das allgemeine linke Denken zog es für gewöhnlich vor, die Unterdrückung hervorzuheben und die Entrüstung über die Übel des Kapitalismus anzustacheln. Es gibt hierin eine Tendenz, die Unterdrückten einzig als Opfer von Unterdrückung zu behandeln. Indem dieses betont wird, lässt es tendenziell die Frage unbeantwortet, wie die unterdrückten Opfer sich selbst befreien können - außer, so versteht sich, durch die erleuchtete Intervention von Erlösern wie wir selbst.

Innerhalb der marxistischen Tradition wurde der Umstand, dass die Herrschaft statt des Kampfes in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rückte, am deutlichsten durch die sich ursprünglich seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts in Italien herausbildende Strömung der "Autonomie" oder des "Operaismus" angegriffen. In dem 1964 zuerst erschienenen Artikel "Lenin in England" von Mario Tronti, der den operaistischen Ansatz stark geprägt hat, heißt es: "Auch wir haben die kapitalistische Entwicklung an erster, die Arbeiterkämpfe an zweiter Stelle gesetzt. Dies ist ein Fehler. Das Problem muss auf den Kopf gestellt, das Vorzeichen muss umgekehrt, es muss neu von vorne angefangen werden: und der Klassenkampf der Arbeiter stellt den Anfang dar". (1)

(...) Von dem Kampf der Arbeiterklasse auszugehen, bedeutet nicht einfach, den Blickwinkel der Arbeiterklasse einzunehmen, sondern ihren Kampf, in vollständiger Umkehrung des traditionellen marxistischen Ansatzes, als die kapitalistische Entwicklung bestimmend anzusehen (...) Dies steht im Mittelpunkt dessen, was Moulier als die "kopernikanische Wende des Marxismus ... [durch den] operaismo" (2) bezeichnet. Dies kann "in der Formel zusammengefasst werden, dass die Arbeiterklasse zum dynamischen Motor des Kapitals und das Kapital zur Funktion der Arbeiterklasse wird, ... eine Formel, die an sich schon eine Vorstellung vom Ausmaß der Umkehrung der Perspektiven gibt, die sich aus solch einer Position politisch ergeben."

Kopernikanische Wende des Operaismus

Die Anziehungskraft dieser Umkehrung der traditionellen Perspektive ist offensichtlich. Aber was bedeutet es, die Arbeiterklasse als "dynamischen Motor" des Kapitalismus aufzufassen? (...) Die operaistische Neuinterpretation des Marxismus hat ihre Wurzeln in dem Aufschwung der Fabrikkämpfe im Italien der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts, die zu einer Neulektüre des "Kapitals" führten. Insbesondere der Abschnitt, der von den "marxistischen Wirtschaftstheoretikern" im Allgemeinen vernachlässigt worden war, nämlich die im ersten Band ausführlich analysierte Entwicklung des Arbeitsprozesses in den Fabriken, stand hier im Vordergrund. In seiner Diskussion zeigt Marx, dass das Kapital gezwungen ist, ständig mit der "rebellischen Hand der Arbeit" zu kämpfen, und dass es dieser Kampf ist, der Veränderungen in der Fabrikorganisation und der technischen Erneuerung bestimmt. (...) Indem die Fabrikkämpfe an die erste Stelle gerückt werden, weisen operaistische Analysen einen Weg, wie alle vom Management eingeführten organisatorischen und technischen Neuerungen als Antworten verstanden werden können, welche die Insubordination auf Seiten der Arbeiter brechen sollen. Die Insubordination der Arbeit kann somit als treibende Kraft des Kapitals angesehen werden.

(...) In Analogie zur Marxschen Vorstellung, dass sich das Kapital zu einem gegebenen Zeitpunkt durch eine bestimmte technische und Wertzusammensetzung charakterisiert, die von dem Verhältnis zwischen konstantem Kapital (der Teil des durch Maschinerie und Rohstoffe bestimmten Kapitals) und variablem Kapital

(der den Löhnen entsprechende Teil des Kapitals) abhängig ist, entwickelten die Operaisten das Konzept der Klassenzusammensetzung, um das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital zu einem gegebenen Zeitpunkt zu bestimmen. (...) Wenn das Management Veränderungen zur Wiederherstellung der Ordnung einführt, dann zielt es auf die Zersetzung der gegebenen Klassenzusammensetzung ab; diese Zersetzung führt ihrerseits zur Entwicklung neuer Formen des Kampfes, oder zur Neuzusammensetzung der Klasse. Die Geschichte des Kampfes kann also begrifflich als Entwicklung der Zusammensetzung, der Zersetzung und der Neuzusammensetzung der Klasse beschrieben werden. Diese Vorstellung wird nicht nur in Bezug auf Kämpfe in bestimmten Fabriken oder Branchen entwickelt, sondern sie wird als Auffassungsweise der Kampfdynamik im Kapitalismus insgesamt verstanden. (...)

Der Begriff der Klassenzusammensetzung führt deutlich über die bloße Beobachtung hinaus, dass der Widerstand gegen den Kapitalismus allgegenwärtig ist. Er bildet eine mögliche Grundlage, um von der zunehmenden Stärke dieses Widerstands zu reden, eine Grundlage, um die Besonderheit und die Stärke der gegenwärtigen Formen des Kampfes zu begreifen. Er stellt eine Form dar, in der wir unseren Schrei nicht nur als einen allgegenwärtigen Zug der Unterdrückung begreifen können, sondern als einen Schrei mit einem bestimmten historischen Widerhall.

Es gibt jedoch bereits an dieser Stelle einen Aspekt, in dem der operaistische Ansatz von dem in diesem Buch entwickelten abweicht. (...) Das erste Anzeichen für einen Unterschied ist die Umkehrung des Vorzeichens. In diesem Buch haben wir die Argumentation entwickelt, dass antikapitalistische Theorie als negative Theorie verstanden werden muss, dass die Bewegung des Kampfes eine Bewegung der Negation ist. Der Großteil operaistischer Theorie stellt jedoch die Bewegung des Kampfes als eine positive Bewegung dar. (...) Für die traditionelle marxistische Theorie ist das Kapital das positive Subjekt kapitalistischer Entwicklung. Die operaistische Theorie macht die Arbeiterklasse zum positiven Subjekt. (...) Durch die Umkehrung des Vorzeichens wird die Identität einfach von der Seite des Kapitals auf die Seite der Arbeit verschoben, aber sie wird nicht aufgebrochen oder auch nur in Frage gestellt. (...) Eine wirkliche radikale Umkehrung des Vorzeichens erfordert, dass nicht bloß die Subjektivität vom Kapital auf die Arbeiterklasse übertragen wird, sondern erfordert auch, dass die Subjektivität als negativ statt positiv, als negative Subjektivität der Nicht-Arbeiter Nicht-Klasse verstanden wird. (...) Unsere Bewegung ist also in erster Linie eine negative Bewegung, eine Bewegung gegen die Identität. Wir sind es, die zersetzen, wir sind die Zerstörer. Das Kapital versucht ständig zusammenzusetzen, Identität zu schaffen, Stabilität zu schaffen ..., unsere Negativität unter Kontrolle zu bringen und sie zu negieren. Wir sind die Quelle der Entwicklung, wir sind das Subjekt: Hier trifft die operaistische Theorie zu. Aber unsere Bewegung ist eine negative, eine, die sich der Klassifizierung widersetzt. Was den zapatistischen Aufstand in Chiapas oder die Bewegung der Landlosen in Brasilien mit dem Kampf der Internetarbeiter in, sagen wir mal Seattle, eint, ist nicht die positive Klassenzusammensetzung, sondern vielmehr die Gemeinschaft ihrer negativen Kämpfe gegen den Kapitalismus.(...)

Das große Verdienst des operaistischen Ansatzes liegt darin, dass er daran festhält, die Entwicklung kapitalistischer Herrschaft als durch die Kraft des Klassenkampfes der Arbeiterklasse angetrieben zu sehen, das Kapital als eine "Funktion der Arbeiterklasse" anzusehen. Es gibt jedoch zwei verschiedene Weisen, in der diese Auffassung verstanden werden kann. Die schwächere Version bestünde darin zu sagen, dass das Kapital als Funktion der Arbeiterklasse aufgefasst werden kann, weil seine Geschichte eine Geschichte der Reaktion auf den Klassenkampf der Arbeiterklasse ist. Die stärkere Version bestünde darin, zu sagen, dass das Kapital eine Funktion der Arbeiterklasse ist, aus dem einfachen Grunde, weil das Kapital nichts anderes als das Produkt der Arbeiterklasse ist, und darum seine Reproduktion, von Minute zu Minute, vollständig von der Arbeiterklasse abhängig ist. Im ersten Fall wird das Verhältnis zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital als Gegensatzverhältnis angesehen, ein äußerliches Verhältnis; im zweiten Fall wird das Verhältnis als eins betrachtet, in dem ein Pol des Gegensatzes durch den anderen Pol herausgebildet wird, ein innerliches Verhältnis.

Wenn das Verhältnis zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital als innerliches Verhältnis betrachtet wird, dann ist der Kampf notwendigerweise negativ: es ist ein Kampf gegen das, was uns einschließt, ein Kampf in und deshalb gegen etwas; ein Kampf, der auch eine vorausschauende Vorstellung entwickelt, aber dies aus einer Position der Negation heraus tut. Es ist ein Kampf, der sich nicht nur gegen einen äußeren Feind (das Kapital) richtet, sondern auch gegen uns selbst, einfach deshalb, weil unsere Existenz innerhalb des Kapitalverhältnisses bedeutet, dass das Kapital in uns ist. Wenn jedoch das Verhältnis zwischen

Arbeiterklasse und Kapital als äußerliches Verhältnis verstanden wird, dann wird unser Kampf als positiver Kampf verstanden. Wenn wir uns außerhalb des Kapitals befinden, dann stellt sich die Frage, wie wir unsere positive Kraft, unsere Autonomie stärken. Aber das impliziert, dass auch das Subjekt des Kampfes positiv ist und dass der Feind ein äußerer ist. Obwohl es also scheinbar eine radikalere Position ist, führt dieser Ansatz tatsächlich dazu, die Bedeutung revolutionären Kampfes einzuschränken. Der Kampf dreht sich darum, das außerhalb von uns Befindliche zu verändern, wohingegen der negative Ansatz darin besteht, alles zu verändern, einschließlich uns selbst. (...)

Dialektik vs. positive Theorie

Die traditionelle marxistische Analyse betont die logische Entwicklung des Kapitals und verbannt den Klassenkampf in die Rolle eines bloßen Bewegungsmittels objektiver, struktureller Transformationsprozesse. Die operaistische Theorie befreit zwar den Klassenkampf aus seiner untergeordneten Rolle, stellt ihn aber lediglich als etwas Äußerliches der Kapitallogik gegenüber. Der Unterschied besteht darin, dass die Logik des Kapitals nicht als aus "ökonomischen" Gesetzen und Tendenzen bestehend begriffen wird, sondern als politischer Kampf gegen den Feind. (...) Es ist vielleicht unvermeidlich, dass der "Reaktionsansatz" des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu einem spiegelbildlichen Verständnis des Kapitalismus führt: je größer die Macht der Arbeiterbewegung, desto monolithischer und totalitärer die Antwort der kapitalistischen Klasse. Die operaistische Theorie war für die erneute Bekräftigung der marxistischen Theorie als Theorie des Kampfes von entscheidender Bedeutung. Aber die wirkliche Kraft der Marxschen Theorie des Kampfes liegt nicht in der Umkehrung des Vorzeichens des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, sondern in dessen Auflösung. (...)

Die Positivierung operaistischer Theorie wurde am systematischsten von Negri vorangetrieben. In seinem Buch "Die wilde Anomalie" (3) wendet er sich dem Studium der Schriften Spinozas zu, um so eine positive Grundlegung für den Kampf zu liefern. (...) Er ist bemüht, den Begriff revolutionärer Macht (die potentia der Menge) als positiven, nicht-dialektischen, ontologischen Begriff zu entwickeln. Die Autonomie wird implizit als existierender, positiver Antrieb der potentia aufgefasst, der die potestas (die Macht der Herrscher) auf immer neues Gelände vorantreibt. Es ist verlockend, das Subjekt als positives Subjekt zu behandeln, aber dies ist zwangsläufig eine Fiktion. (...) Wenn dem Subjekt eine positiv vorhandene Autonomie (anstatt einer potenziell vorhandenen Autonomie) zugeschrieben wird, dann ist dies so, als würde sich eine Gefangene in ihrer Zelle vorstellen, sie sei bereits frei: eine verlockende und anregende Vorstellung, aber eine Fiktion...

Die sich aus der Positivierung des Kampfes ergebenden Implikationen werden am deutlichsten in Negris und Hardts neuestem Werk "Empire" entwickelt. (4) (...) Das Empire wird als neues Herrschaftsparadigma verstanden. (...) In diesem neuen Paradigma gibt es keinen Ort der Herrschaft mehr und folglich auch kein Innen und kein Außen, keinen irgendwie gearteten externen Standpunkt. Das Empire ist ein allumfassendes Herrschaftssystem, die aktuellste Neuformulierung dessen, was Negri früher als "gesellschaftliche Fabrik" oder "Integrierter Weltkapitalismus (IWK)" bezeichnet hat. Das bedeutet nicht, dass jegliche Möglichkeit des Widerstandes oder der Veränderung vernichtet wäre. Im Gegenteil bestehen Hardt und Negri darauf, dass das Empire als Reaktion auf die Kämpfe der Masse zu verstehen sei. "Die Geschichte kapitalistischer Formen ist immer notwendigerweise reaktiv." (S. 278/279) Folglich ist "die Menge (...) die wahre Produktivkraft der sozialen Welt, während das Empire ein Beuteapparat ist, der von der Lebenskraft der Menge lebt - oder, um es in Anlehnung an Marx zu sagen, ein Regime der akkumulierten toten Arbeit, das nur dadurch überlebt, dass es vampirmäßig das Blut der Lebenden saugt". (S. 75) (...)

Offensichtlich drängt die Argumentation von Hardt/Negri an zwei entscheidenden Punkten in eine Richtung, die der in diesem Buch vertretenen Betrachtung ähnlich ist. Zuerst einmal betonen sie die zentrale Rolle oppositionellen Kampfes als Kraft, die die gesellschaftliche Entwicklung prägt; und zweitens sagen sie, dass es wichtig ist, die Revolution in den Mittelpunkt zu stellen, aber dass die Revolution nicht als Übernahme der Staatsmacht vorstellbar ist. Ihre Ausführungen sind sehr anregend, dennoch unterscheidet sich ihr Ansatz sehr stark von dem hier vertretenen. (...)

Der Unterschied dreht sich in erster Linie um die Frage des Paradigmas. (...) Die Argumentation von Hardt und Negri stellt den Wechsel von einem Herrschaftsparadigma zum anderen in den Mittelpunkt. Dieser Wechsel wird in erster Linie als Wechsel vom Imperialismus hin zum Empire charakterisiert, aber er wird auch verschiedentlich als Wechsel von der Moderne zur Postmoderne, von der Disziplin zur Kontrolle, vom

Fordismus zum Postfordismus, von einer industriellen Ökonomie zur Ökonomie der Informationsgesellschaft dargestellt. Hieran ist für uns nicht die Bezeichnung von Interesse, sondern die Annahme, dass der Kapitalismus als System verstanden werden kann, in dem ein Herrschaftsparadigma durch ein anderes ersetzt wird, ein Ordnungssystem durch ein anderes. (...)

Als Methode, die versucht, die aktuellen Veränderungen in der Welt zu begreifen, besitzt der paradigmatische Ansatz eine offensichtliche Anziehungskraft. Er erlaubt einem, viele, scheinbar ungleiche Phänomene in ein zusammenhängendes Ganzes zu integrieren. (...) Das Problem des paradigmatischen Ansatzes besteht jedoch darin, dass er Existenz von Konstituierung trennt. Er beruht auf einer Vorstellung der Dauer. Die Gesellschaft wird als relativ stabil während einer bestimmten Periode dargestellt, und in dieser Periode lassen sich bestimmte feste Parameter erkennen. Ein Paradigma schafft einen Raum, in dem wir sagen können, die Welt ist so. Ein Paradigma identifiziert. Es mag argumentiert werden, dass ohne Identifizierung das Denken unmöglich ist. Das trifft zu. Aber sofern die Identifikation nicht ihre eigene Negation in sich trägt, wird eine geordnete Welt, eine verdinglichende Stabilität geschaffen. (...)

Franz von Assisi und Cyborgs

Der paradigmatische Ansatz treibt die Klassifizierung bis zum Äußersten. Eifrigst wird das Neue eingefangen, klassifiziert, etikettiert, der paradigmatischen Ordnung passend gemacht. Mit nahezu anstößiger Hast wird die alte Ordnung für tot erklärt und die neue ausgerufen. "Der König ist tot! Es lebe der König!" Sobald sich ein Herrschaftssystem in der Krise befindet, wird das neue Herrschaftssystem ausgerufen. (...) Es wird davon ausgegangen, dass die Anpassung an das neue System Wirklichkeit ist, sie wird nicht einfach als Projekt betrachtet. (...) Der Wunsch, alles passend zu machen, das neue Paradigma als bereits vorhanden zu sehen, führt leicht zu einer Übertreibung, die häufig ziemlich unwirklich erscheint: So bestimmt die "autonome Bewegung (...) den Ort, der der Menge eigen ist. Reisepässe und andere Dokumente werden unsere Bewegungen über Grenzen hinweg immer weniger regulieren können". (S. 404) Oder: "Auf dem Feld biopolitischer Produktion gibt es keine Stechuhren; das Proletariat produziert in seiner Gesamtheit überall den ganzen Tag lang". (S. 409)

Der paradigmatische Ansatz geht allmählich in einen Funktionalismus über. In einer Welt, in der alles miteinander zusammenhängt, ist alles funktional. Alles trägt zur Aufrechterhaltung des zusammenhängenden Ganzen bei. Folglich stellt die Krise für Hardt und Negri nicht so sehr ein Moment des Bruchs dar, sondern eine Kraft der Regeneration im Kapitalismus, eine "schöpferische Zerstörung". (...) Obwohl es sich in diesem Buch ganz offensichtlich um die Vorstellung des Bruchs dreht, scheint die gewählte Methode die Möglichkeit des Bruchs zu absorbieren, die Bewegung in eine Fotografie zu integrieren. Ein paradigmatischer Ansatz erfordert zwangsläufig ein Einfrieren der Zeit.

Es ergibt sich aus dem paradigmatischen Ansatz, dass Hardt und Negri ausgesprochen antidialektische und antihumanistische Standpunkte vertreten. Hegel wird wiederholt als Philosoph der Ordnung abgetan, anstatt in ihm auch einen Philosophen zu sehen, der die subversive Bewegung in das Zentrum seines Denkens stellte. Die Dialektik wird als Logik der Synthese aufgefasst anstatt als Bewegung der Negation. Aus diesem ergibt sich folgerichtig, dass die Autoren auf einer Kontinuität zwischen Tieren, Menschen und Maschinen bestehen. Sie sehen sich selbst als Fortführer "(des) Antihumanismus, der für Foucault und Althusser in den 1960er Jahren ein so wichtiges Projekt war" und zitieren zustimmend Haraways Position, die darauf beharrt, "die Schranken niederzureißen, die wir zwischen Mensch, Tier und Maschine errichtet haben". (S. 105) Die Postmoderne verschafft uns die Möglichkeit "unsere posthumanen Körper und Geister (zu) erkennen, (...) uns als die Affen oder Cyborgs, die wir sind, (zu) betrachten". (S. 106) (...) Das Problem bei diesem Ansatz liegt sicherlich darin, dass weder Ameisen noch Maschinen revoltieren. Eine Theorie, die auf der Revolte fußt, hat keine andere Möglichkeit als den besonderen Charakter der Menschheit anzuerkennen.

Klassenkampf als Kampf der Titanen

Angesichts ihres Gesamtprojekts mag es vielleicht überraschen, dass Hardt und Negri das Kapital nicht als Klassenkampf begreifen (...) Sie tendieren dazu, das Kapital als ökonomische Kategorie zu behandeln, wobei sie hiermit (wie auch in anderen Punkten) die Annahmen der marxistischen Orthodoxie reproduzieren. (...) In offensichtlichem Widerspruch zu ihrer Position, dass ein Paradigmenwechsel als Antwort auf den Klassenkampf verstanden werden muss, versichern sie, dass "(wir) zusätzlich zur Betrachtung der Entwicklung

des Kapitals selbst, auch die Herausbildung aus der Perspektive des Klassenkampfes heraus verstehen müssen". (Hervorhebung J.H.)(S.239) Damit implizieren sie, dass die Entwicklung des Kapitals und des Klassenkampfes zwei verschiedene Prozesse sind. Die tatsächliche Untersuchung "der Entwicklung des Kapitals selbst" erfolgt durch den Begriff der Unterkonsumtion, anstatt von einem Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit auszugehen. Um die Entwicklung vom Imperialismus hin zum Empire zu erklären, folgen sie Rosa Luxemburgs Unterkonsumtionstheorie, nach der der Kapitalismus nur durch die Kolonisierung nichtkapitalistischer Sphären überleben kann. (...) Den Autoren zufolge findet das Kapital die Lösung des Problems der Erschöpfung der nichtkapitalistischen Welt, indem es sich von der formellen Subsumtion der nichtkapitalistischen Welt zur reellen Subsumtion der kapitalistischen Welt hinwendet. Erst nach diesem Abschnitt wird hervorgehoben, dass "(wir) auch die Herausbildung aus der Perspektive des Klassenkampfes heraus verstehen müssen". (Hervorhebung J.H.)(S. 246)

Die Auffassung, dass der Klassenkampf und das Kapital zwei getrennte Prozesse sind, hat zur Folge, dass auch ein Verständnis von der Weise fehlt, in der die Insubordination der Arbeit die Schwäche des Kapitals (insbesondere in der kapitalistischen Krise) darstellt. Wie in allen Analysen Negris kommt es zu einem Aufeinanderprallen der Titanen: Ein machtvolles, monolithisches Kapital ("Empire") steht einer machtvollen, monolithischen "Menge" gegenüber. Die Macht der jeweils anderen Seite scheint die andere nicht zu durchdringen. Das Verhältnis der zwei Seiten des kapitalistischen Antagonismus wird als äußerliches behandelt. (...)

Was Negri beschreibt und bis zum Äußersten entwickelt, ist das positive Verständnis des Klassenkampfes, das in vielen operaistischen Schriften vorherrscht. Indem er dies tut, legt er die darin vorhandenen Probleme offen. Es ist die Positivierung des ursprünglichen operaistischen Impulses, die verhindert, dass dieser Impuls zu seinen radikalen Schlussfolgerungen geführt wird. Auf der politischen Ebene besitzt die Betonung der Macht der Arbeiterklasse eine ganz offensichtliche Anziehungskraft. Trotzdem führt es zu einer widersprüchlichen (und romantischen) Vergrößerung der Macht von Arbeit und Kapital, wenn das zwischen ihnen bestehende Verhältnis als äußerliches Verhältnis begriffen wird. Dadurch, dass die operaistische Analyse das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital nicht als innerliches Verhältnis untersucht, unterschätzt sie das Ausmaß, in dem die Arbeit innerhalb kapitalistischer Formen existiert. Die Existenz der Arbeit innerhalb kapitalistischer Formen impliziert, dass die Arbeit dem Kapital untergeordnet ist, und dass dem Kapital gleichzeitig eine ihm eigene Zerbrechlichkeit innewohnt. (...) Wenn der Charakter dieses zwischen Arbeit und Kapital bestehenden innerlichen Verhältnisses übersehen wird, dann bedeutet das, dass sowohl die Kontrolle der Arbeit durch das Kapital unterschätzt (und folglich die Macht der Arbeit gegen das Kapital überschätzt) wird, und dass die Macht der Arbeit als innerer Widerspruch im Kapital unterschätzt (und folglich die Macht des Kapitals gegen die Arbeit überschätzt) wird. Wenn die gegenseitige Durchdringung von Macht und Anti-Macht ignoriert wird, dann bleiben auf beiden Seiten zwei reine Subjekte zurück: (...) Auf der Seite des Kapitals steht das Empire und auf der Seite der Arbeiterklasse steht der Militante. (5)

Der Operaismus - und darin liegt sowohl seine Anziehungskraft als auch seine Schwäche - ist eine Theorie, die die Welt aus der unvermittelten Perspektive des Militanten betrachtet. Entsprechend endet Hardts und Negris Erörterung des Empires mit einer Lobrede auf den Militanten (...) Und das von ihnen im Schlussparagrafen des Buches angegebene Beispiel für kommunistische Militanz ist die perfekte Verkörperung des reinen Subjekts: der heilige Franziskus von Assisi! Vielleicht ist dies für den entschlossenen Militanten ein anziehendes Bild, aber es hat überhaupt nichts mit der Erfahrung derjenigen von uns zu tun, die wir im dreckigen, unreinen Morast der alltäglichen Fetischisierung leben, und die, trotz und eben deswegen, für die Revolution kämpfen. (...)

Anmerkungen:

1) Mario Tronti: "Lenin in England", in: Moroni, Primo/Balestrini, Nanni (Hrsg.): Die Goldene Horde: Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien, Berlin 1994, S. 93/94

2) Moulier, Yann: "Introduction", in: Negri, Antonio: The Politics of Subversion, Cambridge 1989, S.19/20

3) Negri, Antonio: "Die wilde Anomalie: Spinozas Entwurf einer freien Gesellschaft", Berlin 1991

4) Hardt, Michael/Negri Antonio: "Empire: Die neue Weltordnung", Frankfurt/M. 2002, alle folgenden Zitate stammen aus der deutschen Übersetzung

5) Der Begriff bezieht sich auf RevolutionärInnen, WiderstandskämpferInnen, KämpferInnen der Spanischen Republik oder auf die US-amerikanischen Wobblies zu Beginn des 20. Jahrhunderts, nicht aber auf die bundesdeutsche Variante autonomer Straßenmilitanz.

John Holloway: "Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen", Übersetzung: Lars Stubbe, Münster 2002, 253 Seiten, 24,80 Euro

37. Der Erniedrigung und Entrechtung entgegentreten. Rassistischer Alltag in Thüringen und die Arbeit der Opferberatungsstelle ABAD

Autor: Fritz Burschel · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:11

Nazi-Angriffe sind kaum mehr eine Nachricht wert. Wird von den Tätern geschwiegen, so werden die Opfer in der Regel ganz alleine gelassen. Seit vergangenem Jahr allerdings gibt es in allen ostdeutschen Bundesländern und Berlin Projekte, die den Opfern rechter Gewalt zur Seite stehen. In Thüringen ist es die Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen (ABAD).

Es ist ja noch gar nicht geklärt, wer da schuld war! Der Joseph T. ist ja ooch so'n Stichler", gibt die Sozialarbeiterin der Gemeinschaftsunterkunft zu bedenken. Sie redet von einem afrikanischen Bewohner in der Unterkunft, in der sie über eine Strukturanpassungsmaßnahme (SAM) Anstellung gefunden hat.

Sie meint es nicht böse und doch möchte man sie anbrüllen, sie soll diese rassistischen Bemerkungen unterlassen. Joseph T. ist Ziel eines tätlichen Angriffs von Neonazis geworden. Ein betrunkener Fascho war mit Bierflasche und Messer auf den jungen Schwarzen losgegangen, hatte ihn als "Scheißneger" beschimpft und bedroht. "Was willst du, hast du ein Problem mit mir?", hatte Joseph T. zurückgegeben und war dem Angreifer nicht ausgewichen, sondern nur dessen gezielten Messerattacken. Zwei Spießgesellen des Angreifers feuerten diesen an und holten per Handy Verstärkung herbei, kurze Zeit später kamen zehn weitere Rechte hinzu. Man kann nur ahnen, was hier geschehen wäre, hätte nicht ein beherztes deutsches Pärchen eingegriffen, Joseph T. den Rücken frei gehalten, damit dieser fliehen konnte. ZeugInnen gab es genug, der Angriff ereignete sich am helllichten Tag unweit einer Einkaufspassage, wo Joseph T. noch rasch etwas besorgt hatte.

Alltäglicher offener Rassismus

Überrascht war Joseph T. nur von der Plötzlichkeit dieser Nazi-Attacke, nicht von dem Angriff als solchem, denn der politisch aktive junge Mann rechnet eigentlich ständig mit derartigen Situationen. Voller Verachtung schildert er den Alltag in der Kleinstadt, in der er gezwungen ist zu leben. Jeder Gang in die Stadt bedeutet für ihn, von "ganz normalen" BürgerInnen beschimpft und beleidigt zu werden: "Hey Neger, geh zurück nach Afrika, wir brauchen solche wie dich hier nicht ..." - "Ausländer raus, ihr nehmt uns hier die Arbeitsplätze weg ...", sind die rassistischen Anmachen mit denen nicht nur schwarze AfrikanerInnen, sondern alle als "nicht-deutsch" wahrgenommenen Menschen hier permanent konfrontiert sind. Sie reagieren schon gar nicht mehr auf diese Respektlosigkeiten und Angriffe unterhalb der Schwelle der Tätlichkeit.

Niemand der Betroffenen käme auf die Idee, Anzeige gegen die BeleidigerInnen zu stellen. Für einen entsprechenden Vorschlag würde man vermutlich nur bitteres Gelächter ernten. "Hiermit hast du bei der Polizei keine Chance", sagt Joseph T. und deutet mit dem Finger auf seine dunkle Haut. Auch nach dem Nazi-Angriff sieht sich Joseph T. der üblichen entwürdigenden Behandlung durch die Polizei ausgesetzt - egal, dass er das Opfer ist. Irgendjemand hatte im Laufe des Nazi-Angriffs die Polizei gerufen, als diese zum Tatort kam und dort den Täter festnahm, war Joseph T. schon Richtung Sammelunterkunft verschwunden. Doch da ein Schwarzer in dieser Stadt nur im "Asylantenheim" wohnen kann, "hatte" man ihn sogleich. Ohne anzuklopfen rumpelten die Polizeibeamten in Joseph T. schäbiges 15-Quadratmeter-Zimmer, das er sich mit einem Landsmann teilt. Sie herrschten ihn an, er solle gefälligst zur Zeugenvernehmung mitkommen. Joseph T. nimmt auch diese Respektlosigkeit kaum mehr wahr. Er ist es gewöhnt, derartig schlecht von den Hoheitsträgern seines "Gastlandes" behandelt zu werden. Ständig sind dunkelhäutige Menschen den schikanösen rassistischen Kontrollen und Personalienfeststellungen ausgesetzt, die mit der Residenzpflicht-Regelung begründet werden.

Nicht nur, dass die Menschen, die Asyl in Deutschland suchen, in den an Stadträndern und in abgelegenen Gegenden gelegenen Asylbewerberheimen unter unsäglichen Bedingungen leben müssen, sie sind in ihrer Bewegungsfreiheit auch auf den Landkreis, dem sie zwangsweise zugeteilt sind, zurückgeworfen. Und wer - nicht nur in Thüringen - manche dieser trostlosen Landkreise kennt und die feindselige, von rassistischen

Vorurteilen zerfressene Bevölkerung, mag ermessen, was es für einen ausländischen Menschen ohne Geld bedeutet, hier leben zu müssen. "Das ist der Platz, der in Deutschland normalerweise einem Hund zusteht", ruft Joseph T. verzweifelt aus. Wenn er über seine Situation nach über drei Jahren im Asylbewerberheim spricht, klingt seine Stimme verzweifelter, als wenn es um den Fascho-Angriff geht. Dann springt er auf und aus seinen Augen sprüht hilflose, ohnmächtige Wut. Er deutet auf einen Landsmann, der vor dem Fenster des winzigen "Doppel-Zimmers" vorüber geht: Er lebt seit fast acht Jahren in diesem Heim, das weit entfernt vom Stadtzentrum gelegen und in einer alten DDR-Holzbaracke untergebracht ist, deren wettergebleichtes Material feuchte Wellen wirft. Wer hier mit der Hoffnung auf eine Chance angekommen ist, wird nach einigen Monaten gewahr, dass er/sie hier an einer Endstation steht, in der Falle sitzt.

Das alles kann ein/e OpferberaterIn nur zur Kenntnis nehmen. Der ABAD-Mitarbeiter kommt erst mit der Meldung aus Radio Antenne Thüringen ins Spiel, wo kurz von dem "Nazi-Übergriff" berichtet wird. Mit dem Angriff tritt ein Opfer rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung aus der völligen gesellschaftlichen Nichtbeachtung, der Anonymität heraus. Die Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen (ABAD) kümmert sich mit fünf Hauptamtlichen und etlichen Ehrenamtlichen (und Büros im ostthüringischen Gera und der Landeshauptstadt Erfurt) um diese Betroffenen. Vom Selbstverständnis her würde die Art und Weise, wie etwa Asylsuchende in Deutschland behandelt, untergebracht, entmündigt und entrechtet, kriminalisiert und ihrer fundamentalen Grund- und Menschenrechte entkleidet werden, durchaus zum Aufgabenbereich des antirassistischen Projektes gehören. Im Alltag jedoch spielt die Lebenswirklichkeit der in rassistischen Strukturen Gefangenen kaum eine Rolle: ABAD und auch andere Flüchtlings- und Opferberatungsstellen können froh sein, wenn sie all jene "Fälle" offenen Rassismus, tätlicher Angriffe und verbaler Diskriminierung bearbeiten können. Die Vorfälle, die es zu einer Zeitungs- oder Radiomeldung gebracht haben, was ohnehin selten genug geschieht, sind oft die einzigen Anhaltspunkte für die BetroffenenberaterInnen. Denn die alltäglichen Schweinereien auf der Straße, im Supermarkt, auf Behörden oder im Zug werden so gut wie nie aktenkundig, geschweige denn öffentlich, denn kein/e Betroffene/r käme auf die Idee, sich nach einem entwürdigenden Angriff, einer respektlosen Behandlung durch eine Anzeige oder Beschwerde die nächsten Unverschämtheiten bei der Polizei, in der Ausländerbehörde oder dem Sozialamt einzuhandeln.

Die Beratung Betroffener beschränkt sich also in erster Linie (noch) auf Opfer von rechten Angriffen. Zahlreich genug sind sie. ABAD kann ihnen (bestenfalls) die Vermittlung eines/einer guten (= politischen) AnwältIn, aber auch - im Falle einer Traumatisierung durch den Gewaltakt - psychologischer Betreuung anbieten. Oft ist diese Betreuung bitter nötig, um die meist in Apathie, Panik oder auch aggressive Zustände geratenden Neonazi-Opfer aus der Isolation zu holen und ihnen eigene Handlungsmöglichkeiten zurück zu geben.

Die Opfer aus der Anonymität holen

Eine dieser Handlungsformen kann zum Beispiel - gemeinsam mit einem/r Rechtsanwalt/in - eine Nebenklage im Prozess gegen die Täter sein: Auf diese Weise kann das Opfer nicht nur als Zeuge im Gerichtssaal agieren, sondern über den/die NebenklagevertreterIn mit Anträgen und Einlassungen aktiv in das Verfahren eingreifen. Ohne Nebenklage wird häufig der rechtsextremistische Hintergrund von Tätern komplett vor Gericht ausgeblendet; nicht selten wird versucht, dem Opfer eine Mitschuld an der Tat anzudichten, was angesichts des Alltags der Betroffenen den Hohn auf die Spitze treibt. Im Falle Joseph T. werden solche Versuche sicher nicht ausbleiben, da er nicht das still haltende Opfer ist, "wie wir es mögen", sondern ein Mensch, der nicht ausweicht und der sich zur Wehr setzt. Joseph T. ist nicht nur in seinem Herkunftsland politisch aktiv gewesen und in Schwierigkeiten geraten, weshalb er nun nicht zurück kann nach Togo. Er ist auch in Deutschland in Kontakt mit den AktivistInnen der Flüchtlingsselbstorganisationen The Voice mit Sitz im ebenfalls thüringischen Jena. Diese Auseinandersetzung mit der eigenen Situation als schwarzer Asylsuchender in Deutschland hat Joseph T. vielleicht auch vor einem Trauma durch den lebensbedrohlichen Angriff bewahrt: Er hat ihn nicht so sehr überrascht wie so viele der Neonazi-Opfer.

ABAD berät, begleitet und unterstützt die Betroffenen in Fragen der psychologischen Behandlung, der Nebenklage, aber auch beim Stellen von Entschädigungsanträgen, Anträgen auf Umverteilung und Prozesskostenhilfe. Doch auch Öffentlichkeitsarbeit gehört zu den Aufgaben des jungen Projekts in Trägerschaft des Flüchtlingsrates Thüringen, nicht nur im individuellen Fall oder im Rahmen einer Prozessbeobachtung, sondern auch im Zusammenhang mit dem rassistischen System, in dem Asylsuchende gehalten werden.

Zwiespältige Sisyphusarbeit

Aber nicht nur AsylbewerberInnen und andere AusländerInnen gehören zur ABAD-"Klientel". Alle potenziell oder tatsächlich Betroffenen von Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus gehören dazu und werden häufig zum Ziel von Nazi-Angriffen und auch Diskriminierungen aus jener "Mitte der Gesellschaft", die nicht müde wird von "Zivilgesellschaft", "Demokratie", "Menschenrechten" und der "Würde des Menschen" zu schwafeln. Auch Behinderte, jüdische Menschen, Obdachlose, sozial Schwache, nicht-rechte Jugendliche, Punks, Schwule und Lesben sind davon häufig betroffen.

Projekte wie ABAD in Thüringen sind seit Mitte vergangenen Jahres in allen fünf ostdeutschen Bundesländern gegründet worden. Bezahlt wird ein Großteil von Personal, Ausstattung und laufender Arbeit der Projekte aus dem Programm Civitas der Bundesregierung, einem der letzten Relikte aus dem "Antifa-Sommer 2000", als das Problem der Naziumtriebe kurzzeitig großes Interesse erregte und mit viel moralischem Pathos in den Medien reüssierte. Hintergrund war freilich einmal mehr das kosmetische Interesse eines Landes, das sich gerade zum Einwanderungsland für "nützliche AusländerInnen" erklärt hatte und den nun erwünschten Facharbeitern und IT-ExpertInnen das Bild des "anderen", eben anständigen Deutschlands vorhielt, um zur befristeten und zweckgebundenen Einreise zu ermuntern.

Diese kurzatmige Konjunktur eines nationalen Mitgefühls hat den bis dahin vielfach auf entgeltloser Basis agierenden antirassistischen, kirchlichen und seltener auch gewerkschaftlichen Gruppen aus dem flüchtlingspolitischen Spektrum zwar einen warmen Regen beschert, aber mit diesem eben auch den Keim des Selbstzweifels bewässert, der nun viel Energie bindet und - in der täglichen Arbeit - "Scheren im Kopf" sonder Zahl generiert. Muss man sich nicht als auf Dauer arbeiten wollende Institution das Wohlwollen der Ausländerbehörde in einem bestimmten Ort erhalten, sich also "all zu schrille" Kritik verkneifen, muss man in der Öffentlichkeitsarbeit nicht permanent auf die staatliche Förderung hinweisen, um überhaupt wahrgenommen zu werden? Weicht, was ehedem noch ein radikaler politischer Anspruch ("Bleiberecht für alle" - "Für freies Fluten") war, nicht einer zahnlosen Seriosität des Halbstaatlichen?

Aber vielleicht darf man auch die Möglichkeiten nicht unterschlagen, welche in der wie auch immer befristeten Alimentierung antirassistischer Arbeit stecken. Immerhin kann im Moment einiges an arbeitsfähigen Strukturen aufgebaut werden und dort Erfahrung gesammelt und dokumentiert werden, wo vorher das Rad immer und immer wieder neu erfunden werden musste.

Fritz Burschel,

ABAD (Büro Gera)

38. Poesie kennt keine CDU-Kulis. Der Meister des Trivialen, Funny van Dannen, wieder auf Tour

Der Meister des Trivialen, Funny van Dannen, ist wieder auf Tour

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak466/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:15

Mit bürgerlichem Namen heißt er Franz-Josef Hagmanns. Seine Songs begleitet er auf einer Schrummel-Schrammel-Gitarre, dazu nur noch eine Stimme, die keine sonderlich hervorstechenden Qualitäten aufweist. Und dennoch sind die Hallen voll, wenn er auf Tour geht.

Inzwischen hat er seine sechste CD fertig und die nächste Tour steht unmittelbar bevor. Immer mehr Bekannte erzählen mir gerade vollkommen erleichtert, selig und offenbar mit einem kribbeligen Gefühl im Bauch, dass sie sich die Tickets schon gesichert haben. Der Künstler selbst sagt, dass seine ZuhörerInnen "schon eine spezielle Sorte Mensch" sind, und: "Es ist schon so, dass das eher romantische Leute sind." Die Zeit bezeichnete ihn einmal als "Genie des Trivialen". Die Süddeutsche übertitelte seine neue CD Grooveman mit "wieder einmal Meisterklasse". Das van Dannen auch vollkommen PC ist, macht die Soap für Gerechtigkeit - die Lindenstraße - klar, wenn Klausi Beimer beim Zähneputzen seine Songs singt.

In den 80er-Jahren schlug sich Funny van Dannen vor allem als Maler durch. Heute findet er dazu nur noch wenig Mußе, sagt van Dannen, der mit Frau und seinen vier Kindern in Berlin wohnt und neben Musik und Malerei auch noch Bücher schreibt. Er gehörte Anfang der 90er-Jahre zu den Gründungsmitgliedern der Lassie Singers. Da er aber schon damals Kinder im Hause hatte, entschied er sich dafür auszusteigen, als die Singers schlagartig "berühmt" wurden und auf zahlreiche Tourneen gingen.

In seinen Songs erweckt er an sich tote Gegenstände zum Leben und stellt auf wunderbare Weise Dinge gegen- oder zueinander, die in der normalen Welt kaum zueinander gehören - oder doch? "Man kann nicht wirklich poetisch sein, mit einem Kuli von der CDU." (Nur du nicht). Van Dannen schält Alltagssituationen aus ihrer scheinbaren Bedeutungslosigkeit und Normalität und dringt damit auf eine perfide Art in die eigene Welt ein. Das dürfte der Grund sein, warum viele Menschen einen fast verklärten Blick bekommen, wenn über ihn gesprochen wird.

Inzwischen ist van Dannen jedoch nicht nur für seine Fans eine Größe. Die Toten Hosen haben gleich mehrere Songs von ihm auf ihrem aktuellen Album Auswärtsspiel und die in den nächsten Tagen erscheinende neue Single der Hosen (Frauen dieser Welt) ist nicht nur von van Dannen geschrieben, sondern auch auf dessen Grooveman-CD. Und schon 1996 coverte Udo Lindenberg mit den Titeln Nana Mouskouri und Gutes tun gleich zwei Songs auf seiner Platte Und ewig rauscht die Linde.

Wie üblich geht es thematisch auf der neuen CD kunterbunt durcheinander: In Enttäuscht vom Leben klagt van Dannen über die ewig Klagenden: "Es wird immer unschuldige Opfer geben, es wird immer Kriege geben ... und schon bei der Geburt tut es der Mutter weh und es ist draußen kalt ... ich bin einfach enttäuscht vom Leben."

Mit einer brutalen Unschuld in der Stimme bekennt er: "Ich will den Kapitalismus lieben, weil so viel für ihn spricht, ich will den Kapitalismus lieben, aber ich schaffe es einfach nicht. ... Das liegt an dieser Schwäche für die Schwachen ... ich will ihn lieben, er liebt mich ja auch ... Ich habe ihn scharf kritisiert, aber er hat so ein großes Herz, er hat mich integriert ... und das wird so weitergehen, bis einer von uns zerbricht."

Und schon vor dem 11. September hatte van Dannen "oft ein Scheiß-Gefühl". Da starb z.B. in den 70er-Jahren seine Großmutter mütterlicherseits und dann war die Ölkrise da, dann war da Biafra, die Pubertät und das Auswärtsspiel und und und.

DSe, rock-links.de

Funny van Dannen, Groooveman

(Live im Club 2), 2002, Trikont, www.funny-van-dannen.de

Konzerttermine: 16.10. Fulda, Kulturkeller; 17.10. München, Bongo Bar; 18.10. Darmstadt, Centralstation; 19.10. Duisburg, Hundertmeister; 20.10. Köln, Gebäude 9; 4.11. Düsseldorf, Zakk; 5.11. Hannover, Pavillon; 6.11. Bremen, Lagerhaus; 7.11. Hamburg, Schauspielhaus; 8.11. und 11.11. Berlin, Columbia-Fritz

39. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak466/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:02

Solidarität im Zeichen der Globalisierung

Keine Nabelschau wollten sie betreiben, sondern zur Ortsbestimmung emanzipatorischer Politik in Zeiten der Globalisierung beitragen: so der Anspruch des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar, das die Broschüre zum zehnjährigen Bestehen herausgibt. In den meisten Beiträgen wird dieser hoch gesteckte Anspruch eingelöst. Michael Ramminger untersucht den Wandel der Solidaritätsarbeit in den neunziger Jahren. Er kritisiert den vorherrschenden Pragmatismus der meisten NGOs, der die Fantasie der sozialen Akteure auf das vermeintlich Machbare beschränke. "Gerade die Politikformen der 90er Jahre waren in ihrer Praxis peinlich darauf bedacht, sich im Rahmen herrschender Plausibilitäten und institutioneller Formen zu bewegen." Doch diese Strategie des Co-Managements habe zu keinen erkennbaren Fortschritten und deshalb zu Ernüchterung geführt. Dies eröffnet jedoch für diejenigen, die im Widerspruch zum "Geist des Systems" stehen, neue Chancen. Die Rehabilitation von Protest war in den letzten Jahren deutlich zu erkennen. Ramminger setzt auf (christliche) Widerstandskulturen, die sich nicht dem hegemonialen Pflichten- und Verantwortungsdiskurs unterordnen. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit den Widersprüchen konkreter Kampagnen. Kritisiert wird die zunehmende Professionalisierung und reine Absatzorientierung beim "Fairen Handel". Die inhaltliche Seite, die Aufklärung über die Machtstrukturen in der Weltwirtschaft, wird zunehmend vernachlässigt. Für die Erlassjahr-2000-Kampagne zieht Sabine Fehrenschild eine zwiespältige Bilanz. Zwar habe die Kampagne zu einer wirtschaftspolitischen Alphabetisierung beigetragen, allerdings habe sie zu Gunsten einiger weniger Detailforderungen und im Interesse der "Politikfähigkeit" vorschnelle Kompromisse geschlossen und sich somit nahtlos in bestehende Strukturen eingefügt. Weitere Artikel zur Flüchtlingsarbeit, zu neuen Formen von Gewalt in einer neoliberal globalisierten Welt und eine biblisch-theologische Standortbestimmung aus befreiungstheologischer Sicht runden diese Broschüre ab, die sich zwar vorrangig an ein christliches Publikum richtet, aber auch allen NichtchristInnen empfohlen werden kann.

"Vernetzungen - Solidarität in Zeiten der Globalisierung"; Bezug: Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied. Fon. 02631/354140; oekumenisches.netz@t-online.de

Frauen für Frieden in Israel/Palästina

Eine Hilfe zur Orientierung im Nahost-Konflikt bietet die Palästinenserin Sumaya Farhat-Naser, Feministin und Pazifistin, in ihrem Buch "Verwurzelt im Land der Olivenbäume". Seit 1988 trifft sie sich mit gleich gesinnten israelischen Frauen. Auf erste heimliche Treffen folgen größere Konferenzen mit Delegierten, auch im europäischen Ausland. Die Beteiligten müssen sich nicht nur über Traditionen und patriarchales Denken hinwegsetzen. "Da solche Treffen verboten waren, mussten wir unseren Völkern zeigen, dass wir uns zum Nutzen beider Seiten trafen. Wir formulierten Prinzipien wie: Anerkennung nationaler und politischer Rechte, Anerkennung der PLO und Ablehnung von Gewalt". Ergebnis dieser Friedensarbeit unter Feministinnen ist die Gründung des "Jerusalem Link", zweier verbundener Frauenzentren: das palästinensische "Jerusalem Center for Woman" (Leiterin: Sumaya Farhat-Naser) in Ostjerusalem und das israelische "Bat Schalom" in Westjerusalem. Die Frauen organisieren eine gemeinsame provokative Kampagne: "Jerusalem miteinander teilen". "Wir wollen fähig sein, einander gegenüberzustehen und in die Augen zu sehen und dabei zu wissen, dass wir nicht gleich sind ... Wenn diese Unterschiede nicht wahrgenommen werden, führen sie zu Missverständnissen und Verstimmungen." Sumaya Farhat-Naser beschönigt die Friedensarbeit unter Feministinnen nicht, sie schildert Probleme, Sackgassen, politische und persönliche Differenzen, politische Brüche. Im Jahr 2000 macht die Zuspitzung der politischen Situation eine weitere Zusammenarbeit unmöglich. Dennoch veröffentlicht Sumaya Farhat-Naser im Juni 2001 mit Gila Svirsky, einer israelischen Friedensaktivistin, eine gemeinsame Erklärung: "Die Frauenfriedensbewegung in Palästina und Israel glaubt, dass die Zeit gekommen ist, das Blutvergießen zu beenden ... Wir weigern uns, noch mehr Krieg in unseren Leben, unseren Gemeinschaften, unseren Nationen zu akzeptieren. Wir weigern uns, die Gewalt hinzunehmen. Wir weigern uns, Feindinnen zu sein". Ein ehrliches, ermutigendes Buch.

Sumaya Farhat-Naser: Verwurzelt im Land der Olivenbäume. Eine Palästinenserin im Streit für den Frieden, Lenos, 19,90 EUR

Verteidigung des Demonstrationsrechts

Älteren "BerufsdemonstrantInnen" kommt vieles bekannt vor, was die Redaktion der Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei/Cilip in ihrem aktuellen Heft zum Thema "Versammlungsfreiheit, Demonstrationen und Polizei" zusammengetragen hat. Dass das im Grundgesetz garantierte Recht auf Versammlungsfreiheit vom Staat immer wieder verweigert wird, haben Linke in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder buchstäblich schmerzhaft erfahren müssen. "Je umstrittener das Thema einer Demonstration, je hochrangiger der Staatsgast, gegen den protestiert wird, desto sicherer kann davon ausgegangen werden, dass das Recht zu demonstrieren überhaupt erst vor den Verwaltungsgerichten erstritten werden muss", schreibt Cilip-Redakteur Heiner Busch im Editorial. Die Polizei sei zwar in ihrer Taktik flexibler geworden als Ende der 1960er Jahre; damals verkündete der Westberliner Polizeipräsident Dünsing stolz seine "Leberwurst-Taktik": Die Polizei müsse in den Demonstrationszug "hineinstechen wie in eine Leberwurst". Gerade die internationalen Großdemonstrationen zeigen, dass die Polizei heute schon im Vorfeld repressive Mittel (Reiseverbote, vorbeugende Festnahmen) einsetzt, von denen die staatlichen Haudraufs der APO-Zeit nicht einmal träumten. Diese Mittel sollen immer weiter verfeinert und besser koordiniert werden - auch mit der Begründung, militante linke Gruppen würden "Verbindungen zum Terrorismus aufweisen". Die "Verteidigung der Grundrechte im Zeitalter der Globalisierung" - so das erklärte Ziel einer Kommission linker europäischer JuristInnen - erscheint schwieriger als je zuvor. Verteidigt werden muss das Demonstrationsrecht vornehmlich auf der Straße - die Bedrohungen dieses Rechts, schreibt Wolf-Dieter Narr, "sind so massiv, dass gar nicht genug demonstriert werden kann."

Bürgerrechte & Polizei. Cilip 72, Nr. 2/2002: Versammlungsfreiheit, Demonstrationen und Polizei. Cilip c/o FU Berlin, Malteserstr. 74-100, 12249 Berlin, Fon. 030/83870462, Fax. 030/7751073. info@cilip.de. www.cilip.de. 110 Seiten, 7,16 EUR

Vernichtungsforschung

Zwei thematische Schwerpunkte hat das Heft 1/2002 von 1999, der Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts: Revolten "schwarzer" MigrantInnen in England seit 1950 und Vernichtungsforschung während des Dritten Reichs. Letzteres Thema behandeln Angelika Ebbinghaus und Karl Heinz Roth am Beispiel des Chemie-Professors Richard Kuhn, Nobelpreisträger von 1938, und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als der zentralen wissenschaftspolitischen Lenkungsinstanz der NS-Diktatur. Kuhn war kein Nazi, wohl aber ein glühender Anhänger deutscher Eroberungspolitik. Sein Anliegen als Wissenschaftler war es, die "Fortschritte chemischer Erkenntnis in gemeinnütziger Weise dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit zugute kommen" zu lassen. Als er dies im Dezember 1942 verkündete, forschte er bereits seit Jahren erfolgreich an der Entwicklung von Nervenkampfstoffen für den Kriegseinsatz. Tödliche Menschenversuche an Tuberkulosekranken und KZ-Häftlingen gehörten zum selbstverständlichen Repertoire seiner Forschung. Noch vor Kriegsende offenbarte er sein Wissen den siegreichen US-Truppen; seine Mittäterschaft an der Vernichtungsforschung rechtfertigte er mit dem beliebten Standardargument, er habe "Schlimmeres verhindern" wollen. So rettete er sich selbst, sein Institut und seinen Arbeitsstab - und die eigene Karriere, die erst 1966 mit seinem Rücktritt als Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft endete. - Ein ganz anderes Thema behandelt Annegret Schüle. In ihrem wohltuend kritischen Beitrag schildert sie die Arbeits- und Lebensbedingungen ausländischer "Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter" in der DDR, auch deren Protest und Widerstand gegen Diskriminierung. Unterstützenswert ist die Forderung der Autorin nach neuen Forschungsprojekten, um die DDR-VertragsarbeiterInnen deutlicher als "Subjekte sozialen Handelns" zu zeigen.

1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Heft 1/02. Redaktion 1999, Postfach 101205, 28012 Bremen. Fon 0421/2189123, Fax. 0421/2189496. z1999@gmx.de, 238 Seiten, 19,40 EUR

40. LESERBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak466/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:26

Kontext einer Debatte

Betr.: Aggressive Vehemenz, ak 465

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem der Antisemitismusdebatte in der SoZ gewidmeten Beitrag in ak 465 taucht auch mein Name auf. Das veranlasst mich zu den folgenden Bemerkungen.

Es ist schon erstaunlich, was Sie da schreiben. Eine sachliche Darstellung der Inhalte der Beiträge in der SoZ gibt es nicht. Ein paar Namen werden genannt, Etiketten aufgeklebt - und fertig ist die Auseinandersetzung. Meine Stellungnahme in dieser Debatte war eine von außerhalb, als ehemaliger DDR-Bürger. Die Debatte ist eine westdeutsche. Als solche, die in einem für mich bleibend fremden Land stattfindet, könnte sie mir egal sein. Aber so einfach ist es leider nicht. Sicher bleibt auch für mich nicht nachvollziehbar, warum man bei der SoZ glaubte, das Gezänk zwischen einem FDP- und einem CDU-Politiker kommentieren zu müssen und dabei der, gelinde gesagt, dubiose FDP-Kapitalist in Schutz genommen wurde. Wobei allerdings in meinen Augen weniger wichtig ist, was von Möllemann gesagt wurde, als wer es sagte, in welchem Kontext sowie mit welchen Absichten und beabsichtigten Wirkungen. Im Übrigen scheint mir die in Identitäts- und Abgrenzungsstreitereien und -spielchen verstrickte so genannte oder auch wirkliche Linke Westdeutschlands immer wieder gern das Spielmaterial der bürgerlichen Medien zu erhitzten Scheindebatten zu nutzen. Zum Glück wird der Kapitalismus auch weiterhin noch genug Anlass zu Analyse und Kritik, Positionierungen und Gegenpositionierungen liefern, so dass man damit sein geistiges Auskommen hat und sich damit einrichten kann, ohne sich allzu ernsthafte Gedanken über seine Überwindung und darüber, was an seine Stelle treten soll, machen zu müssen. Wie es einem einstmals ehrliche West-Freunde zu sagen pflegten: "Gut, dass es die DDR gibt. Haltet stand. Wir setzten uns für eure Anerkennung ein. Aber bitte, versteht, leben möchten wir natürlich nicht bei euch." So hat man sich in der Gesellschaft eingerichtet, in der die alten Nazis in Wirtschaft, Justiz, Wissenschaft, Polizei, Militär usw. erfolgreich überlebten und ihren Kampf gegen den "Bolschewismus" nunmehr im Namen der westlichen Freiheit und Demokratie fortsetzten. Die haben sich denn auch wirklich nicht stören lassen durch die diversen Revolten und Proteste und durch linkes Sektenwesen. Dies ist der Kontext der westdeutschen Antisemitismusdebatte und nichts anderes.

Mit freundlichen Grüßen,

Hans-Jochen Vogel

41. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak466/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:38

Kein Krieg gegen den Irak!

Seit Monaten laufen die Vorbereitungen der US-Regierung für einen Krieg gegen den Irak. George W. Bush will diesen Krieg um jeden Preis. Es geht um Öl und die Vorherrschaft in der Golfregion. Ein neuer Krieg gegen den Irak wird erneut Tausende unschuldiger Menschen das Leben kosten, das Land verwüsten, die Umwelt zerstören. Ein neuer Krieg kann einen nicht mehr kontrollierbaren Flächenbrand von Gewalt und Krieg in der gesamten Region und weltweit entfesseln . Ein neuer Krieg gegen den Irak, als "präventiver Militärschlag" geplant, ist ein schwerer Angriff auf das Völkerrecht.

Im Rahmen eines weltweiten Protesttages finden am 26.10. in Deutschland viele Veranstaltungen statt.

Berlin, Zentrale Demonstration der Achse des Friedens, Alexanderplatz, Samstag 26.10. um 14.00 Uhr

Ausweitung der Kampfzone im Buchhandel

KollegInnen der französischen CNT berichten vom Streik in einer Pariser Großbuchhandlung. Dort haben sich selbst organisiert die Angestellten zusammengetan, um sich gegen unhaltbare Arbeitsbedingungen zu wehren. Mit direkten Aktionen wurde eine kollektive Gehaltserhöhung erkämpft. Das Beispiel soll Anlass bieten, um über die Bedingungen in der Buchbranche in Berlin ins Gespräch zu kommen.

Berlin Prenzlauer Berg, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, Montag 21.10. um 20 Uhr

"Empire" in der Diskussion

Im Rahmen einer Serie von Veranstaltungen zum "Empire" debattieren auf Einladung der Rosa Luxemburg Stiftung Thomas Seibert (medico international und Redaktion Fantômas) mit Manfred Lauermann (Soziologe) zu den theoretischen und politischen Voraussetzungen von Negri/ Hardts "Empire".

Berlin, Rosa Luxemburg Stiftung, Franz Mehring Platz 1, Raum 445, Montag 28.10. um 18.00 Uhr, anschließend gleich zu Schwarze Risse gehen, denn dort geht es weiter mit ...

Was bleibt vom Internationalismus?

Mit der Ideengeschichte des Internationalismus und damit mit der Entwicklung und den Irrtümern der Linken in Deutschland beschäftigt sich Moe Hierlmeier in seinem neuen Buch "Internationalismus". Während einer von analyse & kritik und der Redaktion Fantômas in Zusammenarbeit mit örtlichen Kooperationspartnern organisierten Rundreise wird er seine Thesen zur Diskussion stellen. Hierlmeier ist nicht nur theoretisch versierter Autor, sondern auch Aktivist des Lateinamerikakomitees Nürnberg und Mitarbeiter des Arbeitsschwerpunktes Weltwirtschaft des BUKO (Bundeskoordination Internationalismus), die Diskussion verspricht also Reflexion von Theorie und Praxis miteinander zu verbinden.

Berlin, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Montag 28.10. um 19.30 Uhr, Mitveranstalter Buchladen Schwarze Risse

Hamburg, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, Dienstag 29.10. um 19.30 Uhr

Münster, Institut für Theologie und Politik (ITP), Friedrich-Ebert-Str. 7, Mittwoch 30.10. um 19.30 Uhr, Mitveranstalter ITP

Bochum, Café Madrid, Nordring 57, Donnerstag 31.10. um 19.00 Uhr, Mitveranstalter Der Notstand, Labournet Germany

Hannover, Pavillon am Raschplatz, Lister Meile 4, Freitag 1.11. um 19.30 Uhr, Mitveranstalterin Anti-Expo-AG

Frankfurt/Main, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, Montag 4.11. um 19.30 Uhr, Mitveranstalter Club Voltaire

Sachzwang & Gemüt

Sarkastische und analytische Texte über die Republik, die Welt und unsere Nachbarn bieten Rainer Trampert und Thomas Ebermann in ihrem neuen Programm. "Wenn es also tatsächlich jemand gibt, der linke Kulturkritik für anachronistisch und längst obsolet hält, dann kann sich diese Pfeife hier eines Besseren belehren lassen." (titanic)

Bonn, Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, Donnerstag, 7.11. um 20 Uhr

Antifa und Antira Demo und Ratschlag in Thüringen

Am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, wollen Nazis in Sichtweite des KZ Buchenwald aufmarschieren. Dagegen werden zahlreiche Gegenaktionen stattfinden. Antifa-Gruppen, Gewerkschaften, Parteien und Initiativen aus Thüringen organisieren am 9. und 10. November in Weimar außerdem einen Ratschlag, um aktuelle Diskussionen über das Anwachsen von Antisemitismus und Rassismus zu reflektieren und Positionen neu zu bestimmen.

Weimar, 9./10.11. Infos über Zeit und Ort unter: www.lag-antifa.de

Deutschland und die Bundeswehr als globaler Akteur

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) wird sich auf einem Kongress der dramatischen Ausweitung der Bundeswehreinsätze im Ausland widmen. Einzelne Schwerpunkte werden unter anderem die deutschen Interessen im "Anti-Terror-Krieg", das Verhältnis der USA und der militarisierten EU sowie "Antimilitaristische Strategien, Globalisierungskritik und Pazifismus in der Neuen Weltordnung" sein. Alle InteressentInnen sind herzlich eingeladen, über die künftige Rolle der Bundeswehr und die Militär- und Kriegspolitik der deutschen Bundesregierung, vor allem auch im Hinblick auf die abgelaufenen Wahlen, zu diskutieren.

Tübingen, 9./10.11. in der Alten- und Begegnungsstätte Hirsch (Hirschgasse 9). Infos und Bettenbörse unter 07071-49154 oder www.imi-online.de

42. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak466/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:41

Knuspriges, in Honig ausgebackenes Huhn, auf Knoblauch frittierte Garnelen, das Ganze vorzüglich an Chorizo, Gemüsetortilla, Pfälzer Grauburgunder und so weiter und so weiter okay, das gibt es hier nun wirklich nicht alle Tage, aber es kommt vor! Mitten in der Produktionswoche Tapas beim Cheflayouter. Das hebt die Stimmung, und Freude kommt auf.

Außerdem passierte an diesem Tapas-Abend noch etwas Interessantes. Dazu muss man wissen, dass die Produktion der Ausgabe zwei von Fantômas, dem inzwischen nicht mehr ganz neuen ak-Magazin ins Haus steht. Und wissen muss man auch, dass ak- und Fantômas-Redaktion nicht identisch sind, wiewohl es personelle Überschneidungen und jede Menge Unterstützung von der großen an die kleine Redaktion gibt. Jedenfalls fragte irgendwann eine der unterstützenden ak-RedakteurInnen eine der personellen Überschneidungen, was es denn eigentlich mit dem Schwerpunktthema von Fantômas auf sich hätte: An für sich keine schlechte Frage. Nur musste da etwas weiter ausgeholt werden. Denn das Schwerpunktthema der nächsten Fantômas ist, tätä: "Biopolitik". Keine Sorge, es macht nichts, mit diesem Wort nichts anfangen zu können. Dafür ist das Heft ja schließlich da, dass man hinterher vielleicht irgendwas damit anfangen kann. Oder vielleicht auch nicht. Und weil nun beides möglich ist (man fängt was an, man fängt nichts an) und sein soll, was heißt, man kann ein ganzes Heft zu einem Begriff produzieren, ohne sich wirklich sicher zu sein, dass sich am Ende alle LeserInnen darüber einig sind, was Biopolitik eigentlich ist, dann kann man so eine Frage ("Was ist das eigentlich?") an so einem Tapas-Abend nicht in einem Satz beantworten. Was die Befragte auch nicht tat. Erging sich in Erklärungen, verstieg sich in Thesen, landete wieder auf dem Teppich. Nämlich als die fragende Redakteurin trocken und knapp konterte, aha, Biopolitik sei also, genau genommen, das, was und dann brachte sie es schön schlicht in ein paar Worten so auf den Punkt, dass die anwesenden personellen Überschneidungen nicht schlecht stutzten. Biopolitik, sagte sie also, sei doch dann das, was ... aber, nee, da geht ja jetzt die ganze Spannung flöten. Da müsst ihr schon selber lesen. Und zu ähnlichen oder ganz anderen Schlüssen kommen. Was jetzt jedenfalls schon gesagt werden kann, ist, dass die Fantômassis an diesem Thema ganz schön zu knabbern haben, schließlich reicht es von Gentechnologie bis Negri/Hardts Empire, von Lenin bis Feminismus, von Angola bis zur Stechuhr.

Aber jetzt lest ihr erst einmal diese ak-Ausgabe und begutachtet das neue Layout. Da haben wir immerhin fast ein Jahr lang dran rumgebastelt. Dank Cici und Erik mit großem Erfolg (finden wir jedenfalls). Inhaltlich hat die neue ak einen wie immer umfangreichen und spannenden Inter-Teil. Sie beschäftigt sich außerdem neben der Nachbereitung der Bundestagswahl mit alten und neuen Faschismen sowie mit den Opfern und Tätern von und mit AktivistInnen gegen Rassismus. Im Schwerpunkt geht es um die Kriegstreiberei gegen den Irak gezwungenermaßen, denn was schon sein muss, kann man ja auch gleich richtig machen. Man soll auch außerdem die Hoffnung nie aufgeben; John Holloway erklärt deshalb in dieser Ausgabe wie man das macht: eine bessere Welt mit besseren BewohnerInnen. Das zu wissen, kann ja nie schaden! Und ist die politische Gegenwart trübe, wird Kultur besonders wichtig: In unserem umfangreichen Kulturteil könnt ihr diesmal z.B. Interessantes über die Rrrrrt Girl-Zines erfahren, und wenn ihr noch nicht wisst, was das ist, dann wirds aber Zeit...

Eure ak-Redaktion

43. Krieg für Öl

CD-Datei: daten/aksuche/ak466/krieg.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:466:krieg

Ein dritter Golfkrieg scheint bevorzustehen. Senat und Repräsentantenhaus haben US Präsident George W. Bush grünes Licht für einen militärischen Angriff erteilt, unabhängig davon, was der zögerliche UN-Sicherheitsrat beschließen mag.

Was im Irak nach dem Sturz Saddam Husseins geschehen soll, scheint auch schon klar: Die New York Times veröffentlichte Pläne der US-Regierung. Demnach soll in Bagdad eine Militäradministration unter Kommando des US-Generals Tommy Franks eingerichtet werden. Saddam und seine Führungsriege sollen vor Kriegsgerichtshöfe gestellt werden. "Im Verlauf mehrerer Monate oder Jahre" könnte dann eine Übertragung der Macht an ein neues US-loyales irakisches Regime erfolgen.

Ein schöner Plan: Völkerrechtswidrig und geleitet von imperialer Größe. Also genau das, was von Bush, Cheney und Rumsfeld zu erwarten ist. Aber bis die USA ein neues Marionettenregime am Golf installiert und den Zugriff auf das begehrte irakische Öl erobert haben, droht erst einmal ein Krieg mit schwer abzuschätzenden Folgen, ökologische Katastrophen inklusive. In jedem Fall wird die Zivilbevölkerung das erste Opfer sein.

Gegen den Aufmarsch am Golf findet am Samstag den 26. Oktober ein weltweiter Aktionstag statt. Auch in Deutschland wird der Protest auf die Straße getragen, unter anderem mit einer Großdemonstration in Berlin. Im Schwerpunkt beleuchten wir Hintergründe des angekündigten Kriegs.

Auf den Seiten 13-16